24. Jahrgang 1976 / 4. Heft / Oktober

E 2176 FX

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS †
THEODOR ESCHENBURG UND HELMUT KRAUSNICK

AUS DEM INHALT

DIRK STEGMANN

Hugenberg contra Stresemann
Die Politik der Industrieverbände am Ende des Kaiserreichs

ERICH GOLDHAGEN

Weltanschauung und Endlösung
Zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Führungsschicht

MISZELLE

FRITZ BLAICH

Die Gründung der Auto-Union AG 1932

DOKUMENTATION

Freiheitlicher Sozialismus oder soziale Marktwirtschaft?
Eine Gutachtertagung zur Wirtschaftspolitik im Jahre 1946

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS †, THEODOR ESCHENBURG und HELMUT KRAUSNICK

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher, Dietrich Geyer, Hans Mommsen und Arnulf Baring

Schriftleitung: Martin Broszat, Thilo Vogelsang, Hermann Graml
Geschäftsführung: Hellmuth Auerbach
Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19, Leonrodstraße 46 b
Tel. 0 89/18 00 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Dirk Stegmann . . . Hugenberg contra Stresemann. Die Politik der Industrieverbände am Ende des Kaiserreichs 329

Erich Goldhagen . . Weltanschauung und Endlösung. Zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Führungsschicht 379

MISZELLE

Fritz Blaich . . . . Wirtschaftlicher Partikularismus deutscher Länder während der Weltwirtschaftskrise 1932: Das Beispiel der Auto-Union AG 406

DOKUMENTATION

Freiheitlicher Sozialismus oder soziale Marktwirtschaft: Die Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung am 21. und 22. Juni 1946 (*Werner Abelshauser*) . . 415

BIBLIOGRAPHIE *153*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 2151-1. Preis des Einzelheftes DM 14.– = sfr. 16.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 42.– = sfr. 50.40, zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 34.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 67.60; für Studenten DM 59.60 (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. — Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Georg Appl, Wemding/Schwaben

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

24. Jahrgang 1976 Heft 4

DIRK STEGMANN

HUGENBERG CONTRA STRESEMANN:

Die Politik der Industrieverbände am Ende des Kaiserreichs

Die in jüngster Zeit wiederholt ins Blickfeld der Forschung gerückte Frage nach dem Stellenwert der Interessenverbände im politisch-sozialen System des Kaiserreichs[1], nach ihrem Selbstverständnis und ihrer Politik, hat das Interesse besonders auf die Rolle gelenkt, die diese pressure groups hemmend oder fördernd für den Demokratisierungsprozeß der deutschen Gesellschaft gespielt haben. Eine solche Fragestellung bietet sich umso eher an, als Parlament und politische Parteien im verfassungspolitischen System des Kaiserreichs keineswegs ein Monopol auf die Wahrnehmung gesellschaftlicher Interessen hatten, ja sich zunehmend der Konkurrenz der Verbände ausgesetzt sahen, und hier besonders der sozial mächtigsten in Industrie und Landwirtschaft. Diese Verbände lösten sich je länger je mehr aus ihrer in der Bismarckzeit noch unstreitbar vorhandenen Abhängigkeit von der staatlichen Bürokratie und deren Regulierungsmechanismen und wurden eine eigenständige soziale Kraft in Konkurrenz zu den politischen Parteien, deren Anspruch auf Vertretung des Allgemeininteresses gezielt die eigene Forderung nach Unterordnung unter die ‚objektiven' Bedürfnisse der ‚Wirtschaft' gegenübergestellt

[1] Vgl. dazu H. Kaelble, Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft, Centralverband Deutscher Industrieller 1895–1914, Berlin 1967 (zit. Kaelble); D. Stegmann, Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland, Sammlungspolitik 1897–1918, Köln u. Berlin 1970, (zit. Stegmann); H. J. Puhle, Parlament, Parteien und Interessenverbände 1890–1914, in: M. Stürmer (Hrsg.), Das kaiserliche Deutschland, Düsseldorf 1970, S. 340 ff. (zit. Puhle, Parlament); H. Kaelble, Industrielle Interessenverbände vor 1914, in: W. Ruegg/O. Neuloh (Hrsg.), Zur soziologischen Theorie und Analyse des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1971, S. 180 ff.; H. J. Puhle, Von der Agrarkrise zum Präfaschismus, Wiesbaden 1972 (Institut für Europ. Gesch., Mainz, Vortr. Nr. 54) (zit. Puhle, Agrarkrise); D. Stegmann, Wirtschaft und Politik nach Bismarcks Sturz, Zur Genesis der Miquelschen Sammlungspolitik 1890–1897, in: Deutschland in der Weltpolitik des 19. u. 20. Jh., Festschrift f. Fritz Fischer, Düsseldorf ²1973, S. 161 ff.; G. D. Feldman u. U. Nocken, Trade Associations and Economic Power: Interest Group Development in the German Iron and Steel and Machine Building Industries 1900–1933, in: The Business History Review XLIX (1975), S. 413 ff.; S. Mielke, Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909–1914, Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik, Göttingen 1976; H.-P. Ullmann, Der Bund der Industriellen, Organisation, Einfluß und

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde[2], nicht zuletzt auch gegenüber der Regierung – ein Prozeß, der mit dem partiellen Zuwachs von ‚Öffentlichkeit' in den 90er Jahren[3] sowie der offensichtlichen Schwäche der Nachfolger Bismarcks, Caprivi und Hohenlohe, aufs engste zusammenhängt. Von einer Gouvernementalisierung des deutschen Verbandswesens[4] kann dabei, zumindest was die sog. freien Verbände (im Gegensatz zu dem von der Regierung institutionalisierten Kammerwesen) anbelangt, nicht die Rede sein. Daß die politische Wirkung der Verbände insgesamt hemmend für die Ausbildung eines parlamentarisch verfaßten, demokratischen Systems gewesen ist, darüber herrscht in der Forschung weitgehend Einhelligkeit[5].

Der folgende Beitrag versucht, auf dem Hintergrund des ökonomischen und sozialen Wandels Einfluß und Macht der wichtigsten industriellen Spitzenverbände im Kaiserreich herauszuarbeiten, und zwar am konkreten Beispiel der Konflikte und der Machtkämpfe zwischen der exportierenden Fertigwarenindustrie, die im Bund der Industriellen (BdI)[6] zusammengeschlossen war, und der Industrien der Roh- und Halbstoffabrikate, die sich in dem Centralverband Deutscher Industrieller (CDI)[7] sammelten. Dabei kann eine Analyse sich nicht auf eine vordergründige

Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895–1914, Göttingen 1976. Das Manuskript des vorliegenden Aufsatzes wurde im Sommer 1975 abgeschlossen, so daß die seitdem erschienenen Darstellungen nur noch punktuell berücksichtigt werden konnten.

[2] Vgl. dazu etwa die Schrift des langjährigen Syndikus des Vereins der Industriellen im Regierungsbezirk Köln und späteren Hrsg. der vom CDI kontrollierten Deutschen Industrie-Zeitung, Arnold Steinmann-Bucher, Über Industriepolitik, Offenherzige Betrachtungen, Berlin 1910, S. 16 ff. (zit. Steinmann-Bucher, Industriepolitik).

[3] Darauf hat Puhle, Parlament, zu Recht hingewiesen.

[4] H. A. Winkler, Pluralismus oder Protektionismus? Verfassungspolitische Probleme des Verbandswesens im Kaiserreich, Wiesbaden 1972 (Institut f. Europ. Gesch., Vorträge Nr. 55 (zit. Winkler), S. 17, S. 32, in enger Anlehnung bzw. Übernahme der von J. Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens, 1847–1914, Stuttgart 1969 (zit. Kocka, Siemens), herausgearbeiteten Organisationsstruktur. Den Beleg dafür, daß der Staatsbeamte auch die soziale Leitfigur der Unternehmersyndici gewesen sei, bleibt Winkler indes schuldig.

[5] Winkler, passim.

[6] Zum BdI vgl. für die Anfangsphase 1895–1902 das wichtige, gründliche Buch von H. Nussbaum, Unternehmer gegen Monopole, Berlin 1966, (zit. Nussbaum), bes. S. 160 ff.; Art. ‚Bund der Industriellen' (U. Merkel), in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. I, Leipzig 1968, S. 117 ff. (zit. Bund der Industriellen); F. Hauenstein, Die ersten Zentralverbände, in: Der Weg zum industriellen Spitzenverband, Darmstadt 1956, S. 45 ff. (zit. Hauenstein). Wenig ergiebig sind die Arbeiten von S. Pausewang, Zur Entstehung des Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer, Inhaltsanalyse der Zeitschrift ‚Deutsche Industrie' des Bundes der Industriellen Jg. 1905 bis 1914, Diss. phil. masch., Marburg 1967 (zit. Pausewang), und von Donald Warren, The Red Kingdom of Saxony, Lobbying grounds for Gustav Stresemann, 1901–1909, Den Haag 1964, (zit. Warren). Vgl. jetzt auch Ullmann, Der Bund der Industriellen (siehe Anm. 1).

[7] Zur Politik des CDI seit 1895 vgl. Kaelble, passim, sowie Stegmann, passim (mit der Kontroverse); Art. ‚Zentralverband Deutscher Industrieller' (H. Nussbaum), in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd. II, Leipzig 1970, S. 850 f. (zit. Nussbaum, Zentralverband).

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Darstellung der Verbandskonflikte beschränken, die in erster Linie durch unterschiedliche Interessenlagen in der Zoll- und Handelsvertragspolitik bedingt waren; sie kann sich auch nicht damit begnügen, die entgegengesetzten sozialpolitischen Ordnungsvorstellungen zu zeigen, sondern muß versuchen, den gesellschaftspolitischen Ort im Kräftefeld der Interaktion mit Regierung, Parteien und öffentlicher Meinung zu beschreiben.

Der bereits 1876 zu Beginn der Zweiten Industriellen Revolution gegründete CDI vereinigte in einer ersten Phase vorrangig die schutzzöllnerisch orientierte Berg- und Hüttenindustrie (Roheisen, Stahl, Halbzeug, Walzwerkprodukte), die Woll-, Leinen- und Baumwollspinnerei, Teile der schutzzöllnerischen chemischen Industrie, die Zuckerindustrie sowie Teile der verarbeitenden Industrie (Maschinenbau, Kleineisenindustrie). Dominierend waren in dieser Phase die Eisen- und die Textilindustrie, deren ökonomisches Gewicht gesamtwirtschaftlich am größten war. Das führte z. B. dazu, daß der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands (Chemieverein) den CDI 1890 verließ, weil er seine Interessen nicht mehr genügend repräsentiert sah[8].

Eine deutliche Machtverschiebung erfolgte jedoch in der Mitte der 90er Jahre, als es infolge des konjunkturellen Hochs nicht nur zu einer Welle von Neugründungen und Betriebserweiterungen, sondern auch zu bedeutenden Kartellierungen und Syndizierungen auf dem Gebiet der Kohle- und Eisenindustrie kam[9]. So wurde 1893 das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat gegründet, zwei Jahre später folgte der Halbzeugverband als Kartell der schweren Materialien der ersten Verarbeitungsstufe des Roheisens, 1897 endlich das Rheinisch-Westfälische Roheisensyndikat, um nur die wichtigsten Kartelle und Syndikate zu nennen[10]. Diese Konzentrationsbewegung[11] schuf die Voraussetzung für eine relativ geschlossen ope-

[8] 1902 traten auch die noch weiterhin im Verband verbliebenen Großfirmen Hoechst, Bayer und BASF aus, mit der Begründung, im CDI dürften „im wesentlichen nur die Interessen der Montan- und der Textilindustrie, die über zwei Drittel der in dem Verbande vertretenen Stimmen verfügten, ..., rechnen", zit. nach: Handel und Gewerbe, Jg. 10, Nr. 1, 4. 10. 1902, S. 5.

[9] Vgl. dazu die Angaben bei H. Voelcker, Eisen und Stahl, in: Die Weltwirtschaft, I. Jg., 1906, II. Tl., Leipzig u. Berlin 1906, S. 49 f.: Kapitalerhöhungen, vor allem für Erweiterungen und Neubauten, bei: Bochumer Verein, Dortmunder Union, Gaisweider Werke, Georgs-Marienhütte, Hoesch, Rombacher Werke, Krupp, Gutehoffnungshütte. In diesen Jahren seit 1897 erfolgte zudem eine Vielzahl von Neugründungen im Bereich der Röhren- und Walzwerke, vgl. Adreßbuch 1908/9 sämtlicher Bergwerke und Hütten Deutschlands mit Nebenbetrieben, V. Jg., 1908, passim. Für die Elektrogroßindustrie vgl. Kocka, Siemens, S. 321 ff.

[10] Seit 1896 gelang es erstmals, den Roheisenzoll voll auszunutzen und die Inlandspreise um den Betrag des Zolls über dem Weltmarktpreis zu halten. Der Schutzzoll wandelte seine Funktion vom ‚Erziehungszoll' langfristig zum Kartellschutzzoll bzw. Inlandsmonopolzoll, vgl. dazu R. Hilferding, Der Funktionswechsel des Schutzzolls, in: Die Neue Zeit, Jg. 21, Bd. 2, Stuttgart 1903, S. 275 ff.

[11] Vgl. das Urteil von W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, Berlin ²1909, S. 344: „... es ist die Hausseperiode von 1895–1900 gewesen, in denen das Kartellwesen bei uns zu einer bis dahin völlig unbekannten Bedeutung gelangt ist"; E. Maschke, Grundzüge der deutschen Kartellgeschichte bis 1914, Dortmund 1964.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rierende mächtige Kohle-Eisen-Stahlgruppe innerhalb des CDI: Das Kohlensyndikat z. B. trat 1898 dem Verband korporativ bei, und sein Vorsitzender Emil Kirdorf avancierte bereits 1900 zum Direktoriumsmitglied. Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie übernahmen auch die finanzielle Stützung des CDI, und die führenden Großfirmen waren die Initiatoren der anlaufenden Konzentrations- und Kartellierungsbewegung. Hierdurch wurde die – bis 1914 immer noch starke – Textilindustrie in ihrer Position entscheidend zurückgedrängt.

Die Wirtschaftskrise 1900–1902 beschleunigte noch die Konzentrations- und Kartellierungstendenzen. Ein Beispiel dafür ist der 1904 gegründete Stahlwerksverband, dem bei seiner Gründung 27 große Stahlwerke, in Sonderheit die großen sog. gemischten Betriebe (eigene Kohlezechen bei Stahlerzeugung)[12] an der Ruhr und an der Saar angehörten; sie allein kontrollierten 83,5% der deutschen Rohstahlerzeugung[13]. Der Stahlwerksverband syndizierte nicht nur die schweren Walzwerksfabrikate (Halbzeug, Eisenbahnoberbaumaterial und Formeisen)[14], sondern er übernahm auch die Syndizierung des Exports und gewährte seinen Mitgliedern Exportvergütungen, wobei er eng mit dem Kohlensyndikat zusammenarbeitete[15]. Diese Vergütungen, die eine ganz erhebliche Höhe annahmen[16], waren zunächst

[12] Zudem wurde die Geschlossenheit der Syndikatsorganisation noch dadurch erweitert, daß sich z. B. 1903 auch die sog. Hüttenzechen dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat (RWKS) anschlossen und der Brikettverkaufsverein und das Kokssyndikat in diesem aufgingen. Im gleichen Jahr schuf sich das RWKS mit der Gründung des sog. Kohlenkontors auch eine schlagkräftige Absatzorganisation. Ebenfalls 1903 wurde das Roheisensyndikat durch die Einigung mit starken Außenseitern gestärkt, vgl. G. Klotzbach, Der Roheisenverband, 1910, S. 155 ff.

[13] Vgl. die Angaben über den Stahlwerks-Verband in den Kontradiktorischen Verhandlungen über Deutsche Kartelle (künftig: KV), Bd. IV, 2, Berlin 1905, S. 500 ff.: Zahl der Werke, Art und Umfang der syndizierten Produkte für das Jahr 1905.

[14] Bei den leichteren Walzwerksprodukten (Stabeisen, Walzdraht, Grobblech und Röhren) konnte nur eine Kontingentierung erreicht werden.

[15] Schon 1902 hatten RWKS (zusammen mit dem Kokssyndikat), Roheisensyndikat, Halbzeugverband und Trägerverband eine gemeinsame Abrechnungstelle für die Ausfuhr in Düsseldorf gegründet, die auch für Exportbonifikationen an weiterverarbeitende Werke der Eisenindustrie zuständig war, vgl. dazu Histor. Archiv der Gutehoffnungshütte (künftig: H. A./GHH) Nr. 300 00 30/5; Kartell-Rundschau N. 5, 10. 3. 1903, S. 261 f.; R. Liefmann, Schutzzoll und Kartelle, Jena 1903, S. 31; P. Küpper, Die Preispolitik des Stahlwerksverbandes im ersten Jahrzehnt seines Bestehens, Gießen 1933, S. 117 f.

[16] Vgl. die Aufstellung der Zahlungen in: H. A./GHH Nr. 30000 30/5, von der Hand Emil Kirdorfs (1910):

1902	M. 5 000 000	M. 2 300 000
1903	M. 6 000 000	M. 3 450 000
1904	M. 4 500 000	M. 5 500 000
1905	M. 4 900 000	M. 7 300 000
1906	M. 3 300 000	M. 4 300 000
1907	M. 38 000	M. 1 068 000
1908	M. 2 500 000	M. 4 700 000
1909	M. 3 200 000	M. 5 400 000
	(RWKS)	(Stahlwerksverband)

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch an Einzelfirmen der weiterverarbeitenden Industrie gezahlt worden, die ihre Produkte von den Rohstoff- und Halbzeugverbänden bezogen hatten; der Stahlwerksverband dagegen gewährte Ausfuhrbonifikationen nur noch gegenüber Kartellen[17].

Durch diesen Modus wurde zwar insgesamt die Kartellierung auch der verarbeitenden und der Fertigindustrie vorangetrieben[18], gleichzeitig aber nahm deren Abhängigkeit von den Roh- und Halbfabrikatsyndikaten zu, d. h. langfristig wurde die Machtstellung der Grundstoffsyndikate noch gestärkt[19].

Nach 1910 gingen die großen gemischten Betriebe noch einen Schritt weiter, indem sie die Weiterverarbeitung übernahmen und kleinere Werke aufkauften[20].

Die im Gefolge dieser Machtverschiebung unvermeidlich auftretenden Differenzen zwischen den einzelnen Produktionsstufen der industriellen Fertigung führten immer wieder zu Konflikten im CDI[21]. Zur innerverbandlichen Opposition ist vor allem die weiterverarbeitende Eisenindustrie zu rechnen, z. B. die nichtkartellierte Kleineisenindustrie, die während der konjunkturellen Depression 1900–1902 heftig gegen die Preispolitik der Syndikate Klage führte[22]. Sie war organisiert im Verein Deutscher Eisengießereien, im Verein der Märkischen Kleineisenindustrie sowie im Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA), der seit 1892 dem CDI korporativ angeschlossen war.

Die innerverbandliche Opposition ging indes nie so weit, eine Aufhebung des

---

[17] Vgl. KV, Bd. IV, 2, 1905, S. 300 (Fabrikbesitzer Springmann als Vertreter der sog. reinen Werke) in der Enquête über den Stahlwerksverband; ebda., S. 326 ff., Funcke (Hagen) als Vertreter des Vereins der Märkischen Kleineisenindustrie; Schmieding (Baroper Walzwerke), S. 328 ff.

[18] Vgl. KV, III. Bd., 1. Tl., Berlin 1904, S. 40; Vors. der Ende 1901 gegründeten sog. Roheiseneinkaufs-Vereinigung, die aus 23 Werken bestand, war Friedrich, Direktor der Duisburger Eisen- und Stahlwerke, vgl. ebda., S. 353 ff.

[19] R. Liefmann, Kartelle und Trusts, 2. verm. Auflage 1910, S. 93 f.; M. Glowacki, Die Ausfuhr-Unterstützungspolitik der Kartelle, Diss. Leipzig 1909; F. Kestner, Der Organisationszwang, Berlin 1912, S. 107 f.

[20] Für die Gelsenkirchner Bergwerks AG Emil Kirdorfs vgl. die Angaben bei H. Böhme, Emil Kirdorf, in: Tradition, 6 (1968), S. 295 f.; für die Gutehoffnungshütte vgl. E. Maschke, Es entsteht ein Konzern, Paul Reusch und die GHH, Tübingen 1969, S. 29 f. Für die zeitgenöss. Klagen der betroffenen kleinen verarbeitenden Werke vgl. bes. Kartell-Rundschau H. 19/20, 31. 10. 1904, S. 750: Rundschreiben der Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Halbzeugverbraucher und des Vereins der Märkischen Kleineisenindustrie; Voye (Handelskammer Hagen), Kleineisenindustrie, in: Die Weltwirtschaft, III. Jg., II. Tl., Leipzig u. Berlin 1908, S. 82; KV, Bd. IV, 2, 1905, S. 309 ff.

[21] Sprecher dieser Gruppe im CDI war der Vors. des Vereins der Märkischen Kleineisenindustrie, Wilhelm Funcke, Ausschußmitglied des CDI. Dieser Verband hatte sich 1897 als Antwort auf die Kartellierung konstituiert und fungierte als „Sammelplatz für die Kämpfe gegen die Syndikate der Schwerindustrie", L. Beutin, Geschichte der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen und ihrer Wirtschaftslandschaft, Hagen 1956, bes. S. 110 ff.

[22] Vgl. KV, III. Bd., Tl. 1, 1904, bes. S. 389 ff., Referat Funcke; Ugé (Verein Deutscher Eisengießereien), KV, III. Bd., Tl. 1, 1904, S. 182 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Roheisenzolls, d. h. eine der Hauptvoraussetzungen für die Kartellierung der Eisenindustrie und damit für die Macht der Syndikate zu fordern – eine Forderung, die auch den CDI gesprengt hätte – sondern sie suchte allein in dem Sinne auf die Syndikate einzuwirken, es müsse der Eisenverarbeitung eine bessere Preisgestellung beim Export gewährt werden[23].

Immerhin drohten die Vertreter der Kleineisen- und der sog. ‚reinen' Werke[23a] jetzt sogar, sie würden gegebenenfalls für eine Aufhebung der Zölle auf Halbfabrikate eintreten[24]. Das CDI-Direktoriumsmitglied Rieppel als Vertreter des Schwermaschinenbaus hingegen verteidigte auch weiterhin das Konzept eines Interessenkompromisses zwischen Stahlwerksverband und Maschinenbauindustrie, obwohl auch er in die Klagen mit einstimmte[25]. Gegenüber dem Großmaschinenbau scheint der Stahlwerksverband deshalb auch zu einem gewissen Entgegenkommen bereit gewesen zu sein. Durch Kommissionen beider Gruppen wurden 1905 die hauptsächlichen Differenzen bereinigt[26]; sieht man von den kontinuierlichen

---

[23] Vgl. z. B. die Ausführungen des Direktoriumsmitgliedes Rieppel (MAN), ebda., S. 200, S. 227 f.: „Herr Ugé hat gesagt, daß wir, die Maschinenbauer, gegen die Preispolitik der Kartelle bezüglich der Inlandspreise nichts einzuwenden hätten. Auf diesem Standpunkt stehe ich auch." Rieppels MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg) beschäftigte 1905 rd. 10 000 Arbeiter und war wohl die größte Maschinenfabrik im Kaiserreich überhaupt. Zur Differenzierung der Maschinenbauindustrie vgl. P. Steller, Die Maschinenbauindustrie Deutschlands, in: Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff., 3. Bd. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik CVII.), Leipzig 1903 (zit. Steller). Sehmer, der Geschäftsführer des VDMA, ebda., S. 337 ff., argumentierte in der gleichen Sitzung wesentlich schärfer gegenüber den Syndikaten als Rieppel: sollte der Maschinenbau weiterhin für den Roheisenzoll eintreten, müsse sie nicht schlechter gestellt werden als das Ausland. Für sich bedürfe der Maschinenbau an sich keines Schutzzolls auf seine Produkte, sobald der Roheisenzoll gefallen sei.

[23a] Als „reine" Werke wurden die Betriebe bezeichnet, die zur Herstellung ihrer Produkte auf den Kauf von Stahl (Halbzeug) angewiesen waren.

[24] Vgl. die Kontroverse zwischen dem Verein zur Wahrung der Interessen der Halbzeugverbraucher, dem sich der Bergische Fabrikantenverein Remscheid und der Verein der Märkischen Kleineisenindustrie angeschlossen hatten, und dem Stahlwerksverband 1904, in: Kartell-Rundschau H. 19/20, 31. 10. 1904, S. 749 f.; KV, Bd. IV, 2, 1905, S. 297 (Springmann).

[25] Ebda., S. 246; S. 379: „Augenblicklich liegt die Sache so, daß mit Ihrer [der Syndikate] Preispolitik Süddeutschland tot gemacht wird, und, . . . , ich habe fast die Vermutung – man will es." Rieppel, dessen Kunden hauptsächlich im Ruhrgebiet lagen, dachte deshalb 1905 daran, ein Zweigwerk der MAN an der Ruhr zu gründen, weil er die Rohstoffabhängigkeit seines Betriebes fürchtete. Erst 1910 wurde dieser Plan in die Tat umgesetzt: 1912 nahm ein Zweigwerk in Duisburg die Produktion auf, vgl. E. Maschke, Es entsteht ein Konzern, a. a. O., S. 144.

[26] Im Schwermaschinenbau war zudem die Kartellierbarkeit wesentlich leichter als in anderen Bereichen des Maschinenbaus zu erreichen, vgl. E. Harnisch, Die Kartellierungsfähigkeit der Maschinenindustrie, Diss. Heidelberg 1919, bes. S. 42 ff.; während eine straffe Kartellierung für Kleinmaschinen, Werkzeug- und Textilmaschinen scheiterte, kam es 1903/04 zu einem sog. Schutzabkommen der Produzenten für elektrische Großmaschinen, dem Turbinen-Syndikat, in dem Rieppels MAN mit den Siemens-Schuckert-Werken (in deren Aufsichtsrat Rieppel eintrat) zusammenarbeiteten. Vgl. auch KV, IV. Bd., 2, 1905, S. 385 f.; S. 388.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Klagen des Maschinenbaus über die Dumpingverkäufe der Syndikate ab, so scheinen sich zwischen Großmaschinenbau und Stahlwerksverband vor 1914 keine Konflikte grundsätzlicher Art mehr ergeben zu haben[27].

Im Zeichen der nur von einer kurzen Zwischenkrise 1907/8 unterbrochenen Hochkonjunktur seit 1905 kam es zudem zu einer stetigen Expansion der Maschinenbauindustrie, die sich auch im Schatten der Schutzzölle in der Rangliste der deutschen Industriewirtschaft beachtlich nach vorn schieben konnte.

Auf lange Sicht versuchte der Großmaschinenbau seine Stellung durch Kooperation mit den Großbetrieben der Elektroindustrie, die ebenfalls im Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten organisiert waren, zu stärken. Die Elektrogroßindustrie nämlich, ebenso wie der Maschinenbau und die chemische Industrie eine Wachstumsindustrie[28], war wie die eisenverarbeitende Industrie an billigem Rohstoffbezug interessiert, d. h. ein Gegner allzu hoher Schutzzölle; durch eine erst in Ansätzen vorhandene Verbandspolitik[29] blieb diese informelle Gruppe indes gegenüber der straff organisierten Machtgruppe der Kohle-Eisen-Stahl-Seite, die eng mit der Textilindustrie sowie der schutzzöllnerischen Glas-, Zucker- und Düngemittelindustrie zusammenarbeitete, wenig schlagkräftig. Zudem war sie in ihrem Aktionsradius durch ein teilweises Gegeneinanderarbeiten der sich herausbildenden Großbetriebe Siemens und AEG eingeengt: Siemens z. B. war seit 1911 durch Wilhelm von Siemens im Direktorium des CDI vertreten, während sich die AEG Walther Rathenaus nicht im Centralverband betätigte und stärker mit der syndikatsgegnerischen verarbeitenden Eisenindustrie (Bleche, Röhren), bes. mit den Mannesmannröhrenwerken, die 1911 dem BdI beitraten, kooperierte[30].

Die innerverbandliche Machtstruktur verlagerte sich noch mit dem Eintritt der deutschen Industriewirtschaft in ihre ‚reife', monopolistische Phase seit etwa 1910[31], als sich der Weg vom Großbetrieb zum Konzern in ersten Umrissen abzeichnete und die Angliederungspolitik von weiterverarbeitenden Betrieben seitens

---

[27] Ohnehin arbeitete die Maschinenbauindustrie vor 1914 zu rd. 70 % für den Inlandsmarkt, vgl. W. Rech, der deutsche Maschinenbau und seine Zukunft, (Deutschlands wirtschaftl. Zukunft, 4. H.), Nieder-Ramstadt b. Darmstadt 1922, S. 54 ff.

[28] Vgl. dazu die Angaben bei Kocka, Siemens, bes. S. 327 ff.; Art. Elektrizitätsindustrie, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. III, 3. Aufl. 1909 (Wirminghaus), S. 927 ff.; J. Loewe, Die elektrotechnische Industrie, in: Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff., Leipzig 1903, bes. 77 ff.; auch hier bildeten die Jahre 1903 bzw. 1910 ff. nach den elektroindustriellen „Gründerjahren" 1897–1900 eine deutliche Zäsur. So stiegen z. B. die Zahlen der Beschäftigten von 26 321 im Jahre 1895 über 82 510 im Jahre 1905 auf 106 966 im Jahre 1907; allein die AEG steigerte ihr Aktienkapital über 5 Millionen (1893), 60 Mill. um 1900 und 100 Mill. (1909) auf 130 Millionen im Jahre 1912. Ähnliche Steigerungsraten galten für den Siemens-Konzern.

[29] Ein großer Branchenverband wurde erst im Frühjahr 1918 ins Leben gerufen.

[30] Vgl. dazu W. Rathenau, Tagebuch 1907–1922, Düsseldorf 1967, S. 146; S. 287 (Liste der Aufsichtsratssitze): besonders Kontakte zu Eich (Mannesmann) und einigen kleineren Betrieben der eisenverarbeitenden Industrie.

[31] Vgl. dazu A. Feiler, Die Konjunkturperiode 1907–1913 in Deutschland, Jena 1914, S. 81, S. 95.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der großen gemischten Werke an der Ruhr eine neue Dimension erreichte[32]. 1912 konnte einer der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, Conrad Haußmann, konstatieren: „Die Kartelle werden ... in Deutschland eine immer gewaltigere und drückendere Erscheinung des wirtschaftlichen Lebens und nehmen vielfach besorgniserregende Formen an."[33] Zu der von ihm geforderten Kartellgesetzgebung, „um die Ausmündung des Wirtschaftslebens in Monopolform nicht zu einer schweren Gefahr für Deutschland werden zu lassen", kam es indes nicht: einmal wegen der mangelnden Einheit der Kartellgegner[34], zum anderen wegen des starken Einflusses dieser Monopolgruppen auf die staatliche Wirtschaftspolitik.

Aufgrund dieser Konstellation blieb im CDI das Übergewicht der Kohle-Eisen-Stahlgruppe und ihrer Verbündeten bis 1914 erhalten[35], nicht zuletzt auch deswegen, weil sie – abgesehen von ihrer finanziellen Stärke – ihre Machtstellung auch durch schlagkräftige Unterverbände (Langnamverein, Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Bergbaulicher Verein) innerverbandlich weiter absichern konnte. Diesen Unterverbänden konnten die ‚jungen' Industrien nichts Gleichwertiges entgegenstellen.

Gesellschaftspolitisch kooperierte diese im CDI vorherrschende Gruppe in einer bis 1909/10 zu datierenden Phase zur Absicherung ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele mit den Parteien und Verbänden der Rechten. Bei allen Divergenzen in Einzelfragen arbeitete der CDI mit dem Bund der Landwirte als der Interessenvertretung der Großlandwirtschaft zusammen, da beide ein gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung des Schutzzollsystems (Eisen- bzw. Agrarzölle) einte[36]. Diese wirtschaftspolitische Kooperation ging langfristig Hand in Hand mit

[32] Vgl. dazu bereits den Aufsatz des Geschäftsführers des Vereins d. Märkischen Kleineisenindustrie, M. Gerstein, Kleineisenindustrie, in: Die Weltwirtschaft, 1. Jg., 1906, II. Tl., Leipzig u. Berlin 1906, S. 52 f.; Schriftwechsel zwischen H. Schmitz (Vertreter der reinen Feinblech-Walzwerke, Hagen) und dem Direktor der Gutehoffnungshütte und Direktoriumsmitgl. des Stahlwerks-Verbandes, Schaltenbrand, zu Beginn der Rezession 1907, in: H. A./GHH, Nr. 300 00 30/5. Vgl. E. Maschke, Kartellgeschichte, a. a. O., S. 26.

[33] C. Haussmann, Das wirtschaftliche Programm der fortschrittlichen Volkspartei, in: Deutsche Wirtschaftszeitung Nr. 1, 1. 1. 12, Sp. 19 ff. (zit. DWZ).

[34] Vgl. dazu F. Blaich, Anfänge der deutschen Antikartellpolitik zwischen 1897 und 1914, in: Jb. f. Sozialwissenschaft 21 (1970), S. 127 ff.

[35] Kaelble, S. 94 f., u. ö., unterscheidet demgegenüber drei klar unterschiedene, informelle Gruppen: eine sog. agrarische Gruppe (Zuckerindustrielle, Produzenten landwirtschaftl. Maschinen, oberschles. Magnaten), eine Syndikatsgruppe und eine sog. mittelbetriebliche Gruppe (Textil-, Maschinenbau- und metallverarbeitende Industrie, bes. in Süddeutschland). Letztere habe sich vor allem durch ihre Frontstellung gegenüber den Syndikaten ausgezeichnet. Dieses Schema berücksichtigt nicht das System der Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Industriezweigen im Zuge der Konzentrations- und Kartellierungsbewegung; zudem läßt es die Kooperation der beiden ersten ‚Gruppen' außer acht, wobei graduelle Unterschiede überbetont werden. Vollends die These, die sog. mittelbetriebliche Gruppe, der er auch – irrtümlicherweise – den Großindustriellen Rieppel mit der MAN zuordnet, habe, gemessen an ihren Einzelerfolgen im CDI seit 1907, den Verband am stärksten geprägt, ist unhaltbar.

[36] Dieser Gesichtspunkt kommt bei Kaelble, Kocka (in: Jb. f. d. Geschichte Ost- und Mitteldeutschlands, 1971, S. 341 ff.) und Puhle, passim, entschieden zu kurz.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer Übernahme konservativ-feudaler Wertvorstellungen seitens der Großindustrie auf sozialpolitischem, und dann auch auf allgemein verfassungspolitischem Gebiet[37]. Insbesondere was die Stellung zur organisierten Arbeiterschaft anbelangt, so formulierte die Kohle-Eisen-Stahlgruppe die autoritär repressiven Sozialmuster innerhalb des Verbandes. Das Konzept der Maschinenbau- oder Textilindustrie, soweit sie im CDI vertreten war, unterschied sich nur graduell von dem der Führungsgruppe[38]. Wenn auch einige Gruppen hier z. B. bereit waren, mit Vertretern der Arbeiterschaft zu verhandeln, so nur aus diesem Grunde, weil die vorwiegend klein- und mittelbetrieblich strukturierten Firmen es sich nicht leisten konnten, kostspielige Arbeitskämpfe zu riskieren. Die gleiche autoritär-patriarchalische Haltung nahm man gegenüber der noch schwachen organisierten Angestelltenschaft ein, beispielsweise Rieppel bei der MAN[39].

Parteipolitisch war der CDI eng mit der Freikonservativen (Reichs-)Partei sowie der Nationalliberalen Partei verbunden, deren äußersten rechten Flügel er bildete[40]. Seit 1907, als Stresemann erstmals in die Nationalliberale Reichstagsfraktion einzog, wurde das Verhältnis zu dieser Partei jedoch gespannt; das Mißtrauen gegenüber den sozialpolitischen Initiativen der Fraktionsführung unter Bassermann, auf den Stresemann Einfluß gewinnen konnte, artikulierte sich seit dieser Zeit in der Drohung, politisch selbständige Arbeitgeberparteien ins Leben zu rufen[41]. Als Stresemann im Reichstag dann offen die Preispolitik des Kohlensyndikats angriff, wurden auf die Partei Pressionen ausgeübt, die bis zur Drohung gingen, ihr in Zukunft die finanziellen Subsidien zu entziehen. Zu einem offenen Bruch kam es zwar nicht, aber spätestens seit dieser Zeit stand die Partei unter dem Druck des CDI, der jede auch noch so maßvolle Öffnung nach links entschieden bekämpfte.

In bewußter Distanz zum CDI agierten die jüngeren Interessenverbände des gewerblichen Bürgertums, die sich in der dritten Industrialisierungsphase des Deutschen Reiches seit Mitte der 90er Jahre herausgebildet hatten. Das gilt vor allem für den in Konkurrenz zum CDI 1895 gegründeten Bund der Industriellen (BdI) als Organisation der kleinen und mittleren Industrien, vor allem der exportorien-

---

[37] Vgl. dazu D. Stegmann, Zwischen Repression und Manipulation, Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910–1918, Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte 12 (1972), S. 351 ff. (zit. Stegmann, Machteliten).

[38] Vgl. dazu am Beispiel der süddeutschen Textilindustriellen A. Schnorbus, Arbeit und Sozialordnung in Bayern vor dem Ersten Weltkrieg (1890–1914), München 1969, S. 67 f., S. 176 f. Grundlegend dazu neuerdings: K. Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich, 1903–1914, Düsseldorf 1974, (zit. Saul).

[39] Stegmann, Konservative Machteliten, S. 368 ff.

[40] Vgl. dazu Th. Eschenburg, Das Kaiserreich am Scheideweg, Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929, S. 112 ff., und mit neuem Material Stegmann, S. 146 ff.

[41] Exponenten dieser Strömung waren der Altonaer Maschinenbau-Industrielle, Joh. A. Menck (stellv. Vors. des Gesamtverbandes Dt. Metallindustrieller) und der Syndikus der Handelskammer Saarbrücken, A. Tille, hinter dem die Saarindustrie stand.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tierten Fertigwaren- und der Konsumgüterindustrien. Er vertrat in einem ersten, bis 1902/03 zu datierenden Zeitraum primär die Interessen ökonomisch starker Verbände der Nahrungs- und Genußmittelindustrien, von Teilen der nichtmonopolistischen Kleineisenindustrie, von Branchenverbänden der klein- bzw. mittelbetrieblich organisierten metallverarbeitenden Industrie sowie der Baustoff-, Holz- und Lederindustrie, außerdem einzelner Betriebe der Chemieindustrie sowie der Textilveredelung.

Die Initiative zu seiner Gründung war vom Chemieverein ausgegangen. Er sah im BdI ein Instrument, eine einheitliche industrielle Interessenvertretung auf reichsgesetzlicher Grundlage zu schaffen[42], die auch die Vormacht des CDI brechen konnte. Diese Taktik, die 1899 in dem Plan gipfelte, einen ‚Deutschen Industrierat' zu gründen[43], scheiterte indessen an der Intransigenz des CDI, der nicht daran dachte, sich mit Vertretern der chemischen und der kleinen und mittleren Industrie gleichberechtigt an einen Tisch zu setzen.

Die Erfolge des BdI in den ersten Jahren waren indes gering[44], so daß der Chemieverein 1897 zusätzlich die Centralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen ins Leben rief, um im Vorfeld der Vorbereitungen für einen neuen deutschen Zolltarif die eigene Position gegenüber CDI, Bürokratie und Parlament wirksamer zu vertreten. Hier organisierten sich die Interessenvertreter von chemischer Industrie, Teilen des Maschinenbaus, Elektro- und Brauereiindustrie, von Metallhandel sowie einige Exponenten der Eisen- und Stahlindustrie Elsaß-Lothringens, der Saar und Oberschlesiens, Repräsentanten der Großbanken und der Großschiffahrt einschließlich des BdI[45].

Über eine ähnliche soziale Basis verfügte der 1900 zusätzlich gegründete Handelsvertragsverein[46]. Projektiert als breite agitatorische Gegenfront des liberalen Industrieflügels gegen das neuerliche Bündnis von CDI und Großgrundbesitz seit 1897/98, war der Handelsvertragsverein, verglichen mit dem damals noch schwachen und einflußlosen BdI, die weitaus stärkere Organisation. 1902 erschien der BdI aus der Sicht des Handelsvertragsvereins als Vertretung der „mittlere[n] und kleinere[n] Industrie"[47].

Erst die im Gefolge der Zwischenkrise der Jahre 1900–1903 zunehmende Anti-Kartellierungsbewegung sowie die Abbröckelung der Front im Handelsvertrags-

---

[42] Vgl. dazu das Rundschreiben des Direktoriums des CDI vom 25. 11. 1895, in: H. A./GHH Nr. 300 1073/2; C. Ungewitter, Ausgewählte Kapitel aus der chemisch-industriellen Wirtschaftspolitik 1877–1927, Berlin 1927, bes. S. 385 ff. (zit. Ungewitter); F. Hauenstein, S. 45.

[43] Vgl. Ungewitter, S. 383 ff., S. 390 ff., auch für das folgende.

[44] 1895: 500 Mitgl., 1897: 1500 Mitgl., 1898: 2000 Mitgl., 1901 bereits 13 000 Mitgl., vgl. dazu D. Stegmann, Linksliberale Bankiers, Kaufleute und Industrielle 1890–1900, Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Handelsvertragsvereins, in: Tradition, Jahresheft 1976.

[45] Vgl. dazu Stegmann, S. 75 ff.; Bericht über die 5. Ordentliche Generalversammlung der Centralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen, 23. H., Berlin 1903, S. 46 ff. (Mitgliederlisten).

[46] Vgl. dazu H. Nussbaum, S. 151 ff.; Stegmann, S. 75 ff.

[47] Jb. des Handelsvertragsvereins für das Jahr 1901, Berlin 1902, S. 145 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verein seit 1902, als sich herausstellte, daß CDI und Großlandwirtschaft ihre wirtschaftlichen Forderungen gegenüber Regierung und Parlament weitgehend hatten durchsetzen können, führten zu einer Stärkung des BdI. Wesentlich dafür war auch, daß der 1902 gegründete Verband Sächsischer Industrieller, der unter der Geschäftsführung Stresemanns einen raschen Aufschwung nahm, dem BdI beitrat und schnell zum stärksten Landesverband avancierte. Durch dessen finanzielle Stützung wurde der BdI überhaupt erst in die Lage versetzt, eine eigene Zentrale in Berlin aufzubauen[48]. Der Verband Sächsischer Industrieller trieb auch das für den BdI später charakteristische Landesverbandsprinzip (vor allem in den nichtpreußischen Bundesstaaten) voran und begründete erst die Stellung des BdI als Interessenvertretung der Fertigwarenindustrie. 1903 hatte der Bund bereits 13 000 Einzelmitglieder gegenüber 2000 im Jahre 1898. Erst jetzt machte er sich auch zum Sprecher der Kartell-Gegner; er protestierte gegen die Preispolitik der Eisen- und Stahlsyndikate und besonders gegen die des Kohlensyndikats[49].

Die Unzufriedenheit fast der gesamten deutschen Industrie über die Auswirkungen der 1904/05 ausgehandelten Handelsverträge[50] erweiterte zusätzlich seine Manövrierbasis. 1905 mußte sogar die CDI-Führung eingestehen, die Kooperation mit der Landwirtschaft habe dazu geführt, daß vor allem die Interessen der Maschinen-, Draht-, Röhren- und Kleineisenindustrie durch die Handelsverträge beeinträchtigt worden seien.

Obwohl sich nun der BdI zum Sprecher dieses Protestes machte[51], zeigte sich der Großteil der im CDI organisierten Betriebe der verarbeitenden und Fertigwaren-Industrie gegenüber seinen Abwerbungsversuchen[52] relativ immun; ja, der 1902 gegründete Bayerische Industriellen-Verband, der in der Mehrzahl Vertreter von Fertigindustrien umfaßte, konnte sogar über das CDI-Direktoriumsmitglied Rieppel (MAN) Anfang 1906 zum korporativen Eintritt in den CDI bewogen werden. Ungeachtet dieses Mißerfolges sah der BdI weiterhin seine primäre Aufgabe darin, die „gesamten Interessen der Fertig- und der leichten Industrie, namentlich auch zur Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe, gegenüber den Rohstoff- und Halbstoff-Industrien, ihren Kartellen und ihrem Wortführer, dem Zentralverband

---

[48] Ähnlich auch die rückblickende Beurteilung Stresemanns, Polit. Archiv (künftig PA) Bonn NL Stresemann Bd. 114, Stresemann an M. Hoffmann 26. 11. 19: der BdI sei 1902 ein „sehr schwaches Gebilde" gewesen, der Etat des Verbandes habe damals ganze M. 16 000.– betragen.

[49] Vgl. Nussbaum, passim; Deutsche Industrie (Zs. des BdI, zit. DI) Jg. 1905, S. 89–91: Protest gegen die „tyrannische Herrschaft" des RWKS.

[50] Zur Kritik des Handelsvertragsvereins (HVV) vgl. Die neuen Handelsverträge, Verhandlungen des G. A. des HVV am 4. 2. 1905, Berlin 1905, S. 4 ff.; zum VDMA vgl. Handel und Gewerbe (zit. HuG) Nr. 24, 11. 3. 1905, S. 492; zum CDI und seinen Unterverbänden vgl. Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte (zit. VMB) des CDI Nr. 100, Mai 1905, S. 15 ff.

[51] HuG Nr. 22, 25. 2. 1905, S. 450, Erklärung des Gesamtvorstandes vom 14. 2. 1905.

[52] DI, Jg. 1905, S. 15, zit. bei Pausewang, S. 124. 1905 ging der BdI so weit, eine Verstaatlichung der Kohlenindustrie zu fordern, um so eine Kontrolle über die Preispolitik zu erhalten.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutscher Industrieller"[53], wahrzunehmen. Nicht zuletzt um diesen für den CDI gefährlichen Tendenzen die Spitze abzubrechen[54], wurde von seiner Führung Anfang 1906 der Versuch unternommen, den BdI in die Ende 1905 gegründete sog. Interessengemeinschaft der deutschen Industrie (bestehend aus CDI, Centralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen sowie [seit 1908] dem Chemieverein) einzubeziehen. Diese äußerst lockere Organisation, in der der CDI zudem in allen entscheidenden Fragen eine Hegemoniestellung innehatte, sollte die Forderungen der Industrie auf dem Gebiet der Außenhandelspolitik nach den schlechten Handelsverträgen von 1904/05 koordinieren.

Im Gegensatz zu der weitgehend taktisch bestimmten Motivation des CDI, der mit dieser neuen Organisation primär Druck auf die Regierung und den agrarischen Bündnispartner ausüben wollte, hatte ein Teil der BdI-Führung zumindest kurze Zeit wieder das alte Ziel einer einheitlichen industriellen Interessengemeinschaft im Sinne: Nach der rückblickenden Aussage des späteren BdI-Vorsitzenden Heinrich Friedrichs scheint der damalige Vorsitzende Hermann Wirth sogar bereit gewesen zu sein, zur Erreichung dieses Ziels den BdI aufzulösen[55].

Der BdI zog sich allerdings sofort aus dieser Organisation zurück, als sich im Mai 1908 klar zeigte, daß der CDI das von ihm angestrebte Projekt einer staatlich unterstützten Exportförderungsstelle torpedierte und damit bewies, daß er an einer wirklichen Kooperation nicht interessiert war[56].

Die eigentlichen Hintergründe für diesen Bruch lagen einmal auf verbandsorganisatorischem Gebiet: Unter der Führung Gustav Stresemanns war seit 1907 eine Gegenfront des BdI zum CDI aufgebaut worden, indem die verarbeitende Industrie seit der wirtschaftlichen Krise 1907/08 für den BdI mobilisiert wurde[57].

---

[53] Vgl. die Belege bei Pausewang, S. 138, u. ö. (DI Jg. 1907, S. 16 f.; S. 26 f.; S. 39 f.). Motor dieser Politik war G. Stresemann, der sie auch öffentlich im Reichstag verkündete und dabei bewußt die mittelbetriebliche Industrie in Sachsen gegen die Schwerindustrie an der Ruhr ausspielte. Diese Taktik führte schon seit Ende 1907 zu scharfen Spannungen zwischen Ruhrindustrie und Nationalliberaler Partei, denn Stresemann hatte diese Ausführungen als Etatredner seiner Partei gemacht.

[54] Kaelble, S. 170 ff., übersieht dieses taktische Moment und kommt deshalb bei seiner Interpretation dieses Schrittes zu falschen Schlüssen, wenn er diese Aktion als eine Etappe auf dem Wege zur Gründung des RDI ausdeutet.

[55] Vgl. Hauenstein, S. 63 (Friedrichs 1920 in einem Rückblick).

[56] VMB Nr. 110, Juni 1908, S. 26 ff., Referat des Syndikus des BdI, Wendlandt, und Gegenreferat des CDI-Direktoriumsmitgliedes und Geschäftsführers, Bueck, S. 41 ff. Starke Bedenken gegen dieses Projekt artikulierten außerdem der HVV und der Deutsche Handelstag, vgl. dazu: Deutsche Wirtschafts-Zeitung (DWZ) Nr. 4, 15. 2. 1908, Sp. 167 ff., Eine Zentralstelle zur Förderung des deutschen Exports?; Mitteilungen des Handelsvertragsvereins Nr. 3, 20. 2. 1908, S. 32 ff., Die Begründung einer Reichshandelsstelle. Vgl. auch Roetger, in: VMB Nr. 111, November 1908, S. 87 ff. auf der Deleg.-Vers. des CDI am 7. 11. 1908; G. Stresemann, Industriepolitik (8. 5. 1908), in: ders., Wirtschaftspolitische Zeitfragen, 2. verm. Aufl. Dresden 1911, S. 162 ff.; Stegmann, S. 154 ff.

[57] Der Etat des BdI, der 1907/8 erst M. 16 000 betragen hatte, konnte auf M. 59 000 im Jahre 1912 erhöht werden, PA Bonn, NL Stresemann Bd. 121, Verband Württemberg. Industr. an Stresemann 9. 6. 1913. Versuche des CDI, in Württemberg eine eigene Organisation aufzu-

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Damals wurde der Verband Süddeutscher Industrieller gegründet, im gleichen Jahr folgte der Verband Württembergischer Industrieller, 1909 dann der Verband Thüringischer Industrieller, 1910 der Bund der Industriellen am Riesengebirge und 1911 endlich der Verband Mitteldeutscher Industrieller. Ein Teil dieser Gründungen erfolgte dabei in direkter Konkurrenz zum CDI.

Zusätzlich schloß sich der BdI dem Protest der sog. reinen Walzwerke[58] gegen das Schutzzollsystem und den Stahlwerksverband seit Anfang 1908 an und erreichte damit, daß auch ein kleiner Teil der eisenverarbeitenden Industrie jetzt aus dem CDI ausscherte[59].

Dazu kamen neben wirtschaftspolitischen – Stresemann hatte 1907 im Reichstag das Kohlensyndikat scharf angegriffen – vor allem sozialpolitische Divergenzen. Hier verfocht die BdI-Führung auf Betreiben Stresemanns eine flexiblere, insbesondere gegenüber der schnell wachsenden Schicht der Angestellten in Handel und Industrie, dem sog. Neuen Mittelstand, auf soziale und nationale Integration abzielende Linie. Diese soziale Gruppe sollte möglichst für den BdI mobilisiert und dafür durch stärkere Berücksichtigung bei der staatlichen Sozialgesetzgebung protegiert werden[60]. Gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung endlich lehnte Stresemann im Gegensatz zum CDI eine staatliche Repressiv-Gesetzgebung ab und

---

ziehen, scheiterten 1910, vgl. Württembergische Industrie (zit. WI) H. 10, 1. 10. 1910, S. 296 ff.

[58] Vgl. zu dieser Kontroverse bes. VMB Nr. 111, Nov. 1908, S. 144 f. und Mitteilungen des Handelsvertragsvereins Nr. 11/13, 20. 7. 1908, S. 100 f., Stahlwerksverband und reine Walzwerke (R. Breitscheid); G. Gothein, Die Wirkungen des Schutzzollsystems in Deutschland, Berlin 1909, S. 50; Bueck auf der Sitzung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller (VdEStI) am 10. 12. 12, zit. bei Nussbaum, S. 162: „Von dort aus [der Gesamtvereinigung der Weißblech verarbeitenden Industrie] und von den westfälischen sogenannten reinen Walzwerken wurde der Stahlwerksverband heftig angegriffen. Auch angehetzt vom Bunde der Industriellen scheuten sich diese reinen Walzwerke sogar nicht, an den Grundfesten unseres Zollsystems zu rütteln, sie beantragten die Aufhebung bzw. Sistierung der Schutzzölle auf Roheisen, Schrott und Halbzeug."

[59] Vgl. A. Steinmann-Bucher, Über Industriepolitik, 1910, S. 24; C. Loehr, Direktor der Christinenhütte bei Meggen i. W. (reines Walzwerk) war einer der Initiatoren des Vorstoßes, gleichzeitig Vors. des Vereins der Roheisen- und Halbzeugverbraucher, der dem BdI korporativ angeschlossen war. Ebenso war die Gesamtvereinigung der Weißblech verarbeitenden Industrie über ihren Vors. und Geschäftsführer dem BdI korporativ angeschlossen.

[60] Vgl. dazu die kurzen Hinweise bei Stegmann, S. 187 f.; J. Kocka, Industriebürokratie und Neuer Mittelstand, in: Das Kaiserliche Deutschland (Hrsg. M. Stürmer), 1970, S. 277 f.; Rede Stresemanns auf dem Allg. Delegiertentag der Nat.-lib. Partei am 6. 10. 1907, in: ders. Wirtschaftspolitische Zeitfragen, 1911, S. 71 ff.; ders., Industriepolitik (1908), ebda., S. 185 ff.; ders., Denkschrift vom 5. 9. 1908 an Bassermann, abgedr. bei Th. Eschenburg Das Kaiserreich . . . , a. a. O., S. 114 ff.; zum Verhältnis von Hansa-Bund (HB) und Neuen Mittelstand vgl. Mitteilungen vom Hansa-Bund, Nr. 1, 4. 1. 10, Handlungsgehilfen und Hansa-Bund: danach saßen 41 Angestelltenvertreter im Gesamtausschuß, u. a. Vertreter des Verb. dt. Handlungsgehilfen (rd. 94 000 Mitglieder), Verein dt. Kaufleute (19 000 Mitgl), Deutscher Werkmeisterverband (rd. 54 000 Mitgl.), Dt. Bankbeamtenverein (28 000 Mitgl.), Verein für Handlungskommis (110 000 Mitgl.) [Zahlen für 1911]; vgl. jetzt auch Mielke, Der Hansa-Bund . . . (s. Anm. 1), S. 95 f. (vor allem für die verbandsorganisatorische Ebene).

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

suchte stattdessen durch Zusammenfassung der nationalen Arbeiterverbände ein Gegengewicht zu den Freien Gewerkschaften zu schaffen. Weitergehende sozialpolitische Initiativen wie etwa die von linksliberaler Seite geforderte Einrichtung von Arbeitskammern oder eine Liberalisierung der Arbeitsverfassung überhaupt lehnte er aber strikt ab[61]. Innerhalb des BdI war die Position Stresemanns dabei nie unumstritten: Der Verband Württembergischer Industrieller unter Robert Bosch tendierte in Einzelfragen weiter nach links, der starke Verband Sächsischer Industrieller, unterstützt vom Verband Thüringischer Industrieller, stärker nach rechts. Dank Stresemanns taktischem Geschick gelang es aber immer, eine praktikable Mittellinie im Verband durchzusetzen.

Insgesamt gesehen waren damit auf allen Gebieten industrieller Interessenpolitik starke Gegensätze zum CDI vorhanden, die auch auf parteipolitischem Feld voll durchschlugen. Der Kampf der beiden Industrieverbände um den Kurs der Nationalliberalen Partei, in der auch die Mehrzahl der im BdI vertretenen Industriellen ihre politische Heimat hatten – sieht man von einer kleineren Gruppe um den späteren BdI-Präsidenten Heinrich Friedrichs, die für die linksliberalen Parteien votierte, ab –, war von hierher gesehen nur folgerichtig; er signalisiert die immer enger werdende Kopplung von Partei- und Verbandspolitik.

Vergleicht man die Machtstellung von CDI und BdI im Jahre 1910, so hatte sich verbandsorganisatorisch das Gewicht des BdI, den Vertreter der Schwerindustrie noch 1908 als quantité négligeable[62] glaubten abstempeln zu können, zwar gefestigt, aber gegenüber der imponierenden Phalanx[63] von Großunternehmen, Fachverbänden, Handelskammern, Kartellen und Syndikaten im CDI blieb er doch relativ schwach[64]. Wenn auch seine Position im Reichstag geschwächt war, wo er zur Durchsetzung seiner Interessen immer stärker auf den politischen Konservatismus angewiesen war, so verfügte der CDI doch über entschieden bessere Einflußmöglichkeiten auf die Ministerialbürokratie[65].

Die Auseinandersetzungen seit 1908 verstärkten insgesamt die Polarisierung innerhalb der Industrie[66]. Sie erreichten in den Kämpfen um die Modalitäten der

---

[61] Saul, S. 328 ff.

[62] So der Syndikus der saarindustriellen Unternehmerverbände, A. Tille, 1908, in: Die Arbeitgeberpartei und die politische Vertretung der deutschen Industrie, Saarbrücken 1908, S. 1.

[63] Vgl. dazu die Aufstellungen bei A. Steinmann-Bucher, Über Industriepolitik, 1910, S. 22 f.

[64] Noch 1913 klagte z. B. der Verband Württemberg. Industrieller (VWI) darüber, daß in Preußen die Werbearbeit des Bundes nur wenig Erfolge gezeitigt habe: Fundament seien die Landesverbände in Sachsen, Thüringen und Württemberg, während in Preußen allein ein „Konglomerat von lokalen Arbeitgeberverbänden, von einigen Repräsentanten des Handels und zerstreuten Einzelmitgliedern" existiere: VWI an das Präsidium des BdI am 9. 6. 13, in: PA Bonn, NL Stresemann Bd. 121.

[65] Das stellte Stresemann gegenüber dem Präsidium des BdI selbst fest (Entwurf für Friedrichs) 8. 7. 13, in: PA Bonn, NL Stresemann Bd. 122: „... der maßgebende Einfluß des Zentralverbandes (beruhe) im wesentlichen auf diesen persönlichen Beziehungen, während diese vom Bund (der Industriellen) bisher überhaupt nicht gepflegt worden sind".

[66] So auch H. Böttger (Stresemann nahestehend), Die Industrie und der Staat, Tübingen 1910,

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichsfinanzreform 1909 eine neue Dimension[67]. Ihren deutlichsten Ausdruck fanden sie in der Kontroverse um den gesellschaftspolitischen Kurs des im Sommer 1909 gegründeten Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie, einem entschieden antiagrarischen und antifeudalen Sammlungs-Bündnis des liberalen Bürgertums[68], dem anfangs beide Verbände angehörten. Der Hansa-Bund war eine erweiterte Neuauflage des Handelsvertragsvereins von 1900, nur mit dem Unterschied, daß seine Führung um den linksnationalliberalen Bankier Jacob Rießer schnell die Notwendigkeit einsah, über das Bildungs- und Besitzbürgertum hinaus auch die Angestelltenschaft zu integrieren und positive sozialpolitische (Ablehnung einer Repressivpolitik gegenüber der Arbeiterschaft) und verfassungspolitische (Liberalisierung des Dreiklassen-Wahlrechts in Preußen) Forderungen aufzustellen. Damit folgte der Hansa-Bund sehr bald der gesellschaftspolitischen Linie des BdI[69].

Nachdem sich der CDI erfolglos bemüht hatte, den Hansa-Bund auf seinen Kurs festzulegen, gründete er bereits Ende 1909, in direktem Unterlaufen gleichgerichteter Zielsetzungen des Hansa-Bundes, einen eigenen zentralen Industriewahlfonds und nahm gleichzeitig seine alten Kontakte zur Großlandwirtschaft wieder auf[70]. Im Gegenzug stützte der BdI den Hansa-Bund-Wahlfonds und beteiligte sich an der Gründung des Deutschen Bauernbundes, der dem großagrarischen Bund der Landwirte Konkurrenz machen sollte. Obgleich der Direktoriumsvorsitzende des CDI, Max Roetger (Landrat a. D. und langjähriger Krupp-Direktoriumsvorsitzender), im März 1910 noch scharfe Worte gegenüber der agrardemagogischen Politik des Bundes der Landwirte gefunden hatte[71], kam es im Sommer und Herbst, nicht zuletzt unter Mitwirkung preußischer Minister und Kreisen der Reichsregierung[72], zu einer Wiederannäherung zwischen CDI und ostelbischem Großgrundbesitz. In diese Front wurden 1911 auch die kleinen Selbständigen in Handel und Gewerbe, der sog. Alte Mittelstand, in Gestalt des von beiden Gruppen gemeinsam gegründeten und finanzierten Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes eingeschlossen[73], – nicht zuletzt, um auch die Handwerkerpolitik des Hansa-Bundes bekämpfen

---

S. 113 ff.; Gustav Krupp von Bohlen und Halbach datierte ebenfalls das Jahr 1910 zur entscheidenden Zäsur der dt. Innenpolitik: damals habe das „Hinabgleiten der monarchischen und staatlichen Autorität zum Demokratismus" begonnen, Krupp an Haux 7. 4. 1917, zit. bei D. Guratzsch, Macht durch Organisation, Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974, S. 382 (zit. Guratzsch).

67 Grundlegend dazu P. Ch. Witt, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1903–1913, Hamburg u. Lübeck 1970, S. 304 ff.

68 Zum Hansa-Bund (HB) vgl. den kurzen Aufriß bei Stegmann, S. 176 ff., und jetzt die Arbeit von Mielke, Der Hansa-Bund . . . (vgl. Anm. 1).

69 Stegmann, S. 183 f.

70 Vgl. dazu Stegmann, Konservative Machteliten, S. 371 ff. (Verhandlungen zwischen Stahlwerksverband und Bund der Landwirte 1908).

71 Vgl. Mtteilungen vom Hansa-Bund Nr. 11, 4. 3. 1910, Hansa-Bund und Bund der Landwirte.

72 Diese Information verdanke ich Claus Saul (Hamburg), der über das Zusammenspiel im Sommer 1910 detaillierter berichten wird.

73 Vgl. dazu die Proteste von seiten des HVV und des BdI: Mitteilungen des HVV Nr. 24,

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu können. Qualitativ war damit eine neue Ebene der Verbandspolitik erreicht: Die alten Formen der Einflußnahme auf Parteien und Bürokratie wurden erweitert, indem jetzt gezielt auch auf politisch und ökonomisch bis dahin fernerstehende Gruppen eingewirkt wurde. Erstmals sollten jetzt Hilfsvölker im mittelständischen Bereich, und hier insbesondere im extrem konservativen Lager, für die eigenen Interessen mobilisiert werden. Damit übernahm der CDI die Taktik der konservativen Großgrundbesitzer im Bund der Landwirte, nämlich „das Tragen der demokratischen Maske und die Ausbeutung demokratischer Methoden für undemokratische Ziele bei antidemokratischer Gesinnung"[74].

Der definitive Austritt namhafter Mitglieder des CDI aus dem Hansa-Bund im Jahre 1911 lag ganz auf der Linie dieser wiederaufgenommenen Bündnispolitik. Der Austritt blieb innerhalb des CDI jedoch nicht ohne Folgen, die Divergenzen zeigten sich noch deutlicher als sechs Jahre zuvor: Aus Protest[75] gegen die Haltung der CDI-Führung traten einige Verbände und Körperschaften der metallverarbeitenden Industrie wie der Bergische Fabrikantenverein, die Handelskammer Lennep und im Oktober sogar der Verband Ostdeutscher Industrieller aus dem CDI aus. Die Maschinenbauindustrie reagierte zurückhaltender: Rieppel z. B. legte zwar 1911 sein Amt im Direktorium des Hansabundes nieder, blieb aber ansonsten Mitglied[76]. In der Vorstandssitzung des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten 1911 wurde aber auch die Möglichkeit eines Austritts aus dem CDI erörtert[77]. Die bayerischen Metallindustriellen, die ohnehin 1908 dem Hansa-Bund nur beigetreten waren[78], um ein Gegengewicht gegen die bayerischen Handelskammern zu organisieren, scheinen aus dem Hansa-Bund ausgetreten zu sein.

Auch die Haltung der Textilindustrie blieb uneinheitlich. Während Vogel und Schlumberger (Elsäß. Industriellen-Syndikat) im Hansa-Bund blieben, trat der Vorsitzende des Vereins Süddeutscher Baumwollindustrieller, Semlinger, ebenfalls aus. Für die Machtverteilung im CDI ist bezeichnend, daß sich die starke Syndikatsgruppe – Kohlensyndikat und Stahlwerksverband – unter der Ägide Emil Kirdorfs mit ihrem Votum, aus dem Hansa-Bund auszutreten, durchsetzen konnte; von ihr ging auch die Gründung eines Konkurrenzverbandes zum Hansa-Bund in Rheinland-Westfalen aus[79].

Die über diesen Schritt bestehende Mißstimmung suchte sich der BdI zunutze

---

20. 12. 10, Schwere Industrie und Landwirtschaft; WI H. 1, 1. 1. 1911, S. 5 ff., Verarbeitende Industrie und Zentralverband.

74 H. Rosenberg, Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse, in: ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt 1969, S. 35.

75 Deutsche Industrie-Zeitung (zit. DIZ) Nr. 35, 1911, S. 611; Nr. 42, 1911, S. 741.

76 Stegmann, S. 240.

77 Diesen Hinweis verdanke ich Klaus Saul, Hamburg; dazu jetzt mit weiterem, differenziertere Aussagen möglich machenden Material Mielke, a. a. O., S. 83 ff.

78 Vgl. dazu die Notiz bei A. Schnorbus, Arbeit und Sozialordnung, a. a. O., S. 69.

79 Vgl. dazu H. A./GHH Nr. 300 0030/9, Protokoll der Aufsichtsratssitzung des Stahlwerksverbandes vom 27. 7. 11, in der der Vors. des RWKS, E. Kirdorf, seine Kollegen von der

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu machen[80]. Mit seiner Abwerbungstaktik hatte er im westlichen Industrierevier auch Erfolge: Die Mannesmann-Röhrenwerke, ein schon damals bedeutender Betrieb der verarbeitenden Großindustrie[81], mehrere Betriebe der westfälischen Kleineisen-Industrie sowie der verarbeitenden Industrie traten 1911 neu in den Verband ein, und korporativ erfolgte der Beitritt des Vereins zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik, der Organisation der kleineren Elektrofirmen, der aber daneben seine korporative Mitgliedschaft im CDI beibehielt. Waren dem BdI am 1. 7. 1911 lediglich zwei Handelskammern angeschlossen, so waren es im Jahre 1913 bereits sechzehn[82].

Der Hansa-Bund war durch den Austritt der CDI-Repräsentanten in seiner Stoßkraft zwar finanziell geschwächt, in seiner inneren Homogenität aber gestärkt: Von den gewerblich-industriellen Gruppen blieben ihm die Vertreter der Großbanken mit wenigen Ausnahmen[83] treu, ebenso die Exponenten der chemischen Industrie[84] sowie ein Teil der Elektroindustrie (vor allem Walther Rathenaus AEG). Der Chemieverein nahm eine Mittelstellung ein: Er versuchte sein weiteres Engagement im Hansa-Bund und die gleichzeitige Zusammenarbeit mit dem CDI in der sog. Interessengemeinschaft der deutschen Industrie dadurch zu motivieren, daß er eine Politik des Interessenausgleichs wahrnehmen müsse. Sein Vorsitzender, Adolf Haeuser (Farbwerke Hoechst), hielt den BdI 1911 für „gewisse Kategorien von gewerblichen Betrieben, welche in der Tat in dem Zentralverband nicht genügend Gehör finden könnten, für die geeignetste Organisationsform"; dennoch plädierte er für ein „friedliches Nebeneinander" und in den „zahlreichen Fragen, in denen die industriellen Interessen dieselben sind", für ein „friedliches

Notwendigkeit überzeugte, offensiv gegen den HB vorzugehen, was u. a. mit dem Beitritt des Stahlwerksverbandes zu der neuen Bezirksgruppe erreicht wurde.

80 Vgl. dazu die Sympathieerklärung des BdI gegenüber der Hansa-Bundführung sofort nach dem Ausscheiden Roetgers, die sämtlichen körperschaftlichen Mitglieder des CDI zugeschickt wurde, DIZ Nr. 27, 1911, S. 479.

81 Ihr Generaldirektor, N. Eich, der auf Betreiben Rathenaus eine führende Rolle innerhalb des HB spielte – er war Direktoriumsmitglied und saß im Ende 1912 gegründeten Industrierat des HB – wurde bereits 1911 in den Vorstand des BdI gewählt. Die Mannesmannröhren-Werke wurden 1911 zum Mittelpunkt einer großen Kombination innerhalb der Draht- und Röhrenwerke durch Interessengemeinschaftsverträge mit den Wittener Stahlröhrenwerken, den Röhrenwerken Balcke, Tellering und Cie. und einem weiteren kleineren Röhrenwerk; Mannesmann erwarb zudem die Zeche Königin Elizabeth und gliederte sich die Gewerkschaft Grillo, Funke & Co. an. Das Aktienkapital (AK) wurde auf 61,0 Mill. M erhöht, vgl. Feiler, Die Konjunkturperiode 1907–1913, Jena 1914, S. 61. Hinter Mannesmann stand außer Rathenaus AEG vor allem die Deutsche Bank, die über die AK-Mehrheit verfügte: W. Rathenau, Tagebuch 1907–1922, 1967, S. 288; S. 146; F. Seidenzahl, 100 Jahre Deutsche Bank 1870–1970, Frankfurt 1970, S. 190 f.

82 Vgl. die Tabellen bei L. Müffelmann, Die wirtschaftlichen Verbände, Berlin u. Leipzig 1912, S. 119 f.; PA Bonn, NL Stresemann Bd. 121, Stresemann an den VWI 9. 6. 1913.

83 Ausgetreten waren allein die beiden konservativen Bankiers Max v. Schinckel (Norddeutsche Bank, Disconto-Gesellschaft) und Ludwid Delbrück (Delbrück, Schickler & Co.).

84 Vgl. den Vortrag von Carl Duisberg (Bayer), Der Hansabund und seine Gegner, (26. 7. 1911), in: ders., Abhandlungen, Vorträge und Reden 1882–1921, Berlin 1921, S. 693 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miteinander"[85]. Diese Einstellung zeigt, daß der Chemieverein nicht mehr – wie noch 1895 mit der von ihm betriebenen Gründung des BdI – eine selbständige Politik gegenüber dem CDI verfolgte, sondern an seinem seit 1908 praktizierten Kurs festhielt, zwischen den Verbänden zu lavieren, um ein Maximum an Einfluß durch Kompromisse nach beiden Seiten hin zu erreichen. Die ökonomische Machtstellung der Chemieindustrie vor Kriegsausbruch war noch zu schwach, als daß sie z. B. auf die Einflußmöglichkeiten des CDI gegenüber der Ministerialbürokratie hätte verzichten können.

Insgesamt setzen die Auseinandersetzungen der Jahre 1910/11 in mehrfacher Weise eine Zäsur. Im BdI übernahm ein 3-Männer-Kollegium die Führung[86]: Friedrichs, Stresemann und Wirth, Männer, die gleichzeitig einen neuen politischen Stil entwickelten und die neue gesellschaftspolitische Linie seit 1908/9 durchsetzten. Für diesen Kurs zeichnete in erster Linie Stresemann verantwortlich. Gerade er plädierte dafür, verarbeitende Industrie und unselbständigen, sog. Neuen Mittelstand, das entstehende Millionenheer der Angestellten in Handel und Gewerbe, in eine gemeinsame Front gegen den CDI und die Großlandwirtschaft zu bringen – eine Politik, die ja auch der Hansa-Bund, unterstützt vor allem vom Chemie-Verein, verfolgte[87]. Ein ‚pluralistisches' Gesellschaftsmodell läßt sich mit Einschränkungen hier am ehesten auffinden, das jedoch primär darauf abzielte, die eigene Stellung gegenüber bereits privilegierten sozialen Gruppen, d. h. primär Großgrundbesitz und Schwerindustrie, zu verbessern. Weitergehende politische Initiativen, Demokratisierung des Drei-Klassen-Wahlrechts oder sogar eine Parlamentarisierung der Reichsverfassung lehnte der BdI ab, er forderte lediglich eine Verbesserung seiner Stellung gegenüber der Ministerialbürokratie, indem er z. B. 1910 wie der Handelsvertragsverein für eine bessere Vertretung in den beratenden Beiräten der Regierung eintrat, z. B. im Wirtschaftlichen Ausschuß beim Reichsamt des Innern, in dem Großindustrie und Großlandwirtschaft traditionell ein starkes Übergewicht besaßen.

Der gesellschaftspolitische Kurs des CDI hingegen verhärtete sich[88]. Er stellte jetzt angesichts wachsender parteipolitischer Isolierung seine Politik ganz auf die Unterstützung des selbständigen, sog. Alten Mittelstandes, auf Detaillisten, Handwerker und kleine Gewerbetreibende ab und forderte verstärkt eine staatliche Repressivpolitik gegenüber der Arbeiterschaft, eine Haltung, die mit einer Verstärkung der Kontakte zum politischen und wirtschaftlichen Konservativismus Hand in Hand ging. Verantwortlich für diesen Kurs zeichnete in erster Linie Alfred

[85] PA Bonn, NL Stresemann Bd. 115, Haeuser (Farbwerke Hoechst, Vors. des Chemievereins seit 1913) an Andres (Syndikus des 1911 gegr. Verb. Mitteldt. Industrieller), 14. 9. 1911.

[86] Pausewang, S. 60 f., spricht zu Recht von der Herausbildung eines spezifisch „mittelständischen" Unternehmerbewußtseins innerhalb des BdI seit 1910/11; vgl. auch ähnlich D. Warren, Stresemann, S. 209 ff.

[87] Zur Haltung des Chemie-Vereins vgl. Carl Duisberg (Bayer), Der Hansabund und seine Gegner (26. 7. 1911), in: ders., Abhandlungen, Vorträge und Reden 1882–1921, Berlin 1921, S. 693 ff.

[88] Stegmann, S. 249 ff.; Saul, S. 306 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hugenberg, seit 1909 Vorsitzender des Kruppschen Direktoriums, 1910 bereits Vorstandsmitglied des Bergbaulichen Vereins (1912 dessen Vorsitzender) und seit 1911 auch Direktoriumsmitglied des CDI. Mit ihm trat ein neuer Typ des industriellen Managers auf die Bühne, der souverän ‚moderne' Techniken der Verbandspolitik praktizierte: Öffentlichkeitsarbeit durch Pressepolitik über gezielte Inseratenvergabe an ausgewählte Zeitungen, finanzielle Förderung der politischen Mittelstands- und der nationalen Arbeiterbewegung[89]. Damit wurde die Ebene der Auseinandersetzung verlagert auf die Öffentlichkeit selbst, nicht nur auf einzelne Segmente der Gesellschaft wie vordem.

Die politische Polarisierung zwischen beiden Verbänden war nicht zuletzt auch ein Reflex auf die gesamtgesellschaftliche Polarisierung in Deutschland seit 1909/1910, als nämlich die Modalitäten der Reichsfinanzreform, die weitgehend auf die Interessen des Großgrundbesitzes zugeschnitten war[90], eine partielle Linksentwicklung im gewerblichen Bürgertum und in Teilen des sog. Neuen Mittelstandes bewirkte. Zum ersten Male bestand eine politisch kalkulierbare Chance, mit den innerhalb der SPD stärker werdenden revisionistischen Gruppen zu Zweckbündnissen zu kommen; der politische Linksliberalismus selbst erhielt zudem durch die Schaffung einer einheitlichen Partei – Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei im Frühjahr 1910 – neuen Auftrieb und bewirkte gleichzeitig einen Linksrutsch bei den Nationalliberalen. Wenn der BdI auch 1912 anerkennen mußte, der CDI sei „heute noch der stärkste industrielle Verband"[91] und besitze „einen großen Einfluß, namentlich bei der Regierung"[92], so konnte er doch im Reichstag durch seine Verbindungen zur Nationalliberalen Partei (Stresemann) und zur Fortschrittlichen Volkspartei (Friedrichs) gegenüber dem CDI – sei dieser hier doch „vollkommen einflußlos" – Gegengewichte schaffen, wobei ihm seine enge Verbindung mit dem Hansa-Bund zusätzlich zustatten kam, der seinerseits parteipolitisch bei den linken Nationalliberalen und in der Fortschrittlichen Volkspartei verankert war. Außerparlamentarisch wurde dieses Bündnis noch dadurch erweitert, daß Hansa-Bund und BdI auf der Ebene der Verbandspolitik seit 1911 Interessenkoalitionen quer durch ihnen nahestehende gewerbliche Gruppen propagierten, die durch die Gründung eines sog. Handelspolitischen Verständigungskomitees[93] realisiert wurden.

[89] Guratzsch, passim. Hugenbergs Wirken und Einfluß wird in dieser Arbeit für die Zeit bis 1918 wohl abschließend erhellt.

[90] Vgl. dazu Witt, passim.

[91] J. März (stellv. Geschäftsführer des Verbandes Sächs. Industrieller), Die Organisation der deutschen Industrie, in: DWZ Nr. 20, 15. 10. 1912, Sp. 890, auch für das Folgende.

[92] Ebda., vgl. auch Anm. 65.

[93] Vgl. Protokoll der Konferenz von Delegierten wirtschaftlicher Körperschaften über Rationelle Vorbereitung von Handelsverträgen, Berlin, 6. Mai 1911, Berlin 1911. Teilnehmer waren u. a. der Handelsvertragsverein, der Hansa-Bund, der BdI, der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten, der Verband Sächs. Industrieller und die Gesellschaft für Soziale Reform. Vgl. auch das (2.) Protokoll der Konferenz von Delegierten wirtschaftlicher Körperschaften über Rationelle Vorbereitung von Handelsverträgen, Berlin 5. Dez. 1911, Berlin o. J. (1912). Einem hier gebildeten Ausschuß gehörten folgende Personen an: Friedrichs (BdI), Knobloch (HB), Waldschmidt (Ludwig Loewe & Co., Vors. des Vereins Berliner Kauf-

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gegenüber dem CDI wurde 1912 verbandspolitisch eine Strategie des begrenzten Konflikts praktiziert, der seinerseits sein Hauptaugenmerk darauf richtete, die in seinem Verband vertretene Fertigindustrie weiterer Fürsorge zu versichern, um ihre mögliche Abwanderung zu verhindern[94]. Bei einer offenen Konfrontation hätte er zu dieser Zeit eine Schwächung der eigenen Reihen in Kauf nehmen müssen; nur auf untergeordneten Einzelgebieten, auf denen gemeinsame Interessen mit dem BdI bestanden, gab es Anfang 1913 Kontakte.

Auf parteipolitischer Ebene kam es nach dem Linksrutsch der Reichstagswahlen von 1912 – die SPD wurde mit 110 Mandaten stärkste Fraktion – zu scharfen Kämpfen um die Orientierung der Nationalliberalen Partei im Reichstag und zu einer Radikalisierung der politischen Option des CDI insgesamt, der sich zunehmend in die Isolierung gedrängt sah und dabei erstmals auch die Regierung zum Adressaten seiner Kritik machte, indem er ihr fehlendes Machtbewußtsein vorwarf. Die schwerindustriellen Gegner der Parteiführung formierten Mitte 1912 mit dem Altnationalliberalen Reichsverband eine eigenständige organisatorische Gruppe innerhalb der Partei, hinter der der CDI mit seinem Industriellen Wahlfonds stand[95]. Als seine Zelle wirkte primär der Westfälische Landesverband der Partei, zu dem auch die Organisation des Reichstagswahlkreises Essen gestoßen war, innerhalb der der Syndikus der Handelskammer Essen, Hirsch, der Vertrauensmann Kirdorfs und Hugenbergs, sowie Hugenberg selbst eine dominierende Rolle spielten. Der Parteivorsitzende Bassermann registrierte diese Einflußnahme mit großer Sorge, fürchtete er doch um den Zusammenhalt der Partei.

1913 nun verstärkten sich noch anläßlich der preußischen Abgeordnetenhaus-Wahlen die Pressionen auf die Partei, als nämlich die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, gezielt vom Industriellen Wahlfonds des CDI unterstützt, große Geldmittel aufbrachte, die bei den Wahlen erfolgreich für die eigenen Kandidaten, in der Mehrzahl Industrielle, gegen diejenigen des Hansa-Bundes und des BdI eingesetzt wurden. Erstmalig gelang es dabei der Dreiergruppe Hugenberg/Kirdorf/Stinnes, ihre industriellen Kollegen an Rhein und Ruhr politisch geschlossen zu mobilisieren: 1913 brachten acht große Werke der Ruhrindustrie gemeinsam Gelder für die Wahlen auf, und zwar noch über die Gelder des Industriellen Wahlfonds hinaus[96].

---

leute u. Industrieller, Direktoriumsmitgl. des HB 1912), Hecht (Vors. des Vereins Dt. Exporteure, HB), Maas (Vors. des HVV), Böhme (Vors. des Exportvereins f. d. Kgr. Sachsen, Mitglied des Großen Ausschusses des BdI), Roland-Lücke (bis 1908 Direktor der Deutschen Bank, 1911/12 Schatzmeister des BdI, Direktoriumsmitgl. des HB), Stapff (Syndikus des Vereins Thüring. Industrieller [VTI] bzw. des BdI), Schloßmacher (Vorstandsmitgl. des BdI), Simon (Verb. dt. Großhändler der Nahrungsmittelindustrien), Hager (Syndikus der Vereinigung für die Zollfragen des Papierfachs) und R. Funke (Präsident der Dt. Brauer-Union, Direktor der Schultheiß-Brauerei). Das Komitee hielt 1912 2 Sitzungen ab.

[94] Vgl. dazu die Schrift des Gesch.führers des CDI, F. Schweighoffer, Centralverband und Fertigindustrie, Berlin 1912.

[95] Stegmann, S. 159 ff.; Historisches Archiv der Gutehoffnungs-Hütte Nr. 300 1012/26.

[96] Bochumer Verein (Baare), Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb (Beukenberg), Rhei-

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Innerhalb der neuen nationalliberalen Abgeordnetenhausfraktion konnte ein erheblicher Machtgewinn verbucht werden: So gehörten 1914 24 Abgeordnete dem Altnationalliberalen Reichsverband an, der innerhalb der Fraktion selbständige Sonderberatungen abhielt[97]. Der Hansa-Bund und der BdI konnten dagegen nur minimalen Einfluß gewinnen. In der Reichstagsfraktion blieb der CDI jedoch auch weiterhin isoliert; hier suchte vor allem Stresemann den Einfluß von BdI und Hansa-Bund zu stärken: So empfahl er Bassermann im Sommer 1913 die Wiederwahl des Hansa-Bund-Präsidenten Rießer in den Zentralvorstand der Partei[98].

Zum Eklat kam es im Spätsommer 1913, als sich in Abwehr aller auf Demokratisierung und Liberalisierung des politischen Systems drängenden Kräfte eine Front aus syndizierter Großindustrie, Großgrundbesitz und sog. Altem Mittelstand in Handwerk und Kleingewerbe samt deren Anhang im nationalistischen Bildungs- und Besitzbürgertum im sog. Kartell der schaffenden Stände[99] sammelte, flankiert von den imperialistischen und antisozialistischen Agitationsvereinen wie

nische Stahlwerke (Haßlacher), Krupp (Hugenberg), Gutehoffnungshütte (Reusch), Gelsenkirchner Bergwerks AG (Kirdorf), Hoesch (Springorum) und die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten AG (Stinnes) – d. h. die kapitalkräftigsten Werke der deutschen Kohle/Eisen- und Stahlindustrie –. Vgl. dazu Stegmann, S. 357 ff., und (mit ergänzendem, neuen Material) Guratzsch, S. 104 f.; Der Industrielle Wahlfonds hatte M. 20 000.– bewilligt, weitere M. 30 000.– wurden von den Werken aufgebracht.

[97] PA Bonn, NL Stresemann Bd. 138, Stresemann an Tschier 26. 5. 14.

[98] PA Bonn, NL Stresemann Bd. 135, Stresemann an Bassermann 22. 7. 13. Rießer hatte der Partei und ihrem ZV bereits von 1903 bis 1911 angehört. Seine Zuwahl wurde indes aufgrund des Widerstandes der Altliberalen am 29. 3. 1914 noch einmal sistiert. Erst 1916 rückte er in den Zentralvorstand und in die RT-Fraktion nach, vgl. Stegmann, S. 443.

[99] Zur Genesis des Kartells der schaffenden Stände vgl. Stegmann, S. 352 ff.; F. Fischer, Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911–1914, Düsseldorf, 2. Aufl. 1969, S. 384 ff.; Saul, S. 340 ff. (vor allem für die sozialpolitische Auseinandersetzung); Kaelble, S. 204, spricht demgegenüber von einem „jähem Scheitern", ohne dafür beweiskräftige Belege beibringen zu können; ders., Interessenvertretung, S. 190, einschränkend, daß der CDI zwischen einer Zusammenarbeit mit BdI und HB und der Landwirtschaft „bis zum Kartell der schaffenden Stände" schwankte. Puhle, Parlament, S. 398, hält das Kartell primär sozialpolitisch motiviert, und in seinen politischen Auswirkungen für „spät und folgenlos"; ders., Agrarkrise, S. 58, weiter abschwächend: „Deklamation von sektoraler Einheit", ohne in irgendeiner Weise zu spezifizieren. Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln u. Berlin 1972, S. 53 f., übernimmt weitgehend den Ansatz von Kaelble; er spricht einerseits von den „verhinderten Kartellpartnern" sowie dem „organisatorisch gescheiterten Kartell" aufgrund innerer Interessengegensätze, für deren Vorhandensein er den Beleg schuldig bleibt, andererseits betont er, S. 217, A. 71, gegen Kaelble, meiner Interpretation folgend, die Kontinuität des agrarisch-schwerindustriellen Bündnisses bis 1918; Kocka, in: Jb. f. d. Gesch. Ost- und Mitteldeutschlands, 1971, S. 344, spricht unbestimmt von der „relativen Erfolglosigkeit des Rechtskartells", d. h. erkennt die Existenz der Fronde ausdrücklich an, ohne auf deren weitere Politik abzuheben; G. Schmidt, Innenpolitische Blockbildungen in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zum Parlament B 20/72, 13. 5. 72, und ders., Parlamentarisierung oder ‚Präventive Konterrevolution'?, in: Gesellschaft, Parlament und Regierung, hrsg. G. A. Ritter, Düsseldorf 1974, S. 249 ff., bringt keine quellenmäßig abgestützte Analyse, dafür aber einige neue diskutierbare Denkansätze.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Alldeutschen Verband oder dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Mit diesem Rechtskartell, das auf einen rein zahlenmäßigen Anhang von rd. 1,3 Millionen Verbandsmitgliedern[100] verweisen konnte, wurde die neue Ebene einer außerparlamentarischen Opposition erreicht. Von den Initiatoren wurde bewußt der Versuch gemacht, ein sekundäres System politisch-gesellschaftlicher Kräfte in Konkurrenz zu den politischen Parteien und dem Parlament aufzubauen; seine Stoßrichtung war ständestaatlich-antiparlamentarisch akzentuiert. Dieser lockere Zusammenschluß war dabei nicht allein eine Defensivkoalition zur Zementierung des sozioökonomischen status quo, sondern als offensive Fronde gegen die Regierung Bethmann Hollweg[101] konzipiert, mit dem Ziel, eine Verfassungsänderung im konservativen Sinne zu erreichen. Antiparlamentarische Ideologien hatten bereits nach dem Linksrutsch der Wahlen von 1912 ihren Niederschlag in z. T. unterschiedlich akzentuierten Ständestaatsmodellen gefunden, die alle darauf abzielten, die Stellung des Reichstages zurückzudrängen und in Anlehnung an Bismarcksche Volkswirtschaftsratspläne neben bzw. über dem Reichstag eine blockierende, mit entscheidenden Machtbefugnissen ausgestattete Zweite Kammer, ein sog. Reichsoberhaus, einzurichten. Eine Programmschrift des Syndikus der saarländischen Industrie vom Sommer 1913, die in diesem Sinne argumentierte[102], wurde jetzt offen von der rheinischen und besonders der saarländischen Montanindustrie unterstützt. Sie steht indes nicht durchgehend für die Meinung des CDI: Süddeutsche, oberschlesische und sächsische Industrielle innerhalb des Verbandes gaben, bei aller Abneigung gegen das derzeitige System[103], weniger weitgehenden Lösungen ihre Stimme.

---

[100] So waren dem CDI 65 000, dem Bund der Landwirte rd. 350 000, der Vereinigung der Christlichen Bauernvereine rd. 300 000, dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband rd. 600 000 und dem Alldeutschen Verband rd. 20 000 Mitglieder angeschlossen.

[101] Vgl. außer den bei Stegmann gegebenen Belegen den Artikel der dem CDI nahestehenden ‚Rheinisch-Westfälischen Zeitung' Nr. 1466, 7. 12. 1913, System Bethmann Hollweg (Leitartikel).

[102] Max Schlenker, Abänderung des Reichstagswahlrechts oder Schaffung eines Reichsoberhauses?, in: Südwestdt. Flugschriften Nr. 27, 1913; für den Zusammenhang vgl. Stegmann, S. 372 ff.

[103] Vgl. dazu in der Reihenfolge: Post Nr. 503, 26. 10. 13, Eine Stimme zur wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit (Übernahme eines Artikels des oberschles. Textilindustriellen Kauffmann (Ausschußmitglied des CDI) aus der Freikonservativen Partei-Korrespondenz, der sich skeptisch gegenüber den Chancen für eine Verfassungsänderung aussprach; Vogel (Direktoriumsmitgl. des CDI) am 14. 11. 1913 auf der Sitzung des Deutschen Handelstages (Archiv der HK Hamburg, Nr. 80. A. 2 f. 8): „Für Handel und Industrie sei das allgemeine Wahlrecht von Nachteil ... Wenn zwar heute jemand von der Änderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts spreche und dafür eintrete, werde er als der größte Reaktionär gebrandmarkt, und doch würde Bismarck heute das gleiche Wahlrecht sicherlich nicht mehr einführen ... Er hoffe immer, daß die sozialdemokratische Partei im Reichstag einmal so stark werden möge, daß sich eine Änderung des Reichstagswahlrechts als eine einfache Notwendigkeit im Staatsinteresse erweise. Heute begnüge er sich mit den Vorschlägen des Berichtserstatters"; in der gleichen Sitzung plädierte Max Vopelius (HK Saarbrücken) ausdrücklich für die Einführung eines Reichsoberhauses, ebda.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Treibende Befürworter dieser antiparlamentarischen Sammlungsfront waren im Lager des CDI die rheinische Montanindustrie, gruppiert um Alfred Hugenberg und Max Roetger, sowie die Saarindustrie um den Syndikus der Handelskammer Saarbrücken, Alexander Tille[104], der eine organisatorische Verfestigung der Verbände und Parteien der Rechten schon seit 1912 gefordert hatte. Nach den vorliegenden Dokumenten scheint gerade eine engere schwerindustrielle Gruppe im CDI um Roetger und Hugenberg die Verhandlungen mit Landwirtschaft und Kleingewerbe 1913 besonders vorangetrieben zu haben, z. T. über die Köpfe der anderen Mitglieder des Direktoriums hinweg. Unterstützt wurde diese Politik von den Syndikatsvertretern Emil Kirdorf (Kohlensyndikat) und Louis Röchling (Stahlwerksverband), während eine schwache Gruppe, vertreten durch den sächsischen Textilindustriellen Vogel, mehr oder weniger strikt unterstützt von süddeutschen und oberschlesischen Textilindustriellen (Semlinger, Kauffmann) oder Maschinenbauindustriellen (Rieppel), dafür plädierte, die Brücken zu den verarbeitenden Industrien nicht ganz abzubrechen, um womöglich auf diesem Wege den Hansa-Bund und den BdI in die Sammlungsfront miteinzubeziehen[105]. Sie alle hatten kaum allgemein gesellschafts- oder sozialpolitische Einwände gegen das Kartell[106], fürchteten jedoch, ein Ergebnis der Zusammenarbeit mit den Agrariern würden Zollerhöhungen auf agrarische Produkte sein, aus denen wieder neue schwere innerverbandliche Konflikte resultieren würden. War so die Stellungnahme innerhalb des CDI auch nicht homogen, es herrschte doch Übereinstimmung darin, keiner Liberalisierung des Herrschaftssystems stattzugeben und alle sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Linken abzuwehren.

Wenn auch vor Kriegsausbruch alle Versuche scheiterten, diesen lockeren Zusammenschluß der Verbände in Form eines anvisierten Reichsausschusses zu institutionalisieren, so bleibt doch die Herausbildung einer Opposition von Rechts unübersehbar; ihr gegenüber bildete das liberal-parlamentarisch-demokratische Lager, schon aufgrund seines mangelnden Zusammenhalts in allen wichtigen verfassungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die schwächere Gruppierung[107].

---

104 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 122, Schlenker (HK Saarbrücken) an Stresemann 4. 9. 13: der „geistige Urheber" des Kartells der schaffenden Stände, das seit 1912 vorbereitet worden sei, sei „Alexander Tille [Schlenkers Vorgänger, Ende 1912 gest.] und mit ihm die Saarindustrie".

105 Vgl. Kaelble, passim; Stegmann, passim, und die in Anm. 103 zit. Stellungnahme des oberschlesischen Textilindustriellen Kauffmann. Einzelne Saarindustrielle wie z. B. Müller (Stumm) hielten indessen auch 1913 ausdrücklich zur Nat.lib. Partei und unterstützten die Politik Bassermanns; auch süddeutsche Industrielle wie Buz (MAN), Frommel (Verein Süddeutscher Textilindustrieller) oder Semlinger (dto.) bzw. Kuhlo (Syndikus des Verb. Bayerischer Industrieller) blieben bei der Partei Bassermanns, auf deren äußerst rechtem Flügel sie standen, vgl. Die Wacht (Nürnberg) Nr. 27, 5. 7. 13, S. 5.

106 Vgl. Kaelble, S. 235 f. (Anlage).

107 Daß das parlamentarische System vor 1914 in Deutschland keine Chance hatte, betont W. Sauer, Das Problem des deutschen Nationalstaats, in: Moderne dt. Sozialgeschichte,

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei aller Erfolglosigkeit des Kartells, das bestehende verfassungspolitische System im konservativen Sinne umzugestalten, war die hier vereinigte Mächtegruppierung doch stark genug, alle zaghaften Ansätze zur Demokratisierung und Parlamentarisierung erfolgreich zu blockieren; denn die Regierung, unter dem Druck von rechts und links, suchte eine Politik der Mitte zu steuern, die objektiv darauf hinauslief, das bestehende System festzuschreiben[108]. Dadurch, daß sie zusätzlich unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Rezession im Winter 1913/14 und angesichts der Pressionen der Wirtschaftsverbände im Frühjahr einen Stopp der gesetzlichen Sozialpolitik verfügte, um dem Kartell auf Einzelgebieten entgegenzukommen, wurde die Kluft zwischen Sozialdemokratie, Freien Gewerkschaften und Bürgertum wieder erneut aufgerissen. Der Immobilismus der deutschen Politik vor Kriegsausbruch war insgesamt ein Reflex auf die Formierung des Kartells der schaffenden Stände.

Der BdI verhielt sich dem Kartell gegenüber von Anfang an mehr oder weniger deutlich ablehnend[109], und zwar aus sozial- und wirtschaftspolitischen, aber auch aus verfassungspolitischen Gründen[110]. Stresemann hatte bereits am 12. August 1913, d. h. rund 12 Tage vor dem ersten öffentlichen Auftreten des Rechtskartells in Leipzig, als in der Presse die ersten Hinweise auf ein förmliches Bündnis auftauchten, gegenüber dem BdI-Vorsitzenden Friedrichs seine Ablehnung begründet,

hrsg. v. H.-U. Wehler, Köln 1966, S. 549, spricht er von einer Polarisierung der Nachwuchskräfte in eine „plebiszitär-diktatorische und eine demokratisch-parlamentarische Richtung" bei partiellem Machtverlust der Krone, bei der die zweite Linie die schwächere Strömung gebildet habe. Dieser Interpretation folgt auch F. Fischer, Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, 2. Aufl. 1973, S. 412, und C. Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich, Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903 bis 1914, Düsseldorf 1974, S. 382 ff.; andere Autoren wie G. Schmidt, Innenpolitische Blockbildung in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zum ‚Parlament', B 20, 1972, S. 3 ff., (modifiziert wiederaufgenommen in: ders., Parlamentarisierung oder ‚Präventive Konterrevolution'? Die deutsche Innenpolitik im Spannungsfeld konservativer Sammlungsbewegungen und latenter Reformbestrebungen 1907–1914, in: G. A. Ritter [Hrsg.], Gesellschaft, Parlament und Regierung, Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974, S. 249 ff.), und Mielke (der im wesentlichen die Thesen Schmidts übernimmt) haben davon abweichend die Theorie der Herausbildung einer sog. Konzeption der Mitte vertreten, die m. E. kaum empirisch belegbar ist, betrachtet man die Gesamtheit der sozial-, wirtschafts- und verfassungspolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches vor Kriegsausbruch. Beide Autoren scheinen mir Entwicklungen im Kriege, die zur Bildung des Interfraktionellen Ausschusses 1917 führten, zurückzuprojizieren.

108 Vgl. dazu neben Stegmann, S. 277, 392, 418 ff. jetzt noch: Saul, passim; ders., Der Kampf um die Jugend zwischen Volksschule und Kaserne, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1 (1971), S. 215; P.-Chr. Witt, Reichsfinanzen und Rüstungspolitik 1898–1914, in: Marine und Marinepolitik im Kaiserlichen Deutschland 1871–1914, hrsg. von H. Schottelius u. W. Deist, Düsseldorf 1973, bes. S. 177; H. v. Raumer, Die Zentralarbeitsgemeinschaft, in: Der Weg zum industriellen Spitzenverband, 1956, S. 105.

109 Vgl. die Belege bei Stegmann, S. 392.

110 Ständestaatliche Modelle wurden im BdI nur ganz vereinzelt entwickelt, vgl. Pausewang, S. 27 (1906).

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

indem er an die Abwerbetaktik von 1911 erinnerte: „Die neueste Wendung des Zentralverbandes – Bündnis mit Bund der Landwirte und Reichsdeutscher Mittelstandsvereinigung – dürfte . . . dem Zentralverband recht schaden und die Bundessache fördern."[111] Von der gleichen Taktik war ein Zeitungsartikel des BdI-Syndikus Stapff inspiriert[112]. Stapff gab seiner Argumentation zusätzlich eine parteipolitische Wendung, indem er hervorhob, daß der nationale Liberalismus jetzt gezwungen werde, „mit Hilfe der ganzen Linken" exzessive agrarische Zollforderungen abzuwehren. Intern fürchtete die BdI-Führung trotz dieser forschen Töne die Macht der neuen Interessengemeinschaft. Denn abgesehen von einem möglichen Rückkopplungseffekt auf die Politik der Regierung im Reich und in Preußen, so argwöhnte sie, könnten die Gelder des CDI in Zukunft an die konservativen Parteien fallen, was angesichts der Tatsache, daß die liberalen Parteien „vollkommen vor der finanziellen Pleite"[113] stünden, doppelt gefährlich sei, wobei wieder das Dilemma des Liberalismus nur zu deutlich zum Ausdruck kommt. Deshalb war die Führung gezwungen, nach beiden Seiten zu lavieren; einmal versuchte sie Widerstand gegen die Politik der Agrarier[114] zu mobilisieren und einzelne Gruppen innerhalb des CDI auf die eigene Seite herüberzuziehen, besonders diejenigen, die sich bereits öffentlich gegen das „Essener Diktat" zu Wort gemeldet hatten, d. h. hauptsächlich Gruppen aus der süddeutschen Fertigwarenindustrie. Parallel dazu versuchte Stresemann am 29. August auf den ihm bekannten Nachfolger Tilles als Syndikus der Handelskammer Saarbrücken, Schlenker, einzuwirken[115]. Dieser – selbst nicht glücklich über diese „Gemeinschaftsarbeit" – versprach, innerhalb des CDI weiter für eine Zusammenarbeit mit BdI und Hansa-Bund zu werben, d. h. für eine Einheitsfront des gewerblichen Bürgertums einzutreten, wenn er auch einschränkend betonte, daß die Basis für dieses Kartell bereits 1912 gelegt worden sei, als Tille noch die Geschäfte der Saarindustrie geführt habe. Andere BdI-Industrielle rieten fürs erste dazu, eine mehr abwartende Stellung zu beziehen.

Ein solches Lavieren führte allerdings innerhalb des BdI selbst zu starken innerverbandlichen Streitigkeiten. Kritik[116] kam von Seiten des starken Verbandes Württembergischer Industrieller, dessen Vorsitzender, Albert Hirth, Freihändler und überzeugter Demokrat[117], gleichzeitig Präsidialmitglied des BdI und des Hansa-Bundes, unterstützt u. a. von Robert Bosch (Bosch-Werke) bereits seit Frühsommer 1913 dem BdI neben schlechter Finanzpolitik und mangelnder Organisation seine damaligen Kontakte zum CDI vorgeworfen hatte. Ein solches Verhalten, so monierte man, sei angesichts der Vorbereitung auf die neuen Handelsverträge inop-

---

111 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 122, Stresemann an Friedrichs 12. 8. 13.

112 Zentralverband Deutscher Industrieller und Bund der Landwirte, in: Berliner Tageblatt Nr. 435, 28. 8. 1913.

113 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 122, Stresemann an Friedrichs 24. 7. 13.

114 Ebda., Stresemann an Lehmann (VSI) 28. 8. 1913.

115 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 122, Schlenker an Stresemann 4. 9. 13.

116 Ebda., Bd. 121, VWI an BdI-Präsidium, z. Hd. Stresemanns, 9. 6. 1913.

117 Ebda., Bd. 119, Stresemann an Kommerzienrat Wieland (Ulm) 17. 3. 14.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

portun: Der BdI müsse sich ein eigenes Programm erarbeiten und nicht dem CDI nachlaufen[118]. Diese Kritik, die die BdI-Führung durch Stresemann zwar zurückwies, deren Berechtigung er aber auf Einzelgebieten durchaus zugab[119], signalisiert, wie stark auch im BdI innerverbandliche Konflikte[120] wirksam waren. In den folgenden Monaten schwelte die Krise weiter; die Geschäftsführung des BdI war trotzdem nicht bereit, auf ihre ‚Umarmungsstrategie' gegenüber einzelnen Gruppen innerhalb des CDI zu verzichten. Wieder war es Stresemann, der die Doppelstrategie durchführte. Zu diesem Zwecke trat er Anfang September mit dem Direktoriumsmitglied des CDI, dem Textilindustriellen Hermann Vogel, in Verbindung. Vogel schien für eine Vermittlertätigkeit prädestiniert, denn er gehörte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verbandes von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie zugleich auch dem Verband Sächsischer Industrieller an. Vogel, der sich zum gemäßigten Flügel im CDI rechnete und auch über Beziehungen zur Maschinenbau- und Elektroindustrie verfügte[121] – er saß 1914 auch noch als einziges Direktoriumsmitglied des CDI im Hansa-Bund-Direktorium – war bereits am 6. September von Stresemann angeschrieben[122] und um Aufklärung wegen der „neueste[n] Rechtsschwenkung des Centralverbandes" gebeten worden. Stresemann argumentierte, daß „eine Art von Bündnis" der Industrie mit der Landwirtschaft aus zollpolitischen Gründen, etwa um die Eisenzölle bei der Revision des Zolltarifs sicher durchzubekommen, unnötig sei, bestehe doch in der Frage der Industriezölle eine Mehrheit im Reichstag und unterstütze außerdem die Reichsregierung diese Forderungen. Eine Erhöhung der Getreidezölle aber, die der Bund der Landwirte wohl anstrebe, sei allein von der „monopolistischen Syndikatsindustrie" zu verkraften. Ganz abgesehen davon bestehe auch in politischer Beziehung ein scharfer Unterschied zwischen Agrariertum und bürgerlichen Industriellen: Hier ein „extremer Konservatismus", dort ein „gemäßigter Liberalismus." Geschickt zielte Stresemann also vor allem auf die Ressentiments gegenüber

---

118 Hier kritisierte der VWI vor allem die Zusammensetzung des 1913 gegr. Handelspolitischen Ausschusses des BdI, in dem die Textilindustrie überproportional repräsentiert sei.

119 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 121, Stresemann an Friedrichs 14. 6. 1913, bes. gegen Dreyse und E. St. Clauss, „der als Feinspinner naturgemäß in höherem Maße Schutzzöllner ist und sein muß".

120 Vgl. den Entwurf des Antwortschreibens des Präsidiums des BdI an den VWI, ebda., Bd. 122, 8. 7. 13: „Auch wir haben im Bund sowohl eine rechte wie eine linke Seite, haben außerdem wie in Thüringen und Sachsen starke Vertretungen der sog. schweren Industrie, haben ... Hochschutzzöllner und Freihändler in unseren Reihen". In dem dem VWI am 15. 8. 13 präsentierten Antwortschreiben verwies das Präsidium z. B. auch darauf, daß der Vors. des VTI, Pferdekämper, eine Annäherung an den CDI gefordert habe.

121 Vgl. Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, hrgs. von K. Arends u. W. Mossner, Jhg. 1913, S. 1170: Geh. Komm.rat., Vors. des Aufsichtsrats (AR) der Tüllfabrik Flöha AG, stellv. Vors. des AR der Elektrizitätsgesellschaft vorm. H. Pöge, Chemnitz; AR-Mitgl. der Pittersdorfer Filz- und Kratzenfabrik, der Dresdner Bank und der Sächs. Maschinenfabrik vorm. R. Hartmann AG, Chemnitz.

122 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 122, Stresemann an Vogel 6. 9. 13, abschriftlich auch an Schlenker von der Handelskammer (HK) Saarbrücken.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Syndikaten und die Furcht vor agrarischer Sonderpolitik: „Die Leute um Heydebrand und Dr. Oertel" (d. h. die Führer des politischen Konservatismus im Reichstag) gedächten, „jetzt ihre agrarische Sonderpolitik mit Hilfe von Industriegeldern"[123] zu machen.

Etwa gleichzeitig versuchte Stresemann, unterstützt von einer Gruppe rheinischer Großindustrieller im BdI wie Nicolaus Eich (Mannesmannröhrenwerke) und Heinrich Müller (Textilindustrieller aus Krefeld)[124], im industriellen Westen – der Hochburg des CDI – eine Annäherung an den CDI. Er glaubte nämlich, Informationen zu haben, daß Hugenberg ein Zusammengehen mit dem BdI und dem Hansa-Bund unterstütze – eine solche Annahme indes war ganz und gar unbegründet, denn an ein Preisgeben des Kartells mit dem Mittelstand und der Landwirtschaft und im Gegenzug an einer Annäherung an die liberalen Industrieverbände war Hugenberg nicht interessiert. Seine Taktik ging vielmehr dahin, BdI und Hansa-Bund voneinander zu trennen und den BdI womöglich in die gemeinsame Rechtsfront zu integrieren. Eine solche Verhandlungsbasis war für den BdI indessen ganz untragbar; im Oktober war Stresemann bereits „etwas Pessimist in Bezug auf den Ausgang der Verhandlungen"[125]; im Gegenzug setzte sich der BdI dafür ein, auch den Hansa-Bund in eine große Industriefront einzubauen[126].

Die CDI-Führung ihrerseits war nun zunächst angesichts der Proteste aus den eigenen Reihen und der Aktivitäten des BdI darauf bedacht, vorsichtig zu lavieren; in der Öffentlichkeit stritt sie ein förmliches Kartell ab, beschied aber intern die Geschäftsleitung, „Fühlung" zum Bund der Landwirte und zum Reichsdeutschen Mittelstandsverband bei[zu]behalten bzw. von Fall zu Fall neu [zu] nehmen": Dabei könne der „Gedanke einer späteren festen Organisation dieser Beziehung im Hintergrund bleiben"[127]. Mit dieser taktischen Haltung war keineswegs das Kartell gescheitert[128], im Gegenteil; allzu deutlich zielte die Führung des CDI darauf, eine abwartende Stellung zu beziehen, um nicht die Einheit der Organisation zu ge-

---

[123] Ähnlich: A. Stapff (Syndikus des BdI), Nationalliberale Partei, Schwerindustrie und Bund der Landwirte, in: Der Panther, 2. Jhg., 10. H., 13. 9. 13, S. 289 ff.

[124] PA Bonn, NL Stresemann Bd. 122, Stresemann an Müller 24. 9. 13; Müller an Stresemann 4. 10. 13. Müller plädierte dafür, eine Annäherung an den HB zu versuchen, dafür habe er auch den HB-Präsidenten Rießer gewinnen können. Eich (Mannesmann) trat Ende September in dieser Angelegenheit mit Hugenberg in Verbindung. Am 11. 10. 1913 fand eine Besprechung zwischen Eich, Müller, möglicherweise unter Teilnahme Hugenbergs, statt (vgl. Stresemann an Müller 7. 10. 13, teilt Parallelaktion gegenüber Vogel mit). Eichs Haltung erklärt sich wohl nicht zuletzt aus dem Bestreben, 1912/1913, als sich sein Werk zum großen gemischten Konzern umbildete, nicht mit den großen Ruhrkonzernen zusammenzustoßen. Das war auch die Strategie des Hauptaktionärs, der Deutschen Bank, die ebenfalls 1913 durch den Zuerwerb der Elberfelder Bank in das Ruhrrevier expandierte, wo bisher vor allem die Disconto-Gesellschaft und die Dresdner Bank beherrschenden Einfluß ausübten.

[125] PA Bonn, NL Stresemann Bd. 122, Stresemann an Müller 7. 10. 13.

[126] Ebenda.

[127] Stegmann, S. 388.

[128] Kaelble, S. 67, u. ö.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fährden. Die in einer Verbandsresolution vom 15. 9. 1913 ausgesprochene Weigerung, höhere Getreide- und Viehzölle für die Landwirtschaft durchdrücken zu helfen – was im übrigen auch die CDI-Leitung seit 1910 öffentlich verkündet hatte und auch von der anderen Seite nicht zu diesem Zeitpunkt erwartet wurde, zumindest niemals zentraler Punkt des Kartells war –, hatte dann auch die Wirkung, daß die süddeutschen Opponenten gegen die Leipziger Absprachen sich beruhigt fanden, da vor allem in der Zollpolitik ihre Befürchtungen einer Schwenkung des CDI nicht bestätigt worden waren. Erst jetzt, da die Fronten einigermaßen geklärt waren, nahm auch Vogel zu Stresemanns Brief von Anfang September Stellung[129]. In seiner Antwort teilte er mit, daß er die Ausführungen Stresemanns auch dem Direktorium des CDI mündlich sowie dessen Vorsitzendem Roetger im Wortlaut mitgeteilt habe; er betonte, nach der Erklärung des CDI vom 15. 9. 1913 könne man nicht davon sprechen, es habe ein „Bündnis" mit festen Abmachungen zwischen CDI und Bund der Landwirte gegeben, von einer „neuen Rechtsschwenkung" könne deshalb auch keine Rede sein.

Im Gegenzug plädierte Vogel für eine „Verständigung der großen Verbände der Industrie", wozu er als erstes eine Einstellung der Pressepolemiken vorschlug, wenn man nicht schon jetzt einen Schritt weiter gehen und einen Wiedereintritt des BdI in die Interessengemeinschaft der deutschen Industrie ins Auge fassen wollte. Am 17. November 1913, nachdem die Sachlage im Verband Sächsischer Industrieller und in der Vorstandssitzung des BdI am 7. 11. 1913 geklärt[130] und zudem der Hansa-Bund konsultiert[131] worden war, nahm Stresemann zu dem Vogelschen Vorschlag Stellung. Während die Anregung, die Pressepolemik einzustellen, gebilligt wurde, lehnte der BdI den zweiten Vorschlag ab[132]. Bei aller Bereitschaft, auch weiterhin in allen Fragen, in denen gemeinsame Interessen bestünden, mit dem CDI zusammenzuarbeiten, sei für den BdI ein Wiedereintritt in die Interessengemeinschaft nach den alten Bedingungen, d. h. unter Führung des CDI, wie sie z. B. Roetger angeregt habe, völlig undenkbar. Intern wurde nämlich von der BdI-Führung das Kalkül der CDI-Leitung durchaus durchschaut: Abgesehen davon, daß nur eine völlige Gleichberechtigung des BdI in Frage käme und nicht wie 1906 eine Unterordnung des BdI unter die Führung des CDI, müsse auch der Eintritt im gegenwärtigen Zeitpunkt den Eindruck „einer politischen Schwenkung

---

[129] PA Bonn, NL Stresemann Bd. 122, Vogel an Stresemann 18. 9. 13.

[130] Ebda., Stresemann an Friedrichs 10. 11. 13; Friedrichs an Stresemann 12. 11. 13; Friedrichs an Stresemann 12. 11. 13 (mit Direktiven für die Besprechung mit Vogel).

[131] Vgl. dazu die hs. Aufzeichnungen Stresemanns in Bd. 114, o. D., höchstwahrscheinlich über eine Sitzung mit Vertretern des HB in dieser Zeit (Teilnehmer waren u. a. Helfferich (Deutsche Bank), Müller (Krefeld), Gröbler (Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar). Hier wurde die Taktik des CDI, dem „Massen fehlen", aber „Einfluß in den Reichsämtern" besitze (Stresemann), darin gesehen, durch „Kokettieren mit dem B[und] d[er] L[andwirte]" (Helfferich) im Vorfeld der neuen Handelsverträge Einfluß zu gewinnen und seine schlechte Ausgangsposition im Reichstag so zu überspielen.

[132] NL Stresemann Bd. 122, Stresemann an Vogel 17. 11. 13.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Bundes nach rechts erwecken ..., der dem Bunde der Industriellen außerordentlich schaden könnte und würde"[133].

Trotz dieser Absage hielt Stresemann auch in der Folgezeit an seinem taktisch bedingten Annäherungskurs[134] fest, der auch mit den führenden Repräsentanten der Großbanken und der Textil- und Eisenindustriellen im Hansa-Bund abgesprochen war. Diese Taktik stieß aber wie schon Ende 1913 innerhalb der Landesverbände auf Kritik: Der Verband Württembergischer Industrieller trat aus Protest bereits Ende November 1913 aus dem Bund aus, mit der Begründung, dieser habe sich nicht genügend vom CDI abzusetzen versucht und die Gegensätze zwischen Verarbeitern und syndizierter Rohstoffindustrie „vertuscht"[135].

Im Winter 1913/14 unternahm die CDI-Führung ihrerseits einen neuerlichen Versuch, den BdI nach rechts zu ziehen. Roetger regte am 15. 1. 1914 auf einer Sitzung der Interessengemeinschaft an, den BdI in die „Arbeitsgemeinschaft der schaffenden Stände" zu integrieren, und zwar jetzt in Zusammenhang mit Verhandlungen über die Gründung einer zentralen Außenhandelsorganisation der deutschen Industrie[136]. Der BdI nahm diesen Versuchsballon auf.

Am 2. Februar[137] trafen der Generaldirektor der Hapag, Albert Ballin, der über Stresemann Kontakte zum BdI hatte, und der Geschäftsführer des CDI, Schweighoffer, erstmals zusammen, um die Frage zu diskutieren, welche Schritte die deutsche Industrie „gegenüber der wachsenden Konkurrenz der Vereinigten Staaten von Amerika" gemeinsam unternehmen könne, und weiterhin, auf welche Weise die zersplitterten Bestrebungen zur Förderung der deutschen Außenhandelsinteressen überhaupt, soweit sie von den bestehenden sog. doppelstaatlichen Wirtschaftsvereinen wahrgenommen wurden, koordiniert werden könnten. Diese mehr nebeneinander operierenden Wirtschaftsvereine, die fast alle vom BdI oder

---

133 Ebda., Friedrichs an Stresemann 12. 11. 1913; ähnlich Bd. 119, Stresemann an Dietrich 19. 6. 14.

134 Vgl. seinen Aufsatz Handel und Industrie, in: Das Jahr 1913, Ein Gesamtbild der Kulturentwicklung, 1913, bes. S. 208, der vor allem auf sozialpolitischem Gebiet überdeutlich harmonisierte.

135 NL Stresemann Bd. 122, Stresemann an Eich 17. 11. 13; 24. 11. 13; definitiver Beschluß der Ausschußsitzung des VWI vom 8. 12. 13, bestätigt auf der Gen.-Vers. am 17. 1. 14, vgl. Württembergische Industrie (WI), V. Jhg., 3. H., März 1914, S. 59 ff. (Veröffentlichung). Frankfurter Zeitung 24. 2. 14 (1. öffentl. Mitteilung); Erklärung des VWI zu Vorwürfen des BdI vom 28. 2. 14, ebda.

136 Kaelble, S. 173; Datierung nach Stegmann, S. 419, A. 72. Kaelble scheint die Daten der Direktoriumssitzung und der Interessengemeinschaftssitzung miteinander zu verwechseln, vgl. die widersprechenden Datumsangaben S. 135, S. 173, A. 329. Zudem interpretiert er diesen Schritt, ohne Kenntnis der Vor- und Nachgeschichte, zu Unrecht als eine Desavouierung des Kartells der schaffenden Stände.

137 Das folgende nach den Materialien in: H. A./GHH Nr. 300 19326/5; Deutsche Industrie-Zeitung (DIZ) Nr. 14, 2. 4. 14, S. 243 ff.; Stegmann, S. 437 ff.; vgl. auch die Notiz bei F. Hirsch, Stresemann, Ballin und die Vereinigten Staaten, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 23 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom Handelsvertragsverein gegründet bzw. geleitet wurden[138], sollten 1913 noch um einen Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverband vermehrt werden, und zwar auf Anregungen aus Kreisen des Verbandes Sächsischer Industrieller und der Schiffahrt[139]. Um eine weitere Zersplitterung zu vermeiden und um auch dem CDI die Möglichkeit zu geben, seine eigenen Vorstellungen auf diesem Gebiet, an dem auch er in hervorragendem Maße interessiert war, zu artikulieren[140], lud Ballin dann am 5. Februar nach diesen Vorverhandlungen zu einer großen Sitzung nach Berlin ein, um die „streitenden Parteien" endlich einmal an einen Tisch zu bringen[141]. An dieser Sitzung nahmen führende Repräsentanten des CDI und der ihm angeschlossenen Industriellen- und Fachverbände der chemischen Industrie, der Elektro-Großindustrie, der feinmechanischen und optischen Großindustrie und der Großschiffahrt teil, zudem von den Banken Vertreter der Deutschen Bank, der Disconto-Gesellschaft und der Mitteldeutschen Kreditbank[142]; für den BdI endlich nahmen Stresemann und Stapff teil, für den Handelsvertragsverein war dessen Vorsitzender Julius Maas erschienen.

Daß der CDI nun bereit war, entgegen seiner Haltung von 1908 mit Vertretern des BdI und des Handelsvertragsvereins zusammenzuarbeiten, war in erster Linie darin begründet, der verbandsinternen Opposition gegen das Kartell der schaffenden Stände seine Kooperationswilligkeit zu dokumentieren. Außerdem hoffte wohl die Führung um Roetger und Hugenberg, es werde dank der finanziellen Mittel des CDI möglich werden, den Einfluß der vom BdI und Handelsvertragsverein kontrollierten Wirtschaftsvereine zurückzudrängen, ja vielleicht sogar, selbst mittels Geldvergabe eine Art von Kontrolle über diese Vereine zu gewinnen. Daneben mag wohl noch die Absicht mitgespielt haben, den BdI in einem Augenblick, wo dessen Organisation durch den Austritt des Verbandes Württembergischer Industrieller geschwächt war, nach rechts, zum Kartell der schaffenden Stände hin zu orientieren.

Die Annahme des Kooperationsangebotes durch die BdI-Führung hatte mehrere

---

138 Deutsch-Russischer Verein (seit 1899, gegr. vom BdI); 1909 Deutsch-Französischer Wirtschaftsverein, gegr. vom HVV; Deutsch-Argentinischer Zentralverband (gegr. vom BdI); Deutsch-Kanadischer Wirtschaftsverein (gegr. vom BdI); Deutsch-Österreichisch-Ungarischer Wirtschaftsverein (gegr. im September 1913 vom BdI und vom HB); Deutsch-Griechischer Verein (BdI, HB); seit längerem bestanden bereits ein Deutsch-Brasilianischer Wirtschaftsverein und ein Deutsch-Argentinischer Verein.

139 Vgl. dazu A. Stapff, Ein Deutsch-Amerikanischer Wirtschaftsverband, in: Der Panther, 15. H., 29. 11. 13, S. 461 ff.

140 Der CDI hatte versucht, die Gründung des neuen Verbandes zu verhindern; durch Vermittlung des Bayer. Industriellenverbandes kam es dann zu dem ersten Kontaktgespräch zwischen Ballin und Schweighoffer am 2. 2. 1914.

141 Vgl. dazu H. A./GHH Nr. 300 19326/5 (Protokoll).

142 In der Reihenfolge: Roetger, Reusch (GHH), Rhazen (Gasmotorenfabrik Köln-Deutz), Hirsch (HK Essen), Schweighoffer und Hoff (Gesch. f. des CDI); Kuhlo (Bayer. Industriellenverband); Fröhlich (VDMA); Horney (Chemieverein); Spiecker (Siemens); Fischer (Zeißwerke, Jena), Schmidt (Vors. der Wirtschaftl. Vereinigung für Mechanik und Optik); Ballin und Huldermann (HAPAG); Millington-Hermann, Mathies, A. Weber.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gründe: Für Friedrichs und Stresemann war die Absicht maßgebend, durch eine öffentlich bekundete Kooperation einen ersten Ansatzpunkt für eine Herauslösung des CDI aus seinem Bündnis mit der Landwirtschaft zu erhalten. Zudem hatte Stresemann den Hintergedanken, er könne die im CDI versammelte Fertigindustrie bei Abstimmungen womöglich auf die Seite des BdI ziehen, und damit ein Aufbrechen der Front innerhalb des CDI in die Wege leiten[143]. Beide Seiten gingen also mit recht unterschiedlichen Zielvorstellungen in die Verhandlungen hinein.

Auf der Sitzung am 5. Februar plädierte Roetger dafür, die geplante „Neuorganisation auf der Grundlage der bestehenden allgemeinen industriellen Verbände zu schaffen", d. h. die bestehende Verbandsstruktur als solche nicht anzutasten; CDI, BdI und Handelsvertragsverein müßten schon wegen „ihrer Aufgaben auf dem Gebiete der inneren Politik erhalten bleiben". Allein die außenhandelsorientierten sog. doppelstaatlichen Verbände müßten in einer neuen Gesamtorganisation zusammengefaßt werden. Stresemann stimmte dem zu, wenn er sich auch skeptisch zeigte, ob es gelingen werde, alle vorhandenen doppelstaatlichen Wirtschaftsvereine zu integrieren. Wahrscheinlich fürchtete er zu diesem Zeitpunkt schon Schwierigkeiten aus dem eigenen Lager und dem des Handelsvertragsvereins. Ballin regte zusätzlich an, als Protektor den Kaiser und als Präsidenten der neuen Gesellschaft, die den Namen ‚Deutsche Gesellschaft für Welthandel' tragen sollte, den Unterstaatssekretär im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Richter, zu gewinnen, um auch gegenüber der Regierung abgesichert zu sein. Die Einsetzung eines dreiköpfigen Direktoriums, dem Stresemann, Schweighoffer und Mathies (Disconto-Gesellschaft), angehören sollten, sowie eines 12–14köpfigen Aufsichtsrats wurde bereits in dieser Sitzung verabredet; ja, es wurde bereits über die Nominierung von Geschäftsführern für die „einzelnen, nach Wirtschaftsgebieten getrennten Abteilungen" gesprochen. Handels- und zollpolitische Grundsatzfragen wurden indes ganz ausgeklammert, dafür machten sich vor allem Hirsch und Roetger für den CDI stark[144].

Diese Einigkeit der verhandelnden, heterogenste wirtschaftspolitische Auffassungen vertretenden Gruppen muß auf den ersten Blick überraschen; die Schwierigkeiten ließen dann auch nicht lange auf sich warten. Während es der BdI erreichen konnte, gleichberechtigt mit dem CDI zu neuerlichen Besprechungen am 17. und 25. Februar nach Berlin einzuladen, konnte der Handelsvertragsverein eine solche Anerkennung als Dritter im Bunde nicht durchsetzen, was zu ersten Unstimmigkeiten führte.

Noch vor der geplanten Gründungsversammlung am 26. Februar 1914 wurde der CDI aktiv, der sich in der neuen Organisation möglichst den zentralen Einfluß

---

143 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 114, Stresemann an den Vorstand des BdI 31. 3. 19 (in einem Rückblick).

144 Roetger beantragte sogar, daß die Ausschaltung zollpolitischer Fragen auch in der Namensgebung zum Ausdruck kommen müßte, ein Vorstoß, den Ballin mit dem Hinweis abbiegen konnte, die Tätigkeit des Welthandels-Verbandes bleibe satzungsgemäß allein auf die Förderung der Ausfuhrinteressen der deutschen Industrie beschränkt.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichern wollte[145]. Am 14. Februar wurde in Essen auf Initiative Hugenbergs die Gründung der sog. Auslands-GmbH ins Auge gefaßt, der 22 Firmen angehören sollten, die die mächtigsten und finanzkräftigsten Konzerne der rheinisch-westfälischen, der norddeutschen sowie der süd- und südwestdeutschen Kohle- und Eisenindustrie repräsentierten, u. a. die Fried. Krupp AG, die GBAG, der Bochumer Verein, die Rheinischen Stahlwerke, die Gutehoffnungshütte, Phoenix, Klöckner, Hoesch, Röchling und Stumm[146]. Mit dieser Ausland-GmbH, die der neuen Gesellschaft beitreten sollte, hoffte man, den Einfluß der westlichen Montanindustrie sichern und die Welthandelsgesellschaft finanziell majorisieren zu können.

Der BdI seinerseits versuchte über sein eigenes Vorgehen auf einer Vorstandssitzung am 17. Februar Klarheit zu gewinnen; der Entschluß, an der Gründung teilzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Gleichzeitig bekräftigte seine Führung[147] noch einmal ihre Bereitschaft, die zoll- und handelspolitische Linie eng mit der des Handelsvertragsvereins zu koordinieren[148]. Ungeachtet dieser Rückversicherung verhielt sich dieser aber gegenüber der neuen Welthandelsgesellschaft von Anfang an sehr zurückhaltend, weil er eine Majorisierung durch die großen Geldmittel des CDI fürchtete[149]. Im Gegenzug forcierte er eigene Bemühungen, die von ihm kontrollierten doppelstaatlichen Wirtschaftsvereine seinerseits zu koordinieren[150].

Die Stoßkraft der verarbeitenden Industrie wurde in der Folgezeit noch weiter dadurch geschwächt, daß der Verband Württembergischer Industrieller die Mitarbeit des BdI in der geplanten Gesellschaft für Welthandel in der Öffentlichkeit angriff; die linksliberale Presse wandte sich auch dagegen[151]. Aufgrund dieses „Kesseltreibens"[152] wurden Stresemann und die BdI-Führung in die Defensive gedrängt[153]. Wenn auch der BdI immer wieder gegenüber der innerverbandlichen Kritik betonte, er stünde gerade auf zoll- und handelspolitischem Gebiet (Preispolitik der Rohstoffsyndikate, Dumping) „oft in scharfem sachlichen Gegensatz"[154]

---

145 Guratzsch, S. 113 f.

146 Ebda., S. 109 ff., dort auch die Angaben über die Kapitalbeteiligungen. Nur die oberschlesische Industrie lehnte ab, vgl. Hugenberg an Hilger 26. 2. 1914.

147 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 119, Protokoll der Sitzung.

148 Vorschlag des Zeißdirektors Fischer, ebda.; Deutscher Außenhandel, (Organ des HVV), 1914, S. 48 ff., bes. S. 54 (Stresemann auf der GA-Sitzung des HVV am 21. 2. 1914).

149 Vgl. den Beitrag von G. Gothein auf der in A. 148 erwähnten Sitzung des HVV, in der Stresemann dem HVV für seine bisherige „wohlwollende Neutralität" gedankt hatte.

150 Gründung eines Verbandes deutsch-ausländischer Wirtschaftsvereine und als wiss. Pendant einer Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 68, 9. 3. 1914.

151 Vgl. FZ 24. 2. 1914; WI, 3. H., März 1914. FZ Nr. 59, 28. 2. 14, 3. Morgenbl.; Berliner Tageblatt Nr. 104, 26. 2. 1914; Nr. 105, 27. 2. 14, Der Bund der Industriellen und die Deutsche Gesellschaft für Welthandel.

152 Schweighoffer, in: DIZ Nr. 14, 2. 4. 14, S. 243 f.

153 VWI an Stresemann 2. 3. 14, NL Stresemann Bd. 119; Stresemann an VWI 6. 3. 14.

154 DI Nr. 5, März 1914, 1. H., S. 80 ff., Der Gedanke einer Deutschen Gesellschaft für Welthandel und der Bund der Industriellen.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum CDI, so suchte er doch weiter eine Verständigung. Ausdrücklich verteidigte er seine Mitarbeit in der Deutschen Gesellschaft für Welthandel als „industriepolitisch völlig indifferent".

Diese internen Auseinandersetzungen führten indes zu einer nicht zu übersehenden Schwächung seiner Verhandlungsposition[155]; die für den 26. Februar geplante Gründungsversammlung mußte abgesagt werden[156]. Zudem fand am 2. März eine „vorläufige" Gründungsversammlung des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes statt[157]. Hier wurde bereits der Eintritt des neuen doppelstaatlichen Verbandes in die Dachgesellschaft davon abhängig gemacht, daß auch handelspolitische Fragen mitbehandelt werden müßten, und zwar mit dem Ziel, durch Herabsetzung der deutschen Zölle zu entsprechenden Ermäßigungen auf der amerikanischen Seite zu gelangen. Dies bedeutete eine eindeutige Kampfansage an den CDI, denn eine solche Politik war er nicht bereit mitzutragen. Die Welthandelsgesellschaft, die sächsische Interessenten noch am 8. März als „ein neues Stadium des deutschen Imperialismus"[158] glaubten feiern zu können, war praktisch tot, auch wenn der BdI noch am 9. März in einer Vorstandssitzung am Gründungstermin des 11. 3. festhielt. Der Generaldirektor Eich von den Mannesmann-Röhrenwerken setzte sich auch hier für eine handelspolitische Verständigung mit dem CDI ein, die er als eine „notwendige Begleiterscheinung" eines Zusammengehens mit ihm in der Welthandelsgesellschaft ansah, und „zwar auf breitester Grundlage". Stresemann – unterstützt von dem Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Industrieller – hielt zwar eine grundsätzliche handelspolitische Verständigung mit dem CDI zu diesem Zeitpunkt nicht mehr für realisierbar, zumal jetzt die Gründung der Auslands-GmbH ruchbar wurde[159] und die Opposition um den Handelsvertragsverein zusätzlich weiter doppelstaatliche Vereine ins Leben rufen wollte: so ein Deutsches China-Institut und eine Deutsch-Türkische Vereinigung[160]; er hoffte aber, zumindest noch eine Organisation nach dem Vorbild der Ständigen Ausstellungskommission der deutschen Industrie, in der der CDI und der BdI schon seit längerem zusammenarbeiteten, erreichen zu können[161].

---

155 NL Stresemann Bd. 119, Stresemann an den VWI 6. 3. 14: vor allem den „Reichsbehörden gegenüber (müsse) der Bund der Industriellen ... als schwach, innerlich zerrissen und von Krisen heimgesucht (erscheinen), „wohingegen der CDI" völlig stark dasteht und dadurch seinen Wünschen Nachdruck verleihen kann".

156 H. A./GHH Nr. 300 19326/5, Rundschreiben des Arbeitsausschusses vom 4. 3. 1914.

157 DIZ Nr. 14, 2. 4. 14, S. 243 f.

158 Vgl. den Leitartikel des mit Stresemann befreundeten Dr. E. Westenberger (Dresden), Die Industrie und die Deutsche Gesellschaft für Welthandel, in: Deutscher Kurier Nr. 57, 8. 3. 14.

159 Vgl. Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 288, 8. 3. 14, Die Organisierung deutscher Weltwirtschaft, auch f. d. folgende Zitat.

160 Unter Vorsitz von Helfferich (Deutsche Bank); zudem Gründung eines Deutsch-Griechischen Vereins unter Vorsitz von Rießer.

161 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 119, Sitzungsprotokoll. Einem Organisationsplan zufolge sollten 11 Branchen gebildet werden: Chemie, Maschinenbau, Werkzeugmaschinen, Spielwaren, Elektrotechnik, Werften, Reederei, Banken, Zucker, Export (sic!) und Papier.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 11. März fand zwar die anberaumte Besprechung noch statt – wobei alle Anwesenden „die Gründung der Gesellschaft unter unseren Bedingungen" (Hugenberg)[162] zusagten – ohne daß allerdings verhindert werden konnte, daß am nächsten Tage die Gründung eines unabhängig agierenden Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes unter Führung Ballins und Stresemanns (der die Geschäftsführung übernahm) vonstatten ging[163]. Vergeblich hatten Roetger und Schweighoffer für den CDI, Kuhlo für den Bayerischen Industriellenverband, Spiecker von den Siemens-Schuckert-Werken sowie Stresemann versucht, auf dieser Sitzung einen Beschluß herbeizuführen, wonach sich der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband nur als Unterabteilung der Deutschen Gesellschaft für Welthandel konstituieren sollte[164]. Dem widersprachen vor allem der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Roland-Lücke (bis 1908 Direktor der Deutschen Bank, 1911/12 Schatzmeister im BdI), der Geschäftsführer des Handelsvertragsvereins, Borgius, der Großexporteur Hecht (Direktoriumsmitglied des Hansa-Bundes) und einige Vertreter der sächsischen Spitzen- und Textilindustrie sowie der Syndikus der Handelskammer Nürnberg. Einen mehr vermittelnden Standpunkt nahmen der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Paasche sowie das BdI-Vorstandsmitglied Schloßmacher ein. Damit hatten die Gegner des CDI den Welthandels-Verband torpediert, denn gerade auf dem Gebiet der Exportförderung und -propaganda in den USA sollte ja ein Schwerpunkt der geplanten Organisation liegen.

Die Erbitterung des CDI über dieses Fiasko[165] führte zu Überlegungen, was man tun könne, „um nicht ins Hintertreffen zu kommen, auch auf zollpolitischem Gebiet"[166]. Als ersten Schritt kündigten die rheinisch-westfälischen Großunternehmen ihre Mitgliedschaft in den bestehenden zwischenstaatlichen Verbänden[167]; zudem wurde vom CDI eine selbständige „Auslandsabteilung" gegründet[168]. Trei-

---

162 H. A./GHH 300 19326/5, Hugenberg an Reusch, auch für das Folg.

163 In seinem Direktorium saßen Ballin (HAPAG), der Zigarettenfabrikant Biermann aus Bremen, der thüring. Spielwarenfabrikant Craemer, Heineken vom Norddeutschen Lloyd, Millington – Hermann von der Deutschen Bank, der Direktor des Kali-Syndikats, Schüddekopf, und Uebel, der Direktor der Mechanischen Weberei in Linden. Die Geschäftsführung übernahm Stresemann. Ende des Jahres trat noch der Chemieindustrielle v. Weinberg (L. Casella & Co.) dazu. Vgl. dazu Deutsche Tageszeitung Nr. 170, 3. 4. 14; WI, 4. H., April 1914, S. 92; F. Hirsch, S. 23.

164 Frankfurter Zeitung Nr. 72, 13. 3. 14, Der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband; WI, 4. H., April 1914, S. 84 ff., Eine Gründungsgeschichte.

165 Vgl. dazu Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz (dem CDI nahestehend) Nr. 23, 20. 3. 14, Der Deutschen Gesellschaft für Welthandel Glück und Ende (mit scharfen Angriffen auf Stresemann).

166 H. A./GHH Nr. 300 19326/5, Hugenberg an Reusch 14. 3. 14; ähnlich Hugenberg an Beukenberg 14. 3. 14, (zit. bei Guratzsch, S. 113 f.), fürchtet, das Ziel des neuen Verbandes sei „Handelspolitik, natürlich im Sinne der Durchlöcherung unseres Zollsystems".

167 Ebda., Reusch an Hugenberg 17. 3. 14.

168 DIZ Nr. 14, 2. 4. 14, S. 121; dem Direktorium des CDI angeschlossen, wahrscheinlich identisch mit der Auslands GmbH; VMB 129, S. 25 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bende Kraft war hier Hugenberg, der jetzt mit der Auslands-GmbH[169] eine Koordinierungszentrale der rheinisch-westfälischen Großindustrie aufbaute.

Zoll- und handelspolitische Divergenzen waren letzten Endes die Ursache für das Scheitern der Welthandels-Gesellschaft gewesen, außerdem die Furcht einzelner Gruppen, unter die finanzielle Hegemonie des CDI zu geraten[170]. Trotzdem versuchte der BdI durch den stellvertretenden Vorsitzenden seines Handelspolitischen Ausschusses, Dietrich, im März 1914 noch einmal eine Verständigung mit dem CDI, indem er der rheinisch-westfälischen Großeisenindustrie vorschlug, das langjährige Bündnis mit der Landwirtschaft aufzukündigen und dafür mit der Fertigindustrie, insbesondere der eisenverarbeitenden Industrie, zusammenzugehen[171]. Zu einem solchen Schritt war der CDI indessen nicht bereit: er nahm die von Dietrich angedrohte Kampfstellung der Fertigindustrie bewußt in Kauf. Seine Zusammenarbeit mit Landwirtschaft und Altem Mittelstand im Kartell der schaffenden Stände[172] wurde seit März 1914 auf wirtschaftspolitischer Ebene noch enger. Auswirkungen zeigten sich auch parteipolitisch. Jetzt wurden erste Kontakte geknüpft, um die Finanzierung der Deutsch-Konservativen Partei auf eine neue Grundlage zu stellen[173]. Im Juni 1914 stellte sich der CDI erneut hinter die Richtlinien des Kartells vom August 1913[174] und erteilte damit dem Bündnisangebot von Dietrich[175] eine klare Absage[176]. Die Handelskammer Bochum[177] ging für die

---

169 Guratzsch, passim.

170 Vgl. dazu den in der Weser-Zeitung Nr. 24224 vom 20. 3. 14 abgedruckten Artikel des HVV, Welthandelsgesellschaft und Centralverband Deutscher Industrieller, mit den Interna.

171 B. Dietrich, Deutschlands zukünftige Zoll- und Handelspolitik, insbesondere Erörterung der Frage: Inwieweit kann die rheinisch-westfälische Großeisenindustrie mit der Landwirtschaft zoll- und handelspolitisch zusammengehen?, Plauen, 1914. Es handelte sich hierbei um den Druck eines am 21. 3. 14 vor dem Verb. Mitteldt. Industrieller gehaltenen Vortrages; auch für die folgenden Zitate.

172 Vgl. dazu außer den bei Stegmann, S. 431 ff., gegebenen Belegen bes. Korrespondenz des Bundes der Landwirte Nr. 21, 19. 3. 14, Für das ‚Kartell der schaffenden Stände', in der dafür plädiert wird, zu den „Beratungen des Kartells der schaffenden Stände neben den selbständigen Betriebsinhabern auch Vertreter der unselbständigen Mitarbeiter in diesen Berufen" hinzuzuziehen, „soweit sie durch nationale Gesinnung dazu geeignet sind"; Deutsches Zentralarchiv (DZA) Potsdam, NL Wangenheim Nr. 9, Wangenheim an Roesicke 9. 9. 14 (in einem Rückblick).

173 DZA Potsdam, NL Westarp Nr. 4, Grumme-Douglas an Westarp 12. 12. 14.

174 DIZ Nr. 25, 18. 6. 14, S. 484 (Deleg.-Vers. am 4. u. 5. 6. 14 in Köln).

175 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 119, Stresemann an Dietrich 19. 6. 14. Rießer griff auf einer Versammlung in Stuttgart am 22. 5. 14 das Kartell der schaffenden Stände scharf an, vgl. WI, 6. H., Juni 1914, S. 134, Paritätspolitik; vgl. auch Stegmann, S. 444.

176 Vgl. auch die Erklärung des Handelsvertragsvereins, in: Deutscher Außenhandel Nr. 11/12, 20. 6. 14, S. 137, Eine handelspolitische Erklärung des Bundes der Industriellen; diese sprach sich gegen die Leitsätze des Handelspolit. Ausschusses des BdI vom 16. 5. 14 auf der Basis der Vorschläge von Dietrich aus und qualifizierte sie als utopisch ab.

177 Mitteilungen der HK Bochum, Juni/Juli 1914, H. 6/7, S. 93 ff.; ähnlich Schweighoffer am 5. 6. 14, VMB Nr. 129 (Juli 1914), S. 25 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gesamte rheinisch-westfälische Industrie so weit, die Ablehnung außer mit wirtschaftlichen auch mit „politischen" Gründen zu motivieren.

Ungeachtet der sich verfestigenden Zusammenarbeit im Kartell der schaffenden Stände blieb die wirtschaftspolitische Ausrichtung innerhalb des BdI[178] und auch innerhalb des Handelspolitischen Verständigungskomitees (zusammen mit Handelsvertragsverein und Hansa-Bund) uneinheitlich; zu der von Dietrich geforderten „großzügigen zentralen Organisation der Fertigindustrie"[179] kam es vor 1914 nicht. Die liberalen Industrieverbände blieben weiterhin in ihren Interessen zersplittert und ohne eine klare gesellschaftspolitische Konzeption, die man dem autoritären Rechtslager hätte gegenüberstellen können. Ein Bündnis mit den sozial fortschrittlichen Gruppen, d. h. der Arbeiterschaft, Teilen der Angestelltenschaft und des Bildungsbürgertums blieb, obwohl einzelne Gruppen im BdI dafür eintraten[180], utopisch, – schon weil auf sozialpolitischem Gebiet unüberbrückbare Gräben bestanden. Noch 1913 z. B. erklärte sich Stresemann strikt gegen eine gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter oder der Angestellten[181]. Ganz abgesehen davon hätte es z. B. die SPD nur um den Preis einer Parteispaltung riskieren können, ein solches Bündnis einzugehen[182].

Trotz dieser gesellschaftspolitisch bedingten Lagerbildungen innerhalb der deutschen Industrieverbände waren die innerindustriellen Positionen im Jahre 1914, verglichen etwa mit der Situation bei der Verabschiedung des Zolltarifs 1902, wesentlich aufgelockerter; in vielen Einzelfragen, z. B. in der Forderung nach Abschaffung des den Großgrundbesitz einseitig begünstigenden Einfuhrscheinsy-

---

178 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 119, Stresemann an BdI 14. 5. 14; Bd. 114; Entwürfe bzw. Text einer der Führung des BdI zugesandten Handelspolitischen Resolution Stresemanns, die darauf abzielte, grundsätzlich die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der Schwerindustrie offen zu lassen bei Ablehnung agrarischer Forderungen wie Aufrechterhaltung des Getreideeinfuhrscheinsystems und Erhöhung der Futtermittelzölle. Gegenüber Zöphel vom Verband Sächsischer Industrieller (VSI), ebda., 28. 3. 14, kritisierte er gleichzeitig, daß „unsere handelspolitische Stellung eine gewisse Unklarheit in sich schließt"; am 14. 5. 14 plädierte er gegenüber Friedrichs für eine Änderung der von Dietrich seinerzeit aufgestellten handelspolitischen Leitsätze des BdI. Zu diesen Konflikten vgl. auch die Analyse der Frankfurter Zeitung Nr. 82, 23. 3. 14, und von R. Breitscheid, in: Metallarbeiter-Zeitung Nr. 22, 30. 5. 14, Die Planlosigkeit der Fertigindustrie; Dietrich (A. 171), S. 61 ff.

179 Vgl. seine in A. 171 zit. Schrift, S. 63; WI, 5. H., Mai 1914, Fertigindustrie und zukünftige Handelspolitik.

180 DI 1914, S. 50 (Schneider); ähnlich bereits DI 1911, S. 221; 1913, S. 314; vgl. auch Pausewang, S. 332, S. 336.

181 Eine gewerkschaftliche Betätigung der Angestelltenschaft, Bestrebungen, die im Bund der technisch-industriellen Beamten (gegr. 1904) wirksam waren, lehnte Stresemann ab, vgl. seinen Beitrag Handel und Industrie, in: Das Jahr 1913, hrsg. D. Sarason, Ein Gesamtbild der Kulturentwicklung, Leipzig u. Berlin 1913, S. 208: warnt vor „Radikalismus"; auch der HB folgte dieser harmonistischen Linie der älteren Angestelltenorganisationen, vgl. Frhr. v. Richthofen (Gesch.führer des HB), Die erweiterten Richtlinien des Hansa-Bundes, in: DWZ Nr. 22, 15. 11. 12, Sp. 973 ff.

182 Vgl. dazu den in A. 178 zitierten Aufsatz von R. Breitscheid.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stems, fand der BdI Bündnispartner in der im CDI organisierten Maschinenbauindustrie, aber auch in der Chemie- und Elektroindustrie[183]. Wenn sich auch tendenziell neue Koalitionen innerhalb der Industriebranchen quer zu der alten Gruppenzugehörigkeit langfristig vorbereiteten[184], so blieb doch die Machtstellung von Großgrundbesitz und Schwerindustrie bis 1914 unangetastet, nicht zuletzt deshalb, weil beide Gruppen im Gegensatz zum BdI und zum Hansa-Bund immer wieder entschiedenen Rückhalt bei der Ministerialbürokratie im Reich und in Preußen fanden[185].

Der Kriegsausbruch 1914 markiert für das Verhalten der industriellen Verbände eine entscheidende Zäsur[186]; erst im Zeichen der Erfordernisse der Kriegswirtschaft[187] fanden sich BdI und CDI zu einer Zusammenarbeit bereit, nicht zuletzt auch weil sich neue Formen der Zusammenarbeit zwischen staatlicher Bürokratie und wirtschaftlichen Interessenverbänden entwickelten. Die Interessenverbände bzw. die zu Kriegsausschüssen umorganisierten Fachgruppen innerhalb der Verbände erhielten eine Zwitterstellung, indem sie teils als Organe des Staates, teils aber auch weiterhin als Vertretungskörperschaften gewerblicher Interessen fungierten. Dieses ‚gemischte' System kann man als charakteristisch für die Organisationsstruktur der deutschen Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg betrachten: als eine neue Stufe des „Organisierten Kapitalismus" im Sinne einer verstärkten Interaktion zwischen Staat und Wirtschaft[188]: Bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung privatwirtschaftlicher Prinzipien wuchs der Grad staatlicher Interventionen. Zum großen Teil erwuchsen diese Maßnahmen aus den neuen Bedürfnissen der Kriegswirtschaft; nur zu einem sehr geringen Teil wurden bereits Überlegungen artikuliert, die auf eine grundsätzliche Neuordnung des Wirtschaftssystems abziel-

---

183 Vgl. dazu die bei Dietrich (A. 171), S. 33, S. 57, gegebenen Belege für die Haltung des Chemievereins und des VDMA; zur Haltung der AEG und zur Stellung Rathenaus, vgl. Stegmann, S. 438.

184 In diesen Zusammenhang gehört auch der bei Kocka, Siemens, S. 335, erwähnte Plan von Siemens und AEG, 1914 einen „Elektro-Bund" zu gründen.

185 Dietrich interpretierte z. B. zu Recht die Erklärung des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, Delbrück, und die Zusatzerklärung des preuß. Ministers für Handel und Gewerbe, v. Sydow, im Frühjahr 1914 als ein Einschwenken auf die Vorstellungen des Kartells, vgl. Dietrichs in A. 171 zit. Schrift, S. 41; Stegmann, S. 415 ff., S. 445 ff.; Saul, passim; F. Fischer, Krieg der Illusionen, passim. Vgl. auch Theodor Heuß, Das Kartell der schaffenden Arbeit, in: März, III, 6. 9. 1913, S. 327 ff.

186 Das volle Weiterbestehen der Gegensätze bis Kriegsausbruch betont auch A. Steinmann-Bucher, Der Imperativ der Ordnung, 1934, S. 67; ebenso Hauenstein, S. 71, und Herle (langjähriger Geschäftsführer des RDI, vormals des BdI), ebda., S. 281 f.

187 Kaelble, S. 174 u. ö., sieht demgegenüber im Kriegsausschuß zu Unrecht die weitgehend bruchlose Verfestigung bereits seit 1913/14 bestehender Kontakte.

188 Auf die Problematik des sog. „Organisierten Kapitalismus" in Deutschland – so die These der jüngeren westdeutschen Forschung in Auseinandersetzung mit der Stamokap-Theorie der DDR-Historiographie – kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden; vgl. dazu zuletzt J. Kocka, Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918, Göttingen 1973, und H. A. Winkler (Hrsg.), Organisierter Kapitalismus, Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten. ‚Staatssozialistische' Anschauungen fanden ihren Niederschlag nur in kleinen Kreisen der Ministerialbürokratie, besonders im Preußischen Kriegsministerium; die Industrie hingegen, sieht man von Rathenau ab, verhielt sich ganz ablehnend[189].

Bereits am 5. August 1914 fanden erste Gespräche zwischen beiden Verbänden statt, die unter Beteiligung staatlicher Stellen am 8. August zur Konstituierung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie (KddI)[190] führten. Das Reichsamt des Innern ebenso wie das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe entsandten Regierungskommissare in das neue Gremium und förderten die Zusammenarbeit der beiden Verbände nachdrücklich[191].

Der BdI hatte sich, sieht man von dem Druck der staatlichen Instanzen ab, vorwiegend deshalb zu einer Kooperation bereit gefunden, weil die Leitung fürchtete, sonst weitgehend von einer Einflußnahme auf die Modalitäten der deutschen Kriegswirtschaft ausgeschlossen zu werden. Angesichts des ausgebauten Apparates der CDI-Geschäftsführung in Berlin mit ihren hervorragenden Kontakten zu den Reichsämtern war das nur realistisch gedacht. Jetzt konnte man hoffen, selbst von diesen Kontakten zu profitieren.

Im Vorstand des Kriegsausschusses war der BdI von Anfang an in der Minderheit[192]; aufgrund des Protestes von Roetger wurde nicht nur die Zuwahl von Stresemann sistiert, sondern auch die Mitarbeit des Hansa-Bundes abgelehnt, auf dessen Beteiligung der BdI gedrungen hatte[193]. Nur in dem wichtigen ‚Unterausschuß zur Vorbereitung der national- und wirtschaftspolitischen Ziele im gegenwärtigen Kriege', der am 16. Oktober konstituiert wurde und dem die Beratung der Kriegsziele oblag, war der BdI annähernd in der gleichen Stärke wie der CDI vertreten.

Kreise des CDI um Roetger, Hugenberg und Schweighoffer, assistiert von Mit-

---

189 Exponent dieser Strömung im Lager der Großindustrie selbst war W. Rathenau, vgl. dazu L. Burchardt, W. Rathenau und die Anfänge der deutschen Rohstoffbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg, in: Tradition 15 (1970), S. 169 ff. (zit. Burchardt, Rathenau).

190 Zum KddI vgl. H. Bauer, Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie, in: Der Weg zum industriellen Spitzenverband, S. 74 ff.; Deutschland im Ersten Weltkrieg, Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von W. Gutsche, Bd. II, 2. Aufl. Berlin 1970, S. 405 ff. (zit. Deutschland im Ersten Weltkrieg); W. Gutsche, Die Entstehung des Kriegsausschusses der Deutschen Industrie und seine Rolle zu Beginn des Ersten Weltkrieges, in: Ztschr. f. Gesch.wiss. 18 (1970), S. 877 ff. (zit. Gutsche).

191 Vgl. dazu A. Steinmann-Bucher, Der Imperativ der Ordnung, 1934, S. 67, sowie die in A. 187 angegebene Lit.

192 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 119, Stresemann an Schneider 29. 12. 14: „Das Zusammenarbeiten im Kriegsausschuß stimmt so weit ganz gut, nur sind wir numerisch zu schwach gegenüber dem Zentralverband"; Gutsche, S. 887; zur personellen Zusammensetzung vgl. die Angaben in: Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung Nr. 34, 21. 8. 14, S. 283 ff.: 24 Mitglieder, unter Einschluß maßgebender Repräsentanten der Großbanken und eines Vertreters der Chemieindustrie.

193 NL Stresemann, Bd. 119, Friedrichs an Stresemann 17. 10. 14; Stresemann an Friedrich 21. 10. 14; Gutsche, S. 887.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gliedern des Verbandes Sächsischer Industrieller wie Marwitz[194] gingen im Oktober 1914 sogar davon aus, daß nach Beendigung des Krieges dieser Zustand lockerer Kooperation mit denselben Stärkerelationen fortgesetzt werden sollte, d. h. daß eine neue Interessenorganisation unter Führung des CDI geschaffen werden sollte[195]. Sie stießen jedoch damit bei Stresemann und dem BdI-Vorsitzenden Friedrichs auf entschiedenen Widerspruch. Diese bei Beginn der Zusammenarbeit im Kriegsausschuß bestehenden Gegensätze schliffen sich jedoch in der Folgezeit, insbesondere angesichts der Übereinstimmung in handels- und zollpolitischen Fragen auf dem Hintergrund der von beiden Verbänden geforderten Kriegszielpolitik[196], immer mehr ab: CDI wie BdI bekämpften mit gleicher Intensität die als ‚schwächlich' empfundene Kriegszielpolitik der zivilen Reichsleitung und reihten sich auf außenpolitischem Gebiet in die Front der nationalen Opposition ein.

Die innenpolitischen Divergenzen indessen blieben wie schon in der Vorkriegszeit mehr oder weniger schroff bestehen. Schon am 7. November 1914, d. h. auf der ersten Sitzung des im Oktober gegründeten Unterausschusses zur Vorberatung der Kriegszielfragen, prallten die gegensätzlichen Meinungen aufeinander; während Hugenberg, unterstützt von Beumer, dem Geschäftsführer der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Langnamvereins, dafür plädierte, eine primär sozialimperialistisch akzentuierte Kriegszielpropaganda zu inszenieren mit dem Ziel, die Arbeiterschaft von den innenpolitischen Forderungen „abzulenken"[197] und damit die SPD-Führung und die Freien Gewerkschaften zu isolieren, gab Stresemann zu bedenken, daß sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften nach dem Kriege durchaus in ‚nationaler' Richtung weiterentwickeln könnten. In dieser Richtung liegt auch der Beitritt von Friedrichs neben Vertretern der Elektro- und Maschinenbauindustrie, der Großbanken, des Hansa-Bundes und Teilen der oberschlesischen Schwerindustrie zur Anfang 1915 begründeten Freien Vaterländischen Vereinigung motiviert[198], die einen Ausgleich mit der Arbeiterschaft auf ihre Fahnen schrieb. Durch Entgegenkommen

---

194 Direktor der Dresdner Gardinen- und Spitzenmanufaktur AG, Vors. des Vereins Deutscher Baumwollgarnkonsumenten, Ersatzmitgl. des Wirtschaftlichen Ausschusses im RdI, Ausschußmitglied des CDI, Vorstandsmitglied des VSI, Gesamtausschußmitgl. des BdI.

195 Stresemann an Friedrichs 21. 10. 14: „Anscheinend ist Herr Röttger [sic!] sehr bemüht, eine Neuorganisation der deutschen Industrie herbeizuführen . . . Zunächst hat Herr Regierungsrat Schweighoffer vor kurzem gegenüber dem Redakteur der ‚Deutschen Export-Revue' betont, daß es mit dem bisherigen Durcheinander in der Industrie aufhören würde; nach dem Kriege würde es nur eine einzige große Organisation geben, in welcher der Zentralverband führend wäre"; ebda., Friedrichs an Stresemann, 17. 10. 14, betont, daß eine Zusammenarbeit mit dem CDI „nach dem Kriege für uns kaum möglich sein wird".

196 Vgl. dazu F. Fischer, Griff nach der Weltmacht, 3. verb. Aufl. 1964, passim; Gutsche, S. 896; Stegmann, passim. Zur abweichenden Haltung der Elektrogroßindustrie in dieser Frage vgl. C. F. von Siemens an Natalis 20. 1. 15, in: G. v. Siemens, C. F. von Siemens, Ein großer Unternehmer, Freiburg 1960, S. 116 (zit. Siemens).

197 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 119, Aufzeichnung über die Sitzung des Unterausschusses des KddI; Stresemann an Morgenstern 8. 11. 14; Gutsche, S. 890 ff.; Stegmann, S. 455 f.

198 Stegmann, S. 477 ff.; Deutschland im Ersten Weltkrieg, Bd. II, S. 183 ff., S. 227 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei allgemein politischen (preußische Wahlrechtsfrage) und besonders sozialpolitischen Forderungen[199] hofften sie, die Gewerkschaftsführung auf ihrem nationalen Kurs halten zu können[200].

Die im CDI herrschende Kohle/Eisen/Stahl-Gruppe bekämpfte dagegen von Anfang an eine solche Politik; im Gegenteil betrieb sie seit Kriegsbeginn eine Festigung des Kartells von 1913. Im Oktober 1915 kam es zur Konstituierung eines sog. Konferenzausschusses, der die Kooperation von CDI, Reichsdeutschem Mittelstandsverband, Bund der Landwirte und wirtschaftsfriedlicher, ‚gelber' Arbeiterbewegung, unter lockerer Einbindung des Alldeutschen Verbandes, institutionalisierte. Der Konferenzausschuß[201] fügte sich in seiner politischen Aktivität bruchlos in die vor 1914 praktizierte Marschroute ein, ja die Vorkriegstendenzen verhärteten sich noch angesichts der von der zivilen Reichsleitung und Teilen der militärischen Führung inaugurierten „Neuorientierung", einem Entgegenkommen gegenüber der Arbeiterschaft auf innenpolitischem Gebiet: Liberalisierung der Arbeitsverfassung, Inaussichtstellung einer Wahlrechtsreform in Preußen[202].

Ungeachtet dieser Divergenzen erzwangen die Modalitäten der Kriegswirtschaft eine Annäherung der beiden Verbände seit 1915/16, weil das gesamte Wirtschaftsleben im Zuge des Systems der Kriegsgesellschaften und der Zwangssyndizierungen immer stärker, besonders nach der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes 1916, durch staatliche Interventionen (Kriegsministerium, Stellv. Generalkommandos) dirigistisch eingeengt wurde. Schon seit Mitte 1915 liefen in beiden Verbänden Überlegungen[203], wie man die Organisationsstruktur des Kriegsausschusses auch für die Friedenszeit nutzbar machen könnte, was dazu führte, die Bildung eines ständigen Industrieausschusses ins Auge zu fassen; ein Gedanke, dem auch die Regierung sympathisch gegenüberstand[204]. Uneinigkeit herrschte allerdings in der Frage der Repräsentation. Der BdI legte zu diesem Zeitpunkt noch entschiedenen Widerspruch gegen die vom CDI nachdrücklich verlangte gleichberechtigte Vertretung des Chemievereins ein: Diesem könnte allein in der Weise eine Mitwirkung ermöglicht werden, daß ihm jeweils von beiden Verbänden ein oder zwei

---

199 Archiv der HK Hamburg, Akten betr. Hansa-Bund.

200 Max Apt, Der Krieg und die Weltmachtstellung des Deutschen Reiches, Leipzig 1914, bes. S. 42 ff.

201 Stegmann, S. 477 ff.; auch für das Folgende; zur Finanzierung des Konferenzausschusses vgl. ebda., bes. S. 478 f.

202 Vgl. bereits Reichsdeutsche Mittelstandsblätter, Dezember 1914: demnach sollte dem Kartell der schaffenden Stände eine feste Organisation gegeben werden. Besonders im industriellen Westen kam es zu dieser Verfestigung unmittelbar nach Kriegsausbruch; der Reichsdeutsche Mittelstandsverband z. B. wurde in erster Linie durch Hugenberg (Krupp) mit 15 000 M. jährlich finanziert, vgl. Guratzsch, Hugenberg, S. 107; vgl. auch Stegmann, Konservative Machteliten, bes. S. 377 ff., mit neuem Material.

203 Vgl. dazu die Notiz bei Hauenstein, S. 72 f., S. 83 f.; Denkschrift des BdI über die Errichtung eines Deutschen Industrierates von Anfang Mai 1916, in: NL Stresemann Bd. 114; für den CDI vgl. Hugenberg an Hirsch (HK Essen) 22. 10. 1915, zit. bei Guratzsch, S. 178.

204 So die in A. 203 zit. Denkschrift des BdI.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sitze zugestanden würden[205]. Der CDI vermochte es indes durchzusetzen, daß Verhandlungen mit dem Chemieverein über dessen Beteiligung im Industrieausschuß aufgenommen wurden. Anfang Mai 1916 wurde insoweit eine vorläufige Einigung erzielt, als die neue Organisation, für die jetzt die Bezeichnung ‚Industrierat' gewählt wurde, sich aus 52 Mitgliedern zusammensetzen sollte, die zu gleichen Teilen von beiden Verbänden zu bestellen waren. Damit scheint in diesem Verhandlungsstadium der Chemieverein wieder ausgeschlossen gewesen zu sein[206], und der BdI seine Forderung durchgesetzt zu haben.

Grundsätzlich war nicht an eine Verschmelzung beider Verbände gedacht, sie sollten vielmehr selbständig weiterarbeiten, und etwaige Beschlüsse des neuen Industrierates sollten nur bindende Kraft erhalten, sofern Mehrheitsbeschlüsse innerhalb beider Verbände vorlagen[207]. Dieses Organisationsmodell war genauso lokker und informell wie das des Kriegsausschusses. Daß man trotzdem dieses neue Schema einzuführen gedachte, ist einmal auf den Druck der staatlichen Instanzen zurückzuführen, die nur mit einer zentralen Organisation kooperieren wollten, zum anderen – und dieses Motiv wog am schwersten – war es ein Reflex auf die Tatsache, daß die Industriellen in Zusammenhang mit den staatlichen Plänen zur Regelung der sog. Übergangswirtschaft mit der Möglichkeit rechneten, die „industriellen Fachverbände" würden durch „die Gesetzgebung in Zwangsorganisationen umgewandelt werden", mit denen die staatlichen Instanzen ausschließlich zu kooperieren bereit wären, ähnlich wie das „jetzt schon bei den Handels-, Gewerbe- und Handwerkskammern der Fall ist"[208]. Dieser Entwicklung sollte dadurch ein Riegel vorgeschoben werden, daß die Leitung weiterhin bei der zentralen Industrieorganisation liegen sollte. Aus dieser Begründung geht klar das Kalkül der Verbände hervor, die Kriegsausschüsse bzw. die Fachverbände, die eine solche Funktion objektiv wahrnahmen, nicht zu Zwangseinrichtungen unter der Oberaufsicht des Staates werden zu lassen, sondern auch bei einer von staatlicher Seite verordneten Umgestaltung im Sinne eines verstärkten ‚staatssozialistischen' Dirigismus den Einflußbereich privatwirtschaftlich organisierter Gremien zu erhalten.

Seit 1916 geriet insgesamt das Verbandswesen in Bewegung[209], um die staatlichen Maßnahmen zu unterlaufen: Im CDI z. B. plante der Maschinenbauindustrielle Rieppel[210], die Maschinenbau- und Elektroindustrie in einem großen Wirt-

---

205 NL Stresemann Bd. 119, Vorstandssitzung vom 13. 3. 1916.

206 Ebda., Bd. 119, Beschluß der Vorstandssitzung des BdI vom 3. 6. 1916.

207 Vgl. dazu die in A. 203 erwähnte Denkschrift.

208 Denkschrift des BdI von Anfang Mai, vgl. A. 203; G. D. Feldman, German Business between war and revolution, The origins of the Stinnes-Legien Agreement, in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft, Festschrift f. H. Rosenberg, Berlin 1970, S. 318 (zit. Feldman, German Business).

209 Vgl. dazu bereits die Diskussion auf der Deleg.-Vers. des CDI im Oktober 1916, VMB Nr. 130, bes. S. 37 ff.

210 Rieppel gehörte 1916 zu den 8 Industriellen, die dem Reichskommissar für Übergangswirtschaft beratend zur Seite gestellt worden waren, vgl. DZA Potsdam, Reichswirtschaftsamt Nr. 7253.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftsbranchen-Verband zusammenzufassen[211]; diese Bestrebungen scheiterten noch 1916, weil die Elektro-Großindustrie unter Führung von C. F. v. Siemens nicht bereit war, Rieppels Führungsanspruch zu akzeptieren und ihrerseits daran dachte, sich innerhalb des CDI als besondere Wirtschaftsgruppe ‚Elektrotechnik'[212] zu etablieren, und zwar als Gegengewicht gegen die Montanindustrie um Hugenberg und Kirdorf. Aber auch die engere Kohle/Eisen/Stahl-Gruppe blieb nicht untätig und suchte, die eigene Machtstellung aufrechtzuerhalten. Das geschah, indem man innerhalb des CDI das Fachgruppenprinzip durchsetzte: Fachgruppen, die aus Firmen gleicher oder verwandter Produktionszweige bestehen und mindestens 250 000 Arbeiter umfassen mußten[213], wurden bis zum Sommer 1918 nur in der eigentlichen Großindustrie gebildet, so im Bergbau, in der Eisen- und Stahl-, in der Maschinenbau- sowie in der Elektroindustrie[214]. Dadurch, daß die Beamten der Fachgruppen zum einen der Geschäftsführung des CDI unterstellt waren, zum anderen der Vorsitzende des CDI in den Gremien der Fachgruppen über Sitz und Stimme verfügte, wurde die Machtstellung des Direktoriums, und damit der alten Führungsgruppe im CDI, noch gestärkt. Vornehmlich unter der Ägide Hugenbergs, der im Sommer 1918 zum stellv. Vorsitzenden des CDI anstelle Rieppels aufrückte, wurde die CDI-Zentrale zu einer Art privatem Industrieministerium ausgebaut. Durch die zusätzliche Gründung der sog. Wirtschaftlichen Gesellschaft 1916 und der Deutschen Gewerbehaus GmbH 1917 baute Hugenberg zusammen mit seinen politischen Freunden Kirdorf und Stinnes finanzielle Machtbastionen auf, mittels derer der CDI langfristig unter Kontrolle gehalten werden sollte[215].

Diese Tendenzen wurden von der Maschinenbau- und Elektrogroßindustrie klar erkannt, aber ähnlich wie vor 1914 und im Kriege kam es zu keiner einheitlichen Abwehrstrategie. Pläne wie der Walther Rathenaus, die darauf abzielten, eine völlige Neuorganisation des Verbandswesens einzuleiten, nämlich einen Verband der gesamten verarbeitenden Industrie zu schaffen, dem neben der Elektro- und Maschinenbauindustrie auch weitere Gruppen der verarbeitenden Industrie angehören sollten, scheiterten[216].

Der BdI war angesichts des staatlich verordneten Fachgruppenprinzips von Anfang an in der schwächeren Position; wenn auch innerverbandlich mit dem Hinweis operiert wurde, der Verband habe das Fachgruppenprinzip ja seit jeher verfochten, so war doch nicht zu übersehen, daß nur wenige dem BdI angeschlossene

---

211 Rieppel an Siemens 21. 1. 16, zit. bei Kaelble, S. 90, A. 239; VMB Nr. 130, S. 43; Siemens, S. 117; vgl. auch den Aufsatz des Gesch. f. des VDMA, Fr. Frölich, Die Kriegsleistungen des deutschen Maschinenbaus, in: Süddeutsche Monatshefte, März 1918, bes. S. 545, plädierte für ein Bündnis von „verbrauchenden Industrien" und Maschinenbauindustrie.

212 Siemens, S. 117, Protest der Elektrogroßindustrie.

213 VMB Nr. 130, S. 34 (Text der Satzungsänderung); S. 37 ff.

214 VMB Nr. 131 (Oktober 1918), S. 7 (Mitteilung vom 12. 7. 1918).

215 Vgl. dazu bes. Guratzsch, S. 323 ff.; Archiv der Gelsenkirchner Bergwerks AG Nr. 164/24; dieser Gesellschaft gehörten 14 Mitglieder an, darunter die Spitzen der westdeutschen Kohle-Eisen-Stahl- und Maschinenbauindustrie.

216 Vgl. dazu Siemens, S. 117.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Branchen überhaupt Gruppenbildungen von der gleichen Größenordnung einrichten konnten, wie sie im CDI bestanden, von der optischen, feinmechanischen, oder bestimmten Zweigen der textilverarbeitenden Industrie abgesehen. Auf die Verhandlungen zwischen dem BdI und CDI hatte das wenig Einfluß: Sie führten im Oktober 1916 zur Konstituierung des ‚Deutschen Industrierates'[217]. Am 26. Oktober schlossen sich beide Verbände mit dem Chemieverein zu einer lockeren Holding zusammen. Jeweils 25 Mitglieder der beiden großen Verbände, und jetzt auch vier Delegierte des Chemievereins, bildeten einen neuen Vertretungskörper; sein Geschäftsführender Ausschuß bestand aus insgesamt 13 Personen. Zum erstenmal hatte der BdI volle Parität mit dem CDI erreicht.

Es spricht indes für die Brüchigkeit und den Kompromißcharakter der hier gelegten Kräftekonstellation, daß der Industrierat nur ein einziges Mal, nämlich am 16. Februar 1918, öffentlich in einer Vollversammlung zusammentrat[218]. An diesem Tag waren von seinen Mitgliedern noch nicht einmal alle delegiert, und die konstituierende Sitzung erfolgte nur, um einen Preußischen Industrieausschuß zu wählen, der im Zuge der Reform des preußischen Herrenhauses als Präsentationskörperschaft für die Berufung von 24 Industriellen in diese Kammer fungieren sollte. Des weiteren bot diese Versammlung, an der alle wichtigen Vertreter der Reichs- und preußischen Ressorts teilnahmen, die Gelegenheit, Einmütigkeit in den Kriegszielforderungen zu demonstrieren[219]. Vor allem war den Anwesenden auf der Sitzung des Deutschen Industrierates aber daran gelegen, die gemeinsame Front gegen ‚staatssozialistische', dirigistisch-gemeinwirtschaftliche Bestrebungen zu betonen, insonderheit gegen die praktizierte Form der Zwangssyndizierungen innerhalb der Industrie[220]. Dieser Protest gegen eine stärkere Einflußnahme staatlicher Instanzen auf die Lenkung der Wirtschaft – ein Gedanke, für den innerhalb der Industrie nur ein kleiner Kreis um Walther Rathenau von der AEG eintrat, assistiert von einer kleinen Gruppe im preußischen Kriegsministerium[221], hatte schon nach vereinzelten Vorstößen 1916, im Oktober 1917 alle relevanten Verbände der Industrie, des Handels und der Banken zu einer großen Abwehrkundgebung in Berlin vereint[222]. Jetzt, nachdem Rathenau Anfang 1918 seine Pro-

[217] Vgl. VMB Nr. 130, S. 51 ff.; S. 103 ff. (gemeinsame Sitzung von CDI und BdI). Die Satzungen orientierten sich an dem bereits 1915/16 festgestellten Modell; Ungewitter, S. 382 f.; Herle, in: Der Weg zum industriellen Spitzenverband, S. 284.

[218] Vgl. dazu das Protokoll in: NL Stresemann Bd. 114; der Geschäftsführende Ausschuß tagte noch ein weiteres Mal, nämlich am 7. 5. 1918, vgl. VMB Nr. 131, S. 11 f.

[219] Vgl. dazu die Rede Roetgers, ebda.; Kriegsziel-Eingabe des KddI vom 23. 8. 1918, in: DZA Merseburg, NL Kapp Nr. D I, 5.

[220] Ebda., Referat A. Webers (Mitteldt. Kreditbank), fordert, daß „wir ganz entschieden dagegen Front machen, daß solche Ideen und Tendenzen weiter in das Volk getragen werden".

[221] Vgl. dazu Rathenau an Generalleutnant v. Wandel (stellv. Kriegsminister bis 1917) 26. 1. 18, in: W. Rathenau, Briefe, Bd. I, Dresden 1926, S. 355 f.; Denkschrift vom 26. 4. 17 an Bethmann Hollweg, in: ders., Politische Briefe, Dresden 1929, S. 111 ff., bes. 116 f.; Feldman, German Business, S. 46 f.; Burchardt, Rathenau, S. 169 ff.

[222] Vgl. dazu Hansa-Bund Nr. 11, Nov. 1917, S. 77 ff., Freie Bahn für Handel, Gewerbe und

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grammschrift ‚Die neue Wirtschaft' veröffentlicht hatte, wurde noch gezielterer Widerstand mobilisiert, bei dessen Organisierung der CDI voranging, der sogar eine selbständige publizistische Abwehrabteilung zur Bekämpfung der Rathenauschen Ideen ins Leben rief[223]. Die ablehnende Haltung des Industrierates wurde auf der Tagung selbst vom preußischen Minister für Handel und Gewerbe, v. Sydow, unterstützt, der, einig mit dem Reichskanzler und den wichtigsten Reichsressorts, pointiert die Notwendigkeit, am System der „Individualwirtschaft" festzuhalten, unterstrich.

Sozialpolitisch kam v. Sydow hier indes stärker den BdI-Industriellen und der Maschinenbau- und Elektro-Gruppe im CDI entgegen, wenn er zu einer „Verständigung zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter" aufrief; denn man könne es sich doch nach dem Kriege nicht mehr leisten, Meinungsverschiedenheiten durch Machtproben auszutragen. Das war eine frühe Vorwegnahme der Idee der ‚Arbeitsgemeinschaft' vom November 1918, ein Gedanke, für den zu diesem Zeitpunkt innerhalb der Kohle/Eisen/Stahl-Gruppe noch keinerlei Bereitschaft vorhanden war[224]. Abgesehen von der Front gegen staatssozialistische Wirtschafts- und Lenkungsprinzipien waren nämlich die alten Meinungsverschiedenheiten auf sozialpolitischem Gebiet, die auch auf das parteipolitische Feld ausstrahlten, trotz der Integration beider Verbände unter ein gemeinsames Dach stärker denn je[225].

Die Ankündigung der preußischen Wahlrechtsreform sowie die Einbringung der sog. Friedensresolution durch die Mehrheitsparteien des Reichstages hatte bereits im Herbst 1917 zu einer neuerlichen Polarisierung der beiden Industrieverbände geführt, die sich wie schon 1913/14 mehr oder weniger explizit den beiden großen Blockbildungen innerhalb der deutschen Gesellschaft anschlossen. So gehörte die Mehrheit des Direktoriums des CDI, einschließlich der Maschinenbauindustriellen wie Rieppel sowie des Elektroindustriellen Wilhelm von Siemens, assistiert von Vertretern des Chemievereins wie Carl Duisberg, der Deutschen Va-

---

Industrie nach dem Kriege; DZA Potsdam, Reichswirtschaftsamt Nr. 7253 (Eingaben der einzelnen Spitzenverbände); PA Bonn, NL Stresemann Bd. 175, Ballin an Stinnes 6. 9. 17, als Abschrift zum Brief Ballins an Stresemann vom 10. 9. 17, der alle diese Befürchtungen noch einmal bündelte.

223 Rundschreiben des CDI vom 28. 2. 18, zit. nach: Vorwärts, 76, 17. 3. 18, Der großindustrielle Kampf gegen die Gemeinwirtschaft (M. Quarck); Feldman, German Business, S. 320; vgl. auch den Aufsatz des Kruppdirektors E. von Bodenhausen-Degener, Gemeinwirtschaft, in: Süddeutsche Monatshefte, März 1918, S. 497 ff.; Beumer am 3. 8. 1918 im Düsseldorfer Industrieclub, in: Mitteilungen des Langnamvereins Nr. 2, 1918, S. 170 f.; Wiederaufbau der deutschen Friedenswirtschaft, Vorträge und Reden anläßlich des Besuchs des Deutschen Reichstages in Hamburg am 15. und 16. Juni 1918, Hamburg 1918; vgl. jetzt dazu F. Zunkel, Industrie und Staatssozialismus, Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918, Düsseldorf 1974.

224 Vgl. dazu vor allem Feldman, German Business, passim; Stegmann, Konservative Machteliten, passim.

225 Zur sozialpolitischen Polarisierung seit 1917 vgl. bes. Feldman, German Business, passim.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

terlandspartei[226] unter der Führung von Tirpitz und Kapp an, einer politischen Sammlungsbewegung der nationalen Rechten, mit der zum erstenmal im Kaiserreich unter dem Banner machtpolitischer Zielsetzungen nach außen eine Massenbasis für antidemokratische und antiparlamentarische Politik geschaffen wurde. Die Deutsche Vaterlandspartei als eine erweiterte Form des Kartells von 1913 mit ihrem Appell an chauvinistische, sozialdarwinistisch verbrämte Ressentiments stellt in der von ihr erstmals mit Erfolg praktizierten Massenpropaganda den Versuch dar, mit Hilfe einer Massenbewegung den innenpolitischen status quo zu zementieren. Im Dezember 1917 vereinigten sich die im Kartell von 1913 zusammengeschlossenen Verbände – CDI, Bund der Landwirte und Reichsdeutscher Mittelstandsverband – zu einer Resolution gegen die Änderung des Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen[227]. Vor allem das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat unter Führung von Emil Kirdorf, das das finanzielle Rückgrat[228] der Vaterlandspartei bildete, dazu Hugenberg, Beukenberg (Phoenix AG für Bergbau- und Hüttenbetrieb), Stinnes und Roetger, um nur die wichtigsten Förderer aufzuführen, sahen in dieser außerparlamentarischen Sammlungsbewegung das letzte Mittel, den Machtzuwachs der Reichstagsmehrheit wieder zurückdrängen: im Verein mit Ludendorff und den Vertretern des Großgrundbesitzes im Bund der Landwirte plädierten sie zu wiederholten Malen für die Etablierung einer Militärdiktatur, ohne jedoch damit beim Kaiser und der zivilen Reichsleitung durchdringen zu können[229].

Die Mehrheit des BdI (vor allem Bosch) dagegen, einschließlich des Großteils der Elektrogroßindustrie (C. F. von Siemens, Walther Rathenau) stand den Mehrheitsparteien des Reichstages und ihrer außerparlamentarischen Gegengründung zur Vaterlandspartei, dem Volksbund für Freiheit und Vaterland[230], nahe – einer lockeren Vereinigung aus Gewerkschaften von Legien bis Stegerwald, bürgerlichen Sozialpolitikern und Angestelltenverbänden unter Einschluß der Mehrheitsparteien des Reichstages. Stresemann stand diesen Gruppen zumindest innenpolitisch erheblich näher als der Vaterlandspartei, auch wenn er eine Mitarbeit im Volksbund für Freiheit und Vaterland für sich ablehnte.

Im Gefolge dieser innenpolitischen Polarisierung wiederholten sich wie 1913/14 die Pressionen des CDI auf die Nationalliberale Partei; als sich kein Kurswechsel

---

226 Zur Deutschen Vaterlandspartei vgl. Stegmann, S. 497 ff.; ders., Konservative Machteliten, S. 385 ff.; R. Ullrich, Die Deutsche Vaterlandspartei 1917/1918, Zur Entstehung, Rolle und Funktion einer extrem reaktionären Partei des deutschen Imperialismus und zu ihrem Platz im bürgerlichen Parteiensystem, gesellschaftswiss. Diss., Jena 1971, sowie meine eigene demnächst erscheinende Monographie.

227 Resolution vom 6. 12. 1917, Vgl. Korrespondenz des Bundes der Landwirte Nr. 50, 6. 12. 17, Gegen das Reichstagswahlrecht für Preußen.

228 Für die Höhe der Zahlungen – 2 Millionen Goldmark – vgl. Stegmann, S. 507.

229 Stegmann, S. 516 f.

230 Vgl. Um Freiheit und Vaterland, Erste Veröffentlichung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Gotha 1918; Mitglieder waren u. a. Bauer (SPD), Stegerwald, Giesberts (Zentrum), Legien, Leipart, Naumann, Hugo Preuß, Meinecke, Max und Alfred Weber, Hans Delbrück.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

abzeichnete, schwenkten 1918 führende Repräsentanten der Kohle/Eisen/Stahl-Gruppe endgültig zur Deutsch-Konservativen Partei ab, was mit der finanziellen Unterstützung ihrer Parteizentrale seit Anfang 1918 Hand in Hand ging[231]. Stresemann, der nach Bassermanns Tod 1917 in die unmittelbare Führungsspitze der Nationalliberalen Partei aufgerückt war, mußte seinerseits im Herbst 1917 in beschwörenden Briefen an Friedrichs und an Hamburger (Ballin) und Bremer Kaufleute (Senator Biermann) darum bitten, angesichts der Unterminierungsversuche seitens des CDI wenigstens die Parteimitte finanziell zu stärken[232]. Er war dabei in einer doppelt schwierigen Situation, da sich auch gleichzeitig auf dem linken Flügel der eigenen Partei um den Hansa-Bund-Präsidenten Jacob Rießer, unterstützt von einer Gruppe um die Berliner Großbanken[233], der Elektroindustrie und Teilen der Berliner Kaufmannschaft, Abspaltungstendenzen bemerkbar machten. Während z. B. Rießer einen „Bennigsen-Bund"[234] als Sammelbecken der Parteilinken ins Auge faßte, ging der Syndikus der Ältesten der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin, Max Apt, in engem Kontakt mit Walther Rathenau, bereits einen Schritt weiter, indem er einen „nationaldemokratischen Block"[235] aus Fortschrittlicher Volkspartei, Nationalliberalen und rechtem Flügel der Mehrheitssozialdemokratie als Gegengewicht gegen das junkerlich-schwerindustrielle Bündnis in der Deutschen Vaterlandspartei propagierte. Walther Rathenau plädierte dann im Oktober 1918 für eine „Partei der Deutschen Freiheit"[236], eine Vorstufe des im November 1918 gegründeten kurzlebigen Demokratischen Volksbundes[237], dem wiederum die schon bekannten Exponenten der Berliner Elektroindustrie und des Maschinenbaus angehörten, und der im Sinne der alten Aptschen Vorschläge

---

231 Zur Finanzierung der Deutsch-Konservativen Partei durch Roetger, Hilger, Hirsch u. a. vgl. Stegmann, S. 498 ff. Roetger trat 1918 zusätzlich in die deutsch-konservative Fraktion im Preuß. Abgeordnetenhaus ein.

232 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 175, Stresemann an Senator Biermann, Bremen, und an Friedrichs, 15. 10. 17; vgl. dazu auch Grosser, Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie, Den Haag 1970, S. 200, A. 332; Feldman, German Business, S. 318.

233 Vgl. Stresemann an Biermann (A. 232) 15. 10. 17, wo er von „gewissen freihändlerischen linksliberalen Bankkreisen" sprach, die „große Geldmittel" – ähnlich wie die Schwerindustrie (deren Industrieller Wahlfonds 1917 wiederbelebt worden war) – zur Verfügung stellten.

234 PA Bonn, NL Stresemann Bd. 176, Stresemann an Sieg 31. 10. 1917; ders. an Ballin 25. 10. 17: Vertreter dieser Bestrebungen seien Rießer, v. Richthofen, sowie einige andere „Herren des sogenannten linken Flügels"; Stresemann betonte hier, er wolle sich „weder in irgendeine wie immer geartete Abhängigkeit von der Schwerindustrie oder den Großbanken" bringen lassen, sondern die Partei auf einem unabhängigen Mittelkurs festhalten.

235 Vgl. seinen Aufsatz Nationaldemokratie, in: Nord und Süd, Dez. 1917, wiederabgedr. in: Ders., Fünfundzwanzig Jahre im Dienste der Berliner Kaufmannschaft, Berlin-Zehlendorf 1927, S. 336 ff.

236 W. Rathenau, Gesammelte Politische Schriften, Bd. 1, Berlin 1928, S. 72 ff.

237 H.-M. Barth, Der Demokratische Volksbund, Zu den Anfängen des politischen Engagements der Berliner Elektrogroßindustrie im November 1918, in: Jb. f. d. Gesch. Ost- und Mitteldeutschlands 16/17 (1968), S. 254 ff., übergeht diese wichtigen Zusammenhänge.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

operierte. Wenn auch z. B. Stresemann im Sinne seiner Konzeption der Mitte, die auf eine – freilich je länger, je mehr irreale – Taktik der Bündnisbereitschaft nach links wie nach rechts hinauslief, es ablehnte, hier mitzuwirken, so ließ er doch keinerlei Zweifel daran, daß er der Desperadopolitik der Schwerindustrie entschieden negativ gegenüberstand[238].

Erst die drohende militärische Niederlage führte zu einer Annäherung der partei- und sozialpolitisch verfeindeten Lager: Auf sozialpolitischem Gebiet kam es unter der Führung von Stinnes zu einer völligen Schwenkung der Schwerindustrie in das Lager der Elektro/Maschinenbau-Gruppe, die bereits im Sommer 1918 nicht mehr an eine siegreiche Beendigung des Krieges geglaubt und deshalb frühzeitig mit den Freien Gewerkschaften Legiens Kontakte aufgenommen hatte. Diese Verhandlungen führten im November 1918 zur Bildung der sog. Zentralen Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften: Ihr organisatorischer Aufbau stand auch Pate[239] bei der Gründung einer einheitlichen Industrievertretung im Reichsverband der Deutschen Industrie, der das Provisorium des Deutschen Industrierates ablösen sollte. Tatsächlich schuf erst die völlig geänderte innenpolitische Situation nach dem 9. November 1918 ein gewandeltes Bewußtsein für die Notwendigkeit organisatorischer Vereinheitlichung des industriellen Verbandswesens innerhalb der Unternehmer: Es galt, sich zusammenzuschließen angesichts der fundamentalen Verschiebung der Machtverhältnisse nach dem Zusammenbruch.

Nachdem auf einer Tagung am 3. und 4. Februar 1919[240] Einigkeit über die Prinzipien einer neuen Organisation erzielt worden waren, kam es am 12. April 1919 zur Konstituierung des neuen Reichsverbandes, der auch die Zentrale Arbeitsgemeinschaft anerkannte. Diese Gründung blieb indes nicht unangefochten und traf auf starke innere Vorbehalte[241]. Auf Seiten der Kohle/Eisen- und Stahl-

---

238 Vgl. seine scharfe Kampfansage an die „Großindustrie in Eisen, Stahl und Kohle" in seiner Rede in Saarbrücken am 9. 9. 18, zit. nach Berliner Tageblatt Nr. 466, 12. 9. 18. Er betonte hier, sich auch durch „Drohungen" nicht einschüchtern zu lassen. Hugenberg, der noch Ende Oktober 1918 von seinem Freund Claß, dem Vors. des Alldeutschen Verbandes, davon überzeugt worden war, in die Nationalliberale Partei einzutreten, um deren rechten Flügel zu stärken, entschied sich nach dem Fehlschlag, eine einheitliche Rechtspartei unter Einschluß der Partei Stresemanns zu gründen, dafür, innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei, die die Gedanken der Deutschen Vaterlandspartei weiterführte, für eine Sammlung des Rechtslagers zu wirken, vgl. Akten des Alldeutschen Verbandes, DZA Potsdam.

239 G. D. Feldman, German Business, S. 334, Vorschläge des Geschäftsführers des Zentralverbandes der elektrotechnischen Industrie, von Raumer, am 22. 11. 18.

240 Vgl. dazu Mitteilungen des KddI Nr. 241 vom 8. 2. 1919, auch in: DZA Potsdam, ZAG Nr. 39; Veröffentlichungen des RDI, H. 1, Mai 1919. Vgl. jetzt auch zur Gewichtung der Industriegruppen 1918/19 den knappen informativen Aufsatz von F. Zunkel, Die Gewichtung der Industriegruppen bei der Etablierung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, in: H. Mommsen, D. Petzina, B. Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 637–647.

241 Rundschreiben Nr. 14 des Deutschen Industrierates vom 30. 12. 1918, in: DZA Potsdam, ZAG Nr. 39; Feldman, German Business, S. 339.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gruppe herrschte die Befürchtung vor, sie könnte womöglich ihre Hegemoniestellung verlieren, da die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, die der CDI nicht kontrollierte, die Federführung in der Zentralen Arbeitsgemeinschaft übernommen hatte. Zudem wollte sie sich nicht durch die „Vielheit der verarbeitenden Industrie einen Klotz ans Bein . . . binden lassen"[242]. Auf der anderen Seite warnte Stresemann davor, daß die Fertigwaren- und verarbeitende Industrie, ungleich weniger schlagkräftig organisiert, gegenüber der bereits in Fachgruppen organisierten Großindustrie dieser ausgeliefert sein würde, fehlten doch z. B. innerhalb des BdI noch Anfang 1919 Fachgruppen weitgehend. Er protestierte deshalb gegenüber dem Präsidium des BdI[243] gegen die „beabsichtigte Verschmelzung unseres Bundes mit dem Zentralverband", wobei er noch einen zusätzlichen Gedanken ins Spiel brachte: Vor allem der Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie würden aller Voraussicht nach „in Bezug auf die Sozialisierungsbestrebungen . . . sehr bald ernste schwerwiegende Kämpfe zu bestehen haben, und es kann unseren Bundesmitgliedern nicht daran gelegen sein, in diese Kämpfe mit verwikkelt zu werden". Noch Ende März 1919, kurz vor der Konstituierung des Reichsverbandes, warnte er vor dem „durch die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft hervortretenden starken Übergewicht"[244] der Fachgruppen im neuen Präsidium des Reichsverbandes, deren Exponenten nicht mehr „Träger bestimmter wirtschaftspolitischer Anschauungen einer zentralen Organisation" seien – so war der BdI bei seiner Präsentation vorgegangen –, sondern allein Repräsentanten großer Branchen. Leute wie Hugenberg, Duisberg, Borsig, Stinnes, Deutsch (AEG) als Führer großer Fachgruppen würden in dem neuen Präsidium starken Einfluß ausüben. Stresemann sah Interessenkollisionen auf sozial- und wirtschaftspolitischem Feld kommen und erachtete die Etablierung einer neuen Gegenorganisation aus Teilen des alten BdI und des Handelsvertragsvereins für möglich. Als angebrachter hätte er selbst eine Erweiterung der Kompetenzen des alten Industrierates bei Aufrechterhaltung der Selbständigkeit beider Verbände angesehen, nicht zuletzt weil er hoffte, daß bei entscheidenden Abstimmungen innerhalb des Industrierates die im CDI vertretene Fertigindustrie zusammen mit dem BdI gestimmt hätte. Es ist in dieser Perspektive nicht verwunderlich, wenn einzelne Kreise innerhalb des BdI, besonders im Verband Sächsischer Industrieller, den gerade konstituierten Reichsverband früh als die „Vertretung der Großindustrie"[245] abqualifizierten oder aber

[242] Herle, in: Der Weg zum industriellen Spitzenverband, S. 285.

[243] PA Bonn, NL Stresemann Bd. 114, Stresemann an den BdI 30. 1. 19; vgl. dazu auch L. Döhn, Politik und Interesse, Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim 1970, S. 102 ff., (zit. Döhn).

[244] PA Bonn, NL Stresemann Bd. 114, Stresemann an den BdI 31. 3. 19.

[245] Vgl. den Bericht des Vertreters des VSI über die Gründungsversammlung des RDI, ebda., als Anlage zu einem Brief an Stresemann vom 12. 4. 1919. Demnach wurden in das vorl. Präsidium des RDI, das aus 13 Personen bestand, für den BdI 5 Vertreter delegiert (Bosch, Fischer, Friedrichs, Frowein, Moras), 7 vom CDI (Hilger, Hugenberg, Jordan, Rosenthal, Sorge, Stinnes, C. . v. Siemens) und 1 Vertreter vom Chemieverein (Duisberg). Die Zuordnung bei Döhn, S. 104, A. 437, ist falsch. Diese Wahlen galten für 3 Monate; danach wurde das Präsidium auf 15 Personen erhöht.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie der langjährige Vorsitzende des Verbandes Mitteldeutscher Industrieller, Hoffmann, die „rasche Gründung des Reichsverbandes als ein Angstprodukt" tadelten, dadurch entstanden, „weil man glaubte, daß der Arbeitgeberverband [d. h. die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände] in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft die ganze Führung an sich reißen könnte"[246]. Tatsächlich war die großindustrielle Dominanz unübersehbar: Im ersten Präsidium stellte diese Gruppe den ersten Präsidenten (Sorge, Vors. des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten), den zweiten stellvertretenden Vorsitzenden (C. F. v. Siemens) und den Schatzmeister (Hilger, Königs- und Laurahütte), wohingegen der BdI mit dem ersten stellvertretenden Vorsitzenden Abraham Frowein (Textilindustrie) nur einen einzigen Vertreter in das engere Präsidium hatte bringen können. Die weitere Zusammensetzung des 13-köpfigen Präsidiums zeigt, daß Stresemann mit seinen Befürchtungen durchaus Recht behalten hatte. Das Fachgruppenprinzip, das nur unwesentlich durch Anerkennung des regionalen Prinzips durchbrochen worden war – eine Konzession an den BdI – hatte zu einer deutlichen Schwächung des BdI geführt[247]. Stresemann selbst wurde aufgrund des geschlossenen Widerstandes der Vertreter des CDI – hier taten sich besonders Hugenberg, Schweighoffer und Roetger hervor – weder in den Vorstand noch in das Präsidium gewählt, mit der Begründung, einmal habe er sich als „Berufspolitiker" im Kriege zu stark parteipolitisch engagiert, zum anderen damit, er sei kein Industrieller. Diese Argumentation war angesichts der Tatsache, daß z. B. Hugenberg selbst trotz seines Ausscheidens bei Krupp 1919 in das Präsidium gewählt worden war, ziemlich herbeigeholt: Sie signalisiert nur das Mißtrauen gegenüber Stresemann. Ähnliches gilt für die zweite Argumentation, denkt man an die politische Rolle Hugenbergs im Kriege; da aber auch Stimmen gegen eine Kandidatur Stresemanns mit eben dieser Motivation aus den Reihen des BdI selbst laut wurden, konnten diese Argumente durchdringen. Die Enttäuschung über diese Entscheidung führte dazu, daß Stresemann alle seine Ämter im Verband Sächsischer Industrieller und im BdI niederlegte und sich aus der aktiven Verbandspolitik zurückzog. Sein Gegner Hugenberg dagegen begann eine zweite Karriere als Vorsitzender der Fachgruppe Bergbau im Reichsverband der Deutschen Industrie und als deutschnationaler Reichstagsabgeordneter.

Zu der von Stresemann prophezeiten Gründung einer Gegenorganisation, welche die „alten Grundgedanken des Bundes der Industriellen aufnimmt"[248], kam es indessen nicht. Begann die endgültige Auflösung des BdI auch erst im April 1920[249], so war doch die integrierende Kraft der gemeinschaftlichen Abwehr der Industrie gegenüber allen Bestrebungen zu Sozialisierung und Demokratisierung der Wirtschaft groß genug, um ein Abbröckeln der Front im Reichsverband zu verhindern, ungeachtet weiterbestehender Spannungen innerhalb dieser Körperschaft selbst[250].

---

[246] Ebda., Boehm an Stresemann 28. 4. 1919; Döhn, S. 106 f.

[247] NL Stresemann Bd. 114, VSI an Stresemann 12. 4. 1919.

[248] Ebda., Stresemann an Max Hoffmann 29. 4. 1919.

[249] Ebda., Rundschreiben des BdI vom 25. 3. 1920.

[250] Erinnert sei z. B. an die Konflikte zwischen der Grundstoffindustrie (Kohle/Eisen/Stahl)

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein ‚Reichsverband der Deutschen Schwerindustrie', so wie es einige BDI-Mitglieder befürchtet hatten, wurde der Verband nicht, auch wenn eine relative Dominanz dieser Gruppe bis etwa 1924 feststellbar ist. Spätestens die Wahl des Chemie-Industriellen Carl Duisberg (IG-Farben) zum Präsidenten 1925 signalisiert Machtveränderungen zugunsten der aufstrebenden neuen Wachstumsindustrien. Trotz dieser relativen Machteinbuße blieb die straff organisierte Montanindustrie, seit 1924/25 im nationalen und internationalen Rahmen kartelliert und syndiziert, durch Konzernierung weit in die verarbeitende Industrie hinein ausgreifend, schlagkräftig genug, um ihre Interessen nötigenfalls auch gegen den Reichsverband durchsetzen zu können[251]. Im Verein mit der Großlandwirtschaft konnte sie die politisch einflußreiche Stellung, die sie im Kaiserreich besessen hatte, gegenüber Parlament und Regierung auch in der Phase der relativen Stabilisierung 1924–29 behaupten, z. T. sogar ausbauen. Der kleineren, mittelbetrieblich organisierten, verarbeitenden und Fertigwarenindustrie, die vorher im BdI ihr Sprachrohr besessen hatte, gelang es demgegenüber weit weniger, ihre Interessen wirksam durchzusetzen; politisch relativ einflußlos, da ohne institutionalisierte Bindungen zu den politischen Parteien, radikalisierte sich langfristig ihre Haltung[252].

In der Weltwirtschaftskrise wurde diese latente Polarisierung innerhalb des Reichsverbandes, die während der Phase der Stabilisierung noch überdeckt werden konnte, wieder offenbar: Mittelbetrieblicher Radikalismus nach rechts und das traditionelle Konzept des autoritären Kapitalismus (M. J. Bonn) im schwerindustriellen Lager trugen einen gewichtigen Teil dazu bei, daß die politische und soziale Ordnung der Weimarer Republik immer stärker ausgehöhlt wurde. Der Stellenwert, der dabei einzelnen Sektoren innerhalb der deutschen Industrie in diesem Prozeß, nicht zuletzt bei der Etablierung des deutschen Faschismus, zukommt, bedarf noch weiterer Erforschung[253].

und der in der Arbeitsgemeinschaft der Eisenverarbeitenden Industrien beim RDI (AVI) zusammengeschlossenen verarbeitenden und Fertigindustrien, über die U. Nocken (Berkeley) eine Arbeit in Kürze vorlegen wird. Döhn, S. 105, u. ö., harmonisiert demgegenüber zu stark und klammert diese Konflikte aus.

251 Vgl. dazu D. Stegmann, Die Silverberg-Kontroverse 1926, Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration, in: Sozialgeschichte Heute, Festschrift für Hans Rosenberg, Göttingen 1974, S. 594 ff.

252 Vgl. dazu H. A. Winkler, Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus, in dieser Zeitschrift 17 (1969), S. 341 ff.

253 Vgl. dazu H. A. Turner, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972, sowie kritisch dazu D. Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399 ff. und ders., Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929–1934, Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie, No. 6, hrsg. von H.-G. Backhaus u. a., Frankfurt 1976 (ed. Suhrkamp), S. 19–91; H. A. Turner, Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930–1933, in: Histor. Ztschr. 221 (1975), S. 18 ff.; und demnächst D. Stegmann, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland 1932–1934, Zum Stellenwert der Wirtschaftsprogrammatik der NSDAP im Prozeß der Machtergreifung, in: Festschrift für W. Abendroth, Berlin 1977.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ERICH GOLDHAGEN

WELTANSCHAUUNG UND ENDLÖSUNG

Zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Führungsschicht

Dem Andenken an Marie Kahle gewidmet, einer deutschen Frau, die dem jüdischen Volk in der dunkelsten Stunde seiner Geschichte beistand.

Zwei Arten von Antisemitismus lassen sich, allgemein gesprochen, unterscheiden: ein „objektiver" oder „realistischer" und ein „subjektiver" oder „nichtrealistischer" Antisemitismus[1].

Eine Manifestation von Feindseligkeit gegen Juden kann als objektiv bezeichnet werden, wenn sie einem tatsächlichen Interessenkonflikt zwischen Juden und einem Wirtsvolk bzw. bestimmten Schichten eines Wirtsvolks entspringt. Klassisches Beispiel einer objektiven Form von Antisemitismus ist der Judenhaß, der zwischen den beiden Weltkriegen in Ost- und Mitteleuropa verbreitet war. Im 20. Jahrhundert sahen sich in Polen, Rumänien und Ungarn die relativ spät entstandenen kleinbürgerlichen Gruppen polnischer, rumänischer und ungarischer Kaufleute oder Händler vor die Konkurrenz mit jenem beträchtlichen Teil der jüdischen Bevölkerung gestellt, der bislang die intermediäre Funktion in der Wirtschaft erfüllt hatte. Wirtschaftliche Rivalität erzeugte eine Feindschaft, die mit religiösen Vorurteilen zu einem intensiven Haß verschmolz, der tief in das moralische, geistige und politische Leben der betreffenden Länder eindrang[2].

Die ernsthafte Antisemitismusforschung vertritt jedoch einhellig die Auffassung, daß das Phänomen in den meisten Fällen nicht auf objektive Interessengegensätze zwischen Juden und Nichtjuden zurückgeht, sondern auf gesellschaftliche Prozesse, mit denen die Juden als Gruppe gar nichts zu tun haben oder in denen sie doch nur als unbedeutende Randfiguren auftreten. Sozial oder wirtschaftlich bedrängte Schichten neigen dazu, für ihre Lage die Juden verantwortlich zu machen, die, eine fremde und oft relativ machtlose Gemeinschaft, der Entladung

[1] Diese Begriffe werden in dem „wertneutralen" technischen Sinne benutzt, den ihnen Georg Simmel in seinem klassischen Werk „Der Konflikt der modernen Kultur" gegeben hat. L. Coser, der Exeget Simmels, definiert (The Function of Social Conflict, Glencoe 1956, S. 49) nichtrealistische Konflikte folgendermaßen: „Nonrealistic conflicts are not occasioned by the rival ends of the antagonists, but by the need of tension release of at least one of them. In this case the choice of antagonist depends on determinents not directly related to a contentious issue and is not oriented toward the attainment of specific results."

[2] Vgl. die Bemerkungen zu dieser Frage in A. Toynbee, A Study of History, Vol. 8, London 1954, S. 284 ff.; die Bemerkungen sind von Wert, obwohl der Verfasser bei der Behandlung der Juden und des Judaismus ein generelles Vorurteil verrät.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus Frustrationen stammender Aggressionen als bequemes Ziel dienen können. Aber unbegründeter Judenhaß fließt nicht allein aus den Schächten der Frustration und aus dem zu ihr gehörenden blinden Drang, ihre Ursache im Wirken einer übelwollenden Gruppe oder Person zu finden, manchmal wird er auch gemacht oder geschürt, und zwar von Menschen, die damit auf anderen Feldern liegende Zwecke verfolgen. Die Juden waren nicht nur Opfer spontaner verblendeter Wut, sondern auch Figuren, die von den Bewerbern im fortwährenden Kampf um Macht und Privilegien mit kühler Berechnung geopfert wurden. Herrscher traditioneller Gesellschaften suchen die Unzufriedenheit der Bevölkerung von sich ab- und auf die Juden hinzulenken, die sie als die Urheber der für die Unzufriedenheit verantwortlichen Mißgeschicke darstellen. Revolutionäre begrüßen Pogrome als nützliche Übungen in der Kunst der Gewaltanwendung, mit denen die Massen für die kommende Revolution vorbereitet werden. Totalitäre Herrscher wollen Popularität gewinnen, indem sie die Juden aus den gehobeneren Schichten der Gesellschaft verbannen. Nicht alle Feuer der Verfolgung, die die jüdische Geschichte kennt, haben Rasende entzündet, die von Wahnvorstellungen getrieben wurden; einige waren das Werk kaltblütiger und zynischer Brandstifter.

In Zeiten ernster sozio-ökonomischer Krisen, wenn die Dinge aus den Fugen geraten sind, tauchen organisierte Gruppen auf, die laut die Zerstörung der bestehenden Ordnung fordern und die Errichtung einer neuen Ordnung versprechen, in der es keine Ungerechtigkeit und kein Leid mehr gebe oder sogar ein Leben in Glückseligkeit beschert werde.

Solche organisierten Minderheiten, die nach Macht streben, nehmen gewöhnlich für sich in Anspruch, eine genaue Diagnose der existierenden Übelstände anzubieten, der Ursachen wie des Wesens der herrschenden Not, und die rettende Lösung in Form eines Aktionsprogramms zu zeigen[3].

Die kleine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die in den krisengeschüttelten Anfangsjahren der Weimarer Republik entstand und bald von Adolf Hitler geführt wurde, gehörte zu jenem Organisationstyp. In ihrem Streben nach Macht entwickelte sie eine Gesellschaftsphilosophie, die nicht allein die Ursachen der deutschen Niederlage und der auf sie folgenden sozio-ökonomischen Dislokation, sondern den gesamten Geschichtsverlauf zu erklären vorgab. Und im Mittelpunkt dieser Weltanschauung stand die Theorie von der jüdischen Verschwörung, die mithin den Kern des konstitutiven Mythos der Nationalsozialisten darstellte.

Es ist nicht einfach, diese Theorie zusammenzufassen, da sie nie systematisch formuliert worden ist und da sie zahllose schreiende logische Widersprüche enthält, die zu korrigieren sich die Nationalsozialisten – anders als die Bolschewiken im Falle des Marxismus – kaum je die Mühe machten. Trotzdem muß hier eine kurze Zusammenfassung versucht werden.

---

[3] Barrington Moore nennt den diagnostischen und therapeutischen Anspruch einer solchen Gruppe „charter myth"; vgl. seinen Aufsatz Notes on the Process of Acquiring Power, in: Social Theory and Political Power, Cambridge 1958.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach nationalsozialistischer Auffassung ist die Geschichte der Menschheit nicht, wie die Marxisten behaupten, die Geschichte von Klassenkämpfen, sondern die Geschichte des Krieges zwischen Rassen, von Rassenkämpfen; genauer gesagt, die Geschichte des Strebens einer Rasse, nämlich der Juden, die Welt ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Um ihr Ziel zu erreichen, haben sich die Juden über die ganze Erde zerstreut, sind sie in die Gesellschaftskörper der Nationen eingedrungen, die sie zu beherrschen und auszubeuten suchen. Zwar gering an Zahl, waren sie bei der Verwirklichung ihrer diabolischen Pläne doch sehr erfolgreich, weil sie hervorragend organisiert sind, von einer zentralen Autorität gesteuert werden, ihre Aktivitäten streng geheim zu halten verstehen und Techniken von teuflischem Geschick entwickelt haben. Die Methoden der Juden sind sogar von so heimtückischer Raffinesse, daß die Nationen der jüdischen Verschwörung zum Opfer fallen, ohne es überhaupt zu bemerken. Indem sie sich auf entscheidenden, aber unauffälligen Positionen in der Wirtschaft festsetzen und die Kontrolle über die Massenmedien, die Literatur und die Künste ausüben, gelingt es den Juden, ein Volk in ihrer Gewalt zu halten und sich zugleich so hinter einer Fassade zu verbergen, daß den Beherrschten und Ausgebeuteten nicht bewußt wird, wer ihre wahren Herren sind. Die Methoden dieses weltweiten Unternehmens sind ebenso verderblich wie vielfältig. Verfolgen die Juden in manchen Ländern ihre Zwecke hinter der Maske von Liberalismus und Demokratie, so sind in anderen Ländern Sozialismus und Kommunismus die Bewegungen, durch die sie arbeiten. Bolschewismus und Plutokratie sind zwei Seiten einer Münze – hinter beiden steht das Internationale Judentum. Fast alle Kriege, ob zwischen Staaten oder zwischen den Bürgern eines Volkes, entpuppen sich bei genauerer Analyse als von den Juden eingefädelt, die Zwietracht zwischen Nationen und inneren Hader stiften, weil sie von der Uneinigkeit ihrer Opfer nur profitieren können.

So sah also, kurz gesagt, das Weltbild aus, das die Nationalsozialisten bewegte. Seine Einfachheit, kosmische Dimension und mythenbildende Kraft erinnern an die Mythen des Altertums und an jene von Stämmen auf niederer Entwicklungsstufe. Mit einem umfassenden Griff war der ganze komplexe Geschichtsablauf in eine simple Sage gefaßt, die eine mächtige Anziehungskraft auf Menschen ausübte, welche in einer Welt litten, in deren Unermeßlichkeit sie sich nicht zurechtfanden und deren Funktionieren sie nicht verstehen konnten. Viele nahmen die Sage an, die ihnen ein Gefühl der Erleuchtung gab – endlich hatten sie die Wahrheit darüber erfahren, was ihr Leben tatsächlich bestimmte. Alle modernen Ideologien verdanken ihre Attraktivität zum Teil dem Umstand, daß sie dem Volk als farbige und fesselnde Historienspiele erscheinen, in denen die hinter der sichtbaren verborgene „wirkliche Welt" dargestellt wird. Sie sind Beispiele für das, was Francis Bacon die Scheinbilder des Theaters genannt hat: „Idols, which have immigrated into men's minds . . . so many stage plays, representing worlds of their own creation after an unreal and scenic fashion"[4]. Die Hohenpriester der Ideologie be-

[4] Francis Bacon, Novum Organum, in: The English Philosophers From Bacon to Mill, Modern

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwören eine Szene, die hinter der Bühne der Geschichte ein Ensemble von Bösewichten oder anonyme Kräfte am Werke zeigt, wie sie das Schauspiel im Vordergrund dirigieren. Die Rolle zu verstehen, die von den Juden in der Geschichte gespielt worden sei, so sagte ein Schulungsheft der SS, heiße „in das einen Sinn bringen, was bisher widerspruchsvolle Geschehnisse waren"[5].

Eine Zusammenfassung vermittelt freilich nicht den giftigen Haß, den die nationalsozialistischen Schriften und Reden über die Juden atmeten. Um ihre Wirkung zu steigern, erzählten die NS-Propagandisten die Sage von der jüdischen Verschwörung in anschaulicher satanischer Bildersprache, spickten sie die Erzählung mit bösartigen Schmähungen. Einige Zitate aus einer Goebbelsrede lassen vielleicht noch spüren, welch eindringlichen emotionalen Appell die Nationalsozialisten gewöhnlich aus einer Erwähnung der Juden machten. Mit einer Wahl der Bilder und Begriffe, die auf eine absichtsvolle Anstrengung deutet, ein so erschreckendes Gemälde zu malen, wie es die menschliche Sprache nur zuläßt, bezeichnete Goebbels in dieser einen Rede „den Juden" als den Weltfeind, den Zerstörer der Zivilisation, den Parasiten unter den Völkern, den Sohn des Chaos, die Inkarnation des Bösen, den Bazillus der Dekomposition, den plastischen Dämon des Verfalls[6].

Library Edition, 1939, S. 35. In vielen Ländern mit jüdischen Minderheiten wurde die Legende von einer jüdischen Verschwörung erfunden, um politische Zwecke zu erreichen oder um das psychische Bedürfnis der Bevölkerung nach einer Erklärung sozialer Kalamitäten und sogar Naturkatastrophen mit einer einfachen Formel zu befriedigen. In seinem berühmten Buch „La France Juive" (Paris 1886) hat Edouard Drumond, Frankreichs Erzantisemit, die Juden für die albigensische Häresie verantwortlich gemacht, für die Epidemien im Mittelalter, für den Aufstieg des Protestantismus, für de Hinrichtung Ludwigs XVI., für die gegen Napoleon siegreiche Koalition, für die Entstehung des Sozialismus, für den Krieg von 1870/71, usw., usw. Einen ähnlichen Katalog findet man in einer Zeitschrift, die für die ideologische Schulung der SS bestimmt war (SS-Leitheft, Mai 1936, S. 8): „Geschichte der Esther im Alten Testament: Niedermetzelung von 75 000 arischen Persern – Abschlachtung von 200 000 Ariern in Kyrene und von mehr als 200 000 Ariern auf Cypern durch die Juden um 100 n. Chr. – Ermordung von Hunderttausenden wertvollster Männer und Frauen durch Hexenprozesse und Inquisition (z. B. durch den jüdischen Großinquisitor Torquemada in Spanien) – die Untaten der Wiedertäufer unter jüdischer Führung in Münster – Ermordung der Hugenotten in Frankreich in der Bartholomäusnacht – französische Revolution – russische Revolution – die Geiselmorde der jüdischen Räterepublik in Bayern – Aufstand in Spanien usw." In Polen haben Schriftsteller, die mit der chauvinistischen und antisemitischen Nationaldemokratischen Partei verbunden waren, den Juden die Schuld am größten Unglück Polens vor dem Zweiten Weltkrieg, an den Teilungen des Landes, gegeben. So hat ein gewisser A. Marylski (Dzieje sprawy Zydowskey w Polsce, Warschau 1912, bes. S. 317) eine etwas verwickelte, aber nicht völlig irrationale Argumentation vorgetragen: Durch ihre Konkurrenz hätten die Juden das polnische Bürgertum geschwächt, das daher nicht stark genug gewesen, das Königtum in seinem Kampf gegen den Landadel zu unterstützen, dessen Korruption und Inkompetenz wiederum als indirekte Ursachen für die Teilung Polens angesehen werden müßten; vgl. hierzu auch Jeske Choinski, Poznaj Zyda, Warschau 1913.

[5] SS-Leitheft, April 1936, S. 56.

[6] Zitiert nach M. Samuels, The Great Hatred, New York 1940, S. 10. Nationalsozialistische

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß die Nationalsozialisten die Sage von der jüdischen Verschwörung mit solch schaudern machenden Zügen versahen, weist auf den wichtigsten Zweck hin, den die Sage vor der Machtübernahme zu erfüllen hatte. Mit der Fertigkeit schlauer Hexenmeister ließen die Nationalsozialisten am Horizont Deutschlands die dunkel drohende Gestalt eines satanischen Judentums erscheinen, mit der sie Millionen in die Arme Hitlers zu treiben hofften, des Führer-Heilands, der diese erschreckende Macht zu verjagen und zu vernichten verhieß.

Hitler war ein ausgesprochen bewußter Propagandist. Die klarsten Passagen in „Mein Kampf" sind jene, in denen er Maximen formuliert, wie der Bewerber um die Macht die Massen gewinnen und seinen Zwecken dienstbar machen kann. Die Energien und die Emotionen der Massen, so schreibt er, könnten am besten mobilisiert und auf ihren Höhepunkt getrieben werden, wenn man ihnen das Bild eines einzigen Feindes zeige, eines unversöhnlichen und schrecklichen Feindes, der ihnen nach dem Leben trachtet[7]. Die nationalsozialistische Partei dürfe daher nicht den Irrtum anderer deutscher Nationalisten wiederholen, die ihre Gefolgschaft gegen Deutschlands auswärtige Feinde, gegen Großbritannien, Frankreich, Polen, Italien (wegen Südtirol) und die Tschechoslowakei zu richten suchten und dadurch ihre Emotionen zersplitterten und zerstreuten. Der Nationalsozialismus müsse die Ablenkung durch solche „Nebensächlichkeiten" vermeiden und sich darauf konzentrieren, die Aufmerksamkeit der Massen auf ihren „tödlichsten Feind" zu lenken, der ihre „nackte Existenz" bedroht[8]. Kein Führer gewinne mehr Anhänger und wecke größere Ergebenheit als der Führer in einem Kampf auf Leben und Tod. „Der Jude" war der gefürchtete, dunkel-satanische Feind und Hitler sein strahlender, verehrter Widersacher. In einem berühmten und oft zitierten Absatz hat Hitler in „Mein Kampf" das gräßliche Schicksal beschrieben, das die Welt im Falle eines jüdischen Sieges erwarte und das er und nur er allein abzuwenden vermöge. Der Absatz, einer der dichterischsten in „Mein Kampf", endet mit einer christologischen Anspielung: „Siegt der Jude . . . über die Völker dieser Welt, dann wird seine Krone der Totentanz der Menschheit sein, dann wird dieser Planet wieder wie einst vor Jahrtausenden menschenleer durch den Äther ziehen . . . So

---

Publizisten und Redner sind oft, wenn sie auf die Juden zu sprechen kamen, in eine Flut giftiger Beschimpfungen ausgebrochen, wie Menschen, die, von ihren Emotionen übermannt, sich nur noch in extremsten Wörtern und Redewendungen ausdrücken können. So sagte Himmler (SS-Leitheft, Mai 1936, S. 9): „Wir kennen ihn, den Juden, das Volk, das aus den Abfallprodukten sämtlicher Völker und Nationen dieses Erdballes zusammengesetzt ist und allen den Stempel seiner jüdischen Blutsart aufgedrückt hat, dessen Wunsch die Weltherrschaft, dessen Lust die Zerstörung, dessen Wille die Ausrottung, dessen Religion die Gottlosigkeit, dessen Idee der Bolschewismus ist." – Der Audruck „Der plastische Dämon des Verfalls der Menschheit", den Richard Wagner zur Kennzeichnung der von ihm gehaßten Juden geprägt hat, wurde in der nationalsozialistischen Propaganda mit Vorliebe benutzt. Alfred Rosenberg (Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik, 6. Aufl., München o. D., S. 136) sprach von einem „der tiefsten Worte über den Juden".

[7] Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1933, S. 273.

[8] Ebenda, S. 128 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

glaube ich heute im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln: Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn."[9]

Hitler zog die Massen in seinen charismatischen Bann, indem er ihnen Furcht vor dem Judentum einblies. Wenn es den Juden nicht gäbe, hat er Rauschning bekannt, „müßten wir ihn erfinden"[10].

Schon ehe „Mein Kampf" erschien, war aber Antisemitismus das zentrale Thema in der Propaganda der jungen, winzigen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, als sie mit anderen Parteien um den Geist der Deutschen rang. In einer der ersten Instruktionen für ihre „Vertrauensleute" gab die Partei die Anweisung, wieder und wieder auf die Judenfrage zu kommen. Jede Aversion gegen die Juden, wie leicht auch immer, müsse rücksichtslos ausgenutzt werden. Als Grundregel gelte, mit „Gebildeten" die Judenfrage im Lichte der Ergebnisse der Rassenlehre zu diskutieren, bei Angehörigen der einfacheren Schichten hingegen allein an das Gefühl zu appellieren; die Abneigung gegen die Juden sei mit allen nur möglichen Mitteln zu steigern[11].

Der Glaube an den jüdischen Satan war das Herzstück der neuen Weltanschauung, die nationalsozialistische Propagandisten den Deutschen einzupflanzen suchten, für das neue Credo nicht weniger zentral als für die Christenheit des Mittelalters die Figur des Teufels. In den neuen Kultstätten, mit denen die Nationalsozialisten die deutsche Landschaft schmückten, in Brauchtum, Kunst und Literatur, die sie hervorbrachten, nahmen Bild und Begriff „Der Jude" einen beherrschenden Platz ein. Von seiner Geburtsstunde bis zu seinem letzten Atemzug kultivierte das NS-Regime das Bild vom Juden, ständig daran arbeitend, bald diesen und bald jenen Zug scharf herausmodellierend, je nach den wechselnden Erfordernissen der eigenen wechselhaften Entwicklung. Es ist bezeichnend, daß Hitlers letzte überlieferte Botschaft an das deutsche Volk, nämlich der letzte Satz seines Testaments, das er am Tage vor seinem Selbstmord diktierte, aus einer antisemitischen Mahnung bestand: „Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum."[12] Im Begriff, in die Grube zu fahren, kannte er nichts Wichtigeres, als diesen Appell dem deutschen Volk zu hinterlassen.

Der Antisemitismus leistete den Nationalsozialisten nicht nur auf dem Wege zur Macht gute Dienste. Er war nicht allein eine Sammelparole, die Hitler geschickt

---

[9] Ebenda, S. 69 f. – Der Satz „Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn", gehörte zu den am häufigsten zitierten Sätzen aus „Mein Kampf". Er erschien auf Wandkalendern in Wohnungen und Büros und auf öffentlich angeschlagenen Plakaten; während der Woche vom 17. bis zum 23. Mai 1936 war er „Leitwort der Woche" für die SS (SS-Leitheft, April 1936, S. 6).

[10] Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler, Zürich, Wien, New York 1940, S. 223.

[11] Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei [Broschüre für die Partei-Propaganda], 1922, S. 6.

[12] Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, München 1962/63, Bd. 2, S. 2239.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und gerissen handhabte, um die Scharen seiner Anhänger, die ihn zur Macht trugen, wachsen zu lassen, vielmehr kamen dem Antisemitismus auch im NS-Regime, solange seine Herrschaft dauerte, wesentliche Funktionen zu. Einige dieser Funktionen waren „latent", von den meisten Führern nicht begriffen und nur von wenigen undeutlich wahrgenommen; andere Funktionen waren „manifest", wohlverstanden und bewußt gefördert.

Unter den latenten Funktionen, die das Bild vom Judentum im NS-System erfüllte, war die wichtigste die Verkörperung des Bösen und des Profanen.

Zu den charakteristischen Merkmalen eines totalitären Regimes gehört die Einteilung der Welt in zwei entgegengesetzte Sphären, analog der in den überlieferten Religionen gültigen Trennung, nämlich in eine Sphäre des Sakralen und eine Sphäre des Profanen. Alle geschaffenen Institutionen und Glaubensartikel werden mit einer Aura der Heiligkeit umgeben und als Verkörperungen von Gerechtigkeit, Güte und Wahrheit hingestellt, während alles, was ihnen widerspricht, als frevelhaft, abscheulich und besudelnd geächtet wird. Der Propaganda-Apparat arbeitet unablässig daran, den Bürgern diese polaren Vorstellungen einzupflanzen und die entsprechenden Empfindungen zu wecken; von allen Bürgern wird gefordert, dem Bereich des Geheiligten Verehrung und Anbetung zu zollen, gegenüber der tabuierten Welt aber Abscheu und Horror zu zeigen. Der Kampf starker, strahlender Gestalten gegen dunkle, dämonische Kreaturen ist das Leitmotiv der öffentlichen Darstellungen, und die öffentliche Rede wird von polaren Emotionen bestimmt, ständig zwischen Verwünschung und Lobpreisung wechselnd. Auch das NS-Regime war entschlossen, seine Untertanen fest an sich zu binden, sie zum eifrigen Dienst an seinen Zwecksetzungen zu gewinnen und ihnen zugleich Abscheu gegen jene Dinge einzuflößen, die tabuiert werden und ausgetilgt werden sollten. Um das zu erreichen, verband das Regime den gesamten nun tabuierten Bereich mit den Juden. Nahezu alles, was das Regime aus dem deutschen Leben ausmerzen wollte, alles, was es als seinen Zielen feindlich ansah, wurde entweder als das unmittelbare Werk des Judentums oder als die Frucht verborgenen jüdischen Wirkens bzw. als von jüdischem Geist durchtränkt ausgegeben. Das Adjektiv jüdisch bezog sich nicht mehr allein auf die Juden selbst, sondern erhielt einen so weiten Sinn, daß es den ganzen verbotenen Bereich umfaßte. Alle Formen der Kunst und der Literatur, alle Ideen und philosophischen Systeme, die dem nationalsozialistischen Credo widersprachen, galten als „verjudet". Deutsche, die sich weigerten, ihren Geist der neuen Glaubenslehre zu unterwerfen, sahen sich als „Gesinnungsjuden", „Geistesjuden", „Charakterjuden" und „Weiße Juden" gebrandmarkt. Hitler hat behauptet, das Jüdische als Qualität sei nicht völlig auf eine Rasse beschränkt, es sei ein Geisteszustand[13]. So wurde den Juden die Funktion einer ungeheuren Vogelscheuche gegeben, aufgestellt in jenem Feld, in das die Nationalsozialisten alle gesellschaftlichen und kulturellen Dinge verwiesen hatten, die wie verlockende Gifte die Geister und Seelen ihrer Untertanen gefährdeten.

---

[13] F. Genoud (Hrsg.), The Testament of Adolf Hitler, London, S. 55.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Tabuierung der Juden erinnert, wie schon gesagt, an die Scheu und das Grauen vor dem Profanen, wie sie religiöse Gemeinschaften in ihren Anhängern nähren. Der nationalsozialistische Geist hielt das Judentum nicht nur als organisierte Macht, die Deutschland ausplünderte, für gefährlich, selbst die Körper der einzelnen Juden galten als verunreinigend und ansteckend. Juden waren sowohl räuberisch wie aussätzig und bargen für den Arier sogar dann noch alle möglichen Gefahren, wenn man ihnen die Giftzähne ausgerissen hatte, wenn sie machtlos in Ghettos und Konzentrationslagern saßen. Das Grauen vor den Juden wurde mit solcher Intensität empfunden, daß nicht wenige NS-Funktionäre jeden körperlichen Kontakt scheuten, gehemmt nicht nur durch die Furcht vor Ansteckung, sondern auch durch einen unbestimmten Schauder, wie ihn die Gläubigen mancher Religionen in der Gegenwart des rituell „Unreinen" verspüren[14]. Daher haben etliche Offiziere der Polizei und Angehörige von Erschießungskommandos Handschuhe getragen, wenn sie mit Juden zu tun hatten[15]. In Wilna befahl der Kommandeur einer SS-Einheit, die Tassen zu beseitigen, aus denen Juden getrunken hatten, die in den Unterkünften der Einheit arbeiten mußten. Für diesen Offizier, im Zivilleben Jurist und angehender Richter, waren die Tassen durch die Berüh-

[14] Für die Nationalsozialisten waren die Juden eine Infektion oder Seuche, und zwar nicht nur in dem übertragenen Sinne, in dem etwa Ezra Pound in seinem Traktat „The Jews, Disease Incarnate" solche Begriffe benutzte; Pound sah hier die Juden als Verursacher von Krankheiten der Gesellschaft. Die Nationalsozialisten meinten das auch wörtlich. Juden erzeugen und verbreiten Krankheiten. Sie tun das, weil sie eine einzigartig schmutzige Art sind. „Daß es sich hier um keine Wasserliebhaber handelte, konnte man ihnen ja schon am Äußeren ansehen, leider sehr oft sogar bei geschlossenem Auge", schrieb Hitler (Mein Kampf, S. 61). Ein Schulungsheft für deutsche Soldaten (Der Osten, Sonderlehrgang, Soldatenbriefe zur Berufsförderung, 1941, S. 64) schilderte den Juden folgendermaßen: „Sein Körper kommt nie mit Seife in Berührung; seine Kleidung ist schmutzig und schmuddelig, und aus seiner Behausung ... dringt zu allen Zeiten übler Gestank." Aber selbst ein körperlich reinlicher Jude ist, auf Grund seiner elenden und korrupten rassischen Substanz, ein Quell der Verunreinigung und Besudelung, gefährlich für den Arier, der mit ihm in Berührung kommt. Durch gesellschaftlichen Verkehr mit Juden gefährdet ein Arier seinen Geist; durch Geschlechtsverkehr sündigt er gegen das oberste Gebot der Natur wider eine rassisch gemischte Nachkommenschaft. Aber selbst wenn der Geschlechtsverkehr mit Sicherheit ohne Nachkommenschaft bleibt, hat sich der Arier entehrt, verunreinigt und besudelt, wie in geringerem Maße durch jeden körperlichen Kontakt mit Juden. Die Natur der solchermaßen bewirkten Besudelung blieb undefiniert, wurde aber offensichtlich so ähnlich gesehen wie die im religiösen Bereich durch die Berührung ungeweihter Dinge oder Personen bewirkte Unreinheit. Nationalsozialistische Juristen erörterten das Wesen der rassischen Besudelung in der Art mittelalterlicher Kasuisten: Tritt Besudelung ein, wenn ein Jude mit einer arischen Prostituierten Verkehr hat? Welchen Grad der Intimität muß der körperliche Kontakt erreichen, damit Verunreinigung zu konstatieren ist? (Vgl. Rassenschande in der strafrechtlichen Praxis, in: Deutsche Juristen-Zeitung, Heft 12, 1936, S. 721). In diesem Sinne hat Himmler seinen Vernichtungsbefehlen oft die Erklärung mitgegeben, die Ausrottung der Juden sei sowohl im Interesse der Sicherheit wie im Interesse der Sauberkeit notwendig; sie werde einen „politischen", „moralischen" und „physischen Seuchenherd" beseitigen; Helmut Heiber (Hrsg.), Reichsführer! ..., Briefe an und von Himmler, Stuttgart 1968, S. 131.

[15] Landgericht Dortmund, Verfahren Az. 8 Js 180/61.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung jüdischer Lippen unaustilgbar unrein geworden[16]. In einigen polnischen Ghettos wurde der Umlauf deutscher Zahlungsmittel verboten, weil sonst das aufgedruckte Bild des Führers durch die Berührung jüdischer Hände hätte befleckt werden können. Selbst jüdischen Kindern schrieb man geheimnisvolle Kräfte zu. Dr. Walter Groß, der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP und ein Orakel in allen Rassenfragen, rechtfertigte den Ausschluß jüdischer Kinder aus deutschen Schulen mit dem Argument, von einem jüdischen Kind gehe ein unsichtbarer Einfluß aus, der die Seele des deutschen Kindes mit Schwermut erfülle, ohne daß es wisse, was seine Niedergeschlagenheit verursache[17].

Die außerordentliche Strenge des Tabus, mit dem die Juden belegt worden waren, ist an der extremen Härte zu erkennen, mit der SS-Angehörige bestraft wurden, die mit Jüdinnen geschlafen hatten. Für einen SS-Mann war es ein weit schwereres Verbrechen, mit einer Jüdin zu schlafen als mit Frauen irgendeiner anderen „minderwertigen" Rasse; das Verbrechen wog sogar schwerer als Geschlechtsverkehr mit einer Negerin, obwohl die Neger als eine affenartige Rasse auf der Grenze zwischen Mensch und Tierreich galten. SS-Angehörige, die überführt waren, mit Jüdinnen geschlafen zu haben, wurden zum Tode verurteilt, handelte es sich dagegen – was in Frankreich vorkam – um Negerinnen, folgten nur Freiheitsstrafen und der Ausschluß aus dem Orden. Neger waren minderwertige Kreaturen, die Verachtung und Abneigung zu wecken hatten, Juden hingegen Schrecken einflößende „Kinder des Satans", und ein SS-Mann, der sich mit ihrem Weibsvolk sexuell einließ, hatte sich unauslöschlich verunreinigt. Er mußte sterben[18].

Hitlers Absicht, in „Mein Kampf" verkündet, den Deutschen müsse beigebracht werden, beim Gedanken an das Judentum zu zittern, wurde in einem Maße verwirklicht, das uns zittern lassen sollte – angesichts der Hinfälligkeit menschlicher Vernunft. Als „Mein Kampf" im Jahre 1924 entstand, empfanden selbst unter den wildesten Antisemiten nur wenige jenes Grauen vor den Juden, das später einen guten Teil des deutschen Volkes beherrschte. Die NS-Propaganda brachte es fertig, Abneigung und gewöhnlichen Haß in tiefen dämonophobischen Schauder zu verwandeln. Sie bewirkte, daß im Geiste von Millionen die Vernunft zurückwich, sobald an die Juden gedacht wurde, und sie ließ in die solchermaßen geschaffene Leere atavistischen Schrecken einströmen. Zu keiner Zeit seit der Aufklärung hat die Vernunft eine so schwere und so folgenreiche Niederlage erlitten.

Eine andere latente Funktion, die der Antisemitismus im nationalsozialistischen

---

16 Landgericht Berlin, Verfahren Az. 3 (P) K Js 45/60.

17 Vgl. Dokumentensammlung über die Entrechtung, Ächtung und Vernichtung der Juden in Deutschland seit der Regierung Adolf Hitler, o. O., (1936), S. 185.

18 Illustrative Urteile in: Mitteilungen des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei, Hauptamt SS Gericht, Band I, Heft 6, S. 151; Band II, Heft 5, S. 164. Ein Urteil über „Rassenschande" zweier SS-Angehöriger mit einer Negerin in: Hauptamt SS Gericht, Band I, Heft 2, S. 36 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland erfüllte, bestand in der Überbrückung der Gräben, die in der deutschen Gesellschaft die Klassen trennten, vornehmlich in der Überbrückung der Kluft zwischen Arbeiterklasse und Oberklassen. Anders als die Kommunisten, die sich nur an das Proletariat wandten, warb Hitler um alle Schichten der deutschen Gesellschaft. Den sozialistisch denkenden Arbeitern präsentierten sich die Nationalsozialisten als Sozialisten und als geschworene Feinde „kapitalistischer Plutokratie". Bei den Industriellen arbeiteten sie mit dem Versprechen, die mächtigen deutschen Gewerkschaften und die deutsche Linke zu zerschlagen. Der Mittelklasse, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrisen am meisten verloren hatte, wurden wirtschaftliche Sicherheit und Restauration ihres gesellschaftlichen Status verheißen, die seelischen Wunden, die ihr der Statusverlust geschlagen hatte, mit nationalistischen Parolen behandelt.

Aber diese widerspruchsvolle Werbung konnte die verschiedenen Klassen allenfalls an die NS-Bewegung heranziehen, milderte jedoch noch nicht die Antagonismen, die zwischen ihnen standen. Zu den Methoden und Faktoren, die zumindest eine gewisse Entschärfung der Gegensätze bewirkten, gehörte auch die suggerierte jüdische Bedrohung Deutschlands. Angesichts einer angeblich allen geltenden Bedrohung verloren die inneren Spannungen in der Tat für manche an Bedeutung, stellte sich ein Gefühl der Nähe zum bisherigen Klassenfeind ein, breitete sich die Überzeugung aus, gemeinsame Interessen verteidigen zu müssen. Überdies hatte die Doktrin von der jüdischen Minderwertigkeit und von der entsprechenden germanischen Höherwertigkeit pseudo-egalitäre Implikationen, die ebenfalls zur Kohäsion der Nation beitrugen. Gegenüber den jüdischen Untermenschen durfte sich auch der geringste und ärmste Deutsche, kraft des nordischen Blutes, das in seinen Adern floß, auf gleicher Stufe mit den Angehörigen der deutschen Oberschicht fühlen. Im Bewußtsein, Glied einer rassischen Aristokratie zu sein, wurden die Klassenunterschiede im deutschen Volk nicht mehr so deutlich gesehen. Rassenbewußtsein trübte Klassenbewußtsein[19] und leistete einen kaum geringeren Beitrag zur inneren Stabilität Deutschlands unter Hitler als die strenge totalitäre Disziplin[20].

---

[19] Das Gefühl der Pseudo-Gleichheit, das sozial ungleiche Angehörige einer herrschenden Rasse zusammenbindet, ein Phänomen, das Herrenvolk-Egalitarismus genannt wird, zeigte sich auch in vielen Gruppen der weißen Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Hier war es jedoch nicht immer eine konservative Kraft. Eine Übersicht über die Literatur zu diesem Phänomen in den USA bietet V. Woodward, Our Own Herrenvolk, in: The New York Review of Books, 12. August 1971.

[20] „Es ist immer möglich", schrieb Freud, „eine größere Menge von Menschen in Liebe aneinander zu binden, wenn nur andere für die Äußerung der Aggression übrig bleiben ... Es war auch kein unverständlicher Zufall, daß der Traum einer germanischen Weltherrschaft zu seiner Ergänzung den Antisemitismus aufrief ... Das überallhin versprengte Volk der Juden hat sich in dieser Weise anerkennenswerte Verdienste um die Kulturen seiner Wirtsvölker erworben; leider haben alle Judengemetzel des Mittelalters nicht ausgereicht, dieses Zeitalter friedlicher und sicherer für seine christlichen Genossen zu gestalten." Sigmund Freud, Abriß der Psychoanalyse, Das Unbehagen in der Kultur, Frankfurt/Main (Fischer-Bücherei) 1956, S. 152 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach zwei latenten Funktionen des Antisemitismus sollen nun zwei der manifesten Sorte analysiert werden. In beiden Fällen wird zu zeigen sein, wie die nationalsozialistischen Führer den Antisemitismus bewußt und zweckgerichtet benutzten, wie sie ihn schürten und steuerten, um politische Ziele zu erreichen, nämlich um die Verbitterung abzulenken, die während des Krieges in der deutschen Bevölkerung auf Grund der Verschlechterung der militärischen Lage entstand, und um die Moral der Gegner Deutschlands zu schwächen.

Mai 1943: Die Endlösung in Europa näherte sich ihrem Abschluß. Das polnische Judentum war schon fast ausgerottet. Die Verbrennungsöfen und die Gaskammern der verschiedenen Vernichtungslager arbeiteten auf Hochtouren, um die Judenströme aus allen im nationalsozialistischen Machtbereich liegenden Teilen Europas zu verarbeiten. In Deutschland gab es bereits keine Juden mehr. Der Nationalsozialismus hatte gerade seine bisher schwerste Niederlage erlitten: Stalingrad. Alliierte Luftangriffe begannen die größeren Städte Deutschlands in ausgebrannte Ruinen zu verwandeln, und die Zahl der Obdachlosen, der Verstümmelten und der Toten wuchs mit jeder Nacht. Die Aura des unwiderstehlichen Siegers, die Hitler bislang umgeben hatte, wurde schwächer. Zweifel und Verzweiflung griffen um sich und zehrten an der Loyalität und der Begeisterung für das NS-System.

Um dieser Stimmung zu begegnen, nahmen die Propagandisten zu ihrer alten und erprobten Waffe Zuflucht, zur Judenhetze, die sie nur den gegebenen Umständen anzupassen brauchten. Am 7. Mai brachte der Rundfunk zur besten Sendezeit, um 19.45 Uhr, den Text eines von Goebbels verfaßten Leitartikels, der zwei Tage später im Organ des Propagandaministers „Das Reich" erschien. Unter dem Titel „Der Krieg und die Juden" stellte der Artikel die erste Breitseite einer neuen antisemitischen Kampagne dar. Am Tag zuvor war den Propagandafunktionären der Partei ein geheimes Rundschreiben zugegangen, das sie anwies, die antisemitische Aufklärung der Bevölkerung zu intensivieren. Nach der Feststellung, die Judenfrage sei seit Kriegsbeginn ziemlich vernachlässigt worden, hieß es in dem Rundschreiben warnend, eine solche Vernachlässigung sei „falsch und gefährlich", die Judenfrage habe weiterhin „das Kernstück unserer geistigen Auseinandersetzung . . . zu sein". Vor allem solle die Propaganda stets darauf zurückkommen, daß die „Juden den Krieg angezettelt haben". Es müsse sogar unmöglich werden, vom Krieg zu reden, ohne gleichzeitig die Judenfrage aufzuwerfen. Der Bevölkerung sei einzuhämmern, daß in diesem Krieg allein die Juden kein Blut vergossen und nichts geleistet, sondern nur profitiert hätten. Die Juden – und das war die zentrale Botschaft der neuen Propagandaparole – treffe die Schuld am Kriege, daher treffe sie auch die Schuld an all dem Leid und der Trauer, die der Krieg mit sich bringe, an Unannehmlichkeiten, Entbehrungen, Lasten und Anstrengungen. Aber das Ende des Leidens und des Judentums sei nahe. Überall in Europa gebe es bereits antisemitische Bewegungen, und selbst in den Feindstaaten wachten die Völker auf, dämmre ihnen die Erkenntnis, daß für ihr Elend die Juden verantwortlich zeichneten. Am Ende des Krieges müsse eine antijüdische Weltrevolution stehen,

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die den Einfluß des Judentums in der ganzen Welt ausrotten und einen dauerhaften Frieden möglich machen werde[21].

Für den Versuch eines Regimes, die durch den schlechten Verlauf der Dinge verursachte Mißstimmung der Bevölkerung von sich ab- und auf die Juden hinzulenken, dürfte es in der Geschichte kaum noch ein so gut belegtes Beispiel geben wie diese propagandistische Anstrengung des NS-Regimes im Jahre 1943, mit der die Deutschen dazu gebracht werden sollten, ihre Wut an einer imaginären Phalanx von Juden genannten Phantomen auszulassen, die angeblich so aussahen, wie die schrecklichen Fratzen, die aus den Zeitungen heraus- und von den Plakaten herabgrinsten.

Jedoch machten die Nationalsozialisten vom Antisemitismus nicht nur in Deutschland wirksamen Gebrauch. In neuerer Zeit war die NS-Regierung wohl die erste, die den Judenhaß als ein Instrument der Außenpolitik benutzte, genauer gesagt als eine ideologische Waffe zur Schwächung der inneren Geschlossenheit und des Widerstandswillens eines Feindstaates. Hitler selbst bemerkte 1938 zu dem südafrikanischen Minister Pirow, er „exportiere nur eine Idee. Diese sei nicht die des Nationalsozialismus . . . Aber er exportiere den Antisemitismus"[22]. So bemühte sich die NS-Propaganda, den Völkern der Anti-Hitler-Koalition einzureden, daß den Krieg die Juden angezettelt hätten, weil Hitler ihre Macht zu brechen und ihre Pläne zur Erlangung der Weltherrschaft zu vereiteln drohe. Indem die Nationalsozialisten den Franzosen, den Russen, den Engländern und den Amerikanern predigten, sie müßten nur für die Sache der Juden bluten und würden im Interesse des Weltjudentums auf der Schlachtbank des Krieges geopfert, suchten sie einen Keil zwischen die alliierten Regierungen und ihre Völker zu treiben und dem Kampf gegen Deutschland jeden nationalen Sinn und Zweck zu nehmen. „Ich unterscheide", so sagte Hitler in einer Rede, „zwischen den Franzosen und ihren Juden, zwischen den Belgiern und ihren Juden, zwischen den Holländern und ihren Juden."[23] Laut Goebbels bestanden rund 70 bis 80 Prozent der für ausländische Hörer bestimmten Rundfunksendungen aus antisemitischer Propaganda, da der Führer „sehr großen Wert" auf sie lege. „Er sieht auch hier den Erfolg in der ewigen Wiederholung gegeben . . . Die antisemitischen Bazillen sind natürlich in der ganzen europäischen Öffentlichkeit vorhanden, wir müssen sie nur virulent machen. Leider haben wir für die Lösung dieser Aufgabe zu wenig Journalisten."[24]

[21] National Archives, Washington D. C., T – 81, roll 676. Wann auch immer die deutsche Bevölkerung ein harter Schlag traf oder ihr eine besonders schwere Belastung zugemutet werden mußte, ließ Goebbels das jüdische Schreckgespenst erscheinen; er benützte es wie einen Blitzableiter zur Ablenkung der entstandenen Verbitterung. Als 1943 alliierte Bomber Dämme am Rhein zerstörten und dadurch in der betreffenden Gegend eine Katastrophe verursachten, wies Goebbels die Presse – vor allem die Presse der betroffenen Region – an zu berichten, „der Plan zu diesem Angriff stamme von einem aus Berlin emigrierten Juden" (J. Goebbels, Tagebücher aus den Jahren 1942–43, hrsg. von Louis P. Lochner, Zürich 1948, S. 350).

[22] Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie D, Band IV, S. 291 ff.

[23] Am 8. November 1941, vgl. Domarus, S. 1779.

[24] Lochner, Goebbels Tagebücher, S. 334. Himmler, der fortwährend Ideen ausbrütete, die

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unter den Dokumenten, die in den Ruinen des Propagandaministeriums gefunden wurden, war auch ein Memorandum, das ein Wolf Christien-Meyer verfaßt hat. Der Autor entwickelte darin ein umfassendes Programm zur Förderung der Sache des nationalsozialistischen Deutschland im Ausland. Häufig werde der Antisemitismus, so sagte Christien-Meyer, ebenso hübsch wie treffend als des Führers Geheimwaffe bezeichnet. Infolgedessen gelte die Einstellung von Personen oder Organisationen und sogar von Regierungen zur Judenfrage als Prüfstein der politischen Zuverlässigkeit, vor allem in Amerika. Die gleiche Haltung finde man in jenen neutralen Staaten, an deren Beeinflussung Deutschland interessiert sei. Christien-Meyer glaubte freilich eine zu sparsame Anwendung der Geheimwaffe beklagen zu müssen, und so schloß er mit einer beredten Mahnung, daß es an der Zeit sei, den Antisemitismus als die Explosivmunition der Fünften Kolonne des 20. Jahrhunderts zu begreifen und als die geheime Losung, an der sich all jene erkennen, die die Zeichen der Zeit verstanden haben[25].

Allerdings erwies sich der Antisemitismus auf dem Felde der Außenpolitik als ein Instrument von nur begrenzter Wirksamkeit. Anders als die Sowjetunion gebot das nationalsozialistische Deutschland nicht über die Loyalität großer ausländischer Parteien, deren Führer sich bereitwillig in den Dienst der Erfordernisse deutscher Außenpolitik gestellt und die als Träger defätistischer Propaganda fungiert hätten. Immerhin hat die Legende vom „jüdischen Krieg" in manchen Ländern einer bereits vorhandenen Antikriegsstimmung die Rationalisierung geliefert. Es ist aber nicht leicht, das relative Gewicht des Beitrags einheimischer antisemitischer Traditionen zu diesem Prozeß und des Einflusses der deutschen Propaganda zu bestimmen. So scheinen in Frankreich einheimische Kräfte, die von der reichen und uralten Tradition des französischen Antisemitismus zehren konnten, bei der Rechtfertigung des Mangels an Enthusiasmus für den Kampf gegen die feindlichen Eindringlinge eine weit größere Rolle gespielt zu haben als die deutsche Propaganda. In den Vereinigten Staaten hingegen ging der Antisemitismus, der am Vor-

---

selbst für nationalsozialistische Maßstäbe bizarr waren, schlug einmal vor, „den Antisemitismus in der Welt ungeheuer zu aktivieren", vor allem in England und den Vereinigten Staaten, und zwar durch die Schaffung eines „rein antisemitischen illegalen Senders", der „den Engländern und Amerikanern Material servieren" sollte, wie es der „Stürmer" servierte, so mit Berichten über angebliche jüdische Ritualmorde an christlichen Kindern; vgl. Heiber, Reichführer! . . . , S. 212.

25 Wolf Christien-Meyer, Die Behandlung der Judenfrage in der Deutschen Presse, zit. nach M. Weinreich, Hitler's Professors, New York 1946, S. 237 f. In einem Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 25. Januar 1939, der „Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938" überschrieben war, hatte es schon geheißen: „Bereits die Wanderungsbewegung von nur etwa 100 000 Juden hat ausgereicht, um das Interesse, wenn nicht das Verständnis vieler Länder für die jüdische Gefahr zu wecken. Wir können ermessen, daß sich die Judenfrage zu einem Problem der internationalen Politik ausweiten wird . . . Der Zustrom der Juden ruft in allen Teilen der Welt den Widerstand der eingesessenen Bevölkerung hervor . . . Je ärmer und damit je belastender für das Einwanderungsland der einwandernde Jude ist, desto stärker wird das Gastland reagieren." In: ADAP, Serie D, Band V, S. 780 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

abend des Zweiten Weltkriegs mit isolationistischen und neutralistischen Elementen verbunden war, offenbar zu einem guten Teil auf deutsche Quellen zurück, namentlich auf den Deutschen Bund in New York. In der psychologischen Kriegführung gegen die Rote Armee wiederholten die Nationalsozialisten unentwegt das Thema von den jüdisch-bolschewistischen Verschwörern, die „Mütterchen Rußland vergewaltigt haben und ihre unschuldigen Söhne in den Tod schicken". Hier war die antisemitische Propaganda des NS-Regimes erfolgreicher als irgendwo sonst in Europa außerhalb Deutschlands, weil sie auf eine verwandte Grundstimmung traf. Der osteuropäische Antibolschewismus neigte seit der Revolution der Bolschewiki stets zu einer Allianz mit dem Antisemitismus.

Es ist wohl deutlich geworden, daß Antisemitismus eine tragende Säule des nationalsozialistischen Vorstellungskomplexes war. Die Führer der NS-Bewegung benutzten ihn, als sie nach der Macht griffen, zur Gewinnung von Anhängern und später, als sie die Macht besaßen, zur Konsolidierung ihrer Herrschaft. In dieser Hinsicht war der Antisemitismus objektiv funktional; er trug zur Integration und zur Erweiterung des NS-Imperiums bei. Es ist ferner deutlich geworden, daß die nationalsozialistischen Führer den Judenhaß bewußt und planvoll schürten, weil sie ihn als ein brauchbares Instrument erkannt hatten.

Ist es mithin gerechtfertigt, den Schluß zu ziehen, daß die antisemitische Propaganda lediglich eine Technik war, von den Nationalsozialisten mit Berechnung und ohne Glauben an den Inhalt der eigenen Parolen gehandhabt? War sie nichts als ein *arcanum dominationis*, zynisch ausgeheckt, um aus den Massen „Blut, Arbeit, Steuern" und „Applaus" herauszulocken[26]?

Vom ersten Auftritt des Nationalsozialismus auf der historischen Bühne bis weit in die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg haben Wissenschaftler und die gebildete Öffentlichkeit in der Tat geglaubt, daß den Nationalsozialisten aufrichtige Überzeugungen fehlten, daß man es bei ihnen mit reinen „Gewaltmenschen" zu tun habe, beherrscht von einer einzigen Leidenschaft, der Machtgier, und auf der Jagd nach Macht zynisch Ideen manipulierend, die sie den Massen in sorgsam bemessenen Dosen und Kombinationen verabreichten. Ideen dürften nicht in ihrem Geist gesucht werden und hätten nicht ihr Handeln gelenkt, Ideen seien bloße Werkzeuge in ihren Händen gewesen. Ihr Geist habe gleichsam wie eine machiavellische Rechenmaschine funktioniert, und zwar im Dienste eines Herrschaftstriebs, dessen Gewalt und Ausmaß kein Beispiel in der neueren Geschichte hat. Diese Auffassung schien durch die bekannten Passagen in „Mein Kampf" bestätigt zu werden, in denen Hitler mit äußerstem Zynismus davon spricht, wie die Massen mit Lügen – je größer die Lüge, um so wirksamer die Täuschung – eingefangen werden könnten, und Hermann Rauschning hat ihr neue Nahrung gegeben und weite Verbreitung verschafft, als er, nach seiner Bekundung auf Gespräche mit Hitler gestützt, in seinen viel gelesenen Büchern die nationalsozialistischen Führer als „Nihilisten" zeichnete, als „Revolutionäre ohne Doktrin", als Männer vom Schlage eines

[26] H. Lasswell, Politics, Who Gets What, How and When? London 1936, S. 29.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dschinghis Khan, Tamerlan oder Cortez[27]. Gelehrte versahen solche Meinungen mit der Beglaubigung durch die Wissenschaft. Franz Neumann gab in seinem „Behemoth", der wissenschaftlichsten Analyse der nationalsozialisten Gesellschaft, die vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs veröffentlicht wurde ,folgende Diagnose der nationalsozialistischen Ideologie: „Der Nationalsozialismus geht nach einem überaus rationalen Plan vor; jede Äußerung der Führer ist genau berechnet, ihre Wirkung auf die Massen und auf die Umwelt im voraus sorgfältig abgewogen ... Die deutsche Führung ist die einzige Gruppe in der deutschen Gesellschaft, die ihre ideologischen Äußerungen nicht ernst nimmt und sich deren rein propagandistischer Natur sehr wohl bewußt ist."[28]

Nach dem Kriege war es freilich nicht länger möglich, an dieser Auffassung festzuhalten. Die von den alliierten Armeen erbeuteten Archive – mit den zahllosen Briefen, den geheimen Denkschriften und Befehlen, den Protokollen geheimer Konferenzen, den Tagebüchern und aufgezeichneten Tischgesprächen der Führer – lieferten überwältigende Beweise für die Erkenntnis, daß die führenden Nationalsozialisten tatsächlich an ihre Legende vom Judentum glaubten und daß sie die Organe ihrer antisemitischen Propaganda keineswegs zur Verbreitung bewußt fabrizierter Lügen benutzten, sondern als Fanfaren, mit denen sie ihre innersten Überzeugungen übers Land schmetterten.

Die Meinung, die nationalsozialistischen Führer seien nur Zyniker gewesen und hätten nicht an die von ihnen gepredigten Doktrinen geglaubt, hat sich indes außerhalb der Historikerzunft trotz der Fülle an Beweisen für das Gegenteil bis zum heutigen Tage behauptet. In einer Rede, die er am 11. Oktober 1959 in der Frankfurter Paulskirche hielt, nannte Theodor Heuss, der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, die NS-Ideologie eine „Maskerade", hinter „deren nicht geringem, suggestivem Wortvorrat sich ein eindeutiger, primitiver Machttrieb, ein Herrschafts-, ein Beherrschungstrieb über den Nächsten findet"[29]. Die schlagendste Widerlegung der These, die Nationalsozialisten seien ungläubige und zynische Manipulatoren des Antisemitismus gewesen, stellt aber wohl die versuchte Ausrottung der Juden dar. Wäre lediglich ihre Funktion im Dienste nationalsozialistischer Herrschaftstechnik gesehen worden, hätte das Regime die Juden nicht vernichten dürfen, sondern am Leben erhalten müssen. Indem die Nationalsozialisten die Juden ermordeten, zerstörten sie ja ihr Herrschaftsinstrument. Statt den Sündenbock zu bewahren, schlachteten sie ihn. Gerade als die Gaskammern den endlosen Strom jüdischer Männer, Frauen und Kinder verarbeiteten, schrieb Franz Neumann, getreu seiner Theorie, der innenpolitische Wert des Antisemitismus „wird eine vollständige Ausrottung der Juden niemals zulassen"[30].

---

[27] „Die Doktrin gilt für die Masse. Die Doktrin gehört *nicht* [im Text gesperrt gedruckt] in den Bereich der echten revolutionären Motive." H. Rauschning, Die Revolution des Nihilismus, Zürich 1938[5], S. 38.

[28] F. Neumann, Behemoth, New York 1942, S. 464, 467.

[29] Süddeutsche Zeitung, 12. 10. 1959, S. 9.

[30] Neumann, Behemoth, S. 125.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Etwa zur gleichen Zeit, da Neumann diese Vorhersage machte, stellte im Warschauer Ghetto Emanuel Ringelblum, ein jüdischer Historiker, der wie Neumann die Welt durch eine marxistische Brille betrachtete, ähnliche Überlegungen an und schöpfte aus ihnen die Hoffnung, daß wenigstens ein Rest der Juden am Leben gelassen werde. „Wenn alle Juden", so notierte er in seinem Tagebuch, „weggefegt werden sollten, würden sie (die Deutschen) das jüdische Argument verlieren. Es würde ihnen dann schwerfallen, alle ihre Fehlschläge und Schwierigkeiten auf die Juden zu schieben."[31]

Wenn Marxisten die sogenannte „Endlösung" erklären sollen, geraten sie in Verlegenheit. Ihr Unvermögen beruht auf ihrer Fehleinschätzung des Nationalsozialismus. Sie glauben, die Nationalsozialisten seien im Grunde nur die Prätorianergarde der Kapitalistenklasse gewesen, mit der Aufgabe betraut, die aktiven Feinde dieser Klasse gewaltsam zu unterdrücken und zugleich „das Proletariat ideologisch zu entwaffnen", indem sie ihm Ideen einpflanzten, die es dazu bringen sollten, eben jenes System zu akzeptieren, von dem es ausgebeutet werde. Marxistische Theoretiker müssen mithin zeigen, daß die Inhalte der NS-Ideologie den behaupteten Zweck tatsächlich erfüllten. Eine derartige Demonstration hat Herbert Marcuse unternommen, und zwar in dem von der deutschen Linken viel zitierten Aufsatz „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung"[32]. Marcuse sucht hier nachzuweisen, daß das Gewirr nationalsozialistischer Ideen, obwohl purer Unsinn, doch einem „verborgenen" und „rationalen" Zweck diente, nämlich der „faktischen und ideologischen" Stabilisierung des bestehenden kapitalistischen Systems. Aber welcher „rationale Zweck" steckte denn hinter dem Entschluß, die Juden auszurotten? Welchem kapitalistischen Interesse entsprach die mit erheblichen Kosten verbundene Ausrottung von Millionen brauchbarer Arbeiter und Handwerker? Marxisten sind nicht in der Lage, auf derartige Fragen befriedigende Antworten im Rahmen ihrer Theorie zu geben. Mit dieser Theorie lassen sich bestenfalls bestimmte Aspekte des Nationalsozialismus in seinen frühen Phasen erklären. Es ist natürlich richtig, daß die Nationalsozialisten weder die Besitzverhältnisse noch die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft antasteten. Aber solche Zurückhaltung war mehr ein Produkt politischer Vorsicht als der Verbundenheit mit der alten Gesellschaftsordnung. Die führenden Nationalsozialisten verstanden sich nie als Wächter und Konservatoren des Kapitalismus. Sie hegten im Gegenteil eine tiefe Abneigung gegen den bürgerlichen Geist und seine Institutionen. Sie sagten sich jedoch, daß sie gut daran täten, ihre Abneigung auf Eis zu legen und die Oberklassen, deren Fähigkeiten sie für den großen Krieg brauchten, den sie zu führen gedachten, nicht vorzeitig zu erschrecken und sich zu entfremden. Diese Rechnung mußte nach dem Krieg beglichen werden. Himmler hat am 3. August 1944 in einer Rede vor den Gauleitern gesagt, Röhms Absicht,

---

[31] E. Ringelblum, Notitsn fun Varshever Geto (Jiddisch), Warschau 1952, S. 265.

[32] Erstmals veröffentlicht in: Zeitschrift für Sozialforschung, III/2, Paris 1934; wieder abgedruckt in: H. Marcuse, Kultur und Gesellschaft I, Frankfurt (ed. suhrkamp) 1967, S. 17–56.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Oberklassen zu entmachten, sei grundsätzlich richtig gewesen; der Fehler des Stabschefs der SA habe nur darin bestanden, daß er zu hitzig, voreilig und eben leider auch homosexuell gewesen sei[33]. Nach einem siegreichen Krieg hätte Hitler in Deutschland Röhms Pläne verwirklicht. Er hätte eine soziale Revolution gemacht, wie sie dieses Land noch nie erlebt hat. Außerhalb Deutschlands wäre das rassistische Reinigungsfeuer, das er für die Juden bereits entzündet hatte, erneut angefacht und der Feuerkreis noch weiter gezogen worden. So hätte er die führenden Schichten und die Intelligenz zumindest aller osteuropäischen Völker ausgerottet und die Überlebenden in eine Masse stumpfer Heloten verwandelt. Im Vergleich zu derartigen Vorgängen hätten sich alle früheren Revolutionen – um die Worte von Heines berühmter Prophezeiung zu gebrauchen – wie „harmlose Idyllen" ausgenommen. Die jüdische Katastrophe war nur der erste Akt der nationalsozialistischen Apokalypse.

Heute steht – auf Grund verfügbarer Quellen – fest, daß in Hitlers Konzeption alle Juden zum Untergang bestimmt waren; nicht einer sollte verschont werden. Der Ausrottung wurde absolute Priorität eingeräumt, alle anderen Rücksichten hatten zurückzutreten. Als Hans Frank sich darüber beschwerte, daß Juden aus kriegswichtigen Betrieben, in denen sie nicht ersetzt werden konnten, herausgeholt worden waren, um „sonderbehandelt" zu werden, wie der Euphemismus für Massenmord lautete, da antwortete Himmler, „daß wirtschaftliche Überlegungen bei der Lösung der Judenfrage grundsätzlich nicht zu berücksichtigen sind"[34].

Was war aber dann das Motiv der Nationalsozialisten, wenn sie die Endlösung weiter verfolgten, obwohl sie sehr wohl wußten, daß es sich um ein kostspieliges Unternehmen handelte, das sich mit den Erfordernissen des Krieges, den sie an den Fronten tatsächlich zu führen hatten, nur schlecht vertrug? Welcher höheren Notwendigkeit gaben sie den Vorrang vor dem doch sonst unbedingten Vorrang genießenden „Einsatz" für den militärischen Sieg? Warum ließen die nationalsozialistischen Führer lieber kriegswichtige Fabriken stillstehen, als das Leben jüdischer Arbeitskräfte zu schonen?

Vor dem Versuch, derartige Fragen zu beantworten, muß erst noch eine Theorie geprüft werden, die der Ausrottung der Juden ein nicht in ihr selbst liegendes Ziel zuschreibt, sondern den Zweck, die Deutschen kollektiv in ein gigantisches Verbrechen zu verstricken, das sie fester zusammenschweißen, mit der Führung eng verbinden und bis zum Letzten kämpfen lassen sollte. Ein Vertreter dieser Auffassung, der Historiker Léon Poliakov, hat sich gegen Begriffe wie „Judenhaß" oder „Hitlers Wahnwitz" gewandt, die zu allgemein seien und im Grunde nichts erklärten. Hitler, der sich immer wieder als raffinierter und berechnender Politiker gezeigt habe, sei es offensichtlich, so erklärt dann Poliakov, darauf angekommen, das deutsche Volk in ein unerhörtes Kollektivverbrechen hineinzuziehen und damit

---

[33] Die Rede Himmlers vor den Gauleitern am 3. August 1944, hrsg. von Th. Eschenburg, in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 357 ff.

[34] Nazi Conspiracy and Aggression, Vol. VI, S. 402.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fester als je zuvor an den „Führer" zu fesseln; kein Band binde so fest wie die Komplizenschaft in einem Verbrechen. Jeden Rückzug unmöglich zu machen, sein Volk in ein Unternehmen zu stürzen, das es als Gruppe aus der Menschheit ausschließen und vor die Wiederzulassung den Preis des Verrats am eigenen Land setzen mußte – ein solches Kalkül passe sehr gut zu allem, was wir von Hitler wüßten[35].

Diese Argumentation, auch als „Brücken-Verbrennungs-Theorie" bekannt geworden, ist aber kaum haltbar. Wenn Hitler das deutsche Volk mit dem furchtbaren Kollektivverbrechen des Massenmordes belasten und den Deutschen die Belastung bewußt machen wollte, um ihnen jeden Gedanken an Kapitulation vor Feinden auszutreiben, von denen sie keine Gnade mehr erhoffen zu dürfen meinten, warum hat er dann das den Juden zugedachte und bereitete Los geheim zu halten versucht? Warum suchte er zu verhindern, daß die Deutschen erfuhren, was tatsächlich in Auschwitz, Majdanek und Treblinka geschah? Gewiß sickerten Nachrichten über das Gemetzel zur deutschen Bevölkerung durch, aber das passierte trotz der Anstrengungen des Regimes, die Deutschen in Unkenntnis zu halten[36].

Auch die These, Hitler habe zwar nicht das ganze deutsche Volk, wohl aber einen harten Kern der NS-Bewegung – vor allem Sicherheitspolizei und SS – auf die Arkana der höheren Staatsnotwendigkeiten moralisch festlegen und durch die sozusagen illegale Beauftragung mit geheimen Weltanschauungs-„Einsätzen" (Euthanasie, Endlösung) in ein ständig gegen die normativen Kräfte der Staatsverwaltung verwendbares Instrument verwandeln wollen, hält näherer Betrachtung nicht stand. Abgesehen davon, daß es sich hier ebenfalls um ein Theorem handelt, das ohne empirischen Nachweis aus Spekulationen über die funktionalen Imperative totalitärer Systeme abgeleitet ist, gibt es stichhaltige Argumente und stattliches

[35] L. Poliakov, Harvest of Hate, Syracuse 1954, S. 110 f. Es ist natürlich richtig, daß das Bewußtsein der gemeinsamen Verstrickung in monströse Verbrechen, die im Falle der Niederlage den Tod am Galgen erwarten ließen, zum Zusammenhalt der NS-Führer beitrug. „Wir wollen uns daran erinnern, daß wir alle miteinander ... in der Kriegsverbrecherliste des Herrn Roosevelt figurieren. Ich habe die Ehre, Nr. 1 zu sein. Wir sind also sozusagen Komplicen im welthistorischen Sinne geworden. Gerade deshalb müssen wir uns zusammenfinden", sagte Hans Frank am 25. 1. 1943; Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. von W. Präg und W. Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 612. Globocnik, der die Ausrottung der Juden in Ostpolen leitete, hat zu einem Bekannten einmal bedauernd bemerkt, daß ihm die Komplicenschaft keine andere Wahl lasse, als Hitler bis zum Ende zu folgen: „Auch ich bin nicht mehr mit dem Herzen dabei, aber ich bin so tief in die Dinge verstrickt, daß mir nichts anderes übrgbleibt, als mit Hitler zu siegen oder unterzugehen." Aussage im Prozeß gegen Himmlers Stabschef Karl Wolff, Süddeutsche Zeitung, 28. 8. 1964, S. 15. Hitler selbst sagte am 3. 10. 1943 in einer Ansprache (Domarus, S. 2045), „das ganze deutsche Volk wisse, daß es um Sein oder Nichtsein gehe. Die Brücken seien hinter ihm abgebrochen". Auch Goebbels stellte in seinem Tagebuch fest, es sei gut, daß durch die Judenfrage alle Brücken abgebrochen seien; Lochner, Goebbels Tagebücher, S. 242. Jedoch gibt es keinen Beweis dafür, daß der Zweck der Endlösung die Schaffung dieses Bewußtseins war; es handelte sich vielmehr um eine unbeabsichtigte Konsequenz.

[36] Himmler sagte am 6. 10. 1943 vor den Gauleitern und Reichsleitern der NSDAP, daß dem deutschen Volk die Wahrheit über die Ausrottung der Juden nach dem Kriege mitgeteilt werden könne; Archiv IfZ, MA-309, 10151–10242.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beweismaterial für eine andere Interpretation. Um nur zwei Argumente zu nennen: 1.) Jahre vor seiner Machtübernahme hat Hitler sich bereits als sozialdarwinistischen Chirurgen verstanden, dem die Geschichte die Mission gegeben habe, den Volkskörper zu reinigen und neuzugestalten, wobei die Idee einer biologischen Reinigung nicht von ihm selbst stammte, sondern aus den Zirkeln sektiererischer Heilsprediger (Lenz, Bonnen, Gaupp, Binding, Hoche, Scheidt usw.). Als er 1929 den Gedanken erwägenswert fand, zur Kräftigung des Volkskörpers Hunderttausende deutscher Kinder umzubringen, übte er noch keine totalitäre Herrschaft aus; nichts weist darauf hin, daß er mit solchen Äußerungen etwas anderes zum Ausdruck brachte als einen reinen Weltanschauungswert. Zur Macht gekommen, gehörte zu seinen ersten biologischen Maßnahmen das Sterilisierungsgesetz von 1934. Dieses öffentlich verkündete Gesetz kann gewiß nicht als ein raffinierter totalitärer Schachzug begriffen werden. Was spricht aber dagegen, das Euthanasieprogramm als bloße Erweiterung des Sterilisierungsgesetzes anzusehen, aus der gleichen Ideenquelle kommend und allein deshalb geheim gehalten, weil das Volk noch zu unreif schien, das rechte Verständnis aufzubringen? 2.) Wenn Hitler die großen Schlächtereien befahl, um die nationalsozialistische Elite an ein antinormatives Verhalten zu gewöhnen, warum hat er dann das Euthanasieprogramm praktisch ohne Beteiligung des Reichssicherheitshauptamtes durchführen lassen? Warum wurde die überwiegende Mehrheit der Exekutoren des Programms aus Bevölkerungsgruppen geholt, die mit der Elite des Regimes gar nichts zu tun hatten? Meist handelte es sich um ganz gewöhnliche Ärzte, Krankenschwestern, Fahrer, Chemiker – nicht gerade eine Prätorianergarde. Und rekrutierten sich die Erbauer und die erste Bedienungsmannschaft der für die „Aktion Reinhard" errichteten Schlachthöfe nicht aus dem Personal des Euthanasieprogramms? Es hat doch sehr den Anschein, daß es Hitler ziemlich gleichgültig war, wer seine Mordbefehle in die Tat umsetzte. Daß der erste Kommandant von Treblinka ein obskurer österreichischer Arzt aus der Euthanasiemannschaft war, Dr. Eberl, ist bezeichnend und symbolisch.

Die im Überfluß zur Verfügung stehenden Quellen enthalten nichts, was darauf hindeuten könnte, daß Hitler die „Endlösung der Judenfrage" als instrumental im Dienste anderer Zwecke ansah. Sie führen vielmehr unausweichlich zu dem Schluß, daß Hitler bei der Endlösung nicht zweckrational, sondern wertrational handelte, nämlich nach seiner Überzeugung, die Juden seien Deutschlands Todfeinde und Deutschland werde erst dann sicher sein, wenn das Judentum vom Erdboden vertilgt sei. Die Katastrophe der Juden ging in der Tat auf jene Legenden zurück, die jahrzehntelang nur in abseitigen Pamphleten und Traktaten feilgeboten worden waren, verfaßt von haßerfüllten Schreiberlingen, die, mit einem Geist ausgestattet, der einem Treibhaus glich, oft dem Spott als Zielscheibe dienten; die Legenden selbst hatten nüchternen Männern zunächst nicht etwa Furcht, sondern eher ein mitleidiges Lächeln abgenötigt.

Der Schluß, daß Hitler tatsächlich an die jüdische Gefahr glaubte, widerspricht keineswegs der getroffenen Feststellung, daß die Nationalsozialisten bei ihren anti-

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

semitischen Maßnahmen oft pragmatische Gesichtspunkte beachteten und bei ihren Angriffen auf die Juden gelegentlich auch bewußte Lügen nicht verschmähten. Die Instrumentalisierung einer Idee im Dienste bestimmter Absichten schließt aufrichtige Überzeugung nicht aus. Propagandisten sind nicht notwendigerweise bewußte Lügner. Im Falle der Nationalsozialisten ging die Erkenntnis von der Brauchbarkeit des Antisemitismus Hand in Hand mit dem festen Glauben an seine Wahrheit. Sie verwandten ihn bewußt, doch war er zugleich, um einen Begriff des Marxismus zu benutzen, ihr „falsches Bewußtsein"[37].

Nachdem als Haupttriebfeder der Endlösung jene mythische Vision vom Judentum identifiziert ist, von der die Nationalsozialisten motiviert waren, muß noch die Geistesverfassung genauer untersucht werden, die zu der Vision gehörte. Es ist allgemeine Ansicht, daß die Nationalsozialisten radikale Revolutionäre der Moral waren, Umwerter aller Werte, *novi homini*, die alle aufgestellten Gesetzestafeln zerschlugen und ein neues Ethos verkündeten, das die fundamentalsten Sätze der *traditions reçues* des Westens außer Kraft setzte, vor allem die große Majorität der Menschheit – einschließlich vieler Deutscher – aus dem Geltungsbereich des Gebots „Du sollst nicht töten" herausnahm. Hier wird die Ursache für die – fast beispiellos – mörderische Natur des Nationalsozialismus und des NS-Regimes gesucht, in einem Dispens, der die Pforten zum Tod weit aufstieß.

Diese Beschreibung gibt eine durchaus zutreffende Vorstellung vom Geisteszustand der führenden Nationalsozialisten. Sie befanden sich in der Tat in einer bewußten Revolte gegen die Grundlagen westlicher Zivilisation. Sie suchten aus dem deutschen Leben alle Spuren der – etwas frei so genannten – judeo-christlichen Moral auszumerzen, dazu die geistigen Traditionen der Aufklärung und die soziopolitischen Ideale der Französischen Revolution, „diese törichten, falschen und ungesunden Menschheitsideale", wie Göring sie nannte[38]. Sie verurteilten das Mitleid als eine verächtliche Empfindung[39], predigten die Pflicht zur Tötung der

---

[37] Goebbels war allerdings gelegentlich von zynischer Offenheit. So sagte er im Juli 1941 während einer Konferenz in seinem Ministerium: „Meine Herren, seien wir uns doch einmal darüber klar, daß es ein sogenanntes auf Tod und Leben miteinander verschworenes Weltjudentum in der Form, wie wir es darzustellen pflegen, gar nicht gibt. Niemand wird im Ernst glauben, daß die Juden der Londoner City oder die Bankjuden von Wall-Street die gleichen Interessen haben können wie die Moskauer Kremljuden des Herrn Stalin." C. Riess, Joseph Goebbels, Baden-Baden 1950, S. 303 f. Im Geiste Goebbels', dieses ausgemachten Propagandisten, war bewußtes Lügen unauflöslich mit aufrichtiger Überzeugung verquickt. Sein Bild vom Judentum war nicht weniger dämonisch als das Hitlers, doch gab er, als professioneller Propagandist, dem Dämon gelegentlich Züge, von denen er wußte, daß sie nicht stimmten.

[38] H. Göring, Reden und Aufsätze, München 1940, S. 154.

[39] In keiner Kultur oder Tradition, Sparta vielleicht ausgenommen, ist das Gefühl des Mitleids so geschmäht und verdammt worden wie im Nationalsozialismus. Mitleid, so schrieb Rosenberg, gehöre zu den vier Versuchungen, von denen der nordische Mensch heimgesucht werde; die anderen drei: Demokratie, Demut und Liebe (Der Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts ,München 1944, S. 154). Eine solche Anschauung darf nicht mit Nietzsches Abwertung des Mitleids gleichgesetzt werden, erst recht nicht mit der philosophischen Tradi-

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Geisteskranken und Gebrechlichen, verwarfen die Forderung nach der moralischen Gleichwertigkeit aller Menschen als einen Abfall von den Naturgesetzen, schmähten die Vernunft als die Hure des Judentums, die sich dreist und frech souveräne Macht über den Geist der Menschen angemaßt habe, aber wieder verjagt und durch die Stimme des Blutes ersetzt werden müsse, des reinen arischen Blutes, das verschwiegen seine überlegene Weisheit raune (wir denken mit unserem Blut). Himmler träumte mit Inbrunst davon, daß er nach dem siegreichen Ende des Krieges den Papst in vollem Ornat auf dem Petersplatz hängen lassen werde – ein symbolischer Akt, der das Ende der judeo-christlichen Ära anzeigen sollte.

Die Propagierung dieser neuen Moral traf auf Opposition in der Bevölkerung, da sie die Preisgabe tief eingewurzelter, zentraler Werte verlangte; als Folge stellte sich eine allenthalben spürbare Beunruhigung ein. Das radikalste Vorhaben, das auf die neue Moral zurückging, nämlich die Tötung der Geisteskranken, die als Geheimaktion 1939 begann, mußte 1941 abgebrochen werden, weil es in allen Klassen der deutschen Gesellschaft Unruhe und Widerstand provozierte. Hitlers Auffassung, die Tötung der Geisteskranken sei eine noble Tat, mit der einem Gebot der Natur gehorcht werde, stieß bei einer überwältigenden Mehrheit der Deutschen auf Abscheu, und man kann sich vorstellen, wie entsetzt die meisten Deutschen gewesen wären, hätte Hitler je versucht, jenen Gedanken in die Tat umzusetzen, mit dem er – wie schon erwähnt – 1929 in aller Öffentlichkeit beiläufig gespielt hat, den Gedanken, sämtliche deutschen Kinder mit körperlichen Geburts-

---

tion, die dem Mitleid einen der unteren Plätze auf der Skala moralischer Empfindungen zuweist, mit einer Tradition, zu deren hervorragendsten Vertretern Plato, Kant und Spinoza zählen. Sowohl diese Tradition wie auch Nietzsche (der Verfasser stimmt mit Walter Kaufmanns Interpretation von Nietzsches Denken in dieser Hinsicht überein) haben die ganze Menschheit umfassende moralische Regeln und Gesetze bekräftigt. Die Nationalsozialisten hingegen leugneten die Existenz der *humanitas* im traditionellen Sinne des Wortes. Nicht alles, was Menschenantlitz trägt, so behaupteten sie, gehört zur Menschheit; nur die teutonische Rasse war wirklich menschlich, nur auf sie durfte das Moralgesetz Anwendung finden. „Mitleid dürfen wir nur mit Deutschen haben", predigte Hans Frank (Nürnb. Dok. PS-2233). Das moralische Universum endete bei den Stammesgrenzen; jenseits der Grenzen lag das Reich der Natur mit seiner Fauna und Flora und mit seinen Untermenschen. Diese revolutionäre Doktrin fand allerdings in der Bevölkerung keine so weite und bereitwillige Anerkennung wie die Doktrin von der verbrecherischen Natur der jüdischen Rasse.

Diese Doktrin stellt den reinsten und krassesten Gegensatz zu der humanistischen Tradition der deutschen klassischen Kultur dar, die etwa durch folgende eindrucksvolle Äußerung Goethes charakterisiert wird: „Überhaupt ist es mit dem Nationalhaß ein eigenes Ding. Auf den untersten Stufen der Kultur werden Sie ihn immer am stärksten und heftigsten finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet und wo man gewissermaßen über den Nationen steht, und man ein Glück oder ein Wehe seines Nachbarvolkes empfindet als wäre es dem eigenen begegnet. Diese Kulturstufe war meiner Natur gemäß und ich hatte mich daran lange befestigt, ehe ich mein sechzigstes Jahr erreicht hatte." (Johann Peter Eckermann, Gespräche mit Goethe, Leipzig 1913, S. 684). Wegen dieser Auffassung hätte Goethe von den Nationalsozialisten in ihrer üblichen vulgären und brutalen Sprache als „eine der Humanitätsduselei verfallene Intelligenzbestie" denunziert werden müssen.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fehlern – er schätzte ihre Zahl auf jährlich 700 000 bis 800 000 – umzubringen[40].

Die Ausrottung der Juden hat hingegen, soweit sie bekannt wurde, nur einige schwache Proteste hervorgerufen. Gewiß ist der Massenmord nur von einer Minderheit derjenigen gebilligt worden, die von ihm Kenntnis hatten, doch war die Minderheit größer als im Falle der Geisteskranken. Erschien die Tötung einer Gruppe schwacher und völlig hilfloser Deutscher als alarmierender Bruch eines geheiligten, fundamentalen Moralgesetzes, als ein derart grausiger Bruch, daß er allenfalls die Zustimmung einer kleinen Gruppe darwinistischer Moralrevolutionäre finden konnte, so ließ sich die Ausrottung der Juden als eine zutiefst ethische, wenngleich widerwärtige Maßnahme, als die notwendige Vertilgung einer Rasse geborener Verbrecher darstellen und damit selbst Menschen plausibel machen, die sich als getreue Diener des alten, konventionellen Moralkodex betrachteten. Wie immer Hitlers Geistesverfassung beschaffen gewesen sein mag, als er die Ausrottung der Juden befahl, die Empfänger seines Befehls, die Scharfrichter, sahen ihre Aufgabe als mit der überkommenen Moral vereinbar an. Während sie an den Massengräbern, Gräben und Gaskammern Osteuropas ihrem Gewerbe nachgingen, fühlten sie sich als Vollstrecker eines gerechten Todesurteils, das kollektiv über eine ungewöhnlich mörderische Rasse verhängt worden war. Sie verstanden sich als Henker, die dem Wohl der Gesellschaft dienten, nicht als jenseits von Gut und Böse stehende Übermenschen im Sinne Nietzsches. Schließlich ist es sehr wohl möglich, sich zu dem Gebot „Du sollst nicht töten" zu bekennen und gleichzeitig an der Todesstrafe für Schwerverbrecher festzuhalten. Nicht so sehr ihr ethisches Wertsystem hatte sich gewandelt, sondern ihre Vorstellung von der Realität oder ihre kognitive Steuerung, wie der Verhaltensforscher das nennen würde. Die beste Zusammenfassung ihrer Anschauung bietet ein Buch, das Johannes v. Leers, einer der produktivsten antisemitischen Publizisten der NS-Bewegung, der zugleich mit brutaler Offenheit schrieb, verfaßt und unter dem Titel „Die Verbrechernatur der Juden" 1944 veröffentlicht hat.

Nach Leers handelt es sich bei den Juden nicht um ein Volk wie alle anderen Völker, sondern um ein Scheinvolk, um eine Rasse geborener Verbrecher, um eine Raubtierart, deren menschliches Aussehen trüge, und er bemühte die Autorität des berühmtesten Kriminologen des 19. Jahrhunderts, Cesare Lombroso (der selbst Jude war, was v. Leers nicht wußte), um die Ausrottung dieser Raubtiere zu rechtfertigen. Lombroso hatte die Theorie aufgestellt, daß Berufsverbrechertum angeboren sei, *delinquens nato*, daß ein Berufsverbrecher als *homo delinquens* gelten müsse, ein Typus, der sich vom *homo sapiens* radikal unterscheide. Die Art bestehe aus Caliban gleichenden Kreaturen mit unbeeinflußbaren Erbanlagen; resistent gegen die Einflüsse der Zivilisation, fehle ihnen jedes Gewissen, und diese antisoziale Natur pflanze sich von Generation zu Generation fort. „Lombroso", sagte Leers, „hat . . . durchaus dem Staat das Recht gegeben, einen solchen Verbrecher

---

[40] Völkischer Beobachter, 7. 8. 1929.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Gesellschaft zu opfern, ihn lebenslänglich einzusperren oder zu töten." Derartige Maßnahmen folgten aus dem Naturrecht auf Notwehr. Kein vernünftiger Mensch werde aber bestreiten, daß das Recht auf Notwehr auch gegen die Juden angewandt werden müsse, jene Rasse geborener Verbrecher par excellence. „Denn genauso wie der Staat und das Volk berechtigt ist, Erbkriminelle, die immer wieder Verbrecher erzeugen werden, aus ihrer Mitte auszutilgen, so ist auch die menschliche Gesellschaft, ist die Bewohnerschaft dieses Erdballes ... berechtigt ..., das erbkriminelle Volk auszutilgen." Eine Nation habe nicht nur das Recht, die in seiner Mitte lebenden Juden auszurotten, sondern dürfe auch die Juden in anderen Ländern ergreifen und töten. Das Recht dazu ergebe sich aus „der Pflicht zur Rechtsverfolgung ... durch alle Länder hindurch". Schließlich mache sich jedes Volk, das „noch Juden hält und Juden schützt", eines „Gefährdungsdeliktes schuldig", „genau wie jemand, der ohne die gebotenen Vorsichtsmaßregeln die Zucht von Cholera-Bazillen betreibt"[41]. Die Ausrottung der Juden wurde hier mit ehrwürdigen Begriffen gerechtfertigt, die aus dem Römischen Recht und aus der Kriminologie stammen. Die Mörder selbst nannten ihre Opfer „Delinquenten" und die Morde „Exekutionen", als ob sie ein von einem Weltgerichtshof ausgesprochenes Todesurteil vollstreckten. 25 Jahre später, als Zeugen oder Angeklagte vor Gericht, sprachen sie immer noch von „Delinquenten" und „Exekutionen". Nicht daß sie die Juden nach wie vor für geborene Verbrecher gehalten hätten; nur wenige stehen noch im Banne des alten Wahns. Sie klammerten sich an solche Begriffe, weil sie ihr Gewissen beruhigen wollten. In die prozessuale Phrase „Die Delinquenten sind exekutiert worden" gehüllt, nagt die Erinnerung an ihre Taten weniger schmerzhaft an ihrem Gewissen als wenn sie unverblümt und wahrheitsgemäß mit den Worten „Wir haben die Menschen ermordet" ausgedrückt würde, mit Worten, die wie Dolche in sie eindringen.

Von Zeit zu Zeit entflammten chiliastische Visionen ihren Geist. „Die Ausrottung der Juden bringt zwar Leid mit sich", sagte Himmler einmal. „Aber es ist gut, wenn jetzt sechzehn Millionen Juden auf einmal vernichtet werden, dann gibt es tausend Jahre Frieden, Glück und Wohlstand."[42] Himmler erscheint hier in der Rolle eines Visionärs, der das ewige Ideal von „Frieden, Glück und Wohlstand" predigt. Aber anders als die sonstigen Visionäre der Geschichte, die durch eine Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung die ideale Gesellschaft zu verwirklichen hofften, wies Himmler einen neuen, bislang unbegangenen Weg – er führte über das kollektive Grab des ganzen jüdischen Volkes. Die antisemitischen Schwarzen Hundertschaften des zaristischen Rußland hatten die Parole ausgegeben: „Schlagt die Juden, damit Rußland gerettet werde." Himmler war radikaler, er brachte die Juden um und verband das mit der Verheißung, auf diese Weise seien die erhabensten Sehnsüchte der Menschheit zu erfüllen. Seine Parole hätte lauten können: „Tötet die Juden, auf daß wir in das tausendjährige Reich eintreten."

---

[41] J. v. Leer, Die Verbrechernatur der Juden, Berlin 1944, S. 8.

[42] A. Besgen, Der stille Befehl, München 1960, S. 20.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Vollstrecker neigten vor allem dann zu chiliastischen Träumen, wenn sie gerade ein Massaker hinter sich gebracht hatten und noch am Massengrab standen oder eben in ihre Baracken zurückgekommen waren, erschöpfte Mörder, die fortwährend von unbestimmten Ängsten und uneingestandenen Schuldgefühlen heimgesucht wurden. Denn die Überzeugung, das Töten der Juden sei ein Werk der Erlösung, gehörte zu ihren wesentlichsten psychischen Stützen, war Balsam für ihr Gewissen, befreite sie von ihrer Schuld. Nach der Ausrottung einer jüdischen Gemeinde in der Gegend von Memel war der Offizier, der das Massaker geleitet hatte, sicher, gerade zu der Erfüllung einer historischen Mission beigetragen zu haben. Seinen Leuten, die sich – wie so viele der Mörder nach ihrem ersten Massaker – verwirrt und erschüttert zeigten, rief er zu: „Männer! Verdammt! Eine Generation muß das aushalten, damit unsere Kinder Frieden haben."[43]

Jedoch bedeutete die Endlösung den Nationalsozialisten noch mehr als ein aus freien Stücken unternommenes Erlösungswerk. Sie sahen den Vorgang als apokalyptischen Zusammenprall, vor dem es kein Entrinnen gab. Ihrem geistigen Auge erschien die Welt wie eine surrealistische Landschaft, in der zwischen zwei titanischen Kräften ein Kampf auf Leben und Tod stattfindet, zwischen einem bösen, untermenschlichen Judentum und der edlen arischen Rasse. Jahrhundertelang war der Stern des Judentums im Steigen, und beinahe wäre es ihm gelungen, das Reich der Arier zu erobern. Jetzt aber waren die Juden endlich bezwungen. Der größere Teil von ihnen befand sich in der Hand der Arier, und so hatte sich eine einzigartige Gelegenheit zu radikalem Handeln ergeben, für eine Endlösung, für die Erlösung der Menschheit. Eine erschreckende Heilslehre hatte sich des Geistes der Nationalsozialisten bemächtigt. „Sie müssen umgebracht werden, damit sie nicht uns umbringen!" war der Leitgedanke der Endlösung. Hier ist auch der Grund dafür zu suchen, daß bei der Durchführung so große Eile an den Tag gelegt wurde. Schon 1929 ließ Goebbels drucken, der Jude sei „das Eitergeschwür am Körper unseres kranken Volkstums . . . Was hat das mit Religion oder gar mit Christentum zu tun? Entweder er richtet uns zugrunde, oder wir machen ihn unschädlich."[44] Als der Massenmord 1942 seinem ersten Höhepunkt entgegenging, notierte er in seinem Tagebuch, es werde „hier ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt", doch dürfe man „in diesen Dingen keine Sentimentalität obwalten lassen. Die Juden würden, wenn wir uns ihrer nicht erwehren würden, uns vernichten. Es ist ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der arischen Rasse und dem jüdischen Bazillus."[45] So wie ein Mensch einen anderen Menschen in Notwehr töten darf, darf auch eine Nation eine andere Nation, die ihr Leben bedroht, vernichten – eine neue Doktrin vom berechtigten Völkermord aus Notwehr. Und am 4. Oktober 1943, in einer Rede vor den SS-Gruppenführern, feierte Himmler die Ausrottung der Juden als eine moralische Tat: „Wir hatten

---

[43] Landgericht Ulm, Verfahren Az. Ks 2/57.

[44] J. Goebbels, Michael, Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern, München 1929, S. 57.

[45] Lochner, Goebbels Tagebücher, S. 142 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das moralische Recht, wir hatten die Pflicht gegenüber unserem Volk, dieses Volk, das uns umbringen wollte, umzubringen."[46]

Einige Wochen bevor die Gaskammern von Auschwitz in Tätigkeit traten, machte Hitler eine seiner Prophezeiungen über den Untergang des Judentums: „. . . dieser Krieg wird nicht so ausgehen, wie es sich die Juden vorstellen, nämlich daß die europäisch-arischen Völker ausgerottet werden, sondern das Ergebnis dieses Krieges wird die Vernichtung des Judentums sein. Zum erstenmal wird diesmal das echt altjüdische Gesetz angewendet: „Aug' um Aug', Zahn um Zahn."[47]

Solch halluzinatorische Vision hielt Hitler für eine „wissenschaftliche Erkenntnis" und die Ausrottung für eine „sachliche Lösung"[48]. In seinem politischen Testament, das er am Tag vor seinem Selbstmord diktierte, nannte er seine Lösung der Judenfrage „humaner" als das Los der deutschen Opfer des alliierten Luftkriegs[49]. Die Welt außerhalb Deutschlands sei leider noch blind gegenüber der jüdischen Gefahr, sagte er am 30. Januar 1944, doch werde sein „Kampf den Völkern in wenigen Jahren die Augen über die Judenfrage öffnen und die nationalsozialistische Antwort und die Maßnahmen zu ihrer Beseitigung ebenso als nachahmenswert wie selbstverständlich erscheinen lassen"[50]. Es war, als ob aus einer Irrenanstalt ein Wahnsinniger verkündet, seine Stätte sei ein Hort geistiger Gesundheit, und die Welt auffordert, endlich den Schleier der Unvernunft zu zerreißen, der ihr bisher die Sicht auf die „wissenschaftliche Erkenntnis" verwehrt habe, daß „den modernen Völkern nichts anderes übrig" bleibe, „als die Juden auszurotten"[51].

In dieser Hinsicht war der nationalsozialistische Geist verwandt mit dem leninistischen Geist. Beide hatten manichäische Züge. Auch für den leninistischen Geist war die Welt in zwei feindliche Lager getrennt, die in fortwährendem Kampf miteinander liegen. Zwischen ihnen ist kein dauerhafter Frieden möglich. Der Kampf kann nur mit dem Sieg der einen oder der anderen Seite enden. Kto, Kovo? (Wer, Wen?) lautet die Frage, die über dem globalen Schlachtfeld steht[52]. Während aber die leninistische Sicht der Dinge in erheblichem Maße der historischen Realität entsprach, da der Kapitalismus schließlich keine Fiktion und seine Feindschaft gegen den Kommunismus keine Sinnestäuschung war, handelte es sich bei den nationalsozialistischen Doktrinen um mythisierende Einbildungen, die von der Realität ebenso weit entfernt waren wie die Menschenopfer fordernden Lehren der Azteken[53].

---

46 IMT, XXIX, PS-1919.

47 Rede vom 13. 1. 1942, Domarus, S. 1829.

48 Rede vom 30. 1. 1944, Domarus, S. 2085.

49 Domarus, S. 2237.

50 Domarus, S. 2085.

51 Lochner, Goebbels Tagebücher, S. 344. Hitler erkannte, daß eine solche Lösung von der gewöhnlichen menschlichen Vernunft nicht leicht zu akzeptieren war, weshalb er forderte, die Vernunft für das Denken in solchen historischen Dimensionen zu schulen (Domarus, S. 2085).

52 Das manichäische Leitmotiv wird am kräftigsten in dem Pamphlet „Der Untermensch" an-

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hitler muß zweifellos als Urheber der Endlösung angesehen werden. Von seinem verzehrenden Judenhaß getrieben, befahl er, die Juden ausnahmslos umzubringen. Zu diesem Zweck beschäftigte er eine kleine Mordarmee, die sich aus den Henkern selbst und allerlei bürokratischen Hilfstruppen zusammensetzte. Diese kleine Armee zeigte bei der Ausrottung der Juden Tüchtigkeit, Energie und in vielen Fällen sogar Eifer. Die Motive, die sowohl die blutbefleckten Exekutoren wie ihre an ordentlichen Schreibtischen in stillen Büros sitzenden Chefs und beamteten Helfer bewegten, waren vielfältig. Prüft man die Motive genauer, so erkennt man aber eine sehr starke und oft dominierende Triebfeder, nämlich die Vorstellung, daß der Befehl des Führers gerecht und richtig sei, daß die Juden den Tod verdienten; denn alle Beteiligten hatten, natürlich in unterschiedlicher Intensität, den Glauben eingesogen, daß der Jude die Inkarnation des Bösen sei, der Erzfeind Deutschlands. Dieser Glaube entwickelte sich zu einer eigenständigen Antriebskraft; vielleicht war er schon so mächtig geworden, daß er die Mordmaschine auch ohne den Führerbefehl in Gang gesetzt hätte. So aber müssen Wahn und Treue, ideologische Verblendung und Prätorianerpflicht als Zwillingsmotoren des Massenmords am europäischen Judentum gelten.

In der Mitte des 20. Jahrhunderts, in einem Land, in dem wissenschaftliches Denken einige seiner größten Triumphe verzeichnen konnte, kamen Menschen an die Macht, die von einer primitiven magisch-mythischen Vorstellung besessen waren. Während ein Teil des deutschen Geistes der Vernunft verpflichtet blieb und mit unvermindertem Eifer wissenschaftliche Forschung betrieb, verfiel der andere

---

geschlagen, das zu Beginn der Endlösung von der SS herausgegeben wurde und weite Verbreitung fand. Der Anfangssatz seines kurzen Textes, der aus knappen, exklamatorischen Sentenzen besteht, lautet: „So wie die Nacht aufsteht gegen den Tag, wie sich Licht und Schatten ewig feind sind – so ist der größte Feind des erdebeherrschenden Menschen der Mensch selbst. Der Untermensch." Im übrigen enthält die Broschüre scharf kontrastierende Bilder von dunklen, häßlichen, grausamen semitischen Kreaturen und – daneben – von strahlenden, schönen Ariern, die in idyllischer Umgebung aufbauenden Arbeiten nachgehen und die Künste pflegen. Rosenberg hat sogar ausdrücklich gefordert, das alte persische Weltdrama vom Kampf zwischen Licht und Dunkelheit wiederzubeleben und in die NS-Vorstellungswelt einzubauen (A. Rosenberg, Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten, München 1937, S. 154).

[53] In Unterhaltungen mit ehemaligen Nationalsozialisten hat der Verfasser häufig Jacques Soustelles Buch „So lebten die Azteken" (Stuttgart 1956) hervorgeholt und daraus folgende Stelle zitiert (S. 127): „Damit die Sonne ihren Lauf fortsetzen kann, damit das Dunkel nicht endgültig über die Erde sinkt, muß man ihr täglich Speise reichen, . . . das heißt Menschenblut. Das Opfer ist eine heilige Pflicht gegen die Sonne und sogar eine Notwendigkeit für das Wohl der Menschen. Ohne das Opfer kommt selbst das Leben der Welt zum Stillstand. Jedesmal, wenn auf der höchsten Plattform einer Pyramide der Priester das blutende Herz eines Opfers in seinen Händen hochhebt und es in den *quauhxicalli* senkt, ist der Zusammenbruch, der Welt und Menschheit in jedem Augenblick bedroht, noch einmal verhütet." Anschließend sagte er, die Vorstellung, die zur Endlösung geführt habe, sei nicht rationaler gewesen als der Glaube, der die Azteken zu täglichen Menschenopfern gebracht habe. Die Gesprächspartner stimmten stets zu und meinten, sie seien einer „Psychose" oder einem „Rausch" erlegen.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teil primitiver Magie. Er trug eine Zauberbrille. In der Verzerrung durch diese Brille erschien ein kleines und vergleichsweise schwaches Volk wie ein schreckliches drachenähnliches Monster, das die Welt bedroht, und so zogen die Besessenen aus, das Ungeheuer zu erschlagen[54].

Wenn man den 6 Millionen Juden, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden, ein Denkmal setzen wollte, könnte man es mit folgender Inschrift versehen: „Zum Gedenken an 6 Millionen Männer, Frauen und Kinder, getötet von Menschen, die dazu durch eine Wahnvorstellung getrieben wurden. Wanderer, trage die Lehre in alle Welt: ‚Hütet und schützt die Herrschaft der Vernunft, denn wer die Vernunft fahren läßt, wird unweigerlich in die Hölle stürzen!' "

[54] Marx hatte es für unmöglich gehalten, daß im Zeitalter von Wissenschaft und Technik Mythen Macht über den Geist der Menschen gewinnen könnten. Könne es Achilles, so fragte er rhetorisch, zusammen mit Pulver und Blei geben? Die Ilias zusammen mit der Druckerpresse? (K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Moskau 1939, S. 31.) Entgegen Marx' Erwartung hat das 20. Jahrhundert erschreckende bejahende Antworten auf diese Fragen geliefert. Selbst mit Atomreaktoren können Mythen koexistieren – und das nicht nur in Deutschland.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

FRITZ BLAICH

WIRTSCHAFTLICHER PARTIKULARISMUS DEUTSCHER LÄNDER WÄHREND DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE 1932: DAS BEISPIEL DER AUTO-UNION AG

I

Am 8. 1. 1932 beschwerte sich der Wirtschaftsminister des Freistaates Württemberg, Dr. Reinhold Maier, beim Reichswirtschaftsministerium in Berlin über die „öffentlichen Subventionen", mit denen der Freistaat Sachsen den Zusammenschluß der vier innerhalb seines Territoriums bestehenden Automobilfirmen – Audi, Horch, Wanderer und Zschopauer Motorenwerke – zu einem „Autotrust" betreibe[1]. Dabei stützte er sich auf eine Eingabe „aus Kreisen der württembergischen Kraftfahrzeugindustrie"[2], nach der die sächsische Regierung beabsichtige, eine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von 6 Millionen RM für das Aktienkapital der neu zu gründenden „Auto-Union AG" zu übernehmen. Nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfs über die staatliche Bürgschaft solle dieser Konzern das Ziel verfolgen, „die bestehenden Fabriken im Lande zu erhalten" und durch umfangreiche Maßnahmen der Rationalisierung in der Konstruktion, in der Fertigung und im Vertrieb „eine Senkung der Unkosten und eine Steigerung des Umsatzes zu erzielen". Diesen Absichten mißtraute die württembergische Kraftfahrzeugindustrie. Sie bemängelte zunächst, daß die Gesetzesvorlage den scharfen Preiswettbewerb und die völlig unzureichende Ausnutzung der Fertigungskapazität innerhalb der Branche mit keinem Wort erwähne. Ferner warf sie den sächsischen Autofirmen vor, sie hätten in letzter Zeit mit „Schleuderpreisen" den Markt „verdorben" und sie verlangten von ihren Kunden in Sachsen unter Androhung von Repressalien die Bevorzugung ihrer eigenen Marken[3]. Zwar fehlten für diese Vorwürfe Beweise, die katastrophale wirtschaftliche Lage der deutschen Automobilindustrie war jedoch offenkundig und ließ sich mit Zahlen belegen. So betrug

---

[1] Staatsarchiv Dresden (STA Dresden), Bestand: Sächs. Hauptstaatsarchiv, Außenministerium Nr. 6746 „Kraftfahrzeugindustrie" 1908–1934. Nach einer Auskunft des Hauptstaatsarchivs Stuttgart vom 3. 12. 1973 sind die Akten des ehemaligen württembergischen Wirtschaftsministeriums im Zweiten Weltkrieg vernichtet worden. Auch im Bestand E 130 II (Staatsministerium) Nr. 251 (Verkehr mit Kraftfahrzeugen) fanden sich keine Unterlagen über den Protest der württembergischen Regierung gegen die Bildung der „Auto-Union".

[2] Leider war es nicht möglich, diese „Kreise" genauer darzustellen. Weder das Firmenarchiv der Daimler-Benz AG, Stuttgart-Untertürkheim, noch die Industrie- und Handelskammer Stuttgart besitzen über diesen Vorgang Unterlagen.

[3] STA Dresden, a. a. O.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zwischen 1929 und 1932 in diesem Wirtschaftszweig der Produktionsrückgang ungefähr 72% gegenüber rund 54% in der gesamten Industrie für Investitionsgüter und etwa 21% bei den Verbrauchsgütern. 1929 wurde die Kapazität der Produktionsanlagen der Automobilhersteller noch etwa zu 55% ausgelastet, 1932 jedoch nur noch zu rund 25%. Gleichzeitig sanken die Erlöse. Der Index der Verkaufspreise, der im Juli 1925 auf 100 stand, fiel auf 61,4 im Juli 1929, auf 56,2 im Juli 1931 und schließlich auf 53,8 im Juli 1932[4].

Angesichts dieser Lage erscheint die Furcht der württembergischen Unternehmer vor der Marktmacht eines sächsischen Automobilkonzerns nur zu verständlich. Welche Zustände würden auf den Märkten eintreten, fragten die Industriellen, wenn der Trust erst einmal aufgebaut worden sei; was würde die sächsische Regierung sagen, wenn die süddeutsche Textilindustrie in dieser Form gegen ihre Konkurrenten in Sachsen vorginge? Daher verurteilten sie die Staatsintervention zur Gründung der Auto-Union AG als den Eingriff einer „unverantwortlichen, verwerflichen Länderpolitik in den freien Wettbewerb", und stellten nachdrücklich fest: „Wenn alle Länder sich den sächsischen Standpunkt aneignen würden, so käme dies einer Länderautarkie im deutschen Reiche gleich." Wirtschaftsminister Maier teilte nicht allein diese Auffassung, er bat vielmehr das Reichswirtschaftsministerium, in diesem „neuen krassen Fall einer staatlichen Subvention" bei der sächsischen Regierung „geeignete Vorstellungen zu erheben"[5].

Indessen waren es nicht allein die gemeinsamen Interessen an der Sanierung der Automobilindustrie, die einen Konfliktherd in den Beziehungen zwischen den Ländern Württemberg und Sachsen bildeten. Obwohl sich nämlich die beiden Freistaaten in ihrer Wirtschaftsstruktur auffallend ähnelten, verkörperten sie dennoch im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung und der Wirtschaftspolitik unter den Ländern der Republik von Weimar die beiden extremen Flügel. Die württembergische Regierung betrieb eine mittelstandsfreundliche Politik, pflegte mit Bedacht die Verbindung von landwirtschaftlicher und industrieller Tätigkeit und vertraute auf die Initiative ihrer Unternehmer, denen man „Besonnenheit, Blick für das Wesentliche und geistige Selbständigkeit" nachsagte[6]. Die Regierung in Dresden hingegen hatte schon in den zwanziger Jahren der „Mittelstandsretterei" abgeschworen, sie zeigte sich gegenüber Experimenten mit der Sozialisierung der Pro-

---

[4] Siehe hierzu: Tatsachen und Zahlen aus der Kraftverkehrswirtschaft 1932, auf Grund amtlicher und privater Unterlagen sowie eigener Erhebungen zusammengestellt vom Reichsverband der Automobilindustrie E. V. Berlin, Berlin-Friedenau 1933, S. 77; Harald Schleusener, Erzeugungs- und Absatzfragen der deutschen Automobilindustrie (Die Notwendigkeit wirtschaftlicher Rationalisierung), Diss. TH Berlin 1940, S. 15; Klaus W. Busch, Strukturwandlungen der westdeutschen Automobilindustrie, Ein Beitrag zur Erfassung und Deutung einer industriellen Entwicklungsphase im Übergang vom produktionsorientierten zum marktorientierten Wachstum, Berlin 1966, S. 27.

[5] STA Dresden, a. a. O.

[6] Siehe hierzu: Kurt Werner, Die deutschen Wirtschaftsgebiete in der Krise, Statistische Studie zur regional vergleichenden Konjunkturbetrachtung, Jena 1932, S. 56; Theodor Heuß, Robert Bosch, Leben und Leistung, Stuttgart usw. 1946, S. 85 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

duktionsmittel aufgeschlossen und förderte die Bildung großer Betriebseinheiten[7]. Insbesondere die Sächsische Staatsbank, die gegründet worden war, um die von den Steuerpflichtigen bereits entrichteten, aber von der Regierung noch nicht sofort für Staatsausgaben benötigten Steuergelder in kurzfristige Kredite „zur Belebung der Wirtschaft Sachsens" umzuwandeln, bevorzugte in ihrer Kreditpolitik eindeutig die großen Unternehmungen, darunter gerade auch die Automobilfirmen[8].

Die Gegensätze zwischen den beiden Ländern spitzten sich während der Weltwirtschaftskrise zu. Schon seit dem konjunkturellen Abschwung, der 1928 einsetzte, galt Sachsen „als das Gebiet größter Arbeitslosigkeit". In seinen vier Großstädten – Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen – lag die Zahl der Erwerbslosen stets weit über dem Durchschnitt aller Großstädte des Deutschen Reiches[9]. Württemberg hingegen wurde allgemein als „Wirtschaftsoase" bezeichnet, denn die Zahl seiner Arbeitslosen bewegte sich immer weit unterhalb der des gesamten Reichsgebietes. Auch in seiner hoch industrialisierten Hauptstadt Stuttgart war die Erwerbslosigkeit erheblich geringer als in vergleichbaren anderen deutschen Großstädten[10]. Außerdem verfügte die württembergische Regierung in den Krisenjahren über einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt. Ihre Gesamtverschuldung betrug am 31. 3. 1929 auf den Kopf der Bevölkerung 7,22 RM gegenüber 20,63 RM in Preußen, 41,41 RM in Sachsen und 59,55 RM in Bayern. Als einziges Land führte Württemberg auch noch im Tiefpunkt der Krise, im Jahre 1932, bedeutende Überschüsse aus der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung an die Reichsanstalt ab[11]. Der relativen wirtschaftlichen Stabilität in Württemberg entsprachen ziemlich lange auch konsolidierte politische Verhältnisse, denn bis zum Frühjahr 1932 funktionierte dort das parlamentarische System. Eine handlungsfähige bürgerliche Koalition unter dem Zentrumspolitiker Eugen Bolz stellte die Regierung, in welcher der „junge und energische Stuttgarter Rechtsanwalt" Reinhold Maier von der liberalen „Staatspartei" als Wirtschaftsminister wirkte[12].

---

[7] Vgl. Heidegret Klöter, Der Anteil der Länder an der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik 1919–1933, Diss. Bonn 1966, S. 193; Hellmut Kretzschmar, Königreich und Land Sachsen, in: Geschichte der deutschen Länder, „Territorien-Ploetz", 2. Bd., Würzburg 1971, S. 557; Eduard Weber, Der staatseigene Industriekonzern in Sachsen, Leipzig 1928.

[8] Vgl. Peter Kirchberg, Entwicklungstendenzen der deutschen Kraftfahrzeugindustrie 1929 bis 1939 gezeigt am Beispiel der Auto Union AG, Chemnitz, Diss. Dresden (Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List") 1964, S. 43 f.

[9] Vgl. K. Werner, a. a. O., S. 27 f. und S. 55 f.; Felix Burkhardt, Die Sonderstellung Sachsens im Deutschen Reich und die wirtschaftliche Depression der Gegenwart. Ein Beitrag zum Problem der „Bevölkerung und Wirtschaft", in: Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes 77 (1932), S. 70–81.

[10] Hans Wilhelm Mayer, München und Stuttgart als Industriestandorte mit besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftskrise, Stuttgart 1937, S. 108 f.

[11] H. Klöter, a. a. O., S. 207.

[12] Eberhard Gönner, Das Königreich Württemberg, in: Geschichte der deutschen Länder, a. a. O., S. 441; Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933, Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 424/425.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Dresden hingegen war seit 1930 ein „farbloses" Kabinett unter dem Staatspräsidenten Walter Schieck „geschäftsführend" im Amt, das aus parteilosen Beamten bestand und das von den „Mehrheitsparteien der Mitte" im Landtag gebilligt wurde[13]. Die verhältnismäßig soliden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Württemberg sicherten seiner Regierung überdies die Führung in der süddeutschen Reichspolitik, da Bayern sich während der Krisenjahre „als größtes finanzielles Zuschußgebiet" im Rahmen des Reichsfinanzausgleichs erwies und obendrein seit 1930 nur noch eine geschäftsführend im Amt befindliche Regierung besaß[14]. Zweifellos entsprang Maiers Vorstoß gegen den sächsischen Autotrust bei den Berliner Reichsbehörden auch der hohen „Manövrierfähigkeit"[15] der württembergischen Politik gegenüber der Reichspolitik.

II

Im Reichswirtschaftsministerium bearbeitete Ministerialdirektor Dr. Heintze, der Leiter der Abteilung I, die für „besondere wirtschaftliche Verhältnisse einzelner Gebietsteile des Reichs" zuständig war[16], die Eingabe Maiers. Bereits am 15. 1. 1932 wandte er sich in einem Schreiben mit dem Vermerk „Sofort!" an das Wirtschaftsministerium in Dresden. Er beklagte sich zunächst, daß er von den sächsischen Konzernplänen erst durch die Mitteilungen in der Presse erfahren habe. Sodann bat er, unter Hinweis auf die württembergische Stellungnahme, ihn „nunmehr sobald als möglich über eine etwa beabsichtigte Mitwirkung der Sächsischen Regierung bei dem in Aussicht genommenen Zusammenschluß sächsischer Autofabriken, insbesondere über das Ausmaß etwaiger Subventionsmaßnahmen sowie die Bedingungen, unter denen sie getroffen wurden, eingehend zu unterrichten"[17].

Der sächsische Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Hedrich ließ sich mit seiner Antwort Zeit. Er bemühte sich zunächst, die Zustimmung des Landtags zu der staatlichen Bürgschaft einzuholen. Am 2. 2. 1932 erläuterte er den Abgeordneten dieses Gremiums die Notwendigkeit einer staatlichen Intervention, indem er auf die schwierige Lage der sächsischen Automobilindustrie und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit verwies. Schließlich kehrte er auch die volkswirtschaftlichen Vorteile der „Auto-Union AG" hervor: „Der Zusammenschluß der Autoindustrie in Sachsen ist aber darüber hinaus auch für die deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung, da er, wie wir hoffen, den Anstoß zu einem Zusammenschluß

---

[13] Vgl. H. Kretzschmar, a. a. O., S. 556.

[14] H. Klöter, a. a. O., S. 207/208; Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954, S. 393 f.

[15] H. Klöter, a. a. O., S. 208.

[16] Handbuch für das Deutsche Reich 1931, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Bd. 45, 1931, S. 201.

[17] STA Dresden, a. a. O.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bzw. zur Aufstellung eines Produktionsprogramms der deutschen Automobilindustrie geben wird."[18] Er verschwieg freilich, daß sich die Staatsbank, die dem Finanzministerium unterstand und deren Geschäftstätigkeit er selbst als Staatskommissar überwachte, bei der Kreditvergabe an die Automobilindustrie übernommen hatte. Insbesondere hatte sie den Zschopauer Motorenwerken entgegen ihren Satzungen langfristige Investitionskredite gewährt[19]. Im Hinblick auf die wachsende Kritik der öffentlichen Meinung und des Staatsrechnungshofes an der Kreditpolitik der Staatsbank schien es der Regierung Schieck geboten, wenigstens die Sicherheit der ausgeliehenen Steuergelder durch eine Fusion der Automobilfirmen zu erhöhen.

Zwar erkannten die Abgeordneten des Landtags, daß die selbstschuldnerische Bürgschaft des Freistaates Sachsen im Hinblick auf die Enge des deutschen Kapitalmarktes, der nach dem Abzug vieler Auslandskredite und der Bankenkrise von 1931 ziemlich versandet war, praktisch auf eine Übernahme von neuen Aktien im Nennwert von 6 Millionen RM durch den Staat hinausliefe. Dennoch billigte ihre Mehrheit nach einer zweiten Lesung die „Bürgschaftsvorlage", lediglich die Fraktion der KPD stimmte dagegen, während sich die Nationalsozialisten der Stimme enthielten[20]. Ausschlaggebend für die Zustimmung war vor allem in den Reihen der Sozialdemokraten die Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze, während die bürgerlichen Parteien bei ihrer Entscheidung auch die Intervention des württembergischen Wirtschaftsministers in Berlin berücksichtigten, die sie als Versuch auslegten, „die sächsischen Automobilwerkstätten auszuschalten, sie nach Möglichkeit aus Sachsen herauszuziehen und zum Stillstand zu bringen"[21]. Der Sprecher der unternehmerfreundlichen Deutschen Volkspartei, Dr. Frucht, bedauerte dabei ausdrücklich, „daß sich der Konkurrenzkampf der Wirtschaft aus rein partikularistischem Interesse heraus allmählich zu einem Konkurrenzkampf der deutschen Länder untereinander auswirkt, wie er sich jetzt zwischen Sachsen und Württemberg um die sächsische Automobilindustrie entwickelt . . ."[22].

Erst nach der Billigung der Bürgschaftsvorlage durch den Landtag beantwortete Hedrich die Anfrage aus dem Reichswirtschaftsministerium. Dabei wiederholte er die Argumente, die er bereits dem sächsischen Landtag vorgetragen hatte. Insbesondere betonte er die „volkswirtschaftliche Notwendigkeit" der Fusion, die im

---

18 Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 5. Wahlperiode 1931/32, Bd. 3, Dresden 1932, S. 2759.

19 Vgl. P. Kirchberg, a. a. O., S. 51 f.: „Das Engagement Rasmussen".

20 Vgl. Verhandlungen des Sächsischen Landtages, a. a. O., S. 2804. Nach den Landtagswahlen vom 22. 6. 1930 hatte sich die folgende Verteilung der Sitze ergeben: SPD 32, NSDAP 14, KPD 13, WP 10, DVP 8, DNVP 5, DDP 3, Sächsisches Landvolk 5, Sonstige 6; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender N. F. 46, 1930, München 1931, S. 147.

21 Ebenda, S. 2761 und 2805. Die Betriebsräte in den sächsischen Automobilfirmen hatten sich für die Fusion ausgesprochen, von der sie sich eine größere Sicherheit ihrer Arbeitsplätze versprachen.

22 Ebenda, S. 2761.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

übrigen „nicht nur im sächsischen, sondern noch mehr im gesamtdeutschen Interesse" liege, „denn nur durch einen derartigen Zusammenschluß kann das unfruchtbare Nebeneinanderarbeiten verschiedener Werke mit gleicher Fabrikationsart und ihrer Absatzorganisationen am wirksamsten beseitigt ... werden ..." Die Vorwürfe der württembergischen Unternehmer gegen die unlauteren Wettbewerbspraktiken sächsischer Automobilfirmen wies er mit Entschiedenheit als unbegründet zurück[23]. Diese Argumente mußte Ministerialdirektor Heintze gelten lassen. Die schon seit der Inflationszeit schwelende Strukturkrise der deutschen Automobilindustrie, die sich nach Einbruch der Weltwirtschaftskrise zum Existenzkampf der Branche ausgeweitet hatte, war im Reichswirtschaftsministerium nur allzu gut bekannt. Andererseits forderten seit Jahren die Experten – Ingenieure wie Ökonomen – unentwegt die Konzentration der einzelnen Produktionsstätten zur Überwindung der Strukturkrise, da nur ein Großunternehmen, ein „Autotrust" in der Lage sei, die erforderlichen Rationalisierungen in Produktion und Absatz durchzuführen und damit im Wettbewerb mit den erfolgreichen amerikanischen Automobilkonzernen zu bestehen[24].

Ein gegenüber dem Reichswirtschaftsministerium womöglich noch schlagkräftigeres Argument zugunsten der staatlichen Beteiligung an der Gründung der Auto-Union AG führte Sachsens Ministerpräsident Schieck ins Feld. Er betonte, gerade die in Sachsen „unverhältnismäßig schwere Wirtschafts- und Arbeitslosennot" zwinge zu derartigen Maßnahmen, „umsomehr als uns das Reich nicht die Hilfe angedeihen läßt, die es jetzt Preußen bei der Etatabgleichung und den durch die Wirtschaftskrise nicht im Entferntesten so wie Sachsen betroffenen Ländern Bayern und Württemberg durch die Postabfindung leistet"[25]. Angesichts dieses Hinweises, der ein „heißes Eisen" der deutschen Innenpolitik berührte[26], und der besonderen Notlage der sächsischen Wirtschaft nimmt es nicht wunder, daß sich das Reichswirtschaftsministerium mit dem Projekt des sächsischen Automobilkonzerns abfand, ja diesen Zusammenschluß sogar „vom gesamtdeutschen Standpunkt aus als den Anfang der Rationalisierungsmaßnahmen" bezeichnete, die es „zur Gesundung der deutschen Kraftwagenindustrie" für unerläßlich halte[27].

---

[23] STA Dresden, a. a. O., Schreiben vom 14. 3. 1932.

[24] Vgl. z. B. Peter Wissel, Kapitalfehlleitungen in der Automobilindustrie, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 24 (1930); Bruno Schmidt, Wege zur Verbesserung der Produktions- und Wettbewerbslage der deutschen Personenkraftwagen-Industrie, Diss. TH Darmstadt 1933; Fred Ledermann, Fehlrationalisierung – der Irrweg der deutschen Automobilindustrie seit der Stabilisierung der Mark, Stuttgart 1933.

[25] STA Dresden, a. a. O., Schreiben vom 19. 3. 1932.

[26] In der Frage der Postabfindung kam es jedoch in der Zeit der Weimarer Republik zu keiner endgültigen Regelung. Vgl. z. B. Franz Menges, Reichsreform und Finanzpolitik, Die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit Bayerns auf finanzpolitischem Wege in der Zeit der Weimarer Republik, Berlin 1971, S. 178 f.

[27] STA Dresden, a. a. O., Schreiben vom 31. 3. 1932.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III

Mithin schien der Vorwurf des wirtschaftlichen Partikularismus und der „Länderautarkie" auf die württembergische Regierung zurückzufallen, dies um so mehr, als sich die württembergischen und die sächsischen Automobilfirmen im Wettbewerb gegenüberstanden. In Württemberg hatten sich die Firmen Daimler-Benz und Maybach ebenso auf die Produktion teurer und luxuriöser Personenkraftwagen spezialisiert wie in Sachsen Audi und Horch, wohingegen die NSU-Werke in Heilbronn und die Wanderer-Werke in Chemnitz beide vorwiegend Wagen der oberen Mittelklasse fertigten[28]. Wer mochte es daher der Regierung in Dresden verdenken, wenn sie angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Situation ihres Landes versuchte, die Arbeitsplätze in ihrer Automobilindustrie durch eine Unternehmenskonzentration zu retten?

In Wirklichkeit jedoch verfolgte die sächsische Staatsregierung mit ihrer Beteiligung an der Auto-Union AG Bestrebungen, die weit über das Ziel der Erhaltung von Arbeitsplätzen oder gar der Einführung des technischen Fortschritts für die gesamte Branche hinausgingen. Als Staatsminister Hedrich am 26. 10. 1931 der Staatskanzlei die Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zugunsten der Bürgschaft unterbreitete, begann er nämlich keineswegs, wie einige Monate später vor dem Landtag, mit der Schilderung der schwierigen Lage der sächsischen Kraftfahrzeugindustrie. Vielmehr betonte er in diesem Schreiben, die sächsische Automobilproduktion habe sich „in letzter Zeit" günstig entwickelt. Während der Absatz der gesamten deutschen Automobilindustrie in den ersten acht Monaten des Jahres 1931 um rund 28% geringer gewesen sei als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, habe der Anteil Sachsens an den Neuzulassungen im Vergleichszeitraum von 5,6% auf 14,6% zugenommen. Bemerkenswert sei dabei vor allem der Markterfolg des Frontantriebswagens „DKW" der Zschopauer Motorenwerke. Obwohl dieses Modell erstmals im Juni 1931 auf dem Markt angeboten worden sei, habe es bereits im Juli mit einem Anteil von 12,7% und im August von 13,1% der Neuzulassungen bei Kleinwagen den zweiten Platz hinter der Firma Opel erkämpft, die bisher diese Wagenklasse ganz eindeutig beherrscht habe[29]. Angesichts der relativ günstigen Marktstellung der sächsischen Produzenten inmitten ständig schrumpfender Umsätze eröffnete natürlich eine Fusion dieser Firmen, gestützt auf einen neuartigen Kleinwagen, der ein Markterfolg zu werden versprach, und ausgerüstet mit einer gemeinsamen Absatzorganisation, die Aussicht, den von der Krise schwer mitgenommenen Konkurrenzfirmen in anderen deutschen Ländern weitere Marktanteile abzujagen.

---

[28] Vgl. P. Kirchberg, a. a. O., S. 25 f. und B. Schmidt, a. a. O., Anhang.

[29] STA Dresden, a. a. O., Schreiben vom 26. 10. 1931. Die hier genannten Zahlen stimmen im wesentlichen mit den statistischen Angaben überein, die der Reichsverband der deutschen Automobilindustrie später zusammenstellte und veröffentlichte. Siehe Tatsachen und Zahlen aus der Kraftverkehrswirtschaft 1932, a. a. O.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hedrichs Zielsetzungen griffen indessen noch weiter aus. Er hoffte, wie er der Staatskanzlei gegenüber ausführte, ein unter staatlicher Beteiligung zustandegekommener Trust würde alle Arbeitsgänge der Fertigung in sächsischen Betrieben durchführen lassen. So stünde bereits jetzt fest, daß im Falle der Konzernbildung das in Spandau – also in Preußen – gelegene Zweigwerk der Zschopauer Motorenwerke mit einer Belegschaft von rund tausend Arbeitskräften nach Zwickau verlagert werde. Ebenso könnten die Aufträge des Trustes die brachliegende Produktionskapazität der sächsischen Karosseriewerke endlich wieder einmal auslasten[30]. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Firma Wanderer noch bis zu dieser Zeit fertige Karosserien von einer Spezialfirma in Stuttgart bezog[31], wenn man ferner erwägt, daß die Landeshauptstadt Württembergs einen Schwerpunkt der Industrie für Kraftfahrzeugzubehör bildete[32], so kann man getrost die württembergische Wirtschaft als den Hauptleidtragenden des Partikularismus in der sächsischen Industriepolitik bezeichnen. Hedrichs Erwartung, Sachsen werde „durch den Zusammenschluß zu einem Mittelpunkte der deutschen Kraftfahrzeugindustrie werden, der noch manche anderen Möglichkeiten zur Erweiterung seiner Tätigkeit und damit der Beschäftigung von Arbeitnehmern auch in den Zulieferungs- und Hilfsindustrien in sich birgt"[33], bedeutete in der konjunkturellen Situation des Frühjahres 1932 nichts weiter als eine Abwälzung der sächsischen Arbeitslosigkeit auf die Arbeitsmärkte in den anderen Ländern und eine Verschärfung der depressiven Tendenzen in anderen Teilen des Reiches. Die tausend Arbeitsplätze, die durch die Verlegung des Zweigbetriebes der Zschopauer Motorenwerke nach Zwickau gewonnen werden sollten, mußten mindestens zu tausend zusätzlichen Arbeitslosen im bisherigen Standort Spandau führen! Diese auf bundesstaatliche Verhältnisse zugeschnittene Spielart der „beggar-my-neighbour"-Politik[34], die immerhin das Reich als einheitlichen Wirtschaftsraum in Frage stellte, beruhte einzig und allein auf der wirtschaftlichen Macht eines durch staatliche Intervention zustandegekommenen Konzerns und keineswegs auf der besonderen Güte oder Preiswürdigkeit sächsischer Produkte. Wie sich nämlich schon bald darauf zeigte, dachte die Leitung des Auto-Union-Konzerns nicht daran, durch umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen und durch Normung und Typisierung „bahnbrechend" für die deutsche Automobilindustrie zu wirken und damit diesen Wirtschaftszweig aus seiner Strukturkrise herauszuleiten. Die Erfolge des Konzerns bei der innerbetrieblichen Rationalisierung blieben vielmehr bescheiden. Im übrigen aber übernahm der Konzern fast vollständig das breit gestreute Typenprogramm der vier Firmen,

---

30 Ebenda.

31 Vgl. Hermann Maurer, Das Zusammenschlußproblem in der deutschen Automobilindustrie mit besonderer Berücksichtigung der Auto-Union AG, Diss. Zürich 1936, S. 162.

32 Vgl. H. W. Mayer, a. a. O., S. 123.

33 STA Dresden, a. a. O., Schreiben vom 26. 10. 1931.

34 Vgl. Andreas Paulsen, Neue Wirtschaftslehre, Einführung in die Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes und die Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, 4. Aufl. Berlin usw. 1958, S. 321 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die in ihm aufgegangen waren, ein Zeichen dafür, daß er in allen Wagenklassen den Kampf mit den Konkurrenten aus dem In- und Ausland um Marktanteile aufzunehmen gedachte[35]. Nutznießer der Gründung der Auto-Union AG waren daher in erster Linie die Eigentümer der fusionierten Unternehmen und der sächsische Staat mit seiner Staatsbank, sodann die Unternehmer in der sächsischen Industrie für Autozubehör, schließlich auch einige Arbeiter, nämlich die in der Automobilwirtschaft beschäftigten, keinesfalls aber „die" sächsische Arbeiterschaft. Benachteiligt wurden von dieser Fusion Unternehmer, Arbeitnehmer und der Fiskus in allen anderen deutschen Ländern, in denen der Automobilindustrie wirtschaftliche Bedeutung zukam, vor allem eben in Württemberg. Zu Retorsionen der württembergischen Regierung gegenüber sächsischen Waren, wie sie im Schreiben Reinhold Maiers an das Reichswirtschaftsministerium angedeutet worden waren, kam es jedoch nicht mehr. Noch vor der Gründung der Auto-Union AG, die am 29. Juni 1932 erfolgte, fanden die verhältnismäßig stabilen politischen Verhältnisse in Württemberg mit der Landtagswahl vom 24. April 1932 ihr Ende. Die NSDAP erhielt die meisten Wählerstimmen und wurde zur stärksten Partei, eine schwache Regierung blieb „geschäftsführend" im Amt[36].

---

[35] Vgl. H. Maurer, a. a. O., S. 162 f.

[36] Vgl. Waldemar Besson, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933, Stuttgart 1959, S. 253 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

FREIHEITLICHER SOZIALISMUS ODER SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT? DIE GUTACHTERTAGUNG ÜBER GRUNDFRAGEN DER WIRTSCHAFTSPLANUNG UND WIRTSCHAFTSLENKUNG AM 21. UND 22. JUNI 1946

Der Streit um die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik wurde bis weit in die fünfziger Jahre hinein mit großer Vehemenz ausgetragen. Dessen ungeachtet, waren aber schon zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Reiches die wichtigsten Grundsatzentscheidungen über die Zukunft der Westzonenwirtschaft gefallen und spätestens mit der Währungsreform und der ihr folgenden Liberalisierung in Kernbereichen auch durchgesetzt.[1] Dort muß die Analyse der Ursachen der ordnungspolitischen Kontroverse ansetzen. In den Jahren 1945/46 gab es – wenigstens in den Augen der deutschen Teilnehmer an dieser Diskussion – noch Spielraum für die Entwicklung eines spezifisch deutschen Wirtschaftsstils, der die Schwächen der liberalen Wirtschaftsordnung in der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise ebenso überwinden konnte wie die vielfältigen Bedrohungen, die von der NS-Befehlswirtschaft ausgingen. Obwohl in diesem Ziel einig, standen sich – so erscheint es jedenfalls im Lichte der Wirtschaftsordnungsdebatte der späteren Jahre – zwei Lager feindlich gegenüber: Hier Planwirtschaft – dort Marktwirtschaft.

Während jedoch der dogmengeschichtliche Hintergrund[2], die wirtschaftspolitische Konzeption[3] und die Protagonisten des Marktwirtschaftslager selbst[4] im hellen Licht der Forschung stehen und Gegenstand zahlreicher Publikationen waren,

---

[1] Vgl. dazu J. Gimbel, Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–1949, Frankfurt/M. 1971 und W. Abelshauser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948, Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975.

[2] Z. B.: R. Blum, Soziale Marktwirtschaft, Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus (Schriften zur angewandten Wirtschaftsforschung 18), Tübingen 1968; Chr. Blumenberg-Lampe, Das wirtschaftspolitische Programm der „Freiburger Kreise", Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft (Volkswirtschaftliche Schriften 208), Berlin 1973; A. Müller-Armack, Genealogie der Wirtschaftsstile, Bern 1974.

[3] Insbesondere auf die Diskrepanz zwischen liberaler Doktrin und der wirtschaftspolitischen Realität des Staatsinterventionismus und der Planung in der „Wiederaufbauphase" ist oft hingewiesen worden. Vgl. A. Hunold (Hrsg.), Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach-Zürich 1953; F. G. Reuss, Fiscal Policy for Growth without Inflation, The German Experiment, Baltimore 1963; K. W. Roskamp, Capital Formation in West Germany, Detroit 1965; W. Stolper und K. W. Roskamp, Planning a free Society, Germany since 1945, Cambridge, Mass. 1966; C. Mötteli, Licht und Schatten der sozialen Marktwirtschaft, Leitbild und Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland, Zürich und Stuttgart 1961; H. J. Arndt, West Germany, politics of non-planning, New York 1966; A. Shonfield, Geplanter Kapitalismus, Berlin 1968.

[4] H. Ehrenberg, Die Erhard-Saga, Stuttgart 1965; Ludwig Erhard, Beiträge zu seiner politischen Biographie, Festschrift zum 75. Geburtstag, hrsg. v. G. Schröder u. a., Frankfurt/M. ²1972.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sind die Konturen ihrer ordnungspolitischen Gegenspieler bis heute auffallend blaß geblieben. Dies ist umso erstaunlicher, als in der „Vorwährungsreformzeit" wichtige Positionen – gerade in der Wirtschaftsverwaltung – von Anhängern des Planwirtschaftkonzeptes eingenommen waren.

Vor diesem Hintergrund muß die Bedeutung der „Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsplanung" vom 21. und 22. Juni 1946 gesehen werden. Auf Initiative des Generalsekretärs des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone, Gerhard Weisser[5], zustandegekommen und im Hamburger Sitzungssaal des Zonenbeirats durchgeführt, war die Tagung ein Forum nahezu aller zu diesem Zeitpunkt relevanten Konzeptionen von einer künftigen deutschen Wirtschafts- und Sozialordnung. An ihr nahmen Wissenschaftler, Verwaltungspraktiker und deutsche Politiker aus allen vier Zonen teil. Aus der amerikanischen und der französischen Zone waren sogar Beobachter „dienstlich und amtlich"[6] abgeordnet worden. Die Versammlung selbst bedurfte naturgemäß der Genehmigung durch die britische Militärregierung. Es war dies eine für diese frühe Nachkriegszeit ungewöhnliche Veranstaltung. Kein zweites Gremium deutscher Politiker und politischer Beamter konnte diesen Grad der überzonalen Vertretung für sich beanspruchen.

Vorausgegangen war eine Reihe bizonaler Treffen auf verschiedenen Ebenen der deutschen Verwaltung[7]. Diese Treffen sollten die geplante Verschmelzung der beiden angelsächsischen Zonen auf deutscher Seite politisch vorbereiten. Zur Erörterung grundsätzlicher Fragen der künftigen Wirtschaftsverfassung in einem zumindest wirtschaftlich geeinten Deutschland war dort kein Platz[8].

---

[5] Geb. 1898, 1924–1930 Leiter des Wohnungsamtes und der Finanzdirektion in Magdeburg, 1930–1933 Zweiter Bürgermeister von Hagen, nach seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten ab 1934 im kommunalen Verlagswesen tätig, 1943 habilitiert (Sozialpolitik), nach 1945 als Ministerialdirektor im Braunschweigischen Staatsministerium Leiter des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft und stv. Ministerpräsident, am 6. März 1946 zum Generalsekretär des Zonenbeirats gewählt, von 1948 bis 1950 Staatssekretär im Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen, Ordinarius in Köln und Mitglied des Wiss. Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums (BWiMin).

[6] Protokoll der Gutachtertagung (GA), Deutscher Bundestag, Parlamentsarchiv (künftig: BT PA) 1/55 GA, S. 1; als Vertreter der US-Zone nahm Oberregierungsrat Otto Haussleiter, Jahrgang 1896, z. Z. der GA Abteilungsleiter im Hessischen Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr teil, „für die entsprechenden Instanzen in Südwürttemberg als französischer Zonenbeauftragter" war Hans Peter (1898–1959), Tübinger Ordinarius für Nationalökonomie, anwesend.

[7] „Währungskonferenz" in Frankfurt/M. am 21./22. 2. 1946, „Wirtschaftskonferenz" in Frankfurt am 26./27. 2. 1946; gemeinsame Konferenz der Länderchefs aus der britischen und amerikanischen Zone in Bremen am 28. 2./1. 3. 1946; Tagung des Länderrats der amerikanischen Zone mit Mitgliedern des Zonenbeirats in Stuttgart am 3. 4. 1946; Berichte bzw. Protokolle dazu in: Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Band 1, bearbeitet von W. Vogel und Chr. Weisz, München 1976 (künftig: AVBRD 1), Dok. Nr. 12 und Nr. 18.

[8] Auch die Ergebnisse der Gutachtertagung wurden in den ordentlichen Sitzungen des Zonenbeirates oder des Länderrates, die völlig mit Tagesfragen ausgefüllt waren, kaum diskutiert.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Zonenbeirat, ursprünglich als „oberstes politisches Beratungsorgan der britischen Militärregierung“[9] ins Leben gerufen, war von Anfang an bemüht, die Spitzen der Zonenverwaltung für eine möglichst enge Koordination unter seinem Dach zu gewinnen. Er rief – anfangs ohne Wissen der Besatzungsmacht – eine informelle Vereinigung der Leiter der Zentralämter der britischen Zone unter dem Vorsitz seines Generalsekretärs ins Leben – eine Institution, die auch nach der Fusion der beiden angelsächsischen Zonen zur Bizone ihre Bedeutung behielt[10].

War es das Ziel, auf diesen informellen Koordinationssitzungen, „die Verwaltung der britischen Zone an die deutschen Parteien anzubinden und von den Besatzungsstellen zu lösen“[11], so diente die nach zunächst ähnlichem organisatorischem Muster abgehaltene Gutachtertagung vor allem der Klärung des nach dem allmählichen Übergang der Exekutive auf deutsche Stellen anzuwendenden Systems der Planung und Lenkung der Wirtschaft – über die britische Zone hinaus und „etwas abseits von den drängenden Fragen des Tages“[12].

In der Öffentlichkeit wurden denkbare künftige Systeme der Planung und Lenkung allzuleicht mit den in die Nachkriegszeit hinüberragenden und von den Besatzungsmächten vorläufig beibehaltenen Methoden und Institutionen der NS-Befehlswirtschaft[13] identifiziert. Die undankbare Aufgabe deutscher Amtsinhaber,

---

Der Antrag von V. Agartz, H. Schlange-Schöningen u. a. zur „Schaffung einer Zentralstelle für gemeinsame statistische Angelegenheiten aller vier Besatzungszonen“, der ausdrücklich mit Bezug auf die Gutachtertagung in der 5. Sitzung des Zonenbeirates (10./11. 7. 1946) gestellt wurde, bildet eine Ausnahme. S. dazu AVBRD 1, S. 629 (Dok.Nr. 25).

9 Der Zonenbeirat zur Verfassungspolitik, Denkschrift des Zonenbeirats der britischen Besatzungszone, als Manuskript gedruckt, Hamburg 1948, S. 5.

10 Ebda, S. 6; hierzu und zu weiteren Fragen, die Gutachtertagung betreffend, erhielt der Verf. wichtige Hinweise von Professor Weisser, für die er an dieser Stelle herzlich dankt.

11 G. Weisser zum Verf. am 31. 1. 1975.

12 BT PA 1/55, GA, S. 1.

13 Im landwirtschaftlichen Sektor wurden die Organisationsformen des Reichsnährstandes bewußt und weitgehend von den Besatzungsmächten übernommen, weil diese sich als „sucessful and efficient“ erwiesen hätten. Eine Aufhebung der zentralen Kontrollen galt in den Augen der Briten als „criminal irresponsibility“ und „gambling in human lives“ (Schreiben des stv. Leiters der Food and Agriculture Division, C.C.G., BOAR, Hollins, an den Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft [ZEL] Schlange-Schöningen, Bundesarchiv Koblenz (BA), Z 6 I/17, S. 3–4); weniger entschieden wurden Methoden und Institutionen der NS-Wirtschaftslenkung auf den industriellen Sektor übertragen. Zwar hatten die deutschen Beamten in der britischen Zone „das Gefühl, daß England von uns eine totale Planwirtschaft erwartet“, es fehlten auf deutscher Seite dazu aber „sowohl Apparat, Personal und nicht zuletzt der Wille“ (G. Keiser, Leiter der Hauptabteilung Planung und Statistik des Zentralamtes für Wirtschaft [ZAW] am 5. 4. 1972 zum Verf.). Das ZAW, Anfang 1946 als deutsches Gegenstück und Hilfsorgan der britischen Wirtschaftsverwaltung geschaffen, verfügte nicht über einen eigenen Behördenunterbau. Es war gezwungen, auf die Landes-, Kreis- und städtischen Wirtschaftsämter als Mittel- und Unterinstanzen zurückzugreifen. „Die Moral der 1000 Kalorien“ und eine schwache Polizeigewalt trugen dazu bei, „daß das System der Bewirtschaftung ... im weitgehenden Umfange zusammengebrochen ist“ (Viktor Agartz, Leiter des ZAW, an den Leiter des ZEL, Hans Schlange-Schöningen, am 7. 10. 1946, BA, Z 6 I/65, S. 51).

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das bestehende, durch Autoritätsverlust und Desorganisation deroutierte Lenkungssystem mit allen Mitteln am Leben zu erhalten, um so wenigstens einen Teil der knappen Ressourcen in den lebenswichtigen Aufbau der Infrastruktur zu lenken, stand einer überzeugenden politischen Werbung für einen grundsätzlich neuen Anfang in der Wirtschaftspolitik im Wege.

Die Übernahme von Methoden der Planung und Lenkung in Landwirtschaft und Industrie ging in der britischen Besatzungszone zweifellos am weitesten[14]. Nicht alle leitenden Beamten der zentralen deutschen Wirtschaftsverwaltung in der britischen Zone teilten jedoch die Zustimmung zu dieser Politik so uneingeschränkt, wie sie der Leiter des ZEL, Hans Schlange-Schöningen[15] in einem Schreiben an die Abteilung für Landwirtschaft und Ernährung der britischen Militärregierung zu erkennen gab: „Auf dem Sachgebiet, das meiner Verantwortung unterstellt werden soll, scheint mir kein politischer Raum mehr für ein freies Spiel kapitalistischer und liberalistischer Kräfte zu bestehen. Ich sehe vielmehr auf absehbare Zeit den einzigen Weg, um der derzeitigen und der kommenden Schwierigkeiten Herr zu werden, in einem vorbehaltlosen Bekenntnis zu einer gelenkten Planwirtschaft."[16]

Die Stunde der „Liberalisten" war indes noch nicht gekommen. In der britischen Zone übernahmen auf deutscher Seite zunächst Männer Verantwortung, die – von der Notwirtschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit abgesehen – bei weitgehend dezentralisierter Planung Methoden der indirekten Wirtschaftslenkung den Vorzug gaben. Die Herkunft dieser ökonomischen Funktionselite läßt sich auf wenige „intellektuelle Kerne" der Kriegs- und Vorkriegszeit zurückverfolgen. Gerade in den mittleren Rängen der Wirtschaftsverwaltungen, etwa auf der Ebene der Ab-

[14] Mit den Sparta-Plänen, einer vierteljährlichen, detaillierten Produktions- und Zuteilungsplanung, zielten die Briten anfangs auf eine totale Planung der Industrieproduktion ihrer Zone ab. In der US-Zone hingegen ist ein solcher, umfassender Plan nie aufgestellt worden – nicht zuletzt weil „grundsätzliche Abneigung gegen ein solches Unternehmen" bestand (Protokoll des Treffens der amerikanischen und britischen Wirtschaftsoffiziere beim Verwaltungsrat [für Wirtschaft] in Minden am 22. 11. 1946, BA, Z 8/36, S. 39). Auch in der sowjetischen Besatzungszone stießen Versuche der deutschen Wirtschaftsverwaltung, ein System zentraler Planung der Industrieproduktion einzuführen, auf (taktischen) Widerstand der Militäradministration (s. dazu Gutachtertagung, BT PA 1/55, GA, S. 148). In der französischen Zone lagen die Schwerpunkte von Planung und Lenkung auf jenen Sektoren der Land-, Forst- und Industriewirtschaft, die vorrangig für den französischen Wiederaufbau arbeiteten.

[15] 1886–1960, Schl. war von 1921 bis 1928 Abgeordneter der DNVP im preußischen Landtag, von 1924 bis 1930 MdR und 1930 Mitbegründer der volkskonservativen Vereinigung und Mitglied der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei. Von November 1931 bis Mai 1932 war Schl. Reichskommissar für die Osthilfe und Reichsminister ohne Geschäftsbereich im Kabinett Brüning. 1945 gehörte er zu den Gründern der CDU der britischen Zone und leitete bis 1949 das ZEL bzw. die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (VELF). Als Anhänger einer großen Koalition in innerparteilicher Opposition zu Adenauer, übernahm er 1950 die diplomatische Vertretung der Bundesrepublik in London.

[16] Schl. an Hollins am 23. 4. 1946, BA, Z 6 I/17, S. 192.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teilungs- und Hauptabteilungsleiter, finden sich auffallend viele Angehörige von Wirtschaftsforschungsstäben der Weimarer Zeit, sei es des Instituts für Konjunkturforschung[17], des Statistischen Reichsamts[18] oder des Reichswirtschaftsministeriums[19]. Dort – und in den Stäben der Berliner Großbanken – waren in den dreißiger Jahren die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise ausgewertet und daraus Konsequenzen für eine künftige deutsche Wirtschaftspolitik gezogen worden. Für die Gegner des NS-Regimes innerhalb dieses Personenkreises mußten diese Überlegungen in die Planung einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur münden.

Ein Kristallisationskern oppositioneller Wirtschaftswissenschaftler und Praktiker bildete in Berlin der sogenannte Mittwochskreis der Chefarchivare der Großbanken[20]. Großen Einfluß auf die Diskussion dieses Kreises hatte die 1936 ver-

---

[17] So z. B. der Vize-Präsident der Deutschen Bundesbank, Otmar Emminger, Jahrgang 1911, der von 1947 bis 1949 als Oberregierungsrat im Bayerischen Wirtschaftsministerium und seit 1950 ununterbrochen in leitender Position in der Notenbank tätig war. Ebenso Victor Wrede, der z. Z. der Gutachtertagung als Oberregierungsrat und Referent für Wirtschaft und Verkehr im Oberpräsidium Hannover später Leiter der Senatsbehörde für Wirtschaft und Verkehr in Hamburg und Mitglied des Direktoriums der Bank deutscher Länder war.

[18] So z. B. Günter Keiser, Jahrgang 1902, der nach seiner Tätigkeit im Statist. Reichsamt (1927–29) von 1937 bis 1945 als Herausgeber der Zeitschrift „Bankarchiv" fungierte und Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des Zentralverbands des Bank- und Bankiersgewerbes war. Keiser wurde 1946 Hauptabteilungsleiter „Planung und Statistik" des ZAW/VAW, dann Leiter der Sonderabteilung Wirtschaftsplanung der Verwaltung für Wirtschaft (VfW).
Ähnlich Bernhard Benning, Jahrgang 1902, der von 1928 bis 1933 wiss. Referent im Statist. Reichsamt und dann bis 1945 Direktor der volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichs-Kredit-Gesellschaft, Berlin, und in dieser Funktion Teilnehmer am „Mittwochskreis der Chefarchivare" (s. unten, Fußnote 20) war, um nach Internierung in der SBZ seit 1950 als Mitglied im Direktorium der Bank deutscher Länder bzw. als Mitglied im Direktorium und im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank an der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik mitzuwirken.

[19] So z. B. Paul Josten, Jahrgang 1883, seit 1920 – zuletzt als Ministerialrat für Preisangelegenheiten im Arbeitsstab Nord (Hamburg) – im Reichswirtschaftsministerium (RWiMin), war z. Z. der Gutachtertagung stv. Generalsekretär des Zonenbeirats und dort für wirtschafts- und verwaltungsrechtliche Fragen zuständig, später im Stuttgarter Länderrat mit Sonderaufgaben betraut, ab September 1947 Hauptabteilungsleiter II (Wirtschaftspolitik) der VfW. Ähnlich Walter Strauß, Jahrgang 1900, bis 1935 im RWiMin, seit 1. 10. 1947 stv. Direktor der VfW; ebenfalls Eduard Schalfejew (1888–1962), bis 1935 im RWiMin, seit 1. 9. 1947 Abteilungsleiter der VfW, später Staatssekretär im BWiMin.

[20] Die Archive waren vor dem Krieg embryonale Formen der volkswirtschaftlichen Abteilungen der Banken. Dem Kreis, der in regelmäßigen Abständen mittwochs zusammentrat, gehörten neben Bankern auch solche Wirtschaftswissenschaftler an, die aus beruflichen Gründen oder durch persönliche Bekanntschaft in Kontakt mit dem Mittwochskreis kamen. Dazu zählt G. Keiser, Bankenverbandsfunktionär und Redakteur der Zeitschrift „Bankarchiv" ebenso wie G. Weisser, der seine wissenschaftliche Arbeit in sorgfältig getarnten Aufsätzen – u. a. im „Bankarchiv" – auch nach 1933 fortsetzte. Von den Teilnehmern des „Mittwochkreises" nahm auch Karl-Eugen Mössner an der Gutachtertagung teil. Der 1903 geborene

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

öffentlichte[21], in Deutschland aber kaum rezipierte keynesianische Konjunkturtheorie und ihre wirtschaftspolitischen Folgerungen. Keynes hatte in seiner „General Theory" eine Alternative zur Wirtschaftspolitik autoritärer Systeme angeboten, weil diese „das Problem der Arbeitslosigkeit auf Kosten von Leistungsfähigkeit und Freiheit zu lösen scheinen"[22]. Er war davon überzeugt, daß „nur eine ziemlich umfassende Sozialisierung der Investition sich als ein Mittel erweisen wird, Vollbeschäftigung annäherungsweise zu sichern"[23]. Wichtiger als das Eigentum an den Produktionsmitteln sei für den Staat die Fähigkeit, das Investitionsvolumen und dadurch wiederum das Wachstum des Kapitalstocks sowie des Einkommens seiner Besitzer zu bestimmen. Die Anziehungskraft, die das Keynessche Modell der indirekten Wirtschaftslenkung durch Instrumente der Geld- und Fiskalpolitik auf Intellektuelle in den volkswirtschaftlichen Abteilungen der Banken ausübte, lag in der Chance, „die notwendigen Maßnahmen der Sozialisierung ... allmählich und ohne einen Bruch in der allgemeinen Tradition der Gesellschaft"[24] einzuführen. Es entsprach der Tradition der deutschen Großbanken, wie sie im Universalbankprinzip seit der Industrialisierungsperiode begründet war, in enger Zusammenarbeit mit Staat und Industrie jenen spezifisch deutschen Typus des „organisierten Kapitalismus"[25] weiterzuentwickeln, dessen planwirtschaftliche Züge nicht übersehen werden können.

Hier ergaben sich aber auch Berührungspunkte – wenn nicht im Grundsatz so in den Methoden – zu wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Vertreter des „freiheitlichen Sozialismus". Diese „nichtmarxistischen Sozialisten"[26], die in der Zeit der Weimarer Republik aus dem Kreis der oppositionell gestimmten jüngeren Generation noch nicht heraustraten, sahen in den westeuropäischen und skandinavischen Arbeiterparteien ihre Vorbilder für die künftige Entwicklung des Sozialismus und nicht selten im Keynesianismus das geeignete Instrument, eine planvolle Lenkung der Wirtschaft bei prinzipiell marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnung

---

spätere Präsident der Messegesellschaft Hannover gehörte nach seiner Tätigkeit als Privatsekretär des Alt-Kanzlers Luther vor und während des Krieges – zuletzt als ihr Leiter – der volkswirtschaftlichen Abteilung der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken in Berlin an. Z. Z. der Gutachtertagung war er als Regierungsdirektor im Braunschweigischen Staatsministerium für Fragen der Wirtschaftsplanung zuständig. Über die Funktion des „Mittwochkreises" berichtete G. Weisser am 31. 1. 1975 dem Verf.

21 John Maynard Keynes, The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936; deutsch: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München 1936.

22 J. M. Keynes, The General Theory, a. a. O., S. 381 (vom Verf. übersetzt).

23 Ebenda, S. 378.

24 Ebenda.

25 Vgl. dazu: H. U. Wehler, Der Aufstieg des organisierten Kapitalismus und Interventionsstaates in Deutschland, in: Organisierter Kapitalismus, hrsg. v. H. A. Winkler (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 9), Göttingen 1974, S. 36–57; vgl. dazu auch A. Shonfield, a. a. O.

26 Vgl. dazu G. Weisser, Artikel „Sozialismus: (IV) Neuere Richtungen: (5) Freiheitlicher Sozialismus" im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, S. 509–523.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu verwirklichen[27]. Ihr Einfluß auf die wirtschaftspolitische Programmatik der SPD war schon in den ersten Nachkriegsjahren nicht unbedeutend, wenngleich die Darstellung der Wirtschaftspolitik der SPD in der Öffentlichkeit weitgehend von verbalem Marxismus geprägt wurde. Vor allem über die Programmkommission und die wirtschaftspolitische Kommission beim Parteivorstand gelang es Weisser, die wirtschaftspolitischen Leitsätze der SPD, wie sie anläßlich des Parteitages von Hannover im Mai 1946 formuliert wurden, in Richtung des „freiheitlichen Sozialismus" zu beeinflussen, so daß er schließlich mit Recht sagen konnte, daß sie „in sehr erheblichem Umfange von mir stammen"[28]. Während auf der Sitzung der Programmkommission unter dem Vorsitz von Kurt Schumacher Gerhard Weisser das alleinige Referat hielt, vertrat Viktor Agartz[29] als Hauptredner des Parteitages eine Wirtschaftspolitik, „die Agartz selbst ablehnt, die hingegen von uns, den Mitgliedern der ersten Programmkommission vorher erarbeitet worden war"[30]. Die Kernsätze dieser Rede – soweit sie auf Methoden der Planung und Lenkung eingeht – lassen das Ziel, den Wirtschaftsprozeß indirekt zu steuern, klar erkennen: „In der sozialistischen Planwirtschaft sieht die SPD nicht einen Selbstzweck. Sie fordert daher die Beschränkung der staatlichen Eingriffe auf das jeweils erforderliche Maß. Ganz allgemein gesehen müssen die groben und provisorischen Methoden der kriegswirtschaftlichen Steuerung durch wissenschaftlich durchdachte Methoden, auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Kräftebilanzen, ersetzt werden. Es dürfen insbesondere Löcher nicht dadurch gestopft werden, daß an anderer Stelle neue aufgerissen werden. Unter Einbau marktwirtschaftlicher Elemente des Wettbewerbs muß die Planung unbeschadet ihres umfassenden Charakters mehr und mehr zu den Methoden der *indirekten* Lenkung übergehen."[31]

Als Transmission dieser Vorstellungen auf alle, die „entscheidende Mitverant-

---

[27] Von den Teilnehmern der Gutachtertagung zählten zu den Keynesianern in erster Linie der spätere Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller (s. Fußnote 80, S. 13) und Victor Wrede (s. Fußnote 17); im weiteren Sinne zählten zu diesem Personenkreis auch Günter Keiser, Karl-Eugen Mössner, Hans Peter und Gerhard Weisser.

[28] Schreiben an H. Peter, Tübingen, am 31. Mai 1946, BT PA 1/55; in der Tat ergibt eine Analyse des Textes der Leitsätze gerade in den Passagen, die konkret auf die Gestalt künftiger deutscher Wirtschaftspolitik eingehen, bis hin zu gleichen Formulierungen Übereinstimmung mit den Ausführungen Weissers auf der Gutachtertagung.

[29] 1897–1964, seit 1918 Mitglied der SPD, seit 1924 Dozent am Freien Gewerkschaftsseminar, 1931–1933 Vorstandsmitglied der Kölner Konsumgenossenschaft, seit 1933 Direktor der Rheinisch-Westfälischen Treuhand-AG, am 15. 2. 1946 zum Generalsekretär des German Economic Advisory Board (GEAB), dem Deutschen Wirtschaftsrat, in Minden ernannt, aus dem das ZAW/VAW hervorgingen, leitete A. – mit Unterbrechungen – bis Ende 1947 die oberste deutsche Wirtschaftsverwaltung der britischen Zone. 1948 wurde er Mitglied des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und bis zu seinem Ausschluß aus Partei und Gewerkschaft (1955) Mitgeschäftsführer des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI).

[30] G. Weisser am 24. 2. 1975 zum Verf.

[31] V. Agartz, Sozialistische Wirtschaftspolitik, Rede gehalten auf dem Parteitag der SPD in Hannover (Mai 1946), Karlsruhe o. J., S. 8 f. (Hervorhebung vom Verf. d. Dokumentation).

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wortung für die Praxis" trugen[32], sollte die Gutachtertagung dienen. Wenngleich die Tagung formal nicht vom Zonenbeiratsparlament bestellt war, um ihren informellen Charakter zu unterstreichen, der allein die Durchführung ermöglichte, bedeutete die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises „eine Konzession an den öffentlichen Charakter"[33] der Tagung. Als „first civil servant" der britischen Zone war Weisser von Seiten der Militärregierung Zurückhaltung in seiner parteipolitischen Arbeit auferlegt[34]. Mit Ausnahme der KPD waren alle im Zonenbeirat repräsentierten Parteien durch Teilnehmer vertreten. Eine besondere Rolle kam in der Tagungsstrategie dem Münsteraner Nationalökonomen Alfred Müller-Armack[35] zu. Er war von Weisser dazu ausersehen, die „liberalistischen Gegen-Argumente"[36] vorzubringen – einen Anspruch, den Müller-Armack aber nur – wie er betonte – „als advocatus diaboli"[37] zu erfüllen bereit war.

Eine „gewisse Form der Lenkung"[38] hielt Müller-Armack für unverzichtbar, wenn die Dynamik der marktwirtschaftlichen Ordnung, die im 19. Jahrhundert die Lebensbasis einer schnell wachsenden Bevölkerung gesichert hatte, nicht in Gestalt eines sich selbst überlassenen Wirtschaftsliberalismus, sondern als „sozial gesteuerte Marktwirtschaft"[39] zur Lösung des deutschen Aufbauproblems genutzt werden sollte. Sein Entwurf einer „Sozialen Marktwirtschaft" unterschied sich daher von den Lenkungsvorstellungen der freiheitlichen Sozialisten um Weisser wie „gesteuerte Marktwirtschaft" von „marktwirtschaftlicher Lenkungswirtschaft"[40]. Müller-Armack hatte seine Konzeption während des Krieges entwickelt, ohne in direktem Kontakt zu den „Freiburger Kreisen" zu stehen, die ihrerseits ebenfalls eine „lenkende, regulierende Marktwirtschaftspolitik" diskutierten, die als Entwurf einer Wirtschaftsordnung für die Zeit nach Hitler dienen konnte[41]. Seine Absicht „ethische Gedanken in eine Wirtschaftsordnung zu inkorporieren"[42]

[32] G. Weisser an H. Peter am 31. 5. 1946, BT PA 1/55.

[33] G. Weisser am 31. 1. 1975 zum Verf.

[34] Weisser teilte dieses Schicksal mit den Ämterchefs Agartz und Schlange-Schöningen, die ebenfalls parteipolitisch stark engagiert waren. In der Praxis wurde ihr Handlungsspielraum dadurch jedoch nicht allzusehr eingeengt.

[35] Geb. 1901, seit 1940 Ordinarius für Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Münster (Direktor der Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft) gilt Müller-Armack als Schöpfer der Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft" (Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1947), seit 1950 Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Köln und Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik, 1952 kommissarischer Leiter der Hauptabteilung I (Wirtschaftspolitik) des BWiMin, 1958–1963 Staatssekretär im BWiMin.

[36] G. Weisser an H. Peter am 31. 5. 1946, BT PA 1/55.

[37] Protokoll der Gutachtertagung, BT PA 1/55, GA, S. 14.

[38] GA, S. 14.

[39] A. Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktordnung, Hamburg 1947, S. 88.

[40] Ebenda.

[41] In seinem Wohnort Vreden (Münsterland) traf M.-A. 1940 mit Ludwig Erhard zusammen, an dessen Seite er ab 1949 seine Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft" politisch umzusetzen versuchte.

[42] M.-A. zum Verf. am 15. 3. 1975.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und die Anerkennung einer „sinnvolle[n] Verbindung einer aktiven Sozial- oder einer sozialistischen Wirtschaftspolitik mit einer Marktwirtschaft"[43] schufen eine Gesprächsgrundlage mit Weisser, der während des Krieges als wissenschaftlicher Verlagsmitarbeiter Müller-Armacks Arbeiten lektorierte und publizierte.

Dem Tübinger Nationalökonomen Hans Peter[44] war die Rolle zugedacht, einem Publikum, das „entscheidende Mitverantwortung für die Praxis trägt", darzulegen, „welcher *Nutzeffekt* aus . . . Planung auf Grund volkswirtschaftlicher Kräftebilanzen"[45] gewonnen werden kann. Der Petersche Beitrag sollte einer entscheidenden Schwäche abhelfen, die „dieser elegantere, dieser gelockerte, dieser durchdachtere, dieser kunstvollere Stil der Planung"[46] aufwies, den die Anhänger des Planwirtschaftskonzepts in der deutschen Wirtschaftsverwaltung an die Stelle der auf die unmittelbare Nachkriegszeit befristeten „Notwirtschaft" setzen wollten: Es fehlte bis dahin ein operationales Konzept gesamtwirtschaftlicher Planung und Lenkung. Peters Versuch, dieses Konzept zu entwickeln, ist gekennzeichnet durch „Methodenpluralität" einerseits und „Werturteilsfreiheit" andererseits. Grundsätze, die die Frage Marktwirtschaft oder Planwirtschaft für ihn zu einer „Frage der Zweckmäßigkeit" werden ließen[47]. Es gelang ihm jedoch nicht, aus einer bemerkenswert defensiven Haltung zur Marktwirtschaft herauszukommen und eine konkrete, unmittelbar in die Praxis umsetzbare Methode der Planung und Lenkung zu entwickeln. Jedenfalls fand Peters Beitrag auf der Gutachtertagung kaum Widerhall.

Ein anderes Modell der Planwirtschaft wurde von Wilhelm Kromphardt[48] „warm" empfohlen: das sowjetische Modell eines in einen freien und einen „bewirtschafteten" Teil gespaltenen Marktes. Kromphardt, der später im wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsministeriums eine dezidiert liberale Position vertrat, nahm diese Haltung aber wahrscheinlich „aus Spaß an zugespitzten Formulierungen"[49] ein. Er gehörte zu dem engeren Kreis der Teilnehmer, die Weisser in seine interne Tagungsstrategie einwies und offenbar zu denen, die er für Verteter der von ihm angestrebten „Planwirtschaft der leichten Hand" hielt[50].

---

43 GA, S. 14.

44 1898–1959, Schüler von F. Oppenheimer, seit 1945 Ordinarius in Tübingen, arbeitete vor allem auf dem Gebiet der angewandten Wirtschaftstheorie. Vgl. Grundprobleme der vergleichenden Nationalökonomie, Stuttgart, I: Wert, Preis, Profit, 1933; II: Der Gesamtprozeß in der Entwicklung 1934; III: Automatischer Prozeß und gestaltende Volkswirtschaft, Fragen der angewandten Theorie 1937.

45 Weisser an Peter am 31. 5. 1946 BT PA, 1/55 (Hervorhebung im Original).

46 GA, S. 10.

47 GA, S. 89.

48 Geb. 1897, seit 1937 Universität Rostock, seit 1941 Ordinarius für Nationalökonomie, 1946 bis 1949 TH Hannover, später Mitglied des Wiss. Beirats des BWiMin.

49 Weisser zum Verf. am 31. Jan. 1975.

50 Dafür spricht, daß K. eine Durchschrift des Briefes von Weisser an Peter erhielt, in dem die Weissersche Absicht und Taktik für die Tagung offengelegt wurden (Weisser an Peter am 31. Mai 1946, BT PA 1/55).

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Kromphardtschen Empfehlung widersprach Otto Suhr[51]. Für ihn konnte das „Modell Rußland nicht so ohne weiteres für uns Vorbild sein", weil er die „Aufrechterhaltung der freien Märkte für unmöglich in der gegebenen Situation" hielt[52]. Suhr fand sich in der Lage, gegen den (taktischen) Widerstand der sowjetischen Militäradministration für einen Teilbereich der Industrie der Ostzone einen Generalplan aufzustellen. Aus Suhrs Beiträgen wird ein zentrales Motiv für die Suche der deutschen Wirtschaftsverwaltung nach einem Wirtschaftsstil „zwischen Ost und West"[53] deutlich: Es galt einem weiteren Auseinanderleben der Zonen auf wirtschaftlichem Gebiet entgegenzuwirken, indem Lenkungsformen gesucht wurden, die den wirtschaftspolitischen Zielen aller Beteiligten gerecht würden. Vor allem der Zonenbeirat und namentlich sein Generalsekretär Weisser versuchten alles, um die Wiedererlangung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands nicht durch faits accomplis in der zentralen Frage der Wirtschaftsordnung zu erschweren. Diesem Ziel sollte nicht zuletzt die Gutachtertagung dienen, die zu einem Zeitpunkt stattfand, als die Entscheidung für eine Fusion der britischen und amerikanischen Zone schon abzusehen war. Die nationalpolitische Zielrichtung der Tagung ist umso bemerkenswerter als fast zur gleichen Zeit ein anderer Teilnehmer, der Leiter des ZEL, Schlange-Schöningen, in einem Geheimbericht nach einem „Staatsbesuch" in Thüringen der britischen Militärregierung riet, „vielleicht nach einem letzten kurzfristigen begrenzten Verhandlungsversuch mit der Sowjetregierung, um die Schuldfrage zu klären, ... die drei Westzonen im Sinne einer zielklaren Westpolitik zu organisieren. ... Auf diese Weise wird vielleicht in Kürze ein solches Übergewicht entstehen, daß die Russen daraufhin bis zur Oder nachgeben."[54] Der Generalsekretär des Zonenbeirates bestand dagegen noch im September 1947 auf der Ansicht, daß „gerade die Deutschen der Westzonen die Aufgabe [haben] in den Fragen der Ostpolitik schöpferische Phantasie zu zeigen". Weisser bestellte beim Kieler Institut für Weltwirtschaft ein Gutachten zum Rußlandhandel, um der Ostzone und der Sowjetunion zu signalisieren, daß „wir auf dem Gebiet der Ostfragen praktische Arbeit leisten"[55]. Zur Zeit der Gutachtertagung waren zumindest ihre Veranstalter davon überzeugt, mit dem bevorstehenden Übergang der „Verantwortlichkei-

---

[51] 1894–1957, 1925–30 Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Berliner AfA-Bundes, bis 1945 freier Schriftsteller, von August 1945 bis März 1946 Hauptabteilungsleiter (Verarbeitende Industrie) in der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie in der sowjetischen Besatzungszone, bis 1951 Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung von Berlin, danach bis 1955 Präsident des West-Berliner Abgeordnetenhauses und gleichzeitig Direktor der deutschen Hochschule für Politik, von 1955 bis zu seinem Tod Regierender Bürgermeister von Westberlin.

[52] GA, S. 80.

[53] GA, S. 8.

[54] Bericht an die Britische Militärregierung vom 17. Mai 1946, BA, Z 6 I/198, S. 24 f.

[55] Weisser an den komm. Leiter des Instituts für Weltwirtschaft, Fick, am 8. 9. 1947, BT PA, 1/199.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten auf wirtschaftspolitischem Gebiet . . . auf deutsche Stellen"[56] wachse auch die Chance, daß „Deutschland wenigstens die wirtschaftliche Einheit" erhalten bleiben könne[57]. Damit stand die Frage, „ob wir unsere Wirtschaft zwischen Ost und West aufbauen wollen"[58], im Mittelpunkt der Hamburger Diskussion. Der Dritte Weg – von Weisser mit der Devise „Optimum statt Maximum" umrissen – sollte vor allem auch die immateriellen Kosten der Produktion berücksichtigen. Die Weissersche Einsicht, es habe „gar keinen Sinn, Güter noch und noch zu erzeugen, wenn die Menschen nicht in die Lage kommen, sie sinnvoll zu konsumieren"[59], entsprach aber – so mutet es aus heutiger Sicht an – mehr dem gesellschaftspolitischen Zeitgeist der zweiten Hälfte der sechziger Jahre als der wirtschaftlichen Realität des ersten Nachkriegsjahrfünfts in Deutschland. Auch der Hinweis auf „eine kaum übersehbare Reihe von Lenkungsmittel nicht nur direkter sondern auch indirekter Art", die an die Stelle der „großen Mittel des Gebots und des Verbotes"[60] treten könnten, erinnert eher an relativ „moderne" Instrumentarien globaler Steuerung als an die klassischen Mittel zentraler Planung und Lenkung der Wirtschaft.

An diesen Ausgangspositionen der gegnerischen Lager orientiert, wie sie auf der Gutachtertagung zu Tage traten, muß die inhaltliche Analyse der Wirtschaftsordnungsdebatte in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren zu einem nüchternen Ergebnis führen. Sie hat in der politischen Auseinandersetzung eine Bedeutung erlangt, die mit rationalen Kategorien allein nicht erklärt werden kann[61]. Die Härte, mit der der Streit geführt wurde, läßt sich nicht aus der Konfrontation zweier grundsätzlich verschiedener Wirtschaftssysteme – wie sie mit den Euckenschen Idealtypen „Zentralverwaltungswirtschaft" und „Laissez-Faire" beschrieben sind – verstehen: Weder wollten die einen zentrale Planwirtschaft des Staates dauerhaft installieren noch die anderen die Wirtschaft völlig dem freien Spiel anonymer Märkte überlassen.

Wie nahe die ordnungspolitischen Positionen maßgeblicher Vertreter von Verwaltung, Wissenschaft und Parteien im ersten Nachkriegsjahr beieinander lagen, zeigt der Verlauf der Gutachtertagung über Grundfragen der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung. Sie fand am 21. und 22. Juni 1946 in Hamburg im Sitzungssaal des Zonenbeirats, Sophienterasse 14, unter dem Vorsitz des Generalsekretärs des Zonenbeirats, Dr. Gerhard Weisser[62], statt. Das Wortprotokoll der Tagung liegt im Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags (BT PA 1/55). Der

---

56 GA, S. 2.
57 GA, S. 1.
58 GA, S. 8.
59 GA, S. 7.
60 GA, S. 10.
61 Zur Rolle der Marktwirtschaft als „integrierender Mythos" der westdeutschen Demokratie siehe H. Mey, Marktwirtschaft und Demokratie, in dieser Zeitschrift 19 (1971), S. 160–186.
62 Vgl. Anmerkung 5.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tagungsverlauf ist darin offenbar vollständig erfaßt. Auf 164 Din-A-4-Seiten sind 34 Referats- und Diskussionsbeiträge von 15 Teilnehmern wiedergegeben.

Eine Teilnehmerliste enthält das Protokoll nicht. Aus der Einladung, den Wortmeldungen und aus den Beiträgen selbst läßt sich aber der Kreis der Teilnehmer rekonstruieren:

Dr. Viktor Agartz[63], Zentralamt für Wirtschaft (ZAW), Minden, Simeonsplatz 21
Senator Otto Borgner[64], Landeswirtschaftsamt Hamburg, Moorweidenstraße 18
Dr. Ernst Deissmann[65], ZAW, Minden, Simeonsplatz 21
Professor Harald Fick[66], Kiel-Wieck, Flensburgerstraße 58
Senator Gustav W. Harmssen[67], Bremen, Atlaswerke
Oberregierungsrat Otto Haussleiter[68], Ministerium für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, Wiesbaden
Dr. Wilhelm Heitmüller[69], Nordwestdeutscher Rundfunk, Hamburg 13
Dr. Paul Josten[70], Zonenbeirat, Hamburg
Dr. Günter Keiser[71], ZAW, Minden Simeonsplatz 21
Herbert Kriedemann[72], Hannover, Odeonstraße 15/16
Professor Wilhelm Kromphardt[73], Kiel, Kirchhofallee 24
Regierungsdirektor Dr. Karl-Eugen Mössner[74], Braunschweig, Staatsministerium
Professor Dr. Alfred Müller-Armack[75], Münster/Westf., Universität

---

[63] Vgl. Anmerkung 29.

[64] Senator für Wirtschaft und Verkehr, Hamburg, SPD, Teilnahme wahrscheinlich, aber nicht belegt.

[65] Geb. 1899, 1930–1934 Leiter der Londoner Zweigstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), 1935–1945 Leiter der Rechtsabteilung der IG-Farbenindustrie, Berlin, Juli 1945 bis 15. 2. 1946 Consultant beim Office of Military Government US (OMGUS), Economic Department, Berlin, seit 15. 2. bzw. 1. 3. 1946 Hauptabteilungsleiter ZAW/VAW/VfW, seit 30. 10. 1946 auch Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Kohle und in dieser Eigenschaft zuständig für das Bergarbeiterpunktsystem, später Syndikus bei der Esso-AG, Hamburg.

[66] Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel.

[67] Geb. 1890, während der NS-Zeit Vorstandsmitglied der Atlaswerke, Bremen, 1945–1953 Senator für Wirtschaftsforschung und Außenhandel, Bremen, seit Anfang 1946 Beauftragter der Ministerpräsidenten für Demontagefragen, seit 1948 Mitglied im BDV bzw. der FDP.

[68] Geb. 1896, Leiter der Preisabteilung des Wirtschaftsministeriums von Groß-Hessen.

[69] Teilnahme nicht belegt.

[70] Vgl. Anmerkung 19.

[71] Vgl. Anmerkung 18.

[72] Stv. Vorsitzender der SPD für die britische Zone, Hannover, Mitglied des (vorläufigen) Beirats des ZAW, 2. SPD-Vertreter im Zonenbeirat; Teilnahme wahrscheinlich, aber nicht belegt.

[73] Geb. 1897, seit 1937 Universität Rostock, seit 1941 dort Ordinarius für Nationalökonomie, 1946–1949 TH Hannover, später Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums.

[74] Vgl. Anmerkung 20.

[75] Vgl. Anmerkung 35.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regierungsdirektor Dr. Ernst Nölting[76], Hannover, Oberpräsidium
Professor Dr. Hans Peter[77], Tübingen-Waldhausen 29
Professor Dr. Bernhard Pfister[78], Hamburg, Universität
Dr. Friedrich v. Poll[79], Hamburg 13, Sophienterasse 14, Wirtschaftsrat Nord
Professor Dr. Karl Schiller[80], Institut für Weltwirtschaft, Kiel
Reichsminister a. D. Dr. Hans Schlange-Schöningen[81], Hamburg, Shellhaus
Dr. Otto Suhr[82], Berlin
Präsident Willrodt[83], Kiel, Landesarbeitsamt
Dr. Victor Wrede[84], Hannover-Kleefeld, Ebellstraße 26

Die folgende Dokumentation bietet eine Auswahl der wichtigsten Tagungsbeiträge, wobei Ausführungen, die sehr detailliert und/oder sehr systematisch auf Probleme der ökonomischen Theorie und der Theorie der Wirtschaftspolitik eingehen, nicht aufgenommen wurden. Die Dokumentation vermittelt dennoch einen Eindruck des Gesamtverlaufs der Tagung, weil vor allem jene Teilnehmer zu Wort kommen, die ihren Verlauf bestimmt haben.

Werner Abelshauser

Dokument[85]

1. Dr. Weisser:	Wissenschaftliche Fundierung der Wirtschaftslenkung und Lockerung ihres Stils.
2. Prof. Müller-Armack:	Überblick über die Argumente gegen Planwirtschaft überhaupt und ihre bisherigen Erscheinungsformen in Deutschland und anderen Ländern.

[76] Geb. 1901, z. Z. der Gutachtertagung Regierungsdirektor im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Hannover, dann dort Staatsminister.

[77] Vgl. Anmerkung 44.

[78] Geb. 1900, seit 1930 Privatdozent, bzw. a. o. Professor für Nationalökonomie und Finanzwirtschaft, seit 1945 Ordinarius in Hamburg.

[79] Von Ende Januar bis zum 30. 6. 1946 Geschäftsführer des Generalsekretariats für Wirtschaftsfragen des „Wirtschaftsrats Nord", der aus Vertretern von Verwaltung und Wirtschaftskammern Hamburgs und Schleswig-Holsteins zusammengesetzt war. Teilnahme wahrscheinlich, aber nicht belegt.

[80] Geb. 1911, 1935–1939 Forschungsgruppenleiter bzw. Privatdozent am Institut für Weltwirtschaft, Kiel, 1945 Leiter der Hamburger Außenstelle und Redaktionsabteilung des Instituts, seit 1946 Mitglied des Vorstandes und des Präsidiums der SPD.

[81] Vgl. Anmerkung 15.

[82] Vgl. Anmerkung 51.

[83] Teilnahme wahrscheinlich, aber nicht belegt.

[84] Vgl. Anmerkung 17.

[85] Grundsätzlich werden die Beiträge in der Chronologie zusammengestellt. Ausnahmen, die dann nötig sind, wenn inhaltlich zusammengehöriges an verschiedenen Stellen des Protokolls auftaucht, werden in den Fußnoten angezeigt. Auslassungen und Korrekturen offensichtlicher Hör- oder Schreibfehlern sind durch [. . .] gekennzeichnet. Der Inhalt längerer Auslassungen wird in Klammern kurz wiedergegeben.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. Senator Harmssen:	Bestandserhebung zur Vorbereitung der Wirtschaftsplanung.
4. Prof. Hans Peter:	Leistung der Wirtschaftstheorie für die Wirtschaftsplanung.
5. Prof. Wilh. Kromphardt:	Mögliche Mittel der Wirtschaftsplanung.
6. Reg. Dir. Dr. habil Mössner:	Regional- und Lokalpläne.
7. Dr. Heitmüller:	Das Experiment im Dienste der Wirtschaftsplanung. [Referat wurde nicht gehalten]

[Beginn:] Freitag, 21. Juni 1946, 11.00 Uhr
Vorsitz: Generalsekretär Dr. Weisser
[Begrüßung und Darstellung des Tagungszwecks], dann Referat: Wissenschaftliche Fundierung der Wirtschaftslenkung und Lockerung ihres Stils.

„Wir haben heute weder eine Kriegswirtschaft aufzubauen, noch kann unsere Wirtschaft, noch darf unsere Wirtschaft ausgerichtet sein in etwa auf ein Maximum an privatem Gewinn als gewolltes Ziel. Wir befinden uns in einer anderen Lage. Gewolltes Ziel kann nur eine solche Gestaltung der Produktion sein, bei der die Volksangehörigen auch die äußere und innere Möglichkeit haben, das Ersparte im Sinne eines menschenwürdigen Daseins zu genießen. Ich möchte das einmal schlagwortartig so formulieren, daß die Produktion nicht zu einem Maximum an Herausbringung emporgepreßt werden darf, sondern zu einem Optimum emporgeführt werden sollte.
Ich bin mir darüber klar, daß nach dem Zusammenbruche unseres Produktionsapparates die äußersten Anstrengungen gemacht werden müssen, um unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, aber es ist doch nicht unfruchtbar, sich bewußt zu werden, [...] daß unsere Volkswirtschaft heute unter einer ganz anderen Zielsetzung steht, als noch vor 13 oder 14 Monaten, als die Kriegswirtschaft war. [...]
Ich glaube, das ist von erheblicher politischer Bedeutung. Es ist wohl überflüssig, zu sagen, daß ich nicht die Vorstellung einer maschinenstürmerischen Wirtschaftspolitik habe, aber es ist doch unbedingt notwendig, daß wir heute, wo wir auf lange Sicht planen sollen und wollen, ganz grundsätzlich uns überlegen, welche Grenzen gezogen sind, und ich glaube, am deutlichsten wird der Unterschied unserer Gesamtsituation gegenüber der Kriegswirtschaft und dem Typ der letzten 12 Jahre, wenn wir uns dieses ganze Problem von der Seite der immateriellen Kosten der Produktion vor Augen halten. Es hat gar keinen Sinn, Güter noch und noch zu erzeugen, wenn die Menschen nicht in die Lage kommen, sie sinnvoll zu konsumieren.
Und in diesem Zusammenhange steht dann wohl auch die schon enger an das Thema heranführende Frage, welche Struktur organisatorisch unserer Wirtschaft gegeben sein sollte, wenn sie zu einer bestimmt umschriebenen Leistung geführt werden soll. Das Maximum an persönlicher Initiative in allen Stufen der Erzeugung wird an dieser Stelle interessant und stellt sich zur Erörterung. Man kann die Frage stellen, ob man vielleicht Unternehmer in den verschiedensten Unternehmungsformen einsetzen soll, oder ob man zentral im Sinne einer zentral gelenkten Verwaltungswirtschaft alle Kräfte zusammenfaßt und die einzelnen Unternehmungen praktisch zu Dienststellen macht. Man kann diese Frage, wie es üblich ist, rein unter dem Gesichtspunkte behandeln: in welchem Falle ergibt sich das größere Maß an produktiver Leistung und wird sagen: wir wollen die unternehmerische Leistung nicht ersticken, weil gerade die unternehmerische Leistung der einzelnen Unternehmer die Gesamtleistung steigert, oder man kann umgekehrt sagen: diese unternehmerische Initiative hat in vieler

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hinsicht versagt, wir müssen die Dinge zusammen machen, zu einer zentralen Leistung.

Das sind also Erwägungen, bei denen diese Frage lediglich unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Produktion betrachtet wird. Man wird aber in einem Moment, wo so grundsätzlich von vorn angefangen wird wie heute, solche Fragen auch einmal unter einem anderen Gesichtspunkt stellen können. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß ein bestimmtes Maß von persönlicher Initiative in der Wirtschaft durch alle Stufen der Wirtschaft hindurch bis zum letzten Arbeiter des letzten Betriebes, bis zur kleinsten Wohnungsgenossenschaft, daß eine solche Entfaltung von Persönlichkeitswerten Selbstzweck ist, kultureller Selbstzweck ist und man kann also diese Frage einmal nicht länger so ökonomisch betrachten, sondern von der Seite des Überökonomischen, man muß wohl sagen dem weltanschaulichen Ziel der gesamten wirtschaftlichen Leistung, und dann eine mehr immaterielle Betrachtung dieses Problems anstellen.

Lassen Sie mich das alles in dieser primitiven Formel zusammenfassen: nicht Maximum, sondern Optimum. Und um nun die politische Seite dieser Fragestellung ganz deutlich zu machen, die außenpolitische auch, lassen Sie mich ebenfalls in Schlagwörtern sagen, daß eine solche Formel diese ist, die deutsche Wirtschaft unter ein Ziel zu lenken, bei dem sie mit einer eigenen Note zwischen West und Ost steht. Man kann in überspitzter Formulierung – und Sie werden mich nicht für einen Agitator halten – sagen, daß in der amerikanischen Wirtschaft dieses Problem des Optimums nicht, oder sagen wir, noch nicht gesehen wird, sondern, daß dort in einem noch gewissermaßen jugendfrischen Kapitalismus absolut das Gewinnstreben die beherrschende Kraft ist. Man kann ebenfalls wieder überspitzt sagen, daß im russischen Osten dieses Postulat Optimum statt Maximum nicht gewollt wird – dort nicht gesehen, hier nicht gewollt wird."[86]

[Erneuter Hinweis auf die Mittlerstellung der deutschen Wirtschaft zwischen Ost und West und Frage nach dem Stil einer „nunmehr einsetzenden eigenverantwortlichen Lenkung der Wirtschaft"[87]]

„Sollte sich nicht aus einer solchen Zielsetzung Optimum statt Maximum für den Stil unserer Wirtschaftslenkung [...] etwa folgendes folgern lassen:

[...] Es soll nicht dem Zufall überlassen bleiben, welches Sozialprodukt und in welchem Zusammenhange es herauskommt. Erforderlich wird also unter allen Umständen ein volkswirtschaftlicher Gesamtplan sein, ein Lenkungsgrundprogramm, und erforderlich wird auch sein die nötige Kraft, die nötige Einrichtung, um einen solchen volkswirtschaftlichen Gesamtplan in die Wirklichkeit umzusetzen. Es wird wesentlich sein, daß ein solcher Gesamtplan nicht mehr die typischen Züge der Kriegswirtschaft in Deutschland und in anderen Ländern hat, also nicht improvisiert ist, sondern wirklich auf lange Sicht aufgebaut wird; ein schöpferischer Plan. Über dessen Methode ist damit noch nichts gesagt."[88]

[Rechtfertigung des Einsatzes von Wirtschaftstheorie bei Planung und Lenkung der Wirtschaft]

„Wenn gelenkt wird, so wird eine Lenkung, die nicht alle Kräfte zu einem bestimmten Zweck zusammenzwingt, insbesondere nicht zu einem kriegswirtschaftlichen oder imperialistischen Zweck zusammenzwingt, sondern diese Kräfte zugleich auch als Träger des Ganzen sieht, an gewisse Grenzen geknüpft und gebunden sein, die nicht überschritten werden dürfen. Ich habe es damit negativ ausgedrückt. Aber es ist

[86] Protokoll der Gutachtertagung (GA), S. 6–8.

[87] GA, S. 8.

[88] GA, S. 8 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vielleicht an dieser negativen Ausdrucksweise anschaulicher, woran gedacht ist. Wenn es zu einer Lenkung der Volkswirtschaft kommt und (nicht) ein Optimum an Leistung mit einem Optimum an Entfaltung der persönlichen Kräfte das Ziel dabei ist, dann wird die Lenkung irgendwie ein Fehlschlag sein müssen und [...] alles unter einen Zwang stellen, wie er ja in der Kriegswirtschaft bei uns bestanden hat. Die Lenkung, wie sie heute möglich ist, kann ja alle die Erfahrungen und wissenschaftlichen Ergebnisse verwenden, die in einer Zeit von nun wohl zwei Jahrzehnten mindestens gesammelt worden sind, mit solchen Gewaltmethoden der Improvisierung und andererseits mit Versuchen, zu besser fundierten überlegteren Methoden zu kommen. Es ist gewiß heute die Lenkung der Wirtschaft nicht nur auf die groben Mittel des Gebots und des Verbotes angewiesen, sondern es steht eine kaum übersehbare Reihe von Lenkungsmitteln nicht nur direkter sondern auch indirekter Art mit der sogenannten leichten Hand zur Verfügung, daß es möglich ist, wenn die Verwaltung als Kunst betrieben wird auf dieser Klaviatur zu Akkorden zu kommen und nicht zu gewaltsamem Fortissimo angeschlagenen Einzeltönen.

Dieser elegantere, dieser gelockerte, dieser durchdachtere, dieser kunstvolle Stil der Planung steht also zur Diskussion, offensichtlich besonders dann, wenn man Vorstellungen über die Gesamtleitung der Wirtschaft hat, wie ich sie schlagwortartig mit dem Wort Optimum statt Maximum habe andeuten können.

Ein anderes läßt sich über die Planung vielleicht grundsätzlich vorausschicken: Optimum statt Maximum, Optimum auch in der Entfaltung der Persönlichkeitskräfte. Daraus folgt auch etwas über das Maß der Zentralisierung und Dezentralisierung der Lenkung."[89] [...]

„Diese Frage einer Dezentralisierung der Lenkung – und zwar so, daß die regionale und lokale Lenkung durch dazu berufene Instanzen konstituiert und dann bis zu einem gewissen Grade in eigener Verantwortung durchgeführt wird – steht jetzt heute zur Debatte. Dazu die Fragen des Behördenaufbaues, des Unterbaues, den sich die zentrale Lenkungsstelle schafft. Es ist eine besonders beachtliche Eigentümlichkeit des in der britischen Zone gebildeten Zentralamtes für Wirtschaft, daß dieses Amt, von den Engländern vor die Frage gestellt, welchen Unterbau es schaffen will, sich absolut eindeutig dahin entschieden hat, der Unterbau sollen die Behörden der Länder und Provinzen sein in der mittleren und die Behörden der Städte und der Landkreise in der unteren Stufe[90], also kein eigener Behördenunterbau dieses Zentralamtes für Wirtschaft."[91] [...]

„Die regionale und lokale Planung soll ihren eigenen Stil haben dürfen in der Gesamtplanung. Sie soll ihre eigenen Kräfte entfalten, und eben dadurch bietet sie das gesunde Gleichgewicht gegen die zentrale Planung. Eine nur von oben zentralistisch gestaltete Wirtschaft wird [...] um viele Gesichtspunkte verringert [...]."[92]

„[...] Wenn ein Gesamtplan vorliegt und auf der anderen Seite Hunderttausende von Einzelunternehmungen, die nun gelenkt werden sollen, damit der Gesamtplan verwirklicht wird, so sind in gewissem Sinne diese Einzelunternehmungen Organe der Wirtschaftspolitik. Sie verwirklichen den Plan. [...] Wie will man nun diese einzelwirtschaftlichen Kräfte einsetzen, [...] will man die ganze Volkswirtschaft zu einem Riesenkonzern machen im Sinne einer zentralen Verwaltungswirtschaft, oder

---

[89] GA, S. 9 f.

[90] Vgl. oben, Fußnote 13.

[91] GA, S. 10 f.

[92] GA, S. 140; wurde aus einem späteren Diskussionsbeitrag Weissers übernommen, weil sachlich in diesen Zusammenhang gehörig.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

will man stattdessen eine Vielzahl von Unternehmungstypen, so daß die verschiedensten Kräfte eingesetzt werden, um dieses große Ziel, dieses Hauptziel zu verwirklichen?"[93] [...]

„In den vergangenen 12 Jahren war offensichtlich die Tendenz die, die Fülle der Stiltypen der Unternehmungen immer mehr zu verringern und selbst da, wo traditionell so verschiedenartige Formen vorlagen, allmählich den inneren Sinn der Unternehmungen zu uniformieren."[94]

[Beispiel der Überführung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Zwangsverbände während der NS-Zeit]

„Auch hier sehen wir wieder dieses Doppelgesicht des Problems. Einerseits kann man diese Frage stellen unter dem Gesichtspunkte: wie erhöhe ich den Ertrag der Volkswirtschaft, wie erhöhe ich das Sozialprodukt, und andererseits kann man den unmittelbaren Wert, den kulturellen Wert der Erscheinungen betrachten. Ich glaube, daß damit die Erwägungen über Ziel und Stil der Wirtschaftslenkung sich doch auf solche Fragen, wie ich sie angedeutet habe, erstrecken müssen und daß eine möglichst deutliche Verständigung von der besonderen Bedeutung der wirtschaftspolitischen Besinnung im gegenwärtigen Augenblick erforderlich ist. Man wird bedenken müssen [...], daß ein ganz neuer Anfang gemacht werden muß in einer völlig veränderten wirtschaftspolitischen Situation unseres Volkes, die man kaum pessimistisch genug werten kann, aber doch auch in einer Situation unseres Volkes, in der dieses Volk nur eine Chance hat, sich wieder emporzuarbeiten, nämlich die, daß das Volk seine Arbeit, seine wirtschaftliche Arbeit unter aufraffende tragende Ideen stellt."[95]

Professor Dr. Müller-Armack:

Überblick über die Argumente gegen Planwirtschaft überhaupt und ihre bisherigen Erscheinungsformen in Deutschland und anderen Ländern.

„Ich möchte nicht allgemein gegen die Lenkung sprechen, weil ich glaube, daß sich eine gewisse Form der Lenkung sehr wohl als Zukunftsweg erweisen wird, vor allem was Dr. Weisser schon als Politik der leichten Hand nannte, als den eigentlichen Kurs der Lenkung, von der ich nur feststellen möchte, daß sie nach meiner Auffassung in der Vergangenheit recht schlecht gehandhabt wurde.

Daher möchte ich mich auf die Argumente beschränken, die gegen eine die Marktwirtschaft ausschaltende Wirtschaftslenkung vorzubringen sind, wobei ich feststellen möchte, daß diese Einschränkung bezüglich der Vergangenheit nicht so bedeutsam ist, weil [...] die bisherige Lenkung aus der Marktwirtschaft über kurz oder lang meist wieder herausgeführt hat, [...] so daß der größte Teil aller bisherigen Lenkungsmaßnahmen, vor allem, seit man das Prinzip der Preisstabilisierung mit der Kaufkraftexpansion verband[96], zu dieser Konsequenz führten und daher auch von den Argumenten, die ich hier vorbringen möchte, getroffen wird. Aber eine sinnvolle Verbindung einer aktiven Sozial- oder einer sozialistischen Wirtschaftspolitik mit einer Marktwirtschaft besteht zweifellos. Die Prinzipien einer solchen gesteuerten Marktwirtschaft habe ich nicht in meinem Referat darzustellen. Aber diese Prinzipien sind bisher kaum als Aufgabe begriffen worden, geschweige, daß sie realisiert wurden".[97]

---

[93] GA, S. 11.

[94] GA, S. 11 f.

[95] GA, S. 12.

[96] Gemeint ist offenbar die Konjunkturpolitik des NS-Regimes.

[97] GA, S. 14.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[Müller-Armack fordert, daß „Idealtyp mit Idealtyp und Realität mit Realität"[98] verglichen werde.]

„[. . .] Während in der Praxis ja augenblicklich eine fast allgemeine Neigung besteht, Schwierigkeiten mit einem Mehr an Wirtschaftslenkung zu bewältigen, [dringt] in der Wissenschaft die Ansicht vor [. . .], daß die Marktwirtschaft ein Organisationsmittel ist, das nicht nur im Liberalismus allein, sondern zu fast allen Zeiten, verwendet wurde, als ein Mittel, um Massen zu wirtschaftlicher Kooperation zusammenzuführen und zu organisieren. Man kann im geschichtlichen Überblick wohl sagen, daß die Anwendung dieses Prinzips im 19. Jahrhundert den sozialen Wohlstand ermöglicht hat und daß wir gegenwärtig in einer sehr gefährlichen Lage stehen. Würde sich herausstellen, daß das, was wir an die Stelle setzen in diesen Jahrzehnten, ein wirtschaftliches System von wesentlich geringerer Produktivität ist, dann würde damit zum Teil auch die Lebensbasis der Millionenbevölkerung in Frage gestellt sein, die im 19. Jahrhundert erst heranwuchs auf Grund des Lebensspielraumes, der in einer anderen Zeit geschaffen wurde."[99]

[Müller-Armack betont, daß dies eine von Weltanschauungen „völlig freie Frage"[100] sei.]

„Ich möchte alle die Argumente ausschalten, die so aus der Chronique scandaleuse der verschiedenen Wirtschaftssysteme stammen, die Hinweise auf die verschiedenartigen Korruptionsmöglichkeiten, die mit der Lenkung der Wirtschaft gegeben sein. Das sind nicht unwichtige soziologische Fragen insofern, als jedes wirtschaftliche Ordnungssystem bestimmte negative Erscheinungen aufweist. Diese Erscheinungen sind in der Marktwirtschaft wesentlich anders, liegen in der Richtung eines robusten Profitsystems, während sie in einer Wirtschaftslenkung anders sind; dort, wo ich Ämter habe, kann eine Amtskorruption einsetzen. Aber ich glaube, daß diese Dinge nicht zu einem eindeutigen Ergebnisse führen, und daß, wenn wir die Dinge in der Realität betrachten, wir feststellen, daß beide Ordnungssysteme, sowohl die Marktwirtschaft wie die Wirtschaftslenkung, an der Unvollständigkeit alles Menschlichen zu leiden haben."[101] [. . .]

„Den entscheidenden Mangel der Wirtschaftslenkung kann man wohl darin sehen, daß ein variables System der Wirtschaftsrechnung fehlt, welches die gesetzten [Ziele] auf ihre wirtschaftliche Rationalität hin überprüft.[102] Die im Wesen mit der Wirtschaftslenkung verbundene Preisgestaltung machte jede Kontrolle darüber unmöglich."[103] [. . .]

„Ferner verliert man auf die Dauer die Möglichkeit, festzustellen, ob man das innerhalb der Lenkung angestrebte Wirtschaftsziel wirklich mit geringstmöglichem Aufwande erreicht. Das heißt: Deckung des Bedarfs und gleichzeitig die ökonomische Rationalität läßt sich in der Wirtschaftslenkung nicht mehr auf Grund der Ausschaltung eines variablen Rechnungssystems feststellen. Ich kann mit Vermutungen arbeiten, ich kann versuchen, etwa den Konsum durch eine bestimmte Art der Marktbefragung doch noch zu ermitteln, irgendwie in Konnex zu halten mit den tatsäch-

---

[98] GA, S. 15.

[99] GA, S. 15.

[100] GA, S. 15.

[101] GA, S. 16.

[102] Grundlage dieses „variablen Systems der Wirtschaftsrechnung" ist der Preis, der – wenn er sich frei am Markt bildet – ein Indikator für Mangel oder Überfluß im Angebot eines Wirtschaftsgutes ist, gemessen an der kaufkräftigen Nachfrage.

[103] GA, S. 16.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen Planzielen, aber das sind sehr fiktive Dinge, Möglichkeiten, die in der Vergangenheit auch kaum angestrebt wurden, weil man anderen Zielen huldigte."[104]
[Hinweis auf die Gefahr, die von einem „eingefrorenen Preisgefüge"[105] für variable Wirtschaftsrechnung ausgehe.]
„Man wird ferner feststellen können, [...] daß die Ausschaltung der Preisfunktion zu einer dauernd weitergreifenden Intervention führt. Dr. Weisser hat auf die Fülle der der Lenkung zur Verfügung stehenden Mittel hingewiesen. Diese Fülle ist unbestreitbar, nur glaube ich, daß ihr Ursprung nicht der Überfluß, sondern der Mangel und der Zwang ist, nämlich der Zwang, dauernd in den Interventionen weiterzugehen, dauernd neue Formen dafür zu finden, weil der Lenkung eine sich selbst stabilisierende Form fehlt."[106]
[Müller-Armack nennt als Beispiel die Arbeitsbeschaffungspolitik der Nationalsozialisten.]
„Man kann nicht das unmittelbare Votum, das der Konsument auf dem Markte durch seine Kaufkraftabgabe ausübt, durch eine Marktforschung ersetzen. Ich stehe persönlich der Marktforschung durchaus nahe, habe viel auf diesem Gebiet gearbeitet, aber ich glaube, daß man ihre Funktion hoffnungslos überschätzen würde, wenn man sagte: was der Konsument bisher dadurch, daß er seine Kaufkraft abgab, ausübte, das machen wir wissenschaftlich."[107]
[Resumee: „Von der Kosumentenposition aus ergibt sich vieles, das die Wirtschaftslenkung als Schutz des Konsumenten vorgegeben hat, als fragwürdig."[108]]
„Ich glaube, [...] daß die unternehmerische Tätigkeit im Sinne einer dynamischen Unternehmerfunktion innerhalb einer Lenkung wohl noch dem Scheine nach zu bestehen vermag, daß aber ein gewisses marktwirtschaftliches Element Voraussetzung ist: Die Tatsache des Gewinnes muß marktwirtschaftlich auch mit dem möglichen Verlust gekoppelt werden, und dieses Moment ist durch die Preisstabilisierung und ähnliche Maßnahmen in erheblichem Umfange eingeschränkt. Die Denaturierung der Unternehmerfunktion gehört mit zu den Einwendungen, die gegen die Lenkungswirtschaft zu erheben sind."[109]
[Müller-Armack äußert die Vermutung, daß die Arbeitsbeschaffungspolitik der dreißiger Jahre „viel zu günstig"[110] beurteilt werde, weil Produktivitätsminderung dabei nicht berücksichtigt werde.]
[...] „Innerhalb einer mit stabilisierten Preisen und mit festen Zuteilungsquoten arbeitenden Wirtschaft ist ein realer Antrieb zu technischer Fortschrittlichkeit nicht gegeben. Das hängt zwangsläufig mit diesem System zusammen. Dann ist höchstens eine Frage, ob man einen größeren oder kleineren Gewinn erzielt, während in der Marktwirtschaft die Frage war, ob man einen Gewinn erzielt oder nicht gar einen Produktivitätsverlust erleidet."[111]
[Resumierend: a. Frage, „ob es möglich ist, das Ideal demokratischer Theorie, die Freiheit, zu verwirklichen in einer Wirtschaftsordnung, die die Gebundenheit zum Grundsatz macht ..."[112]; b. Sachzwänge, wie Schwarze Märkte, Naturaltausch, Kom-

---

104 GA, S. 16.
105 GA, S. 17.
106 GA, S. 17.
107 GA, S. 18.
108 GA, S. 18.
109 GA, S. 19.
110 GA, S. 20.
111 GA, S. 20 f.
112 GA, S. 21.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

pensation u. a. verlangen Marktwirtschaft; c. Industriepläne, Reparationen und Außenhandelspläne stellen große Organisationsprobleme dar, zu groß, daß Lenkung sie lösen könnte – wie Lenkung sie auch in der Vergangenheit nicht lösen konnte.]

Professor Dr. Peter:
Leistungen der Wirtschaftstheorie für die Wirtschaftsplanung. [Peter unterscheidet in Morphologie, d. h. Struktur der Wirtschaft und den Wirtschaftsablauf (Prozeß) selbst, beschränkt seine Ausführungen aber auf die Frage, inwieweit die Prozeß-Theorie bei der Planung und Lenkung der Wirtschaft nützen könne.
Zwei Probleme stellt er dabei besonders heraus:
1. die Einfügung der Einzelwirtschaft in die Gesamtwirtschaft und
2. das Problem der Einfügung der Marktwirtschaft in den Wirtschaftsprozeß.
Peter vergleicht dabei Wirkungsweise und Leistung von Märkten und Plänen.]
„Ich möchte die These aufstellen, daß eine Rechenhaftigkeit in beiden Fällen möglich ist [...] und die Art und Weise, wie man zu einer Rechenhaftigkeit kommt, in beiden Fällen ganz ähnlich ist.
[...] Es sind auf beiden Seiten des Marktes viele Nachfragende, die tasten sich an den Gleichgewichtspreis heran. Es wird zu einem bestimmten Preis angeboten. Entweder stellt sich heraus: die Nachfrage nimmt nicht alles auf, dann muß man den Preis heruntersetzen oder das Angebot einschränken, oder es zeigt sich, daß man noch mehr los werden kann, dann richtet man sich danach. Man hat keinen Anhaltspunkt. Es gibt gerade nach der Theorie nicht etwas von Außen schon Gegebenes, sondern es gibt nur dieses sich an den Preis Herantasten, bei dem der Marktausgleich stattfindet. [...]
Wie ist es nun bei der Planwirtschaft? Da haben wir auch die Analogie der Preisanordnungen oder Lohnordnung, in denen nach einem überindividuellen Maßstabe der Versuch gemacht wird, die Pläne so einzustellen, daß der Bedarf in dem Sinne, wie man es oben nach einer solch objektiven überindividuellen Zielsetzung wünscht, befriedigt wird. Da passiert genau das gleiche wie bei einer Marktwirtschaft. Man wird nicht gleich die Maßnahme finden, die direkt ins Schwarze trifft, sondern es wird sich zeigen, daß man in dem einen Falle in dieser Weise, im anderen Falle in jener Weise zurückgeblieben ist hinter dem Ziel und wird sich da auch heranzutasten versuchen an die Relationen, die notwendig sind, um den Plan in etwa zu erfüllen. Ich sehe da grundsätzlich einen Parallelismus, da es sich in beiden Fällen um ein Herantasten an Relationen handelt, die der Bedingung genügen, daß die Gesellschaftswirtschaft funktioniert."[113]
[Er führt die Reihe der Parallelismen noch fort und schließt daraus, daß wir „gewisse Lehrstücke der objektiven Markttheorie unmittelbar übernehmen"[114] könnten. Dazu gehörten „die Arbeitswertlehre, die staatliche Profittheorie, die Lehre von der absoluten Rente ..., Teile aus der Konjunkturtheorie ..., die Grenznutzentheorie ...".[115] Ferner die Grundlagen der Kostentheorie, die engere Kreislauftheorie und die Marktformentheorie. Neu entwickelt werden müßten dagegen eine Lohnordnung und andere Formen der Leistungsmessung. Peter fordert auch die Weiterentwicklung quantitativer Methoden in der Wirtschaftswissenschaft. Er weist darauf hin, „daß ja die Möglichkeit besteht, die Produktivität zu kontrollieren, indem man einen geeigneten Index ... aufstellt".[116]]
„Die Frage Marktwirtschaft und Planwirtschaft ist nicht eine Frage verschiedener

[113] GA, S. 31/32.
[114] GA, S. 33.
[115] GA, S. 33.
[116] GA, S. 39.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zielsetzung, sondern die Frage, welches ist das beste Mittel, das geeignete Mittel, um das Ziel, das wir voraussetzen, zu verwirklichen. Die Frage Marktwirtschaft oder Planwirtschaft wird nicht auf der Ebene der Werturteile debattiert oder erörtert, sondern ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Dabei ist höchstens die Frage, welche Nebenwirkung die eine oder andere Wirtschaftsform in derselben Zielsetzung auslöst oder besonders fördert."[117]

„Eine solche Wirtschaft, die man sich selbst überläßt und bei der man dem freien Spiel der Kräfte den Lauf läßt, kann sich nur die Klasse leisten, die sich ihrer Übermacht absolut sicher ist. Wir wollen bei einer Planwirtschaft soweit wie möglich freiheitliche Maßnahmen durchführen. Ich sage aber, daß die Realität in der kapitalistischen Wirtschaft zeigte, daß da durchaus nicht die Vorstellung der Freiheit das primäre war, sondern die Vorstellung, daß der, der das Heft in der Hand hat, hier die Möglichkeit hatte, sich umso schrankenloser durchzusetzen."[118]

[Den Referaten von Weisser, Müller-Armack und Peter folgt eine Diskussion, in deren Verlauf es zu 24 Wortmeldungen kommt (GA, S. 41–93). Es wird Übereinstimmung erzielt über die begriffliche Abgrenzung von Bewirtschaftung, Lenkung und Steuerung als Instrumente der Planung der Wirtschaft. Die Möglichkeit, Planwirtschaft mit Marktwirtschaft zu verbinden, wird dann am Beispiel des Wohnungsbaus diskutiert. Zentrales Thema der Auseinandersetzung ist schließlich, ob das Ausmaß der Lenkung entscheidend sei, d. h. die zweckmäßige Nahtstelle zwischen Markt und Plan gefunden werden müsse, oder ob allein ein Gesamtplan in Form „einer Wirtschaftspolitik des Wirtschaftskreislaufes" (Suhr) Eingriffe in den Wirtschaftsablauf rechtfertige.]

Dr. Suhr:

„Es ist charakteristisch, daß die grundsätzlichen Fragen in der vierten Zone[119] bisher überhaupt nicht erörtert worden sind, daß wir zur praktischen Arbeit gezwungen wurden, bevor wir uns über theoretische Grundlagen klar gewesen sind [...]. Es ist noch sehr die Frage, welcher Weg der bessere ist, ob man nicht besser geht, wie wir in der vierten Zone zunächst gezwungen wurden, d. h. das Kind wurde ins Wasser geworfen und mußte sehen, ob es schwimmen konnte oder nicht, oder ob man erst die theoretische Fundierung sucht."[120] [...]

„Es gibt nur zwei Wirtschaftsformen; es gibt [...] die Verkehrswirtschaft (oder) Marktwirtschaft und (auf der anderen Seite) die zentral gelenkte [Wirtschaft]. Wirtschaftstheorien sind bisher fast ausschließlich auf die Marktwirtschaft beschränkt gewesen. Wir suchen erst nach einer Theorie der zentral gelenkten Wirtschaft. Und was von der Theorie gilt, gilt auch von der Praxis. Wir müssen unterscheiden zwischen der Wirtschaftspolitik der Marktwirtschaft und der Wirtschaftspolitik der zentral gelenkten Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik der Marktwirtschaft muß sich darauf beschränken, die Voraussetzungen des freien Wettbewerbs zu schaffen, im übrigen aber den Kreislauf der Wirtschaft sich selbst überlassen, während die Wirtschaftspolitik der zentral gelenkten Wirtschaft sich die Aufgabe setzen muß, diesen Kreislauf selbst zu steuern."[121] [...]

„[Der] Sprung zu einer Wirtschaftspolitik des Wirtschaftskreislaufs [muß gemacht werden]. Die Knappheit der Rohstoffe zwingt zu einer Bewirtschaftung der Rohstoffe,

---

117 GA, S. 89; wurde aus einem späteren Diskussionsbeitrag Peters übernommen, weil sachlich in diesen Zusammenhang gehörig.

118 GA, S. 92; s. oben, Fußnote 117.

119 Gemeint ist die sowjetische Besatzungszone (SBZ).

120 GA, S. 46.

121 GA, S. 46.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– niemand wird dem widersprechen – wobei ich ausdrücklich darauf hinweisen möchte, daß in der Kriegswirtschaft des Nationalsozialismus die Bewirtschaftungsmaßnahmen allmählich zur Lenkung der Produktion geführt haben, während umgekehrt in der Wirtschaft der Sowjetzone jetzt zunächst die Lenkung der Produktion vorgenommen wurde und eine Bewirtschaftung erst allmählich aufgebaut worden ist. Es scheint mir aber notwendig, die Grenzen der Bewirtschaftungsmethoden und der Produktionslenkung nicht immer zu verwischen. Es ist selbstverständlich, daß es dabei Übergänge gibt."[122] [...]

„Wenn man bloß diese drei Aufgaben – Rohstoffverteilung, Bedarfsdeckung der Konsumgüter und die Frage der Sicherung des Arbeitsplatzes – ansieht, dann ergibt sich eine solche Fülle von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und ein Zwang zu sehr starken Eingriffen in den Wirtschaftskreislauf, der nach meiner Meinung ohne einen Gesamtplan nicht geschehen kann. Ich halte es für eine Fiktion, hier zu meinen, daß es eine Politik der Interventionen geben könnte ohne einen Gesamtplan. Ich halte es für eine psychologische Täuschung derer, die behaupten, einen solchen Plan aufstellen zu können."[123]

[...] „Dabei taucht natürlich das Problem, das ich als Politiker selbstverständlich sehe, auf, wie weit eine solche zentrale Wirtschaftsplanung in demokratischer Weise verwirklicht werden kann. Ich möchte aber sagen, daß die Formel, daß jede zentrale Wirtschaftsplanung zur Diktatur führt, zunächst nur eine Behauptung ist, die in keiner Weise irgendwelche Unterlagen hat. Das Beispiel von Rußland ist nach meiner Meinung in keiner Weise beweiskräftig. Zwangsläufig irgend etwas so hinzustellen, scheint mir hier abwegig zu sein, denn da sind die Dinge doch viel zu lebendig, da berühren sich doch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Fragen viel zu sehr, um nicht den verschiedensten Möglichkeiten Raum zu geben.

Hier wird die wirtschaftspolitische Gestaltung wohl eingreifen müssen, und ich sah es längst als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, dieses politische Problem zu lösen, ein Problem, das nach meiner Meinung außerhalb des Rahmens einer rein ökonomischen Tagung steht."[124]

Prof. Kromphardt:

[Hier seien bisher zwei Modelle der Planwirtschaft genannt worden.]

„Es wird mit der Beeinflussung der Mieten operiert, das ist das eine Modell, und das andere ist das der Ernährungswirtschaft. Da ist mir aufgefallen, daß in der Wirklichkeit ein drittes Modell besteht, das ich warm empfehlen möchte und das nicht erwähnt worden ist; nämlich das Land, das wirklich Planwirtschaft kennt, heißt Sowjetrußland. Sowjetrußland arbeitet weder mit dem einen oder anderen, sondern mit dem dritten Modell, das grundsätzlich jeden einzelnen Markt in zwei Teile teilt."[125] [...]

„Man braucht das Geld als Maßstab, zu weiter nichts, und muß sein Geld- und Finanzsystem so planen, daß eben dieser Maßstab des Rubels wieder ein Maßstab ist, mit dem man wirtschaftlich etwas mißt. Das sind die beiden Formeln, die in der Wirklichkeit bisher geschaffen wurden: die Subordinierung der Pläne unter den Finanzplan und die Subordinierung des Finanzplanes unter den Güterplan. Das ist das sowjetrussische System. Beides nennen wir nicht Wirtschaftslenkung in dem Sinne, was wir unter Wirtschaftslenkung verstehen, sondern die Wirtschaftslenkung

---

[122] GA, S. 47.
[123] GA, S. 48.
[124] GA, S. 48 f.
[125] GA, S. 68.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

müßte ein drittes System sein, und das ist eine Koordinierung von Güterplan und Finanzplan. Wir leben ja schon in diesem dritten System. Die Koordinierung von Finanz- und Güterplan ist versucht worden. Sie heißt Festpreis- und Stoppreissystem."[126] [...]

„Wir können einen sozial anerkannten Lebensstandard durch ein [...] Kartensystem ausgleichen. Das bisherige Kartensystem hatte den Sinn, die Masse der Konsumenten zugunsten des Großkonsumenten, des kriegsführenden Staates an der Expansion zu verhindern. Was ich im Auge habe, ist eine Veredelung des Kartensystems zu dem Zweck des Ausgleichs eines bestimmten sozialen Lebensstandards. Es muß dafür gesorgt werden, daß diese Punkte oder Karten durch die ganze Volkswirtschaft durchlaufen, genau wie der Geldkreislauf hindurchläuft, daß man gegen Geld als Ausdruck des produktiven Beitrages etwas kauft und gegen Abgabe der Karte als Ausdruck, daß man ein sozial anerkanntes Bedürfnis befriedigen will."[127] [...]

„Es ist eine Finanzplanung der Volkswirtschaft, die das liberalistische System darstellt und dieser Finanzplan ist im liberalistischen System dem Güterplan eindeutig übergeordnet. Es darf nur das in der Güterwelt geplant werden, was mit diesem Finanzplan sich vereinbaren läßt. Das ist der Grund, warum dieses System auch funktioniert, denn es ist in der Tat eine Planung, eine Finanzplanung des gesamten volkswirtschaftlichen Ablaufs. Hier läuft durch diese Formalplanung der Planungsgedanke, wie wir ihn heute verstehen wollen, seiner Wurzel nach auf der Güterseite der Volkswirtschaft, gewachsen von den Gütern her, dank der Leute, die mit dem Planungsgedanken groß geworden sind. Sowjetrußland wollte den reinen Typ der Planung an die Stelle der kapitalistischen Geldplanung setzen. Sowjetrußland hat versucht, das ganze Geld- und Kreditwesen zu ruinieren und abzuschaffen und hat geglaubt, daß eine reine Naturplanung eben das System wäre, das an die Stelle der Finanzplanung zu treten hätte. Sowjetrußland ist von diesem Kurs abgegangen. Rußland hat ein für seine Verhältnisse zugeschnittenes neuartiges Geld- und Kreditsystem entwickelt, weil es entdeckt hat, daß die reine Naturplanung nicht funktionieren kann, weil ihr der Maßstab fehlte und hat zurückgegriffen auf das Geld und die Kontrolle durch den Rubel. Das war das große Schlagwort der neuen Politik, wie sie sich in den Fünfjahresplänen erfolgreich durchgesetzt hatte. Kontrolle durch den Rubel, das heißt für uns, es muß in einer Volkswirtschaft neben einem Güterplan auch einen Finanzplan geben, aber, und das zeigt dieses Beispiel Sowjetrußland, man kann diesen Finanzplan dem Güterplan subordinieren, denn das Geld- und Finanzwesen hat ein anderes Aussehen, als das was wir haben."[128]

Regierungsdirektor Dr. Nölting:

„[...] Was wir in den letzten Jahren in der Kriegswirtschaft hatten und auch heute in der Lenkungswirtschaft haben, [kann] nicht mit irgendeinem Typ einer klaren Planwirtschaft verglichen werden [...]. Das sind Dinge, die aus einem besonderen Notstand heraus geboren waren, [...] die man in gar keiner Weise als Planwirtschaft bezeichnen kann.

[...] Die Frage, ob der einen oder anderen Wirtschaftsform zuzustimmen ist oder nicht, [kann] nicht aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus beantwortet werden [...], sondern diese Frage wird auf völlig anderer Ebene entschieden, und diese Ebene geht dahin, daß wir heute nicht mehr bereit sind, der Wirtschaft jene Rolle im Leben

---

126 GA, S. 116; wurde aus einem späteren Diskussionsbeitrag Kromphardt's übernommen, weil sachlich in diesen Zusammenhang gehörig.

127 GA, S. 108; s. oben, Fußnote 126.

128 GA, S. 115; s. oben, Fußnote 126.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zuzuerkennen, die sie sehr zum Schaden unseres gesamtwirtschaftlichen Lebens lange Zeit gespielt hat.
Es wird eine Form der Wirtschaft angestrebt, die [...] es ermöglicht, daß nicht das oberste Prinzip des Wirtschaftens das Profitstreben ist, sondern die eine Form, in der wieder der Mensch das Maß aller Dinge wird und in der die Wirtschaft auch vielleicht in jener ungeheuren Dynamik, wie wir sie im letzten Menschenalter erlebt haben, nicht mehr im Vordergrunde steht, sondern eine Wirtschaft, die sehr viel bescheideneren Zwecken dient und den übrigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens jenen Raum und jene Möglichkeit beläßt, daß sie zu einem Leben von Würde und Anständigkeit für den Einzelnen ausgeht oder ist.
[...] Dieses Ziel der Planwirtschaft hat einmal zum Maßstab, die Wirtschaft wieder in jene Schranken zurückzubringen, über die sie nach meiner Ansicht und nach Ansicht eines großen Teils unseres Volkes sehr zum Schaden der übrigen Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens hinausgerückt war."[129]

Dr. Suhr:
„Wenn ich aus dieser Debatte noch zu einigen Fragen Stellung nehmen darf, dann möchte ich aus meiner praktischen Erfahrung in der Sowjetzone sagen, daß das Modell Rußland nicht so ohne weiteres für uns Vorbild sein kann.
Es handelt sich nicht um eine politische Frage, sondern es handelt sich um die Feststellung verschiedener Daten, und ich habe es immer wieder als meine Aufgabe angesehen, diese unterschiedlichen Daten der deutschen und der russischen Wirtschaft klarzulegen, und ich sehe sogar [...] einen Teil der Landwirtschaftsverluste in der Planungsarbeit der Sowjetzone darin, daß man einfach die Methoden und Erfahrungen der russischen Planwirtschaft auf die deutsche übertragen hat, und ich glaube, sagen zu können, daß in den Fällen, in denen ich mich durchgesetzt habe und man von diesen Methoden abgewichen ist, die Planungsarbeit ein Erfolg gewesen ist, weil einfach die verschiedensten Tatbestände der Länder angepaßt werden müssen."[130]
[...]
„Aber gerade aus der Gesamtkonzeption der heutigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland halte ich die Aufrechterhaltung der freien Märkte für unmöglich in der gegebenen Situation im Augenblick. Versuche in der Sowjetzone haben sich als untauglich erwiesen. Nun spreche ich nicht von den freien Märkten der Landwirtschaft, die kann ich nicht beurteilen, aber soweit freie Märkte in der Sowjetzone auf dem Industriesektor sind, haben sie dieselben Mißerscheinungen, wie sie auch hier auftauchen, daß wertvollstes Material zu den sinnlosesten Dingen verwendet wurde[131] und gleichzeitig in einem Augenblick, indem wir ein allgemeines Ansteigen der Kosten aus den verschiedensten Gründen feststellen können."[132]

Professor Dr. Müller-Armack:
„Wir wollen heute die Wirtschaft einschränken auf ihren Bereich. Sie soll nicht allzu mächtig werden. Da folge ich Ihnen durchaus. Allerdings unter der gegenwärtigen Situation sehe ich die Möglichkeiten nicht. Wir haben in erster Linie einen völlig

---

[129] GA, S. 70.
[130] GA, S. 80.
[131] Über das Problem der „falschen Preisrelationen" klagen auch die Planer im Westen: sie seien schuld an „Hufeisen aus Manganstahl und Ofenrohre aus Qualitätsblechen" (Verwaltungsamt für Wirtschaft, Die Wirtschaftslage im Nov./Dez. 1947, Bundesarchiv, Z 8/208, S. 156).
[132] GA, S. 80 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zerstörten Fabrikationsapparat, eine zusammengedrängte Bevölkerung, die noch keine Arbeitsmöglichkeiten hat, unterzubringen, und die zentrale Frage, vor der wir stehen, ist: wie machen wir das, wie können wir diese Bevölkerung unterbringen. Da geht es darum: welches Mittel ist dazu geeignet. Die Marktwirtschaft hat die Fähigkeit, eine steigende Bevölkerung im 19. Jahrhundert in Arbeit zu bringen, die letzte Möglichkeit herauszuholen, bewiesen. Deshalb sehe ich nicht ein, warum man in einer Zeit wie der gegenwärtigen zumindest diese Notwendigkeit nicht auch einmal prüft."[133]
Ende des ersten Sitzungstages: 19.00 Uhr

Samstag, 22. Juni 1946, 9.00 Uhr [Zweiter Sitzungstag]

Dr. Weisser:
„Gestern hat sich in den Fragen der Stellung zu Plan- und Marktwirtschaft das amüsante Ergebnis gezeigt, daß sich beide Lager in der Defensive fühlten und beide sagten: „Ihr bösen Anderen." [. . .][134]
„Mir scheint wichtig für den weiteren Verlauf der Diskussion, daß auch Herr Professor Müller-Armack ausdrücklich betont hat, daß er nicht eine Wirtschaftsverfassung vertritt, in der die Eingriffe sich auf den bloßen Schutz der Spielregeln einer freien Konkurrenz beschränken. [. . .] Es ist also durchaus so, daß hier eine gemeinsame Grundauffassung besteht, von der aus weiterdiskutiert werden kann, daß nämlich ein – um mich mit Dr. Suhrs Worten auszudrücken – volkswirtschaftlicher Gesamtplan in bewußter Gestaltungsabsicht zugrundegelegt wird [. . .]."[135]
[. . .] Das kulturelle Leben der Völker [ist] in seinen positiven Werten durch das Ideal der Freiheit ausreichend bestimmt [. . .]. Wenn man die Dinge so formuliert, wird klar, daß die obersten Kriterien für den Geist der Wirtschaftslenkung damit offensichtlich erschöpfend nicht bestimmt werden. Es fehlt ein Wert, der für die Freiheit ein positiver, kultureller ist und dem bei dieser Formel kein Raum eingeräumt wird. Das ist der Wert der Gemeinschaft. Es gibt heute kaum eine Möglichkeit, diesen – sagen wir – sozialistischen Wert, den den Sozialisten besonders am Herzen liegenden Wert, ohne daß Mißverständnisse entstehen, schlagwortartig zu erläutern."[136]
[Es folgt zuerst ein sehr systematisch angelegtes Referat Kromphardts „Mögliche Mittel der Wirtschaftsplanung", dann das Referat Harmssen.]

Senator Harmssen:
Bestandserhebung zur Vorbereitung der Wirtschaftsplanung.
[Harmssen berichtet eingangs über den Fortgang der Bestandserhebung in der Wirtschaft der britischen Zone, die vor allem drei Ziele habe:
1. Systematisierung der Wirtschaftsstatistik;
2. Aufstellung von Grundsätzen für eine rationelle Planung;
3. Kapazitätserhebung für alle Betriebe.]
„Es ist höchst verwunderlich, daß diese Wirtschaft nach dem Zusammenbruche nicht längst ihr Leben ausgehaucht hat, daß wir mit einer relativ geringen Zahl echter Arbeitsloser dastehen. Die Ursache für diese unerwartete Fülle von Lebendigkeit ist darin zu sehen, daß diese Wirtschaft eine unerwartete Solidarität hat walten lassen, das Wettbewerbsschaffen stillschweigend abgebaut hat, Rücksicht auf unverschuldete

133 GA, S. 84 f.
134 GA, S. 94.
135 GA, S. 94 f.
136 GA, S. 96.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Insolvenz genommen hat, aber vor allem eine Tugend in einem hohen Maße wachsen ließ: elastischer und improvisationsfähiger zu werden, allerdings unter mehr oder weniger häufiger Mißachtung des Rohstoffes. Diese Elastizität ist zweifellos zurückzuführen auf die noch vorhandene Initiative und Findigkeit des Unternehmers, der einen Ausweg gefunden, sein Produktionsprogramm gewechselt hat und dann nach und nach in die gewünschte Dringlichkeitsstufe geschlüpft ist. Wollten wir diese Initiative untergraben, die eines unserer wesentlichen Aktiva darstellt, würde die Wirtschaft bald der Auszehrung zum Opfer fallen und dann verlöre sie wahrscheinlich ihre letzte Potenz. [...]

Es läßt sich auch in der Zukunft der Schrecken des Privatkapitals und seiner Profitsucht nur noch schlecht zitieren, da alles mehr oder weniger durch Kriegsschulden, Besatzungsschäden enteignet, vieles nivelliert ist und die Steuern so sind, daß keiner mehr weiß, was er noch besitzt oder noch weniger, was das Schicksal des vorhandenen Buchkapitals sein wird.

Man kann einwenden, daß der Staat wahrscheinlich in Zukunft der eigentliche Risikoträger sein werde. Das ist doch ein Zustand, den wir mit allen Mitteln zu bekämpfen haben und dem wir uns auch zu widersetzen hätten und der nicht als Voraussetzung angesehen werden kann für eine Sozialisierungskonjunktur. In unserer Lage brauchen wir nicht das Argument anzuwenden, daß jede Sozialisierung dem Arbeiter den Hebel in die Hand liefert, mit dem er selbst Teile der Wirtschaft lahmzulegen im Stande wäre. Wenn eine Kraftstromzentrale in der Nordrheinprovinz existierte und verstaatlicht würde, würde den Arbeitern eine Macht ausgeliefert, die die Existenz der Provinz selbst bedrohen könnte.

Das ist ein sehr einseitiges Argument, aber auf der anderen Seite ist nicht abzuleugnen, daß die Klasseninteressen des Arbeiters und die damit verbundenen lohnpolitischen Ansprüche damals krasser auftraten und einseitiger ihren Einfluß geltend machten, als der kapitalistische Unternehmer oder seine Verbände imstande wären.

Aus der Notwendigkeit der Planung das zwingende Bedürfnis nach Sozialisierungsmaßnahmen abzuleiten, ist im gegenwärtigen Stadium nicht gerechtfertigt. Viel entscheidender scheint nur, was wir hier besprechen, die Planung vorzubereiten."[137]

[...]

„Wie wird nun diese Planwirtschaft ausgerichtet sein müssen, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen soll? Wir haben gestern gehört, diese Planwirtschaft soll mehr oder weniger autoritative Funktionen haben, daß beispielsweise das Zentralamt für Wirtschaft die Vollmacht erhält, allein zu bestimmen, nach welchen Dringlichkeitsstufen produziert werden darf, welche Kapazitäten zu vernachlässigen sind, welche Exportindustrie bevorzugt werden muß. Wir kennen nicht die politische Form des Reiches, wissen nicht, ob es förderativ oder unitarisch ausgerichtet sein wird, wahrscheinlich wird kein ausgeprägter Zentralismus obwalten, wahrscheinlich wird auch in der öffentlichen Meinung nicht eine Obrigkeitsherrschaft gewünscht, sondern bis zu einem erheblichen Grad der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung den Ländern und Provinzen ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt. [...] Es wird eine Demokratie auch aufseiten der Politik kaum möglich sein, wenn die Wirtschaft autoritär sein soll. Zudem haben wir als gebrannte Kinder schon derartige Erfahrungen gemacht, daß wir der leichten Hand jederzeit den Vorzug geben möchten."[138]

[Harmssen weist auf die negativen Folgen der Selbstverwaltung in den Betrieben hin, die „dem Unternehmer den letzten Rest von Wagemut nehmen muß".[139]]

---

[137] GA, S. 122 f.

[138] GA, S. 123 f.

[139] GA, S. 124.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Gefahr vonseiten des inländischen Kapitals besteht zur Zeit überhaupt nicht, und daß, solange die Besetzungsmacht im Lande ist, eine solche Macht nicht wieder entstehen kann, dürfte außer allem Zweifel sein. Die Gefahr droht viel mehr von der Seite der Ernährung und der Rohstoffe.

Im übrigen ist auf dem Wege über die Steuerreform ein Ausgleich der Besitz- und Einkommensunterschiede ohne weiteres möglich. Wir können meiner Ansicht nach, wenn ich einmal die Aufgaben des Zentralamtes für Wirtschaft oder des Staates überhaupt betrachte, nur eine ganz nüchterne Politik der Substanzerhaltung zur Leistungssteigerung betreiben, der Konzession und der Überwachung der Produktion."[140]

[. . .]

„Erst wenn die Grundfesten dieser Wirtschaft wieder gesichert sind, können wir den Entwurf der Fassade vornehmen. Auch die Konstellation der öffentlichen Meinung ist noch nicht erkennbar, solange wir keine öffentlichen Wahlen hinter uns gebracht haben und [solange] der Konzeption von heute das Odium anhaftet [. . .] der Ideologie des Kontrollrates entsprungen zu sein, die sich im ganzen [. . .] als eine verhängnisvolle Zentrifugalkraft auf der Ebene der Wirtschaft ausgewirkt hat. Erst wenn dieses Chaos überwunden ist, wenn der Mechanismus der gewerblichen Wirtschaft bewiesen hat, daß er in Gang bleiben kann, besitzen wir eine gewisse Freiheit des Handelns wieder, zu untersuchen, wie die für die Produktionssteigerung unerläßliche Planung aussehen muß, und dann können wir uns gerade, weil an die Gewandtheit, die Sachkenntnis und Entschlußkraft des Unternehmers ungeheuere Anforderungen gestellt werden müssen, Eingriffe oder Einbrüche in die Struktur der Wirtschaft nicht verantworten. Jede Umbildung wäre ein Gnadenstoß in diesem Augenblick."[141]

[Harmssen zeichnet im folgenden ein äußerst pessimistisches Bild der Zukunft der deutschen Wirtschaft.]

„Wenn ich die Apparatur unserer Wirtschaftsbehörden betrachte und die Schwierigkeiten sehe, mit denen sie zu ringen haben, bevor sie überhaupt mit positiver Arbeit beginnen können, dann fühle ich mich verpflichtet, von der Inangriffnahme jeder wirtschaftlichen langgespannten, langfristigen Aufgabe ernsthaft zu warnen. Wir haben uns auf die Anforderungen der nächsten Monate vorzubereiten, haben mit der Währungsreform zu rechnen, die einen großen Teil unserer jetzt noch lebenswichtigen Betriebe in Konkurs zwingt.

Es wäre meiner Ansicht nach in diesem Kreise dringend erforderlich, die Frage zu klären: Wie kann die Wissenschaft in die Nahaufgaben dieser Planung eingebaut werden! Es gibt ein Reihe konkreter Aufgaben. Ich könnte mir vorstellen, daß die Wissenschaft, wie sie Dr. Peter uns angeboten hat, im Stande wäre, das Fertigungsvolumen oder den Rohstoffbedarf im Vergleich zu dem Lebensstandard der übrigen Völker zu ermitteln und genau zu sagen, was an Glas, Holz, Ziegel usw. gebraucht wird. Diese Unterlagen sind einfach nicht da. Wir können sie nicht erheben. Man würde vielleicht ermitteln können: wenn wir 25 Mill. Einwohner in der britischen Zone haben, muß das Volumen so groß sein, bei 24 oder 26 Millionen soundso groß, daß wenigstens einigermaßen verläßlich Ziffern vorhanden wären. Es müßten Kataloge erarbeitet werden, für die wir rohstoffmäßige Methoden für unsere Produktion haben, ganz abgesehen davon, daß wir die Verkehrsprobleme besonders untersuchen müßten, da wir nicht im Stande sind, die Eisenbahnen zu höheren Leistungen zu bringen. Ich würde es für erforderlich halten, diese Aufgaben auch der Wissenschaft schon heute zu stellen, die für meine Begriffe – das soll keine Kritik sein – zum größten Teile im luftleeren Raume arbeiten muß."[142]

[140] GA, S. 124.

[141] GA, S. 125.

[142] GA, S. 126 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regierungsdirektor Dr. Mössner:
Regionales und lokales Planen.
[Mössner weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus der relativen Enge des Planwirtschaftsraums ergeben und gibt Beispiele für das Fehlen eines zentralen, leistungsfähigen Lenkungsapparates.]
„Ich möchte Sie mit dem Stichwort versehen: hätten wir nur einen Plan. Wir müssen täglich tun, als ob wir ihn hätten, müssen ihn ad hoc aus der Hand schütteln und sind froh, wenn das Zentralamt schnell vorwärts kommt, fürchten allerdings bei der ganzen Situation, daß es langsam gehen wird."[143] [...]
„Wir haben auf dem Gebiet der Baustoffproduktion, -kontrolle und -lenkung usw. immerhin etwas erreicht [...]: wenn von zentralen Stellen – nicht vom Zentralamt für Wirtschaft – in diesen Dingen herumgefuhrwerkt wird, so haben wir uns danach wenig gerichtet. Dort wird vielfach nach der Methode gearbeitet: alle vier Wochen etwas anderes. Wir richten uns nicht danach. Wir haben unsere Arbeit so eingerichtet, daß wir ganze Arbeit leisten, und sind überzeugt, daß das Zentralamt damit etwas anfangen kann. Das ist der einzige Weg, auf dem wir alle Gesichtspunkte, die herausgestellt wurden aus der täglichen Verwaltungspraxis, überhaupt in die Praxis überführen können.
Die Situation ist doch so, daß die Unternehmer mehr oder weniger zum Schiebertum gezwungen sind, weil ihnen die Unterlagen nicht an die Hand gegeben werden, richtig wirtschaften zu können, weil das Behördendurcheinander so groß geworden ist, daß sie sich nicht mehr auskennen. Ich habe Schreiben der größten und vorbildlichsten Unternehmerpersönlichkeiten bekommen, die mir schrieben: wenn Sie mir weiterhin solche Schwierigkeiten machen, bringe ich meine Baustoffvorräte in die amerikanische Zone. Ein Mann hat mir neulich gesagt: 80% meiner Umsätze erziele ich mit Materialien, die nicht bewirtschaftet sind. Soweit sind wir, und hier beginnt das Problem."[144]

Professor Pfister:
„Wir alle wissen, daß das Wirtschaftsschicksal sich über uns erst noch entfaltet und daß dem militärischen und politischen Tod auch noch der wirtschaftliche Tod folgen kann. Gerade weil wir uns über das Ausmaß des Wirtschaftsschicksals keinen Illusionen hingeben dürfen, müssen wir jede Chance, die uns geblieben ist, um dieses Unglück aufzuhalten, zu mildern, auszunutzen. Wir können sagen: der Größe des Unglücks entsprechend, muß dieses Unglück geistig erst einmal aufgenommen werden, und dann müssen wir alle unsere geistigen Kräfte einsetzen. Dieses Unglück ist so groß, daß nur eine Gesamtplanung möglich ist. Aber über das Wort Gesamtplan müssen wir uns erst einmal klar werden."[145]
[Pfister nennt dann die Planziele, die seit 1914 in allen Industrieländern in den Vordergrund zunehmender staatlicher Lenkungstätigkeit im wirtschaftlichen Bereich getreten sind. Dazu gehöre die Konjunkturpolitik ebenso wie der Wohnungsbau und das Geld- und Kreditwesen.]
„Ein weiteres Planungsziel ist die Mobilisierung der Arbeiter. Wir sind uns darüber einig, daß nicht 30% von dem in Deutschland gearbeitet wird, was gearbeitet werden könnte. Wer sich da Illusionen hingibt, mag das tun, aber es ist tatsächlich so. In Holland ist man dazu übergegangen, einen besonderen Anreiz zu geben. Wer soundsoviel Kohlen mehr gefördert hat, bekommt einen Bonus auf Kleidung, Radio-Apparate und dergleichen, auch in Rußland. Wir kommen um etwas ähnliches nicht

[143] GA, S. 135.
[144] GA, S. 136.
[145] GA, S. 142.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herum. Der Arbeiter sieht: wenn ich mehr arbeite, bekomme ich auch etwas, brauche nicht 100 km zu fahren, um 20 Pfund Kartoffeln zu holen und dabei Gefahr zu laufen, daß sie mir weggenommen werden. Wir kommen, wenn wir dieses Planungsziel aufstellen: Mobilisierung der Arbeiter und Steigerung der Produktion, um die Formen, wie sie die freie Verkehrswirtschaft entwickelt hat, nicht herum. Wenn wir mehr Arbeitskräfte in den Bergbau bringen wollen, müssen wir mehr bieten, müssen marktmäßig einen Anreiz geben, um überhaupt mit den Grundstoffen die Wirtschaft richtig in Gang zu setzen. Gesamtplanen, aber mit einem ganz verschiedenartigen Instrumentarium und mit den verschiedensten Reizmitteln. Ein Maximum und Optimum muß gleichzeitig erreicht werden."[146]

Dr. Suhr:
„Ein grundsätzliches Problem, eine Lösung unserer Tagesaufgaben zu finden, worunter Sie hier offenbar besonders leiden, besteht in der Sowjetzone nicht, denn in der Sowjetzone ist von vornherein ein konstruktiver Lösungsversuch unternommen worden. Die Sowjetmacht ist die einzige von den alliierten Mächten, die von vornherein mit einer konstruktiven Lösung an die Aufgaben gegangen ist.
Wir haben heute vielfach über Planwirtschaft gesprochen, und es kennzeichnet die Eigentümlichkeit der Situation im Osten, daß das Wort „Planwirtschaft" dort in keiner Weise offiziell gefallen ist. Weder die sowjetische Militäradministration noch die Staatspartei, die SED, spricht von Planwirtschaft. Es ist vom parteipolitischen Standpunkt – das charakterisiert die Situation – verboten, von Planwirtschaft zu sprechen. Dafür mögen zwei Motive maßgebend sein. Das eine ist ein politisch-taktisches Motiv: man will den Aufbau, dessen Schwierigkeiten man durchaus kennt, nicht durch eine vorzeitige Herausstellung der Ziele kompromittieren, man will aber auf der anderen Seite auch schnell ohne besondere Etikette, ohne besondere Propaganda Tatbestände schaffen, an denen die Westzonen nicht vorübergehen können.
Ich bin immer wieder erschrocken, so oft ich im Westen gewesen bin, wie stark man sich schon vom Osten distanziert hat und wie sehr man des Glaubens lebt, daß von russischer Seite der eiserne Vorhang einmal fallen würde. Ich möchte auf dieses politische Problem nicht eingehen. Ich spreche lediglich vom ökonomischen Standpunkt zur Beurteilung von ökonomischen Verhältnissen. Es besteht für mich darüber kein Zweifel, daß die Revolutionierung der Wirtschaft, wie sie sich in der Sowjetzone vollzieht, nicht unter dem Gesichtspunkte betrieben worden ist, etwa eine Trennung zwischen Ost und West zu schaffen, sondern im Gegenteil den Westen zu zwingen, sich an den Tatbeständen des Ostens zu orientieren. Hier sind Tatbestände geschaffen worden, die nach meiner Meinung den Westen zwingen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen."[147]
[Suhr betont, daß im Osten von Planwirtschaft bisher nicht gesprochen werde und auch nicht gesprochen werden könne, weil aus Teilplänen oder Einzelplänen kein Gesamtplan erwachse.]
„Man [ist] auch in der sowjetischen Militäradministration von einer Aufstellung von Jahresplänen abgekommen und zu Vierteljahrsplänen übergegangen [...]. Das spielt eine entscheidende Rolle. Aber der Vierteljahrsplan muß in irgendeiner Weise orientiert werden an dem Gesamtaufbauplan. Das ist die eine Koordinierungsaufgabe.
Die zweite ist eine schwierige Aufgabe: die Abstimmung der lokalen, regionalen und zentralen Pläne. Da ist es nicht etwa so, wie das meistens hier offenbar geglaubt wird, daß von der Sowjet-Militäradministration der Gedanke der zentralen Planung

[146] GA, S. 144.
[147] GA, S. 146.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von einer Stelle aus vertreten wird. Sondern im Gegenteil: die sowjetische Militäradministration hat den Gedanken der dezentralisierten Planung überspannt, daß ich mich als größten Gegenspieler bezeichnen darf für einen Generalplan in der Sowjetzone. Es hat eine Fülle von Auseinandersetzungen gegeben, die immer wieder diese Diskrepanz zu der Sowjetadministration wohl mehr aus politischen als ökonomischen Gründen geforderten dezentralisierten Planung zeigten."[148] [. . .]

„Es ist selbstverständlich, daß die technische Forschung nicht mehr wie bisher Aufgabe der Großbetriebe sein kann. Es bestehen seit langem Vorarbeiten, diese technische Forschung in irgend einer Weise bei den Zentralverwaltungen zusammenzufassen, mit den ganz bewußten Aspekten, sie vor allen Dingen den kleineren und mittleren Betrieben zugutekommen zu lassen. [. . .] Es ist eine falsche Vorstellung [. . .], wenn man der Meinung ist, daß die von der Sowjetwirtschaft, von der sowjetischen Militäradministration oder den politischen Experten der KPD vorwärtsgetriebene Entwicklung zu einer Förderung der Großbetriebe führt. Ich glaube nicht, daß irgendwo in der westlichen Zone so stark das Gewicht auf die Förderung von kleineren und mittleren Betrieben gelegt worden ist, wie in der Sowjetzone. Ich habe die Organisation des Handwerks in der Hand gehabt und weiß, wie stark diese Dinge systematisch in den Vordergrund gestellt worden sind und ich möchte als Nationalökonom sprechen und sagen, daß die Anbetung des Großbetriebes eine Folge der Verkehrswirtschaft ist, daß die Verkehrswirtschaft zwangsläufig den Betrieb zur maximalen Ausdehnung treibt und daß es wünschenswert ist – ich darf mich da auf Schmalenbach[149] berufen [. . .] und eine Aufgabe gerade der Planwirtschaft, dadurch das Optimum der Betriebsgröße, das Optimum der Branchenentwicklung zu bestimmen. „Ich möchte sagen, daß wir aus den Schwierigkeiten der improvisierten Planung, die im September vorigen Jahres aufgenommen worden ist, im Frühjahr oder zu Beginn dieses Jahres herausgekommen sind und daß man jetzt versucht, den Verteilungsplan der Produktionsplanung zu koordinieren."[150]

[Suhr zeigt anhand praktischer Beispiele aus der Fensterglasproduktion und der Zellstoff- und Papierindustrie, wie kompliziert die Zusammenarbeit der deutschen Planer in der SBZ mit der sowjetischen Militäradministration ist.]

„Ich habe folgende Arbeitsmethode für die Industrieplanung entwickelt. Auszugehen ist unter allen Umständen von dem Bedarf. Es ist zunächst eine Bedarfsplanung aufzustellen und zwar als Vorrang Reparationsplanbedarf der sowjetischen Militäradministration, der Roten Armee, soweit sie diesen Anspruch erhebt. Das sind zwei entscheidende Punkte, um deren Erfüllung die Zentralverwaltung der Industrie heute noch mit der sowjetischen Militäradministration ringt. Auf jeden Fall steht die Zentralverwaltung auf dem Standpunkt, daß eine geordnete Planung durchgeführt wird. Bisher wurden die Planungsarbeiten gestört, daß zusätzliche Anforderungen von der Sowjet-Militärmacht kamen. Weiter muß in der Bedarfsplanung der Investitionsbedarf berücksichtigt werden und schließlich ein Mindestbedarf an Konsumgütern für den allgemeinen Verbrauch.

Nach Aufstellung der Bedarfspläne muß in jedem Vierteljahr erneut die Kapazität der Betriebe ermittelt werden. Die Kapazität der Betriebe ist kein feststehender Be-

---

[148] GA, S. 148.

[149] Eugen Schmalenbach (1873–1955) konzentrierte seine betriebswirtschaftliche Forschungsarbeit auf die Kostenlehre und das Gewinnproblem („Pretiale Wirtschaftslenkung"). Er sah im Anwachsen der fixen Kosten die Gefahr zunehmender Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Durch Verbesserung der innerbetrieblichen Kostenrechnung versuchte er Kriterien für das Betriebsoptimum zu ermitteln.

[150] GA, S. 148 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

griff, die Kapazität wandelt sich. [Zuruf: Wodurch?] Bei uns durch Demontagen. Man kann nicht bei der Kapazität der Betriebe von der Leistungsfähigkeit der entscheidenden Maschinen ausgehen, sondern muß den Engpaß im Betrieb suchen und feststellen, welches Optimum der wirtschaftlichen Leistung möglich ist. Auch hier sind genau zu unterscheiden die Maximalleistung und die Optimalleistung. Wir müssen immer als Erfahrungssatz 20% unter der Maximalleistung bleiben; die Optimalleistung wird bei 80% liegen. Das ist ein Erfahrungssatz, der sich allgemein bestätigt hat.

Nach der Kapazitätsermittlung stellen wir den Rohstoffbedarfsplan auf: welcher Rohstoffbedarf würde erforderlich sein, um die Kapazität vollständig auszunützen. Dann stellen wir den Brennstoffbedarfs- oder Energieplan auf, dann den Arbeitseinsatzplan. Wir müssen wissen, welche Arbeitskräfte notwendig sind. Im allgemeinen ist das nicht sehr schwierig, aber wir hatten verschiedene Fälle, bei denen auch ein Facharbeitermangel aufgetreten ist, wie z. B. bei der Fensterglasproduktion, und hier zeigt sich zweifellos auch, wie unter einem solchen diktatorischen Systm einer Militärmacht die Planung betrieben werden muß. Wenn Arbeitskräfte fehlen, kann es vorkommen, daß auf Befehl des Marschalls Schukow Arbeiter aus einer Provinz in die andere versetzt werden müssen. Wir haben das Eisenwerk Thamle und wir haben noch ein zweites Stahlwerk, und es müssen sämtliche Facharbeiter aus der Sowjetzone zusammengezogen werden, um diese Stahlproduktion zu sichern. Wir haben im Januar ein Unglück gehabt, wodurch die Stahlproduktion der Sowjetzone, die nur 7% der deutschen Stahlproduktion ausmacht[151], wegen Facharbeitermangels zum Erliegen kam. Da mußten Facharbeiter kommandiert werden.

Dann kommt die Aufstellung des Transportplanes. Es wird genau berechnet – hier komme ich auf den für die Sowjetzone schwierigsten Punkt – wieviel Waggons notwendig sind zum Antransport der Rohstoffe, zum Abtransport der Fertigwaren. Sie dürfen nicht vergessen, wir hatten 132 000 Waggons früher, heute nur noch 65 000, davon wird ein Teil für die Militäradministration beansprucht. Wir haben auch einen sehr viel stärkeren Waggonverbrauch durch den Transport von Braunkohle. 40% aller deutschen Güterwagen sind in Friedenszeiten mit Kohlen belegt worden und nun brauchen wir für deren Transport allein für die Befriedigung der Eisenbahn dreimal soviel Güterwagen für Kohlen, als wir früher brauchten, als wir mit Steinkohlen geheizt haben. Deshalb ist die Kohlentransportfrage das entscheidende Problem überhaupt für die Ankurbelung der Wirtschaft in der Sowjetzone.[152]

Aber wenn dann eine Aufgabe gestellt wird, die unter allen Umständen durchgeführt werden muß, dann bekommt man auch die Vollmachten, diese Aufgabe durchzuführen. Um meine Papierplanung durchzuführen, habe ich täglich 400 Waggons zur Verfügung gestellt bekommen und nach meinem Willen eingesetzt.

Dann kam noch der Finanzplan, der im Augenblick aber keine Rolle spielt. Erst wenn alle diese Pläne: Bedarfsplan, Produktionskapazität, Rohstoffplan, Arbeitsplan aufgestellt sind, wobei der Flaschenhals ausschlaggebend für den Produktionsplan ist, dann ergibt sich aus der Koordinierung erst der eigentliche Produktionsplan, den wir in der Zentralverwaltung der Industrie entwerfen und der Militäradministration vorlegen, die ihn dann bestätigt oder ablehnt. Nun wird er häufig dadurch abgeändert, daß die Militärregierung ebenfalls Entwürfe von einzelnen Ländern und Provinzen

---

151 1936 betrug dieser Anteil noch 5,9 vH (Wirtschaftsstatistik der deutschen Besatzungszonen 1945–1948, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 3, Oberursel/Ts., S. 45).

152 Auch im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet lag hier der entscheidende Engpaß der Rekonstruktion der Wirtschaft (Vgl. W. Abelshauser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945 bis 1948 [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 30], Stuttgart 1975.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[vorliegen hat]. Aus dieser Arbeit hat sich aber nun gezeigt, daß infolge der Massierung der Industrie in einzelnen Provinzen und Ländern und der andersartigen Orientierung des Verbrauchs die Länder und Provinzen unter keinen Umständen in der Lage sind, beispielsweise einen Papierplan aufzustellen. Das ist völlig unmöglich, daß das Land Sachsen, das über die meisten Papierfabriken verfügt, einen Papierplan für die Sowjetzone aufstellt. Immer wieder wird man sehen, daß diese reinen Produzentenpläne Schiffbruch leiden. Sie haben keine Vorstellung von dem Papierbedarf von Mecklenburg, und es ist ausgeschlossen, was in der Sowjetzone vorgekommen ist, daß der Bedarf an Zeitungspapier in Schwerin von der Landesverwaltung Sachsen bestimmt wurde. Das ist keine Landes- sondern eine zentrale Aufgabe, nur eine Zentralstelle kann den Gesamtbedarf übersehen und die Entscheidung treffen.

Noch ein paar Schlußfolgerungen: Dieses Programm ist natürlich im Einzelnen nicht schon exakt durchgeführt. Ich darf aber sagen, daß beispielsweise für die von mir bearbeiteten Industrien, die Papierindustrie und die Glasindustrie, genau so gearbeitet wird, wie ich Ihnen geschildert habe. Ich habe auch, das war eine Auseinandersetzung mit den Länderverwaltungen gewesen, durchgesetzt, daß die Zellstoff- und Papierplanung zentral geregelt wird und der Einfluß der Länder zurückgedrängt wird. Im übrigen aber ergeben sich die verschiedenen Reibungsschwierigkeiten aus der unklaren Kompetenzverteilung zwischen Zentralverwaltung und Ländern, aus der Schwierigkeit der Abgrenzung der Kompetenz zwischen der sowjetischen Militäradministration und der Zentralverwaltung andererseits und aus den noch nicht völlig angepaßten Arbeitsbereichen der einzelnen Zentralverwaltungen. Denn Sie dürfen nicht vergessen, daß die Zentralverwaltung nur die Produktionsplanung und die Verteilung der fertigen Produkte hat. Dadurch ergeben sich in der Bedarfsermittlung große Schwierigkeiten.

Die zweite Schwierigkeit ergibt sich aus der weitgehenden Dezentralisation, die von der Sowjetadministration gewünscht wird, und außerdem, was ich am Rande erwähne, die Ablehnung jeder fachlichen Unternehmerorganisation. Es ist in der Sowjetzone keine Verbandsbildung gestattet. Auch fachliche Verbände, wie sie hier sind, sind in keiner Weise erlaubt, werden aufs schärfste politisch bekämpft und von der Militäradministration nicht zugelassen.

Schwierigkeiten ergeben sich aus dem Fehlen einer einheitlichen Terminologie. Die sowjetische Militäradministration kommt mit anderen Begriffen, arbeitet mit anderen Begriffen als wir. Das spielt beispielsweise bei der Planung der chemischen Rohstoffe eine große Rolle. Man muß sich erst einigen, was gemeint ist und es scheint mir eine der notwendigsten Voraussetzungen für eine Planungsarbeit zu sein, eine solche Terminologie zu schaffen, denn viele Dinge sind einfach daran gescheitert, daß man mit unklaren Begriffen gearbeitet hat. Es liegt auch ein Fehler oder Manko der Planungsarbeiten darin, daß in der Sowjetzone viel zu hohe Maßstäbe verwandt werden, daß den Unternehmern nur gesagt wird, ihr müßt soundsoviel Quadratmeter oder Kubikmeter liefern. Nach meiner Meinung muß bei den heutigen Notverhältnissen die zentrale Planung noch weitergehen. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß die Betriebe dann die Rohstoffbestände ausgenutzt haben in dem Sinne und nicht das notwendige geliefert haben. Wir haben das in der Textilindustrie gesehen, wenn den Betrieben einfach auferlegt wurde: ihr kriegt soundsoviel Garn und habt das zu verarbeiten. Dann haben sie das Gespinst hergestellt, das ihnen am liebsten war, das aber nicht am meisten benötigt wurde.

Schließlich ergeben sich auch noch andere Schwierigkeiten, und da muß ich darauf hinweisen, daß auch die Wirtschaft in der Sowjetzone vor einer großen Krise steht, die aus dem Mangel bestimmter Rohstoffe und bestimmter Ersatzteile, die nur aus dem Westen eingeführt werden können, herrührt.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich fürchte, daß die Planungsarbeit, die in der Sowjetzone erfolgreich in Angriff genommen wurde, aus zwei Gründen Gefahr läuft, kompromittiert zu werden: einmal durch die Demontage, die den Erfolg der Planungsarbeit illusorisch macht, ja, die ganze Planungsarbeit fragwürdig macht, denn man kann eigentlich erst nach Abschluß der Demontage mit der Planungsarbeit beginnen und zweitens durch die Beschränkung der Zone, da keine Austauschmöglichkeit der Rohstoffe vorliegt.
Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich hierbei nicht die politischen Probleme angefaßt habe. In der Sowjetzone wird eine Planungsarbeit noch unter Leitung der Sowjet-Militäradministration gemacht. Es ist also noch eine, wenn Sie wollen militärische, mehr kriegsmäßige Wirtschaft innerhalb der Planungsarbeit. Die Frage, wieweit eine solche Planungsarbeit notwendigerweise diktatorisch sein muß, habe ich nicht erörtert. Daß da Probleme liegen, die von uns aus gelöst werden müssen, ist selbstverständlich, und wir arbeiten in Berlin, in der fünften Zone, auch noch an einem Plan.
Die Arbeit in Berlin hat gezeigt, daß wir als eine Insel, als eine steinige Insel, auf der nichts wächst, die keine Bodenschätze hat, nur die Wirtschaft in Gang bringen, wenn wir einen einheitlichen Plan haben und die einzelnen Betriebe zu einer Gesamtleistung zusammenfügen. Die letzten Wochen in Berlin haben ein so eindrucksvolles Bild von der Notwendigkeit dieser Planungsarbeit vermittelt, daß überhaupt, wie ich glaube, bei der Bevölkerung kein Zweifel darüber sein kann, daß ein Berliner Plan notwendig ist, um überhaupt Material zu erhalten."[153]

Dr. Deissmann:
[Deissmann stellt eingangs fest, daß die Übergabe von Exekutivbefugnissen an das ZAW auf dem Gebiet der Wirtschaftsverwaltung erst noch bevorstehe, gleichwohl aber schon jetzt eine „Lawine der Tagesfragen"[154] auf es zukomme.]
„Wir unterscheiden deshalb oder wollen im Aufbau unserer Planungsabteilung zwischen langfristiger und kurzfristiger Planung unterscheiden. Wir sind der Meinung, daß zur Aufstellung eines volkswirtschaftlichen Gesamtplanes, wie er hier gewünscht worden ist, die Voraussetzungen noch nicht gegeben sind. Es liegen einfach die primitivsten Voraussetzungen für das Aufstellen eines solchen gesamtwirtschaftlichen Planes noch nicht vor. Es fehlen die juristischen Grundlagen, es fehlt das stabile Element.
Eingriffe der Besatzungsmacht, Eingriffe äußerer Umstände würden einen solchen Plan umstoßen. Die grundlegende Voraussetzung ist die Kredit- und Finanzpolitik. Es fehlt auch im verwaltungsmäßigen Aufbau, die weitgehende Zuständigkeit, die eine solche zentrale Planungsstelle haben müßte, um in andere Wirtschaftsbereiche eingreifen zu können wie Transport, Verkehr, Arbeitseinsatz usw. Wir sind uns klar, daß es verfehlt wäre, in einer solchen Situation nun diese Frage der zukünftigen langfristigen Planung zu vernachlässigen, denn es ist unbedingt nötig, daß wir auch diese Dinge jetzt gleich in Angriff nehmen und wir sind daher sehr dankbar für alle Anregungen und Möglichkeiten, auf diesem Gebiete weiterzuarbeiten und legen größten Wert darauf, in das Zentralamt eine Abteilung einzubauen, die sich mit der Herausarbeitung der Grundlagen befaßt.[155]

---

153 GA, S. 154–158.

154 GA, S. 159.

155 Im ZAW wurde diese Funktion von der Hauptabteilung Planung und Statistik, insbesondere von deren Leiter, Günter Keiser, wahrgenommen. Mit dem Umbau des Amtes zum Verwaltungsamt für Wirtschaft Anfang 1947 wurde eine eigenständige Grundsatzabteilung (Hauptabteilung A) eingerichtet.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Selbstverständlich muß eine solche Abteilung aufs engste Fühlung halten mit den betreffenden Institutionen in den anderen Zonen, insbesondere in der Ostzone und in der amerikanischen Zone, und ich glaube, daß in dieser Hinsicht unser Bestreben sein sollte, alles daranzusetzen, um einen Gedankenaustausch auf möglichst breiter Basis zu finden.

Aber es steht in der Situation bei uns die ad hoc-Planung, die kurzfristige Planung, obsolut im Vordergrunde. Ich stimme da mit Herrn Dr. Suhr und auch mit Dr. Weisser überein. Sie hatten gesagt, wir müssen von diesem unbefriedigenden System des Löcheraufreißens und des Löcherstopfens wegkommen. Auch für diese Inangriffnahme der augenblicklichen Notprobleme ist ein Gesamtplan erforderlich. Aber dieser Plan ist eben mehr ein Notplan, den ich mir folgendermaßen denke, daß sich unsere fachlichen Produktionsgruppen zusammensetzen müssen, die die verschiedenen Fachgebiete aufstellen, nachdem sie gewisse Richtlinien über die Dringlichkeit bekommen haben. Diese fachlichen Produktionsprogramme würden in der zentralen Planungsstelle zusammenlaufen und dort in der zentralen Planung – darauf hat auch Dr. Suhr hingewiesen, und ich muß sagen, die Ausführungen, die er darüber gemacht hat, wie jetzt in der Ostzone die Planung vor sich geht, haben sich weitgehend mit dem gedeckt, was wir selbst uns an Vorstellungen über dieses Vorgehen gemacht haben – ist dann die einzige und wichtigste Aufgabe die der Koordinierung, der Überwindung von Engpässen. Es muß das zentral entschieden werden. Wenn von vornherein feststeht, daß die Rohstoffe, die Kapazitäten, die Energiemengen und was sonst erforderlich ist, nicht ausreichen, um das Produktionsprogramm zu erfüllen, muß der Zentralplan anhand übergeordneter Gesichtspunkte entscheiden, in welchem Umfange und wo diese Produktionsprogramme zu kürzen sind. Das ist die Aufgabe der Planung, wie sie sich uns bei der heutigen Situation darstellt."[156]

[Deissmann klagt über Fehlerquellen bei Erhebungen und Kontrollen der Planwirtschaftsinstanzen.]

„Soviel zu dieser Frage der Planung und Lenkung. – Zum Anschlusse möchte ich sagen, daß wir jetzt in der britischen Zone unter dem Gesetz des vielgeschmähten Spartaplanes stehen, der als kurzfristiger Vierteljahresplan unserer ganzen Wirtschaft hier anzusehen ist.[157] Ich persönlich bin überzeugt, daß der Plan als solcher nicht so schlecht ist. Die Fehlerquellen in der Durchführung liegen insbesondere an Gründen, auf die wir schon hingewiesen haben. Es liegen bestimmt große Fehlerquellen in der Aufteilung der Wirtschaftsgruppen und Verwaltungen, die so unsystematisch ist und

---

156 GA, S. 159–161.

157 Der Sparta-Plan verfolgte zwei Ziele. Erstens: die Schaffung eines ausgeglichenen Industrieprogramms für jeweils ein Vierteljahr auf der Grundlage des Mindestmaßes des lebenswichtigen deutschen Bedarfs und, soweit wie möglich, innerhalb der Grenzen der zur Verfügung stehenden Quellen an Rohstoffen, Energie und Verkehr. Zweitens: die Sicherstellung der größten Sparsamkeit im britischen Importprogramm und der größtmöglichen Steigerung des Exports zur Bezahlung des Imports. Die Planer gingen einmal davon aus, „daß der größtmöglichste Schutz des britischen Steuerzahlers im Hinblick auf die Kosten" gewährleistet ist, andererseits aber „ausreichende Mengen Kohle, Stahl usw." zur Steigerung der Produktion im Bereich der allgemeinen Produktionsgüter (Kohle, Energie, Kraftstoffe, Chemie) zur Verfügung stehen (Spartan-Plan für industrielle Produktion – April/Juni 1946 – MG Econ 2/860/25, BT PA 1/201). Gerade die letztere Annahme war jedoch nicht annähernd gerechtfertigt. Als im Oktober 1946 deutsche Stellen erstmalig in die Sparta-Planung einbezogen wurden, war die Unzulänglichkeit dieses Planansatzes schon erwiesen (ZAW, Die Einschaltung deutscher Stellen in die Industrieplanung im Rahmen des Spartasystems, 3. 10. 1946, BA, Z 8/1088, S. 65).

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

so wenig unseren eigenen Bedürfnissen entspricht, daß sich daraus Fehlleitungen nachweisen lassen, indem Firmen bei so verschiedenartigen Gruppen eingeordnet sind, daß sie gewisse Dinge doppelt bekommen.[158]

Was die Fehlleitungen angeht, so möchte ich noch auf das Beispiel Mössner hinweisen: Die Kohlenverteilung. Die Sache ist an sich in deutscher Hand, denn die Details der Abwicklung machen die deutschen Stellen, machen auch Stellen die etwas davon verstehen, und trotzdem kommen diese Fehler vor. Das sind die Dinge, denen wir auf den Leib rücken müssen. Ich habe jetzt mit den Engländern vereinbart, daß wir vom Zentralamt in der Übergangszeit die Möglichkeit haben, uns mit den Engländern zusammen nicht an den Schreibtisch zu setzen, an dem der Spartaplan entsteht, sondern daß die Engländer mit uns zusammen jetzt diese ganzen Erhebungen bearbeiten, daß wir die Möglichkeit haben, in die geheimnisvolle Struktur dieses Spartaplanes einzudringen. Niemand weiß, wo die Zahlen herkommen. Ich halte es für notwendig: wir müssen in das Räderwerk unserer Wirtschaft, das augenblicklich der Motor unserer Wirtschaft ist, hineinwachsen. Das müssen wir übernehmen können, wir dürfen nicht wunderbare Gesamtpläne bringen und sagen, wir fangen jetzt so an, sondern wir müssen aus dem Gesetz der Kontinuierlichkeit herausgehen und dann versuchen, die Fehlerquellen zentraler Pläne durch neue Konstruktion zu ersetzen. Zu dieser Arbeit bitte ich um Ihre Mitarbeit. Ich möchte nochmals sagen, daß das Zentralamt im Sinne dieser Arbeit jedem Zentralismus abhold ist. Selbstverständlich muß die Planung zentral geführt werden, aber eine Wirtschaft auf breiter Basis gerade auch der regionalen Planungsinstanz ist für diese entscheidende Aufgabe, die ich versucht habe, Ihnen aufzuzeigen, ganz besonders wichtig und erforderlich.[159]

[...]

[Schlußbemerkung von Dr. Weisser, Ende der Tagung 14.10 Uhr].

---

[158] Fehlleitungen in der Rohstoffverteilung konnten deshalb unkontrolliert erfolgen, weil an die Zuteilung der Rohstoffe keine Produktionsauflagen gebunden waren.

[159] GA, S. 162 f.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Werner Abelshauser, Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Assistent an der Abt. Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum; Hustadtring 139, 4630 Bochum 1.

Dr. Fritz Blaich, ordentl. Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Regensburg, Institut für Finanzwissenschaft, Statistik und Wirtschaftsgeschichte, Postfach 397, 8400 Regensburg.

Dr. Erich Goldhagen, Prof. für Kirchengeschichte und Jüdische Zeitgeschichte an der Harvard-Universität und wiss. Mitarbeiter am Russian Research Center, Harvard University, Archibald Cary Coolidge Hall, 1737 Cambridge Street, Cambridge/Mass. 02138, USA.

Dr. Dirk Stegmann, ordentl. Professor für Geschichte und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abt. Lüneburg, Postfach 2440, 3140 Lüneburg.

Jahrgang 24 (1976), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte